

Inhaltsverzeichnis

1. Bayer	
2. Monsanto	
3. Lobby-Agenturen	
4. EUTOP	
5. Verband Forschender Arzneimittelhersteller	
6. Verband der Chemischen Industrie	
7. Deutscher Bauernverband	
8. Bundesverband der Deutschen Industrie	
9. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
10. Deutsches Aktieninstitut	
11. Wirtschaftsrat der CDU	
12. Wirtschaftsforum der SPD	
13. AmCham Germany	
14. Atlantik-Brücke	
15. European Chemical Industry Council	
16. European Crop Protection Association	
17. DIGITALEUROPE	
18. BITKOM	
19. EuropaBio	
20. BusinessEurope	
21. European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations	
22. Bundesinstitut für Risikobewertung	
23. Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit	
24. Goldman Sachs	
25. Bundesverband Investment und Asset Management	
26. Siemens	

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betragen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche
reich
Gründungsdatum 1863
Hauptsitz Leverkusen
Lobbybüro
Lobbybüro EU 40 Rue Bollard, 1000 Brussels, (+32) 25502112
Webadresse bayer.de

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	3
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	3
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	3
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	4
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	4
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	4
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	5
3 Themen der Lobbytätigkeit	6
4 Parteispenden	6
5 Transparenz	6
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	7
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	7
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	7

6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	8
6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	8
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	9
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	9
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	9
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	10
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	10
8 Weiterführende Informationen	10
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
10 Einzelnachweise	10

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Science entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Gyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- [Penta \(ehem. Hume Brophy\)](#): 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (vfa)
- [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- [Bundesarbeitgeberverband Chemie](#) (BAVC)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- [BIO Deutschland](#) (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- [ICC Germany](#)
- [econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Industrie-Förderung Gesellschaft mbH](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)

- [Westwind](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [British Chamber of Commerce in Germany](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- [Euroseeds](#)
- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)
- [COCIR](#)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [BusinessEurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgendenden Regelungsvorhaben^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden.^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR –Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungsk Kooperationen zwischen

Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag

wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Insitut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of

the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsaubereren Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)
- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant, 23.09.2024](#)
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien 12. März 2020](#)
- [Verein Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018

3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen a, 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier Europäische Kommission](#), abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat](#) Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020

36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

Monsanto

Monsanto war der weltweit größte Agrarkonzern und führende Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produzierte das Unternehmen vor allem Herbizide. Monsanto hatte beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betrieb mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik.

Im Juni 2018 ist Monsanto von [Bayer](#) übernommen worden. Mit der Übernahme wird [Bayer](#) zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut.^[1] [Bayer](#) wird den Namen Monsanto streichen. In einer Presseerklärung von Bayer vom 7.06.2018 wird die Integration von Monsanto in den Bayer-Konzern wie folgt beschrieben: *„Monsanto wird solange von Bayer unabhängig tätig sein bis Bayer den Verkauf seiner an BASF abzugebenden Geschäfte abgeschlossen hat. In dieser Zeit wird sich nichts ändern, einschließlich des Firmennamens. Auch wird Bayer*

Monsanto	
Branche	Agrarindustrie
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsanto.de

die Integration von Monsanto erst dann fortsetzen, wenn die Veräußerungen an BASF abgeschlossen sind. Mit Beginn der Integration wird das Unternehmen Bayer heißen. Monsanto-Saatgut und andere Produktmarken (wie DEKALB, Asgrow, etc.) behalten ihre Markennamen und werden Teil des Portfolios von Bayer. Während der Unternehmensname mit Beginn der Integration Bayer sein wird, bleibt die rechtliche Struktur von Monsanto bestehen, bis auch dieser rechtliche Prozess abgeschlossen ist; dies wird mehrere Jahre dauern.“ [2]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	13
1.1 Deutschland	13
1.2 Europäische Union (EU)	14
1.3 USA	14
1.4 International	14
2 Fallbeispiele und Kritik	15
2.1 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	15
2.1.1 Debatte über Verbot von Glyphosat	15
2.1.2 Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	16
2.2 2016: Tribunal gegen Monsanto	19
2.3 2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA	19
2.4 2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt	19
2.5 2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA	19
2.6 2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien	20
2.7 2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)	20
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	20
4 Weiterführende Informationen	20
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
6 Einzelnachweise	21

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

Peter Bleser, Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, 2011 - 2018 Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen.^[3]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung](#) (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug^[4], ^[5]

Monsanto und weitere Glyphosat-Hersteller sind Mitglieder des [Forum Moderne Landwirtschaft](#), dem auch der [Deutsche Bauernverband](#) angehört, dessen Präsident [Joachim Rukwied](#) Vorstandsvorsitzender des Forums ist.^{[6][7]} Als Interessenvertreter des Forums setzt er sich für die weitere Verwendung von Glyphosat ein. So erklärte er In einem Interview mit dem Deutschlandfunk, man sei nicht gut beraten, wenn man basierend auf unwissenschaftlichen Angskampagnen etwa Entscheidungen gegen Glyphosat treffe.^[8]

Europäische Union (EU)

Monsanto ist Mitglied der Verbände [European Seed Association](#) und [EuropaBio](#) sowie Mitglied des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI). Weiterhin ist es in der [Glyphosat Task Force](#) (GFT) aktiv, in der 22 europäische Pflanzenschutzmittel-Unternehmen zusammenarbeiten, die einen gemeinsamen Antrag auf Wiederzulassung von Glyphosat in der EU gestellt haben.^[9]

Das Europäische Parlament hat Lobbyisten von Monsanto die Zugangsausweise entzogen, weil diese sich geweigert hatten, an einer Anhörung zu den „Monsanto-Papieren“ am 11. Oktober 2017 im Parlament teilzunehmen.^[10]

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen.^{[11][12]}

International

Monsanto ist Kooperationspartner des weltweit aktiven [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI), einer Tochtergesellschaft des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI).^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Debatte über Verbot von Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.^[14] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Glyphosat im März 2015 als "wahrscheinlich krebserregend" einstufte.^[15] "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen infrage".^[16] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde und dafür der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuarbeiten soll. Bereits im Januar 2015 fertigte das BfR einen vertraulichen Bericht über Glyphosat an, [zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände](#). Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR schließlich „keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Wirkung durch Glyphosat bei Versuchstieren“ feststellen und empfahl eine erneuerte Zulassung von Glyphosat.^[17] Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.^[18] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Gleiches gilt für die EFSA, in der 59% der Mitarbeiter laut einem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) Verbindungen zur Landwirtschafts- oder Lebensmittelindustrie haben.^[17] Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam weiterhin zu dem dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren, die größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden.^[19] Am 27. November 2015 erhoben zudem knapp 100 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR.^[20] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[21]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, glyphosathaltige Spritzmittel aus dem Sortiment zu nehmen.^[22]

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars informiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.^[23]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monsanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen.^[24] Bundeskanzlerin **Merkel** (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus.^[25]

Im März 2017 veröffentlichte die [Europäische Chemikalienagentur](#) ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist.^[26] Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken.^[27] Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll.^[28] So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht auf Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.^[29] Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[30] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[31]

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde [EFSA](#) bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[32] Die [EFSA](#) begründet - wie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapapabgeordnete hatten die [EFSA](#) daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handle es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der [EFSA](#) und der Chemiekonzerne.

Im August 2018 verurteilte ein US-Gericht Monsanto zur Zahlung von 285 Mio. \$ (knapp 250 Mio. Euro) Schmerzensgeld, weil Glyphosat Krebs verursacht haben soll.^[33] Bayer will in Berufung gehen.

Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

2019 ergaben Recherchen von LobbyControl, dass zwei vermeintlich unabhängige Studien des Instituts für Agribusiness aus Gießen, die in die Wissenschaftswelt eingespeist wurden, von Monsanto finanziert waren. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl, ob zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2015 von Monsanto finanziert seien, stellte der Leiter des Instituts, Prof. P. Michael Schmitz klar, dass die Studien aus

eigenem Forschungsinteresse und ohne Finanzierung durch Dritte erfolgt seien. Beide Studien warnten vor Milliarden Schäden durch ein mögliches Glyphosat-Verbot und betonten den ökologischen Nutzen von Glyphosat für die Landwirtschaft.

Bayer hat als neuer Monsanto-Eigentümer inzwischen eingeräumt, dass die Studien von Monsanto in Auftrag gegeben und mitfinanziert wurden. Das Unternehmen habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Gleichwohl entspreche der fehlende Hinweis auf die Unterstützung durch Monsanto nicht den Grundsätzen von Bayer.

Brisant ist der Vorfall auch deshalb, weil die Studien Eingang in entsprechende Fachliteratur fanden. So waren sie zum Beispiel in zwei Aufsätzen im Journal für Kulturpflanzen, einer vom Julius-Kühn-Institut herausgegebenen Zeitschrift, zu lesen. Es handelt sich dabei um ein Bundesforschungsinstitut, das dem Landwirtschaftsministerium untergeordnet ist. Die Aufsätze wurden darin von den Autoren unter dem Namen "Universität Gießen" geschrieben und erzeugten so den Eindruck universitärer Forschung zu entstammen. Und das, obwohl zwischen der Universität Gießen und dem Institut für Agribusiness keine formale Verbindung existiert. So wurde die eigentliche Herkunft der Aufsätze verschleiert. Die Gießener Studien wurden dabei in der jahrelangen Auseinandersetzung über einer Wiederzulassung von Glyphosat in der EU von Hersteller-Unternehmen als unabhängige wissenschaftliche Studien dargestellt und genutzt. Jedoch nur, um zu untermauern, dass ein landwirtschaftlicher Nutzen vorliege, da ein Verbot wirtschaftliche Schäden zur Folge hätte. Zur Debatte über Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt konnten die Studien keinen Beitrag leisten. Dass die Studien in die Debatten rund um Glyphosat eingebracht wurden, zeigt zum Beispiel der Eingang in eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine Lobby-Plattform der Glyphosat-Hersteller. Auf europäischer Ebene bezog sich das europäische Pendant, die Glyphosate Task Force, mehrfach auf die Gießener Studien und die daraus entstandenen Fachartikel. Dazu kommt, dass diese Studien irreführend verwendet wurden. So wird in der Broschüre „Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat“ der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat unter Bezugnahme auf die Studien des Institut für Agribusiness die Behauptung aufgestellt, „Experten“ würden die wirtschaftlichen Schaden eines Glyphosat-Verbots für die EU auf bis zu 4 Milliarden US-Dollar schätzen. Die EU müsse ohne Glyphosat 6,3 Mio. t Weizen importieren.^[34] Diese Zahlen entstammen dem Szenario der Studie, das von einem Ertragsrückgang von 20% ohne Glyphosat ausgeht. Die Autoren bezeichnen das selbst als das extremste Szenario. Realistisch halten sie ein Szenario von -5%. In diesem Fall würde die EU laut der eigenen Studie 3,7 Mio. t Weizen exportieren. Die Aussage wäre damit eine ganz andere. Die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat erwähnt mit keinem Wort, dass ihre Zahlen aus dem unwahrscheinlichen Extrem-Szenario kommen. Dieser Umgang mit der Studie ist irreführend.

Auch in Medien und Politik konnten die Studien vordringen. So fanden sie ihren Weg in den Glyphosat-Artikel der deutschen Wikipedia sowie in eine Literaturliste des Bundestages zu Glyphosat. Auch in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 2015 wird explizit auf eine der von Monsanto finanzierten Studien zurückgegriffen, in Form des Artikels aus dem Journal für Kulturpflanzen.^[35] Entsprechend der Angabe im Artikel, schreibt die Journalistin die Studienergebnisse direkt der Universität Gießen zu. Die LeserInnen des Artikels erfahren also nicht die eigentliche Herkunft der Studie. In einem weiteren Fall, bezog sich im Jahr 2011 die damalige agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag während einer Debatte auf die "Untersuchungen der Universität Gießen", die gezeigt hätten, dass „ein Verbot von Glyphosat einerseits aus Sicht des Umweltschutzes völlig kontraproduktiv wäre und andererseits zu Wohlfahrtsverlusten in Milliardenhöhe führen würde“.^[36] Dass sie sich dabei auf von Monsanto finanzierte Studien bezog, war ihr vermutlich nicht bewusst.

Der Konzern Monsanto steht bereits seit längerem in der Kritik, weil er sich mit aggressiven Lobbytechniken für die weitere Zulassung von Glyphosat einsetzt. Dazu gehört die Inszenierung von Unterstützerkampagnen über PR-Agenturen sowie die intransparente Finanzierung von Wissenschaftlern. Dabei zeigt ein Mailwechsel eines Wissenschaftlers mit Monsanto, warum externe Wissenschaftler für das Unternehmen so wichtig waren. In einer Mail schlägt Kevin Folta von der University of Florida einer Monsanto-Lobbyistin vor, in der Öffentlichkeit mit „farming mothers“, also Bäuerinnen mit Kindern zu werben. Die Lobbyistin widerspricht

dem: Die Umfragen von Monsanto würden zeigen, dass nichts so gut wirke wie ein „credible third party scientist“. Also ein glaubwürdiger Wissenschaftler, der als dritte Partei fungiert und wahrgenommen wird, möglichst unabhängig von Monsanto.^[37] Wie aus einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT hervorgeht, widersprach Monsanto auf Nachfrage von ZEIT ONLINE den Anschuldigungen. Das Unternehmen arbeite transparent und „hat seine Rolle in wissenschaftlichen Kollaborationen immer vollständig eingeräumt“. ^[38] Unsere Recherchen zeigen das Gegenteil. Diese „third party“-Strategie steckt offensichtlich auch hinter den Gießener Studien.

Mit dem neuen Fall gibt es nun klare Belege, dass Monsanto auch in Deutschland in größerem Umfang Wissenschaftler finanziert und deren Forschungsergebnisse zu Lobbyzwecken verwendet hat, ohne die eigene Beteiligung daran offenzulegen. ^[39]

Im weiteren Verlauf der Recherchen, sind weitere Fälle verdeckter Finanzierung zu Tage getreten. Es handelt sich dabei um zwei Studien aus Großbritannien, die in der Fachzeitschrift „Outlooks on Pest Management“ veröffentlicht wurden – jeweils ohne Kennzeichnung, dass die Finanzierung von Monsanto stammte.^{[40][41]} Anders als im Gießener Fall ist hier allerdings klar erkenntlich, dass die beiden Studien von der Beratungsfirma RSK Adas stammen. Sowohl die Beratungsfirma als auch Bayer haben uns gegenüber bestätigt, dass Monsanto die Studien finanziert hat. Auch diese Studien nutzte Monsanto für seine Lobbyarbeit. So bezog sich die „Glyphosate Task Force“, ein Zusammenschluss von Monsanto und weiteren Glyphosat-Herstellern, die gemeinsam die Wiederezulassung von Glyphosat in der EU beantragt hatte, auf beide Studien.^[42] Auch die National Farmer’s Union, also der englische Bauernverband, verwendete die Studien in der eigenen Kampagne für den Erhalt von Glyphosat. Dabei wurden die Veröffentlichungen als Forschung einer „unabhängigen“ Beratungsfirma dargestellt, was angesichts der Monsanto-Finanzierung schlicht falsch ist. Nachdem die britische Zeitung *Guardian* die National Farmer’s Union im März angefragt hatte, ergänzte diese nun einen Hinweis auf die Finanzierung durch Monsanto.^[43] Auch der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Glyphosat nutzt eine der beiden Studien als Beleg für die negativen Folgen eines Glyphosat-Verbots. Die Gießener Studien sind in der Wikipedia inzwischen als Monsanto-finanziert gekennzeichnet.^[44]

Ähnlich wie bei den Gießener Studien gibt es bei einer der beiden britischen Studien Auffälligkeiten bei den zugrunde liegenden Daten und Annahmen. Der Aufsatz aus dem Jahr 2010 behandelt die ökonomischen Auswirkungen eines möglichen Glyphosat-Verbots.^[40] Dazu beziehen sich die AutorInnen auf offizielle Statistiken des britischen Landwirtschaftsministeriums. Allerdings hielte Monsanto, so heißt es im Aufsatz, die offiziellen Angaben zur Nutzung von Glyphosat für zu niedrig. Mit dem Verweis auf den Einwand Monsanto wurden für einen Teil der Analyse wesentlich höhere Werte verwendet. Anstelle einer offiziellen Befragung, die immerhin 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erfasste, verwendete man nun Annahmen aus zwei selbst organisierten Workshops mit unbenannten Agrarwissenschaftlern. Diese stammten vom Verband der unabhängigen Saatgutberater, deren Vorsitzender sich in der Vergangenheit immer wieder vehement für den Erhalt der Glyphosat-Zulassung einsetzte.

Monsanto hatte also offensichtlich direkten Einfluss auf die in der Studie verwendeten Daten. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl hatte die Beratungsfirma noch geschrieben, Monsanto habe keinerlei Einfluss auf die Inhalte der Veröffentlichung ausgeübt. Auf weitere Nachfragen zu der Auswahl der Daten hieß es dann, man wolle diese Fragen nicht kommentieren. An anderer Stelle werden hohe Ertragseinbußen behauptet, falls eine Form der Glyphosat-Anwendung (die Vorsaatbehandlung) nicht mehr möglich sei. Die dafür als Beleg verwendete Quelle befasst sich aber primär mit anderen Pestiziden und kann die Annahme deshalb nicht überzeugend begründen. Auch die Anfrage seitens LobbyControl zu dieser Quelle und der hohen Annahme wurde durch die Beratungsfirma nicht beantwortet.

Im Ergebnis führt die Verwendung dieser Daten und Annahmen dazu, dass die potentiellen Umsatzeinbußen für die Landwirtschaft wesentlich drastischer ausfallen. Diese Aussage stützte Monsanto’s Warnung vor Glyphosat-Verboten.^[45]

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das [Monsanto Tribunal](#) statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse.^[46]

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen [Ketchum](#) beauftragt wurde.^[47] Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnology Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von E-Mail-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Industrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP), geht es auch um die Marktöffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband [CropLife America](#) vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist.^[48]

2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern.^[49]

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler [Gilles-Eric Séralini](#) herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen. ^{[50][51]}

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen. ^[52]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellte im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland war der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gemüsesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer war

- [Hugh Grant](#)

Weiterführende Informationen

- [Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei Corporate Watch, UK](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei CorpWatch, USA](#)
- Marie-Monique Robin (2008): [Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert](#)
- Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss (2010): [Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.04.2020
2. ↑ [Gemeinsam schaffen wir ein führendes Unternehmen der Agrarwirtschaft](#), advancingtogetehr.com, abgerufen am 13.06.2018
3. ↑ [Monsanto Greenpeace Magazin 1.07](#), Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
4. ↑ [Fördermitglieder der GKB e.V.](#) Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
5. ↑ [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V. \(GKB\) SATZUNG](#) Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
6. ↑ [Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten](#), muv-nachrichten.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
7. ↑ [Unsere Mitglieder](#), forum-moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 29.07.2018
8. ↑ [Emotionale Kampagne, wissenschaftlich nicht unterlegt](#), deutschlandfunk.de vom 25.10.2017, abgerufen am 29.07.2018
9. ↑ [Impressum](#), glyphosat.de, abgerufen am 21.12.2017
10. ↑ [Europa-Parlament entzieht Monsanto den Lobby-Zugang](#), heise.de vom 29.09.2017, abgerufen am 16.12.2017
11. ↑ [Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013
12. ↑ [Dämonen und Depeschen](#), 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
13. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 15.12.2017
14. ↑ [Zusammenfassung dieser Debatte: EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), LobbyControl vom 01.06.2015, abgerufen am 08.04.2020
15. ↑ [WHO-Experten stufen Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend ein](#), spiegel.de vom 30.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
16. ↑ [Monsanto: Mächtige Lobby](#), sueddeutsche.de vom 16.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
17. ↑ ^{17,017,1} [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), lobbycontrol.de vom 01.06.2015, abgerufen am 16.04.2020
18. ↑ [Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?](#), welt.de vom 15.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
19. ↑ [Wenn Leserbriefe von Monsanto als Studien gelten](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
20. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com vom 27.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
21. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), sueddeutsche.de vom 30.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
22. ↑ [Hornbach verbannt Glyphosat und bienengefährdende Stoffe](#), utopia.de vom 02.03.2016, abgerufen am 08.04.2020
23. ↑ [EU-Dokumente belegen geheime Absprachen zwischen Kommission und Glyphosat-Herstellern](#), umweltinstitut.org vom 16.06.2016, abgerufen am 08.04.2020

24. ↑ [Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017](#), topagrar.com vom 29.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus](#), topagrar.com vom 19.08.2016, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [Glyphosate not classified as a carcinogen by ECHA](#), echa.europa.eu vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
27. ↑ [ECHA: Glyphosat](#), echa.europa.eu, abgerufen am 08.04.2020
28. ↑ [Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben](#), sueddeutsche.de vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
29. ↑ [Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen](#), sueddeutsche.de vom 16.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
30. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
31. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 08.04.2020
33. ↑ [Millionenstrafe gegen Monsanto](#), n-tv.de vom 11.08.2018, abgerufen am 08.04.2020
34. ↑ [Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat](#), Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, abgerufen am 24.03.2020
35. ↑ [Gift für mehr Wachstum](#), zeit.de vom 06.08.2015, abgerufen am 24.03.2020
36. ↑ [Plenarprotokoll 17/149](#), dipbt.bundestag.de vom 15.12.2011, abgerufen am 24.03.2020
37. ↑ [Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Hat Monsanto Wissenschaftler gekauft?](#), zeit.de vom 11.10.2017, abgerufen am 25.03.2020
39. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 01.04.2020
40. ↑ ^{40,040,1} Cook S., S. Wynn, Clarke J.H. (2010). How valuable is glyphosate to UK agriculture and the environment? Outlook on Pest Management 21(6), S. 280-284
41. ↑ Wynn S., Cook, S. & Clarke J.H. (2014) Glyphosate use on combinable crops in Europe: implications for agriculture and the environment. Outlooks on Pest Management 25 (5), S. 327-331
42. ↑ [Die wirtschaftliche Bedeutung von Glyphosat-haltigen Herbiziden: Fallstudien in Großbritannien und Deutschland](#), glyphosat.de vom 10.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
43. ↑ [Glyphosate - the basics: Our Q&A](#), nfonline.com vom 31.03.2017, abgerufen am 01.04.2020
44. ↑ [Glyphosat - Wikipedia](#), wikipedia.org, abgerufen am 01.04.2020
45. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 01.04.2020
46. ↑ [International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion](#), MonsantoTribunal.org vom 18.04.2017, abgerufen am 08.04.2020
47. ↑ [Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 08.04.2020
48. ↑ [Der unheimliche Konzern: Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
49. ↑ [Gentechnik-Kennzeichnung in den USA: Nur keine Transparenz](#), sueddeutsche.de vom 22.11.2013, abgerufen am 08.04.2020
50. ↑ [Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert](#), deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 01.05.2013, abgerufen am 01.04.2020

51. ↑ [William Engdahl: Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash](#), globalresearch.ca vom 19.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
52. ↑ [Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau](#), lobbycontrol.de vom 15.12.2009, abgerufen am 01.04.2020

Lobby-Agenturen

Lobby-Agenturen sind Unternehmen, die Lobbyismus als Dienstleistung anbieten. Dabei vertreten Lobby-Agenturen nicht ihre eigenen Anliegen, sondern lobbyieren für die Interessen ihrer Kund:innen.

Auftraggeber von Lobby-Agenturen sind fast ausschließlich Unternehmen und Unternehmensverbände. Diese Kundschaft der Lobby-Agenturen kann damit gegen Geld auf das breite politische Netzwerk der Agenturen zugreifen und sich so Zugänge zu politischen Entscheidungsträger:innen kaufen. Außerdem kumulieren die Lobby-Agenturen Wissen und Erfahrung darüber, welche Instrumente und Strategien der Interessenvertretung besonders erfolgversprechend sind.

Zahlungskräftige Kundschaft kann gleichzeitig mehrere Agenturen beauftragen. So beauftragte der [Bayer-Konzern](#) in den Jahren 2022 und 2023 mindestens vier Lobby-Agenturen, darunter [FGS Global](#), [Rud Pedersen](#) und [EUTOP](#), die gleichzeitig zu den größten Lobby-Agenturen in Deutschland gehören.

Für Lobby-Agenturen ist es besonders attraktiv, ehemalige Politiker:innen, deren Mitarbeiter:innen oder Beamte und Angestellte aus Ministerien anzustellen. Mehr zu solchen Seitenwechsellern → [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#) So bekommen die Agenturen Zugang zu den persönlichen Netzwerken dieser Seitenwechsler:innen und können darüber hinaus vom Insiderwissen dieser Personen profitieren.

Lobby-Agenturen haben häufig thematische Spezialgebiete (z.B. [friedrich30](#): Sicherheitspolitik).

Nur durch aussagekräftige [Lobbyregister](#) wird die Arbeit der Lobby-Agenturen überhaupt sichtbar.

Inhaltsverzeichnis

1 Kettenbeauftragungen	24
2 Transparenzregelungen	24
3 Übersicht über die relevantesten Lobby-Agenturen in Deutschland	24
3.1 FGS Global (Europe) GmbH	25
3.2 Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH	27
3.3 EUTOP (Europe, Berlin, International, Brussels)	29
3.4 Gauzy Advisors GmbH	33
3.5 Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH	35
3.6 BGA - Berlin Global Advisors GmbH	36
3.7 CONCILIUS AG	38
3.8 Brunswick Group	40
3.9 friedrich30 GmbH & Co. KG	42
3.10 Edelman GmbH	43
3.11 von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft mbH & Co. KG	44
3.12 Instinctif Deutschland GmbH	46
3.13 Christ&Company Consulting GmbH	47
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	48
5 Einzelnachweise	48

Kettenbeauftragungen

Ein Sonderfall bei den Aufträgen der Lobby-Agenturen sind sogenannte Kettenbeauftragungen. Man spricht von einer Kettenbeauftragung, wenn eine Agentur A einen Auftrag von einem Unternehmen erhält und diesen Auftrag an eine Agentur B weiterreicht. Das Problem dabei ist, dass das Unternehmen als Auftraggeber von Agentur B unsichtbar bleibt. Bei Unterauftragnehmer:innen (im Beispiel Agentur B) kann es sich um andere Lobby-Agenturen oder auch um Einzelpersonen handeln, die Lobbyismus im Auftrag betreiben.

Transparenzregelungen

Bis zur Einführung des Lobbyregisters 2022 waren die Geldflüsse, welche die Lobby-Agenturen aufwenden, nicht öffentlich. Jetzt sind die Agenturen verpflichtet diese Zahlen offen zu legen. Dabei sind sie verpflichtet die finanziellen Mittel, welche sie für die Lobbyarbeit verwenden, offenzulegen. Die Angaben tragen sie im [Lobbyregister des Bundestages](#) ein. Weitere Informationen dazu → [Lobbyregister Deutschland](#).

Übersicht über die relevantesten Lobby-Agenturen in Deutschland

Es folgen Steckbriefe von ausgewählten Lobby-Agenturen sortiert nach ihrem Auftragsvolumen (absteigend). Weitere Informationen sind im [Lobbyreport 2024](#) auffindbar.

FGS Global (Europe) GmbH

FGS Global (Europe) GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	2.650.001 - 2.660.000 €
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Marvel Fusion GmbH • Deutsche Wohnen SE • ADAC • AviAlliance • Bayer AG • RWE • McMakler GmbH • GlobalFoundries Dresden Module One LLC & Co. KG • Booking.com • BlackRock Asset Management Deutschland AG • Thorn • DuPont Deutschland Holding GmbH & Co. KG • BioNTech SE • Kohlberg Kravis Roberts GmbH • TikTok Germany GmbH • Intel Germany GmbH & Co. KG • A22 Sports Management S. L. • Amazon Deutschland Services GmbH • Avi Medical Operations GmbH • proSenio GmbH • Nexperia Germany GmbH • Redcare Pharmacy N.V. • Lenovo (Deutschland) GmbH • Pfizer Pharma GmbH
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	76 (1) <ul style="list-style-type: none"> • Christoph Heusgen, 2022 bis 2025 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, 2017 bis 2021 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 2005 bis 2017 außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel; • Linda Teuteberg, 2017-2025 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 2011 Mitglied im Bundesvorstand der FDP;
Kettenbeauftragungen	0

Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Bewegung Deutschland e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	14.02.2024
Bemerkungen	Umsatzstärkste Lobby- Agentur in Deutschland
Link zum Lobbyregister	FGS Global (Europe) GmbH

Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH

Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	1.650.001- 1.660.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • Swappie OY • Upfield Deutschland GmbH • Varo Energy B.V. • Rheinmetall AG • Squarehead Technology • ViGo Bioenergy GmbH • BAYERNOIL Raffineriegesellschaft mbH • OOOONO A/S • Salesforce.com Germany GmbH • W.L.Gore Associates GmbH • Contracts for Difference Verband e.V. • Industrieverband Agrar e.V. • BayerCropScience Deutschland GmbH • Deutscher Verband der Spielwarenindustrie • CropLife Europe • COMPO GmbH • Canada Pension Plan Investment Board • Samsung Electronics GmbH • Vitol SA • Chemours Deutschland GmbH • Seda Germany GmbH • Basell Polyolefine GmbH • FSV- Forum Serviceverpackungen • Talga Advanced Materials GmbH • NOVAVAY CH GmbH • Vestas Deutschland • Höegh LNG AS • Bolt Services DE GmbH • Axpo Holding AG

<p>Anzahl Lobbyist:innen</p> <p>(davon Seitenwechsler:innen)</p>	<p>29 (0)</p>
<p>Kettenbeauftragungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gerrit Gramer • Katja Suding (FDP): Vize bei FDP- Bundestagsfraktion (2017-2021), Vorsitzende FDP Bürgerschaftsfraktion (2011-2017) • Rüdiger Lentz • BerlinDialogue GbR (Agentur von Rüdiger Lentz) • Elmar Brok (CDU): 1980-2019 MdEP, 2013 bis 2018 Präsident der Union der Europäischen Förderalisten (UEF)
<p>Mitgliedschaften</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Forum für Zukunftsenergien e.V. • Verein der Freunde des Aspen Instituts e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • Europäische Bewegung Deutschland e.V.
<p>Letzte Änderung im Lobbyregister</p>	<p>06.03.2024</p>
<p>Bemerkungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • 2023 veröffentlichte Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. • Marilena Körner ist seit 10/2024 als Senior Consultant Teil des Berliner Büros von Rud Pedersen Public Affairs. Vor ihrem Wechsel war sie als wissenschaftliche Referentin sowie Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den Bundestagsabgeordneten Christoph Hoffmann (FDP) tätig.^[1] • Reinhard Göhner ist seit 10/2024 Senior Advisor im Berliner Büro von Rud Pedersen Public Affairs. Göhner war 10 Jahre Geschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), 1990 - 1994 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Justiz- und im Wirtschaftsministerium, 1983 - 2007 saß er für die CDU im Bundestag, seit 2012 sitzt er im ZDF-Rundfunkrat.^[2]
<p>Link zum Lobbyre</p>	<p>Rud Pedersen Public Affairs Germany GmbH</p>

gister	
---------------	--

EUTOP (Europe, Berlin, International, Brussels)

EUTOP ist eine Lobby- Agentur mit besonders vielen Kettenbeauftragungen. Die Interessenvertretung wird von vier EUTOP-Gesellschaften (EUTOP Europe GmbH, EUTOP International GmbH, EUTOP Berlin GmbH und EUTOP Brussels SRL) selbst ausgeübt oder in Auftrag gegeben. In diesem Steckbrief werden die EUTOP Agenturen in einem zusammengefasst.

EUTOP (Europe, Berlin, International, Brussels)	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	1.610.004 - 1.650.000 €
Auftraggeber: innen	<p>EUTOP International GmbH:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft • Deutsche Telekom AG • Eutop Brussels SRL • Eutop Europe GmbH • Payback GmbH • Südzucker AG • TÜV SÜD AG • Vertex Pharmaceuticals • ExxonMobil Central Europe Holding <p>EUTOP Europe GmbH:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bundesnotarkammer Körperschaft des öffentlichen Rechtsanwaltstätigkeiten • Wirtschaftsprüferkammer Körperschaft des öffentlichen Rechtsanwaltstätigkeiten • Alzchem Trostberg GmbH • Bayer AG • BayWa Aktiengesellschaft • Burda Gesellschaft mit beschränkter Haftung • Covestro Deutschland • Deutsche Post AG • DGRV- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. • EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG • Eutop Brussels SRL • Eutop International GmbH • Huawei Technologies Deutschland GmbH • Infineon Technologies AG

	<ul style="list-style-type: none"> • Kraiburg Relastec GmbH & Co. KG • Krauss- Maffei Wegmann GmbH & Co. KG • ProSiebenSat.1 Media SE • REGUPOL BSW GmbH • Tengelmann Warenhandelsgesellschaft KG • Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts • Zentralverband Oberflächentechnik e.V. • Amadeus IT Group, SA • Ferrero Deutschland GmbH • Vertanical GmbH • Autobahn Tank & Rast Gruppe GmbH &Co. KG • Daimler Truck AG • DECHEMA Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie e.V. • IU Group N.V. • Skoda TRANSPORTATION • DocMorris N.V. • PPF Group N.V. <p>EUTOP Brussels SRL:</p> <ul style="list-style-type: none"> • British American Tobacco (Industrie) GmbH
<p>Anzahl Lobbyist: innen</p> <p>(davon Seitenwechsler: innen)</p>	<p>insgesamt 40 (0)</p>
	<p>27</p> <ul style="list-style-type: none"> • Duckdalben Consulting (Johannes Kahrs, SPD): MdB 1998-2020 • ipc Unternehmensberatung (Martina Krogmann, CDU) Staatssekretärin in Niedersachsen 2010-2013, MdB 1998-2010 • N.N. (Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen): MdB 1994-2017 • Omega Networking (Volker Hoff, CDU): Minister in Hessen 2006-2009, MdL Hessen 1991-2010 • TKM Consulting (Martin Dörmann, SPD): MdB 2002-2017 • Trepública (Markus Tressel, Bündnis 90/Die Grünen): MdB 2009-2021 • Uwe Beckmeyer (SPD): Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 2013-2018 • Hans Bernhard Beus: Staatssekretär im Bundesfinanzministerium 2010-2013 und im Bundesministerium des Innern 2008-2010 • Leo Dautzenberg (CDU): MdB 1998-2011 • Karl Heinz Florenz (CDU): MdEP 1989-2019 • Sven Halldorn: Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium 2011-2014

<p>Kettenbeauftragungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ursula Heinen-Esser (CDU): Ministerin in NRW 2018–2022, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium 2007–2013, MdB 1998–2013 • Günter Heiß (CDU): Bundeskanzleramt – Koordinator Nachrichtendienste 2010–2018, Präsident Verfassungsschutz Niedersachsen 2007–2009 • Bernhard Heitzer (FDP): Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 2009–2014, Präsident Bundeskartellamt 2007–2009 • Wolfgang Herrmann: Präsident TU München 1995–2019 • Dieter-Lebrecht Koch (CDU): MdEP 1994–2019 • Hans-Ulrich Krüger (SPD): MdB 2002–2009 & 2013–2017 • Josef Leinen (SPD): MdEP 1999–2019 • Franz-Josef Lersch-Mense (SPD): Minister in NRW 2015–2017, Chef der Staatskanzlei NRW 2010–2017 • Clemens Neumann: Abteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium 2006–2019 • Alexander Pickart Alvaro (FDP): Vizepräsident Europaparlament 2011–2014, MdEP 2004–2014 • Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen): MdB 1994–2012 • Rainer Spiering (SPD): MdB 2013–2021 • Ernst Stetter (SPD): Generalsekretär Foundation for European Progressive Studies (FEPS) 2008–2019 • Ludwig Stiegler (SPD): MdB 1980–2009 • Volkmar Vogel (CDU): Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern 2020–2021, MdB 2002–2021 • Gerald Weber
<p>Mitgliedschaften</p>	<p>EUTOP International:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Institut der Regionen Europas • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Wirtschaftsbeirat der Union Bayern e.V <p>EUTOP Brussels:</p> <ul style="list-style-type: none"> • European Policy Centre <p>EUTOP Berlin:</p> <ul style="list-style-type: none"> • de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. • Europäische Bewegung Deutschland e.V.
<p>Letzte Änderung im Lobbyregister</p>	<ul style="list-style-type: none"> • EUTOP Europe: 09.01.2024 • EUTOP International: 31.10.2023 • EUTOP Berlin: 26.03.2024 • EUTOP Brussels: 31.10.2023

Bemerkungen	Durch das große Geflecht an Auftraggeber:innen und Unterauftragnehmer:innen ist es nicht möglich die Lobbyarbeit transparent nachzuvollziehen ^[3] . Viele ehemalige Politiker:innen aus der CDU und SPD betreiben für EUTOP Lobbyarbeit.
Link zum Lobbyregister	EUTOP International GmbH , EUTOP Berlin GmbH , EUTOP Europe GmbH , EUTOP Brussels SRL

Gauly Advisors GmbH

Gauly Advisors GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	980.001 - 990.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • Adeco Germany Holding • SAP SE • Meridiam SAS • Brenntag SE • UniveristätsKlinikum Mannheim • LEONET • ZEAL Network SE • dvs-Deutscher Versand Service GmbH • NeuConnect Deutschland • Deutsche Gesellschaft für Nephrologie e.V. • ELBIT Systems Deutschland GmbH & Co. KG
Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwechsler: innen)	<p>8 (3)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Boris Binkowska (CDU): persönlicher Referent Kramp- Karrenbauer (2018/19), bis 2022 Referent im Verteidigungsministerium • Elvan Korkmaz-Emre (SPD): MdB 2017-2021 • Paolina Hagengruber: 2005-2007 & 2013-2015 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag, 2007-2013 Referentin für Innenpolitik (FDP)
Kettenbeauftragungen	0
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • American Chamber of Commerce in Germany e. V. • Atlantik-Brücke e.V. • DSI Deutschlandstiftung Integration gGmbH • KI Park Deutschland GbR • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • DIRK - Deutscher Investor Relations Verband e.V. • Bundesverband der Kommunikatoren e.V
Letzte Änderung im Lobbyregister	01.03.2024

Bemerkungen	<p>Ein bekannter Seitenwechsler ist der ehemalige Leiter des Unternehmen Peter Friedrich (SPD).</p> <p>Er war zwischen 2011 und 2016 Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg und MdB zwischen 2005 und 2011.</p>
Link zum Lobbyregister	<p>Gauly Advisors GmbH</p>

Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH

Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	810.001- 820.000€
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Philip Morris GmbH • LEG Immobilien SE • thyssenkrupp Steel Europe AG • Gropyus • Metallwerk Elisenhütte GmbH • Dr. Alders Tiernahrung GmbH • CBC Europe S.á.r. l. • Carl Zeiss AG • Zalando • Housing Anywhere B.V. • wohnvoll AG
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	5 (0)
Kettenbeauftragungen	1 <ul style="list-style-type: none"> • Gerrit Gramer
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Stiftung Neue Verantwortung e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	21.02.2024
Bemerkungen	Zwischen 2008 und 2009 war Deekeling Arndt Advisors bei einer Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs beim Deutsches Atomforum beteiligt.
Link zum Lobbyregister	Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH

BGA - Berlin Global Advisors GmbH

BGA - Berlin Global Advisors GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	740.001 - 750.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • U.S. Industrial Pellet Associations (USIPA) • Global Blue Deutschland GmbH • Planet Payment Germany GmbH • Urenco Deutschland GmbH • McPhy Energy • Illumina GmbH • Metrc, LLC • Advanced Nuclear Fuels GmbH (framatome)
Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwech- sler: innen)	10 (0)
Kettenbe- auftragun- gen	3 <ul style="list-style-type: none"> • Klaus-Peter Schmidt-Deguella • Cornelius Wendel (FDP) • Ralf Welt (FDP)
Mitglieds- chaften	<ul style="list-style-type: none"> • Internationaler Club im Auswärtigen Amts e.V. • Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. • Deutsch-Ukrainisches Forum e.V. • Ukrainian Business and Trade Association
Letzte	

Änderung im Lobbyregister	16.01.2024
Bemerkungen	<ul style="list-style-type: none"> • BGA ist Gesellschafter des Kooperationsverbunds Berlin Advisors Group • Friedbert Pflüger ist Gründungspartner von BGA. Er wurde in Vergangenheit oft als wissenschaftlicher Berater eingesetzt. Das vermischt seine Funktion als Lobbyist mit der eines Wissenschaftlers. Er war Sachverständiger für die Gaspipeline Nord Stream 2 und gleichzeitig gilt er als Gaslobbyist. • BGA-Partner Prof. Sandschneider ist Kuratoriumsmitglied bei der China-Brücke, in deren Vorstand außerdem BGA-Senior Advisor Andreas Hube sitzt.^[4] • Werner Gatzer, von 2005 bis 2023 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, ist seit 9/2024 Senior Advisor bei BGA. Im Februar 2020 wurde er für fünf Jahre zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG gewählt. • Laut Lobbyregister (Stand September 2024) unterstützt BGA die Wirtschaftsabteilung der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Deutschland.^[5]
Link zum Lobbyregister	BGA - Berlin Global Advisors GmbH

CONCILIUS AG

CONCILIUS AG	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	500.001 - 510.000 €
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Sana Kliniken AG • Lilly Deutschland GmbH • Uber B.V. • FIPRA Deutschland GmbH • Raytheon Company • E-GAP S.r.l. • FroSTA AG • Tools for Humanity GmbH • NIO GmbH • ATC EH GmbH & Co. KG
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	<p>8 (2)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Catharina Neumeyer (CDU): MA bei MdB Motschmann (CDU) • Markus Russ (CSU): 2001-2009 Direktor Hanns Seidel Stiftung Brüssel
Kettenbeauftragungen	<p>1</p> <ul style="list-style-type: none"> • STEYR ARMS GmbH (Jörg Hafner)
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • American Chamber of Commerce in Germany e.V. • de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. • DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WEHRTECHNIK e. V. (DWT) • Förderkreis Deutsches Heer e.V. • Forum Luft- und Raumfahrt e.V. • Wirtschaftsforum der SPD e.V.

	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsbeirat Bayern - Wirtschaftsbeirat der Union e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e. V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	18.03.2024
Bemerkungen	<p>Nach einer Publikation von Greenpeace hat Concilius Verflechtungen zur Rüstungsindustrie. Beispielsweise vertreten sie Raytheon Company, was der zweitgrößte Rüstungskonzern in der USA ist. Concilius ist unter anderem Mitglied bei dem Förderkreis Deutsches Heer, Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik und dem Forum Luft- und Raumfahrt. Zudem fallen einige Seitenwechsel auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senior Advisor Fritz Felgentreu (SPD): 2018-2020 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD- Fraktion, MdB 2013 - 2021 • Vorstandsmitglied Michael Donnermeyer: SPD- Sprecher für Kommunikation (Wahlkampf Schröder und Wowereit) und 2002-2007 Sprecher Berliner Senats ^[6].
Link zum Lobbyregister	CONCILIUS AG

Brunswick Group

Brunswick Group	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	370.001 - 380.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • amedes Medizinische Dienstleistungen • Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) • Thalia Bücher GmbH • Zeitfracht GmbH & Co KGaA • Bill&Melinda Gates Foundation • Alibaba (Germany) GmbH • ALSTOM Transportation Germany GmbH • CAE GmbH • Bosch Healthcare Solutions GmbH • Morgan Stanley Europe SE • DSV A/S • Alipay (Europe) Limited SA • Tencent International Service Europe B.V. • Novartis Pharma GmbH • Horizon Therapeutics GmbH • Illumina GmbH • Swiss Steel Holding AG • ADNOC International Limited • Jasper Resources GmbH • Intel Germany GmbH & Co KG • Barclays Bank Ireland PLC • Meyer Burger Technology AG • Daikin Chemical Europe • Gilead Sciences GmbH • AGC Chemicals Europe, Ltd.
Anzahl Lobbyist: innen	<p>34 (7)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ulrich Deupmann: 2006 - 2009 Berater und Redenschreiber Frank Walter Steinmeier • Arne Lietz (SPD): 2014-2019 MdEP • Dr. Joachim Peter: Leiter Referat Strategische Kommunikation im Verteidigungsministerium • Tobias Wolf: 2014- 2017 Mitarbeiter bei Lücking Michel MdB (CDU/CSU)

(davon Seitenwechsler: innen)	<ul style="list-style-type: none"> • Alexander Gruber: Kampagnen-Stratege und Redenschreiber in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bundestagswahlkampf 2021 stellvertretender Leiter des Lagezentrums Online-Kommunikation CDU • Dr. Andreas Nick (CDU): MdB 2013-2021, 2018 - 2022 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE)
Kettenbeauftragungen	0
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Atlantik-Brücke e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • AmCham American Chamber of Commerce in Germany e.V. • British Chamber of Commerce in Germany e.V. • Berliner Presse Club e.V. • Deutsches Aktieninstitut e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	26.03.2024
Bemerkungen	<p>Brunswick Group war als Berateragentur unter anderem beteiligt bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dem geplanten Erwerb von Monsanto durch Bayer • der Fusion von Siemens und dem spanischen Unternehmen Gamesa • dem Erwerb der Krauss-Maffei Wegmann durch Chemchina • dem Erwerb des Roboterherstellers Kuka durch die chinesische Midea-Gruppe. <p>Zudem ist Sigmar Gabriel (SPD) seit 2022 geopolitischer Berater.</p>
Link zum Lobbyregister	Brunswick Group

friedrich30 GmbH & Co. KG

friedrich30 GmbH & Co. KG	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	360.001 - 370.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • BMW AG • Leica-Geosystems AG • Atos Information Technology GmbH • Bureau van Dijk Electronic Publishing Ltd. • Qatar Tourism Authority • Xsun • LOHMANN & Co. AKTIENGESELLSCHAFT
Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwechsler: innen)	<p>8 (4)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Alexander Schulz (CDU): Referent verschiedene Landesministerien • Gerhard Schindler: 2012-2016 Präsident des Bundesnachrichtendienstes • Günther Heiß (CDU): 2007 - 2009 Präsident des Verfassungsschutzes Niedersachsen, 2010 - 2018 Koordinator der Nachrichtendienste des Bundes im Bundeskanzleramt • Barbara Held: Positionen im Innenministerium, deutsche Vertreterin in Europäischer Kommission in Ratsarbeitsgruppen zu Schengen und Prüm-Angelegenheiten
Kettenbeauftragungen	<p>1</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hans Lothar Domröse
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT)
Letzte Änderung im Lobbyregister	20.06.2023
Bemerkungen	Friedrich 30 hat weitreichende Zugänge in Innen- und Sicherheitspolitik. Sie fielen auf, da sie Spenden aus dem Golfstaat Katar für Fußballfelder in Rheinland-Pfalz vermittelte bzw. zu vermitteln versuchte.

Link zum Lobbyregister	friedrich30 GmbH & Co. KG
-------------------------------	---

Edelman GmbH

Edelman GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	340.001 - 350.000 €
Auftraggeber: innen	<ul style="list-style-type: none"> • Arla Foods Deutschland GmbH • A.P. Moller Maersk A/S
Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwechsler: innen)	2 (0)
Kettenbeauftragungen	0
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Atlantik Brücke e.V. • Deutsches Aktieninstitut • GPRA • DPRG Deutsche Public Relations
Letzte Änderung im Lobbyregister	30.07.2025
Bemerkungen	Edelman war verwickelt in den Wirecard Skandal. Sie waren ab Anfang 2020 für den Konzern tätig. 2020 galten sie als die größte PR- Agentur weltweit.
Link zum Lobbyregister	Edelman GmbH

von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft mbH & Co. KG

<p>von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft mbH & Co. KG</p>	
<p>Finanzielle Aufwendungen (jährlich)</p>	<p>260.001 - 270.000 €</p>
<p>Auftraggeber: innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Alpla Werke Lehner GmbH & Co KG • Bund Getränkeverpackungen der Zukunft GbR (die machen Lobbyismus für Einweggetränkeverpackungen) • Bundesverband der Zigarrenindustrie e.V. • Deutscher Online Casinoverband e. V. • eFuel Alliance e.V • Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft e.V. • Hanseatic Energy Hub GmbH • Maritime Plattform e.V. • Prepaid Verband Deutschland e. V. • REWE-ZENTRALFINANZ eG (REWE Group) • Verband der Wellpappen-Industrie e.V. (VDW) • Verband Deutsches Reisemanagement e.V. (VDR) • Entain Corporate Services Limited • Enterprise Autovermietung Deutschland B.V. & CO. KG • Arcadis Nederland B.V. • Mastercard Europe SA • Ubirch GmbH • HP Deutschland GmbH • ADEXA Die Apothekengewerkschaft • Bundesverband der GebärdensprachdolmetscherInnen Deutschlands (BGSD) e.V. • McDonald's Deutschland LLC, Zweigniederlassung München
<p>Anzahl Lobbyist: innen (davon Seitenwechsler: innen)</p>	<p>22 (4)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dr. Nikolas Hill (CDU): Staatsrat bei Behörde für Kultur, Sport und Medien 2009 - 2014), Behörde für Justiz und Gleichstellung 2014 - 2015 in Hamburg • Dr. Martin Gerig: im Rechtsausschuss des Bundestags als Rechtsreferent 2011 • Daniela Hühold: seit 2019 bei Friedrich Naumann Stiftung • Philipp Bauer: Büroleiter im Abgeordnetenhaus Berlin bei Jasper-Winter, Seerig, Fresdorf, Jotzo

Kettenbeauftragungen	<p>8</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ole von Beust (CDU): 2001 - 2010 Erster Bürgermeister Hamburg • Karl-Heinz Heuser • Nina Wesselhoefft • Martin Gorholt: Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Ministerium für Bildung in Brandenburg, zuvor Bundesgeschäftsführer der SPD • Michael Vesper • Maritime Plattform e. V
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Übersee-Club e.V. • Grüner Wirtschaftsdialog e.V. • Hafen-Klub Hamburg e.V. • Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V. • Wirtschaftsforum der SPD e.V. • Wirtschaftsrat der CDU e.V. • Europäische Bewegung Deutschland e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	17.01.2024
Bemerkungen	<ul style="list-style-type: none"> • Die Agentur wurde von dem damaligen Hamburger Bürgermeister Ole von Beust gegründet. Sie war unter anderem tätig für Wirecard. • Beust & Coll. ist sehr eng mit der eFuel-Alliance verbunden, die 2020 von UNITI gegründet wurde^[7]. Geschäftsführer der eFuel-Alliance ist Ralf Diemer, der zugleich Direktor bei von Beust und Coll. ist. • Beust & Coll. bietet den Aufbau eines Hauptstadtbüros als Dienstleistung an. (Flyer Hauptstadtbüros) • An den Adressen, die Beust & Coll. als Hauptstadtadressen für Kund:innen anbietet, finden sich folgende Organisationen, die gleichzeitig Auftraggeber von Beust & Coll. sind: eFuel-Alliance, Bund Getränkeverpackungen der Zukunft, Deutscher Online Casino Verband, Maritime Plattform
Link zum Lobbyregister	von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft mbH & Co. KG

Instinctif Deutschland GmbH

Instinctif Deutschland GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	100.001-110.000 €
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Novartis Pharma GmbH • EUROAPI Germany GmbH • Nomad Foods Europe Limited • Yakult Deutschland GmbH
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	7 (0)
Kettenbeauftragungen	0
Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Atlantikbrücke
Letzte Änderung im Lobbyregister	15.11.2023
Bemerkungen	Instinctif beteiligte sich bei der Astroturfing Kampagne.
Link zum Lobbyregister	Instinctif Deutschland GmbH

Christ&Company Consulting GmbH

Christ&Company Consulting GmbH	
Finanzielle Aufwendungen (jährlich)	90.001 - 100.000 €
Auftraggeber:innen	<ul style="list-style-type: none"> • Schwarz Unternehmenskommunikation GmbH & Co. KG • Schwarz Unternehmenskommunikation International GmbH • Schwarz Dienstleistung KG • Lidl Stiftung & Co. KG • Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG • Kaufland Stiftung & Co. KG • Schwarz Produktion Stiftung & Co. KG • PreZero Stiftung & Co. KG • Aurubis AG • Verband der Privaten Bausparkassen e.V. • Carnival Maritime GmbH • Costa Crociere S.p.A. • Sana Kliniken AG • L'Oreal Deutschland GmbH • Schwarz Digital GmbH & Co. KG • Schwarz IT KG • Amundi Deutschland GmbH • Verband Deutscher Reeder • OLINDA SAS • Aquila Capital Holding GmbH • Deutscher Verband für Negative Emissionen
Anzahl Lobbyist:innen (davon Seitenwechsler:innen)	<p>14 (3)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dr. Annetrin Gebauer: 2013-1018 Chefin vom Dienst/ Regierungssprecherin im Bundespresseamt • Rolf Kleine: Sprecher SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück im Bundestagswahlkampf 2013 • Jörg Müller: ehemaliger Sprecher von Bundesfinanzminister Eichel, Abteilungsleiter der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH
Kettenbeauftragungen	<p>1</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reinhard Grindel (CDU): MdB 2002-2016, Präsident des Deutschen Fußballbundes

Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none"> • BVES Bundesverband Energiespeicher Systeme e.V. • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) e.V.
Letzte Änderung im Lobbyregister	17.10.2023
Bemerkungen	Harald Christ , der Gründer von Christ&Company war bis 2022 FDP- Schatzmeister und ist 2023 von Finanzminister Christian Lindner als Vertreter des Bundes in den Commerzbank-Aufsichtsrat entsandt worden.
Link zum Lobbyregister	Christ&Company Consulting GmbH

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ [koerner-ist senior-consultantwww.politik-kommunikation.de](#), abgerufen am 17.10.2024
2. ↑ [reinhard-goehnerwww.rudpedersen.com](#), abgerufen am 17.10.2024
3. ↑ [Lobbyreport 2024, S. 13](#)
4. ↑ [Who We Are -Germany's leading geopolitical and government affairs advisory firm](#), abgerufen am 29.8.2024
5. ↑ [Registereintrag Berlin Global Advisors www.lobbyregister.de](#), abgerufen am 02.09.2024
6. ↑ [Publikation Greenpeace 2023](#)
7. ↑ [UNITI Jahresbericht 2020/2021](#), uniti.de, abgerufen am 15.06.2022

EUTOP

Die **EUTOP International GmbH** ist eine [Lobby-Agentur](#), die 1990 von [Klemens Joos](#) gegründet wurde.

Die Firma nutzt gerne ehemalige Politiker als Türöffner für ihre Lobbyarbeit. Es gab wiederholt Berichte über fragwürdige Lobby-Methoden.

Die Interessenvertretung wird von den vier EUTOP-Gesellschaften (EUTOP Europe GmbH, EUTOP International GmbH, EUTOP Berlin GmbH und EUTOP Brussels SRL) selbst betrieben oder in Auftrag gegeben. Auftragnehmer sind

EUTOP International GmbH



Rechtsform GmbH

Tätigkeit Lobbyagentur, die die Interessen von **itsberei** Unternehmen und Verbänden in **ch** Brüssel vertritt

EUTOP-Schwestergesellschaften und sog. Strukturelle Berater. In München befindet sich die Hauptverwaltung der EUTOP Group. Hier haben neben der Geschäftsführung auch die Corporate Services und die administrativen Bereiche von EUTOP ihren Sitz. Über den [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) ist Firmengründer Joos mit der CSU gut vernetzt. Für die "Prozessoptimierung zwischen bayerischer Wirtschaft und EU-Institutionen" wurde Joos 2019 der Bayerische Verdienstorden verliehen.

EUTOP International GmbH

Gründu 1990
ngsdat
um
Haupts München, Denninger Straße 15
tz
Lobbyb
üro
Lobbyb Brüssel, Rue d'Arlon 15
üro EU
Webadr eutop.com
esse

Inhaltsverzeichnis

1 Klemens Joos: Gründer, langjähriger Geschäftsführer und Vorsitzender des Beirats	49
2 Lobbystrategien und Personal	50
3 Angaben zur Lobbytätigkeit im Lobbyregister und EU Transparenzregister	51
3.1 Lobbyregister	51
3.2 EU Transparenzregister	52
4 Organisationsstruktur und Personal	52
4.1 Geschäftsführung	52
4.2 Advisory Board / Beirat	52
4.3 Direktoren	52
4.4 Senior Consultants	53
4.5 Strukturelle Berater	53
4.6 Ehemalige Mitarbeiter	53
5 Fallbeispiele	54
5.1 2016: Ministererlaubnis zur Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann	54
5.2 2009: Vermittlung von Honorarrednern	54
5.3 2006: FDP-Parteisponsoring-Affäre	54
6 EUTOP-Artikel bei LobbyControl	55
7 Weitere Informationen	55
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	55
9 Einzelnachweise	55

Klemens Joos: Gründer, langjähriger Geschäftsführer und Vorsitzender des Beirats

[Klemens Joos](#) kommt aus dem [CSU](#)- Umfeld und gehörte früher dem Vorstand der Jungen Union in Bayern an. Laut „Augsburger Allgemeine“ baute er sich ein Netz aus Jung-Unionisten auf, die er zum Teil für seine Firma arbeiten ließ.^[1] Die Idee: Aus den Talenten werden eines Tages Kandidaten für die Parlamente. Joos ist Mitglied des Präsidiums des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), dem auch mehrere Präsidiumsmitglieder der CSU angehören, was die Lobbyarbeit in Bayern und in Brüssel erleichtert. So ist [Angelika Niebler](#), Präsidentin und Vorsitzende des Forums Brüssel des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Europaabgeordnete und Stellv. Parteivorsitzende der CSU. In den Jahren 1998, 1999 und 2002 erhielten CDU und CSU von EUTOP [Parteispenden](#) in Höhe von insgesamt rund 75.000 Euro bzw. 77.000 Euro.^[2] [Hendrik Wüst](#) (CDU), seit 2021

Ministerpräsident des Landes NRW, war von 2002-2005 bei EUTOP tätig, zunächst als Referendar, ab 2004 als Syndikus. [Theo Waigel](#) (CSU), der von EUTOP zu hohen Honoraren als Redner vermittelt worden ist^[3], beschrieb die Lobbytätigkeit von Joos in „30 Jahre EUTOP“ wie folgt: „Aus der Politik heraus, die Klemens Joos in der Jungen Union kennenlernte, kam die Leidenschaft für die Politik, aber auch die Erkenntnis, nicht von der Politik, sondern für die Politik zu leben“. ^[4] 2019 wurde Joos vom bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), der ihn seit der Schüler-Union und der gemeinsamen Zeit im bayerischen Vorstand der Jungen Union kennt^[5], der Bayerische Verdienstorden verliehen. Begründung: Joos habe sich als geschäftsführender Gesellschafter einer Unternehmensgruppe "die Prozessoptimierung zwischen bayerischer Wirtschaft und EU-Institutionen" auf die Fahnen geschrieben.^[6] Der Orden ist für hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk geschaffen worden.

Nach der Gründung der EUTOP promovierte Joos zum Thema: "Interessenvertretung deutscher Unternehmen bei den Institutionen der Europäischen Union". Bis 2021 war er als Lehrbeauftragter an der LMU München für das Aufgabengebiet "Convincing Political Stakeholders" tätig. Seit 2021 ist er Lehrbeauftragter an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität München (TUM) für das Aufgabengebiet „Management of Relationships to Political Stakeholders“. Im Februar 2022 hat die Technische Universität München (TUM) Joos zum Honorarprofessor für Stakeholder Management (einer Umschreibung für Lobbyismus) bestellt. Die Begründung; „Mit Dr. Joos leisten wir an der TUM School of Management wichtige Pionierarbeit auf diesem Gebiet“. ^[7]

EUTOP ist ein Teil des Firmengeflechts von Joos. Zu diesem gehörten außerdem die **EUTOP Speaker Agency**, die u.a. Vorträge für Politiker vermittelte, und das ehemalige Internetportal **polixea** (vorher: politikerscreen). Polixea präsentierte sich als Informationsdienst für Politik samt einer speziellen Suchmaschine für politische Inhalte. Die Suchmaschine war zeitweise auf den Webseiten verschiedener Parteien, Abgeordneter und sogar Ministerien eingebunden. Kooperationen mit dem **ZDF** und mit **Focus** stärkten die Glaubwürdigkeit. Unklar ist, ob polixea auch den Kunden von EUTOP zugute kam. LobbyControl äußert den Verdacht, dass es sich bei polixea um eine deutsche Form des "Journo-Lobbying" handeln, also die Nutzung vermeintlich journalistischer Informationsangebote für Lobby-Strategien.^[8] Auf jeden Fall bot die Plattform die Möglichkeit, Politiker zu Gastbeiträgen einzuladen und darüber mit ihnen in Kontakt zu treten. Zudem gab es Überschneidungen zwischen den Kunden von EUTOP und politikerscreen.^[9] (siehe Fallbeispiele).

Die Firmen von Joos sind in der **EUXEA Holding** gebündelt, einer Unternehmensgruppe mit 18 Gesellschaften. Deren Schwerpunkt liegt in den folgenden Bereichen: Perspective Change, Governmental Relations, Real Estate sowie Services und Handwerk.

Lobbystrategien und Personal

Auf seiner Webseite wirbt EUTOP gegenüber potentiellen Kunden damit, diverse Kontakte mit Entscheidungsträgern der Legislative und Exekutive in allen EU-Mitgliedsstaaten aufgebaut zu haben.^[10] Auf diese Weise unterstütze die Organisation ihre Kunden effektiv und effizient dabei, ihre Anliegen in die Entscheidungsprozesse in Brüssel und in den Mitgliedstaaten der EU einzubringen. EUTOP warb dazu u.a. wiederholt ehemalige Politiker an, die ihre Kontakte und ihr politisches Insider-Wissen mitbringen. EUTOP-Mitarbeiter haben fundierte Berufserfahrung im politischen Umfeld, zum Beispiel aufgrund früherer haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeiten in Parlamenten, Regierungen oder Parteien in Deutschland, in anderen EU-Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene sowie bei global agierenden Unternehmen.^[11] Die Lobbyarbeit wird von

mehr als 150 Mitarbeitern und sog. Strukturellem Beratern betrieben, darunter ehemalige Spitzen der Legislative und Exekutive sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus mehreren EU-Mitgliedstaaten. 2015 wurde bekannt, dass die CDU seit 2013 9 Lobbyist:innen von EUTOP mit Bundestagshausausweisen Zugang zum Parlament verschafft hatte.^[12] Der Journalist Hans-Martin Tillack wertete Anfang 2017 interne Dokumente des Wirtschaftsministeriums aus und gewährt somit Einblick über die Lobbystrategien von EUTOP, insbesondere deren Zusammenarbeit mit Behörden.^[13]

Angaben zur Lobbytätigkeit im Lobbyregister und EU Transparenzregister

Lobbyregister

Im [deutschen Lobbyregister](#) machen die EUTOP-Gesellschaften Angaben zur Lobbyarbeit im Jahr 2023 (Stand: 02.07.2024). Nach den neuen Lobbyregeln lässt sich nun deutlich besser nachvollziehen, welche der Ex-Politiker für welche Unternehmen tätig sind. Laut Recherchen von LobbyControl finden sich im neuen Eintrag von EUTOP im Lobbyregister jedoch Ungereimtheiten, unkonkrete Angaben und viele offene Fragen.^[14]

EUTOP Europe GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 2.270.001 bis 2.280.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 2,28 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: keine

Die Regelungsvorhaben, Kunden und eingesetzten Personen finden sich im Lobbyregister

EUTOP International GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 910.001 bis 920.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 1,01 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: Institut der Regionen Europas, [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Wirtschaftsforum der SPD](#), [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)

Die Regelungsvorhaben, Kunden und eingesetzten Personen finden sich im Lobbyregister

EUTOP Berlin GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 480.001 bis 490.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 2,19 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: de'ge'pol -Deutsche Gesellschaft für Politikberatung, Europäische Bewegung Deutschland

Nach den Registerangaben arbeitete die EUTOP Berlin GmbH 2022 ausschließllich für die drei EUTOP-Unternehmen EUTOP Europe GmbH, EUTOP International GmbH und EUTOP Brussels SRL

EUTOP Brussels SRL (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 80.001 bis 90.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 1 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: [European Policy Centre](#)

Nach den Registerangaben arbeitete die EUTOP Brussels SRL 220 ausschließlich für British-American Tobacco (BAT) sowie zwei EUTOP-Unternehmen

EU Transparenzregister

Auch im europäischen Transparenzregister ist EUTOP eingetragen. Dort hat [EUTOP Europe GmbH](#) (Stand: 23.05.2025) für das Jahr 2023 5.650.000 Euro Lobbyausgaben und 42 beschäftigte Lobbyist:innen (im Vollzeitäquivalent 19,8) angegeben. Nach den Registerangaben arbeitete EUTOP u.a. für AMADEUS IT Group, AlzChem, Apeel Technology, BMW. Group, Bayer und British American Tobacco

EUTOP Europe GmbH ist Mitglied im [European Policy Centre](#).

Organisationsstruktur und Personal

Die Holdinggesellschaft der EUTOP Group ist die EUTOP International GmbH, München, mit den Tochtergesellschaften EUTOP Europe GmbH, EUTOP Brussels SRL, EUTOP Administration GmbH und EUTOP Trademark GmbH^[15] Neben der Zentrale in München unterhält EUTOP Büros in Brüssel, Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Paris, Madrid, Rom, Wien, Budapest, Prag und Kopenhagen. Das EUTOP-Team besteht aus rund 150 Personen. Neben den Mitarbeitern gehören dazu auch Strukturelle Berater. Die EUTOP International GmbH erzielte 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 10,1 Mio. Euro; der Bilanzgewinn lag bei über 2 Mio.Euro.^[16] EUTOP International ist eine Tochtergesellschaft der EUXEA Holding GmbH, deren Geschäftsführender Gesellschafter Klemens Joos ist.

Geschäftsführung

Geschäftsführer sind:

- Klemens Joos
- Felix Dane, seit 05/2025 , EUTOP Brussels SRL
- Christian Schaufler, ehem. Büroleiter des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Mappus (CDU), ehem. Büroleiter der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
- Stefan Mappus
- Arne Leimenstoll

Advisory Board / Beirat

- Vorsitzender seit 05/2025 Rainer Wend^[17]

Direktoren

Die Direktoren sind [hier](#) abrufbar

Senior Consultants

Die Senior Consultants sind [hier](#) abrufbar

Strukturelle Berater

EUTOP bezeichnet selbständige Berater, die für das Unternehmen als Unterauftragnehmer tätig sind, als Strukturelle Berater. Darunter befinden sich viele ehemalige Spitzenpolitiker und Ex-Staatssekretäre. LobbyControl hat im Lobbyregister (Stand: 02.02.2025) die folgenden Unterauftragnehmer:innen aus Politik und Verwaltung identifiziert, die meist für mehrere der EUTOP-Kunden tätig waren.^[18]:

- Bernd Westphal, MdB (SPD) bis 03/2025
- Hans-Jürgen Thies, MdB (CDU) bis 03/2025
- Joachim Becker, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) bis 02/2024
- Ulrich Kelber, SPD-Bundestagsabgeordneter 2000-2019, 2013-2018 Parlamentarischer Staatssekretär im BM Justiz und Verbraucherschutz, Bundesbeauftragter für Datenschutz und die Informationsfreiheit 2019 - 07/2024
- Leo Dautzenberg, CDU-Bundestagsabgeordneter 1998-2011
- Volkmar Vogel, CDU-Bundestagsabgeordneter 2002-2021, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern 2020-2021
- TM Consulting, Beratungsunternehmen von Martin Dörrmann, SPD-Bundestagsabgeordneter 2002-2017
- Ursula Heinen-Esser, CDU-Bundestagsabgeordnete 1998-2013, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium 2007-2013, Ministerin für Umwelt und Landwirtschaft in NRW 2018-2022
- Hans-Ulrich Krüger, SPD-Bundestagsabgeordneter 2002-2009 & 2013-2017
- Clemens Neumann, Abteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium 2006-2019
- Ludwig Stiegler, SPD-Bundestagsabgeordneter 1980-2009
- Hans-Bernhard Beus, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium 2010-2013 und im Bundesministerium des Innern 2008-2010
- Alexander Pickart Alvaro, FDP-Europaabgeordneter 2004-2014, Vizepräsident des Europaparlaments 2011-2014
- Franz-Josef Lersch-Mense, SPD, NRW-Europa- und Medienminister im Bundeswirtschaftsministerium 2015-2017, Chef der Staatskanzlei NRW 2010-2017
- Uwe Beckmeyer (ExxonMobil), SPD, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 2013-2018
- Wolfgang Herrmann (Bayer AG), Präsident der TU München 1995-2019
- Christine Scheel (Edeka), Grünen-Bundestagsabgeordnete 1994-2013

Ehemalige Mitarbeiter

- [Hendrik Wüst](#) (CDU), seit 2021 Ministerpräsident des Landes NRW, war von 2002-2005 als Vorsitzender der Jungen Union NRW und Mitglied des Bundesvorstands der CDU bei EUTOP tätig, zunächst als Referendar, ab 2004 als Syndikus.^{[19][20]} Danach wurde er Generalsekretär der CDU NRW. Wüst war in die CDU-Parteitag Sponsoring-Affäre um [Jürgen Rüttgers](#) verwickelt, für die er die Verantwortung übernahm und daraufhin zurücktreten musste.

Fallbeispiele

2016: Ministererlaubnis zur Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann

Die EUTOP war von **Edeka** beauftragt worden, sich in der Politik für eine Unterstützung der Fusion einzusetzen. Bei Kontakten zum **Bundeswirtschaftsministerium** kann sich EUTOP auf die Beziehungen ihres Geschäftsführers **Detlef Dauke** stützen, der bis Frühjahr 2015 Abteilungsleiter für Innovations-, IT- und Kommunikationspolitik im BMWi war.^[21] Zunächst hatte Wirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** entsprechende Kontakte bestritten, musste dann aber Aufgrund einer parlamentarischen Anfrage zugeben, sich in der fraglichen Zeit mit Klemes Joos getroffen zu haben. Edeka verweigerte auf Nachfrage von Medien genauere Angaben über den Auftrag.^[22] Auch zu seinen Treffen mit den Chefs der Konzerne hatte der Minister zunächst falsche Angaben gemacht.^{[23][24]}

Im Sommer 2016 erlaubte Gabriel die vom Bundeskartellamt untersagte Fusion entgegen dem Votum der **Monopolkommission**. Das OLG Düsseldorf setzte mit Beschluss vom 12. Juli 2016 die Ministererlaubnis im Eilverfahren außer Kraft und erhob gegenüber Gabriel den Vorwurf der Besorgnis der Befangenheit.^{[25][26]} Daraufhin reichte das Bundeswirtschaftsministerium gegen den Beschluss des OLG sowohl Nichtzulassungsbeschwerde als auch zulassungsfreie Rechtsbeschwerde zum BGH ein.^[27] Durch die Rücknahme der Beschwerden im Hauptverfahren wurde die Ministererlaubnis im Dezember 2016 rechtskräftig.

2009: Vermittlung von Honorarrednern

Spiegel Online veröffentlichte 2009 einen Artikel mit dem Titel: "Skandalkonzern: Lobbyfirma soll überhöhte Honorare an Politiker gezahlt haben - Telekom unter Druck". Darin heißt es EUTOP soll hochrangige Politiker jahrelang mit lukrativen Honoraren für Vorträge geködert haben, um sie an die Lobbyfirma zu binden. In dem Artikel wird die Telekom als Geldgeber genannt, wobei sich die Autoren auf Akten der Bonner Staatsanwaltschaft beziehen. EUTOP erhob Klage gegen den Artikel und erwirkte, dass er wegen angeblichen Falschbehauptungen aus dem Netz genommen werden musste, ebenso wie Verweise auf den Bericht. Eine Kopie ist allerdings auf Wikileaks zu finden^[28].

Mehrere prominente Politiker wurden von der EUTOP Speaker Agency GmbH als Honorarredner vermittelt, u. a. der ehemalige Wirtschaftsminister **Michael Glos** (CSU), Ex-Arbeitsminister **Walter Riester** (SPD) sowie in den Jahren 2006 und 2007 der damalige FDP-Vorsitzende **Guido Westerwelle**^[29]. Dafür hat Westerwelle jeweils mehr als 7.000 Euro erhalten. Die genauen Zahlungen sind nicht bekannt, da die Nebeneinkünfte-Regeln des Deutschen Bundestages nur grob festgelegt und nach oben offen sind.

2006: FDP-Parteisponsoring-Affäre

Ein Beispiel für die Überschneidungen der Inhalte von politikerscreen (später polixea) und den Interessen der EUTOP-Kunden, ist ein Gastbeitrag des damaligen FDP-Vorsitzenden **Guido Westerwelle** im September 2006 über die Änderung des Telekommunikationsgesetzes. Darin argumentierte er gegen eine weitreichende Regulierung des neuen VDSL-Breitbandnetzes der Deutschen Telekom. Das half der Deutschen Telekom bei der Frage, ob sie das neue Breitbandnetz ungeschützt von Konkurrenz einführen könne. Die Telekom-Tochtergesellschaft T-Online war währenddessen Kunde von EUTOP und hatte einen Content-Vertrag zur Abnahme von Inhalten der polixea^[30]. Kurz nach Westerwelles Beitrag flossen 100.000 Euro von der politikerscreen.de AG an die FDP. Im Oktober 2006 stellte die ProLogo GmbH, die das

Sponsoring für die FDP abwickelte, der politikscreen.de AG 6 Rechnungen über "Sponsorenbeiträge" für FDP-Veranstaltungen. Die 6 Rechnungen addierten sich genau auf 100.000 Euro. Laut Spiegel waren die Gegenleistungen der FDP gering: auf den Einladungen zu den Veranstaltungen sollte das Logo von politikscreen erscheinen und bei den Veranstaltungen Flyer ausliegen. Auf Parteitag wurden Sponsoren für geringere Summen große Messestände bekommen. Es kam der Verdacht auf, bei den Zuwendungen handle es sich um einer verdeckte Parteispende. Sponsoringzahlungen müssen von den Parteien nicht offen gelegt werden. Die Zahlungen an die FDP wurden nur durch einen Bericht des Spiegels im März 2010 öffentlich. Da war politikscreen schon nicht mehr aktiv. Joos hatte polixea 2008 verkauft. Anschließend wurde polixea ein Angebot der trupoli AG. Kurze Zeit später wurde beides eingestellt^[31].

EUTOP-Artikel bei LobbyControl

- [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln? 05. August 2024](#)
- [Verteidigungsministerium soll Lobbyjob von Ex-Staatssekretär untersagen, 01. Dezember 2014](#)
- [Neue Partesponsoring-Affäre bei der FDP?, 06. April 2010](#)
- [Eutop lässt Artikel entfernen, 16. Juni 2009](#)

Weitere Informationen

- [Eigendarstellung im EUTOP Magazin 2024](#)
- [30 Jahre EUTOP](#)
- [Agentur EUTOP - Wie ein Lobby-Riese mit dem Wirtschaftsministerium kooperiert Stern 28.03.2017](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Fall Nüsslein: von alten Seilschaften, Lobbyisten und der Gier nach Geld](#), augsburger-allgemeine.de vom 16.03.2021, abgerufen am 28.05.2022
2. ↑ [Pikanter Seitenwechsel: Vertrauter von Innenminister de Maziere wird Geschäftsführer einer Lobbyagentur](#), abgeordnetenwatch.de vom 25.11.2014, abgerufen am 28.05.2022
3. ↑ [Lobbyismus und Politik NRW](#), lokalkompass.de vom 06.10.2021, abgerufen am 28.05.2022
4. ↑ [EUTOP und die Europäische Union](#), eutop.com, abgerufen am 28.05.2022
5. ↑ [Polixea - wer es alles einbindet](#), sueddeutsche.de vom 19.12.2007, abgerufen am 26.05.2022
6. ↑ [Lindauer Zeitung Verdienstorden für Klemens Joos](#), pressreader.com, abgerufen am 26.05.2021
7. ↑ [Berufung der Woche](#), focus.de vom 18.02.2022
8. ↑ [Wer steckt hinter Polixea?](#) www.lobbycontrol.de vom 16.01.2008, abgerufen am 08.06.2022
9. ↑ [Der Spiegel 13/2010: Teure Broschüren](#), abgerufen am 15.05.2017.
10. ↑ [Your Partner for Governmental Relations](#), eutop.com, abgerufen am 24.02.2022
11. ↑ [30 Jahre EUTOP](#), dr-joos.eu, abgerufen am 25.02.2022
12. ↑ [Liste veröffentlicht: Diese Lobbyisten haben Zutritt zum Bundestag](#), abgeordnetenwatch.de vom 28.11.2015, abgerufen am 26.05.2021

13. ↑ [stern.de](#), Titel: Wie die Lobbyagentur EUTOP mit dem Wirtschaftsministerium kooperiert, von Hans-Martin Tillack
14. ↑ [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln?](#), lobbycontrol.de vom 05.08.2024, abgerufen am 23.08.2024
15. ↑ [EUTOP Group Status quo](#), eutop.com, abgerufen am 23.08.2024
16. ↑ [Jahresabschluss der EUTOP International GmbH zum 31. Dezember 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 24.08.2024
17. ↑ [Beirat](#) eutop.com, abgerufen am 23.05.2025
18. ↑ [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln?](#), lobbycontrol.de vom 05.08.2024, abgerufen am 23.08.2024
19. ↑ [Hendrik Wüst](#), land.nrw, abgerufen am 24.02.2022
20. ↑ [Daniel Goffart und Thomas Siegm: Klamme Parteien nerven die Wirtschaft](#), Handelsblatt vom 23.02.2010, abgerufen am 15.05.2017.
21. ↑ [Geschäftsführung](#), eutop.de, abgerufen am 15.05.2017
22. ↑ [Vize-Kanzler in der Kritik: Das dicke Fell des Sigmar Gabriel](#), Webseite des Bayerischen Rundfunks, 3. August 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
23. ↑ [Tengelmann-Übernahme: Gabriels geheime Treffen mit dem Edeka-Chef](#), Der Spiegel, 28. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
24. ↑ [auf eine Parlamentarische Anfrage](#), Webseite des Bundestags, 25. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
25. ↑ [Pressemitteilung Nr. 25/2016 des OLG Düsseldorf](#), olg-duesseldorf.nrw.de, abgerufen am 16.05.2017
26. ↑ [Heribert Prantl: Richter als Politiker](#), sueddeutsche.de 05.08.2016, abgerufen am 15.05.2017
27. ↑ [Ministererlaubnis Edeka/Tengelmann: Bundeswirtschaftsministerium legt vollumfänglich Rechtsmittel ein](#), juris.de, abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Martin Reyher: Pikanter Seitenwechsel: Vertrauter von Innenminister de Maizière wird Geschäftsführer einer Lobbyagentur](#), abgeordnetenwatch.de vom 25.11.2014, abgerufen am 15.05.2017.
29. ↑ [Thorsten Denkler und Oliver Das Gupta: Westerwelle oder die Hand die nimmt](#), Süddeutsche vom 25.02.2010, abgerufen am 15.05.2017.
30. ↑ [Ulrich Müller: Neue Parteisponsoring-Affäre bei der FDP](#), Lobbycontrol vom 6. April 2010, abgerufen am 15.05.2017.
31. ↑ [Der Spiegel 13/2010: Teure Broschüren](#), abgerufen am 15.05.2017.

Verband Forschender Arzneimittelhersteller

Der **Verband forschender Arzneimittelhersteller (vfa)** ist ein Zusammenschluss von 43 Pharma-Unternehmen. Er versucht, deren Interessen vor allem in der Gesundheitspolitik durchzusetzen. Da so große Konzerne wie **Bayer**, **Pfizer**, **Novartis** oder **Roche** hinter ihm stehen, gilt der vfa als einflussreichster Lobby-Verband der Pharmabranche. Der vfa tritt nicht nur als politischer Lobbyist auf, sondern auch als Öffentlichkeitsarbeiter. So hat er die bekannte Werbekampagne "Forschung ist die beste Medizin" in Auftrag gegeben.

Lobbyisten in Ministerien

Verband forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa)

Rechtsform	e. V. (Berlin VR 20153 B)
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der Pharmabranche
Gründungsdatum	1994
Hauptsitz	Hausvogteiplatz 13, 10117 Berlin
Lobbybüro	



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

**Verband forschender
Arzneimittelhersteller e.V. (vfa)**

Lobbybüro

EU

Webadresse www.vfa.de

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	57
1.1	Seitenwechsel	58
1.2	Lobbyisten in Ministerien	58
2	Fallbeispiele und Kritik	58
2.1	Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG)	58
3	Organisationsstruktur und Personal	59
3.1	Vorstand	59
3.2	Geschäftsführung	59
4	Finanzen	59
5	Kurzdarstellung und Geschichte	59
6	Zitate	59
7	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	59
8	Einzelnachweise	60

Lobbystrategien und Einfluss

Wie erfolgreich die forschenden Arzneimittelhersteller ihre Produkte vermarkten, kann man daran ablesen, dass sich der Anteil patentgeschützter Medikamente an den gesamten Medikamentenkosten von 1993 bis 2011 vervierfacht hat.^[1] Lange Zeit ist es den Pharmafirmen gelungen, alle Pläne der Politik zur Kostendämpfung abzuwehren oder abzuschwächen.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa) an, (Stand: 04.05.2022):

- im Jahr 2021 3.160.001 bis 3.170.000 € für Lobbyarbeit auszugeben und
- 17 namentlich benannte Lobbyist:innen zu beschäftigen. ([zum Registereintrag](#))

Auch im europäischen Transparenzregister ist der vfa eingetragen. Dort hat der vfa für das Jahr 2021 200.000 bis 299.999 € Lobbyausgaben und 18 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 2,6) angegeben. ([zum Registereintrag](#))

Seitenwechsel

Der Verband setzte bei der Wahl seiner Geschäftsführung auf bekannte Größen aus der Politik. Der politische Erfolg des VfA ist eng mit der Person seiner langjährigen Geschäftsführerin [Cornelia Yzer](#) verknüpft. Yzer gehörte als Staatssekretärin dem Kabinett von Helmut Kohl an, bevor sie 1997 zur Pharmedia wechselte. Im Anschluss an die VfA-Geschäftsführung war [Cornelia Yzer](#) von Ende September 2012 bis Anfang Dezember 2016 als Berliner Wirtschaftssenatorin tätig.^[2] Bei der Suche nach einer geeigneten Nachfolgerin fiel die Wahl erneut auf eine Ex-Politikerin: Die neue VfA-Chefin [Birgit Fischer](#) war von 2002 bis 2005 als Gesundheitsministerin in Nordrhein-Westfalen tätig und Mitglied im SPD-Präsidium.^[3] Im April 2019 schied sie als Hauptgeschäftsführerin aus.

Geschäftsführer für den Bereich „Politik und Strategie“ ist seit 2015 Jan Carels, zuvor Geschäftsführer für Politik und Unternehmensentwicklung beim AOK-Bundesverband.^[4]

Lobbyisten in Ministerien

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[5]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.

Fallbeispiele und Kritik

Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG)

Die Branchenvertreter zeigten sich empört, als der Bundestag im November 2010 das Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) verabschiedete. Das Gesetz beinhaltete eine Nutzenbewertung neuer Präparate - als Vorbedingung für Preisverhandlungen zwischen den Produzenten und den Kostenträgern. Bis dahin hatten die Arzneimittelfirmen die Preise ihrer Medikamente frei festsetzen können und für es für deren Zulassung hatte es genügt, wenn ein neuer Wirkstoff einen Laborwert zum Positiven veränderte. Nun sollten die Hersteller belegen, dass diese Wirkung auch einen konkreten Zusatznutzen für den Patienten hat, also den Gesundheitszustand verbessert, die Krankheitsdauer verkürzt oder die Lebenszeit verlängert. Schon im ersten Jahr nach ihrem Inkrafttreten wurde deutlich, wie notwendig die Neuregelung war: Von 23 Medikamenten, die 2011 in Deutschland auf den Markt kamen, erwiesen sich acht als Scheininnovationen ohne jeden Zusatznutzen für die Patienten.^[6] Noch im selben Jahr wurde [Cornelia Yzer](#) als Geschäftsführerin des Pharmaverbandes verabschiedet - offenbar aus Verärgerung darüber, dass sie die strengeren Zulassungsregeln nicht verhindert hatte.^[7] Mittlerweile konnte die neue Geschäftsführerin [Birgit Fischer](#) gemeinsam mit anderen Branchenvertretern einen ersten großen Erfolg verbuchen: Ursprünglich war im AMNOG vorgesehen, nicht nur neue, sondern auch bereits zugelassene Medikamente einer Nutzenbewertung zu unterziehen. Die Pharmedia hat diese sogenannte Bestandsmarktprüfung als „Bürokratiemonster“ verunglimpft. Die große Koalition hat kurz darauf die Regelung im Frühjahr 2014 wieder gestrichen - und damit auf erhebliche Einsparpotentiale bei den Arzneimittelausgaben verzichtet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Amtsperiode 2016/2017:

- Han Steutel, Vorsitzender, [Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA](#)
- Frank Schöning, stellvertretender Vorsitzender, [Bayer Vital GmbH](#)
- und weitere, Quelle: ^[8]

Geschäftsführung

Bis April 2019 war [Birgit Fischer](#) Hauptgeschäftsführerin. Kommissarischer Leiter der Geschäftsführung ist seitdem der Vorstandsvorsitzende Hans Steutel.

Finanzen

Finanziert wird der vfa durch Mitgliedsbeiträge. Laut Europäischen Transparenzregister betragen die Lobbykosten des VfA für das Geschäftsjahr 2015 250.000 Euro.^[9]

Kurzdarstellung und Geschichte

Nach eigenen Angaben decken die VfA-Mitglieder über zwei Drittel des Arzneimittelmarktes ab und beschäftigen in Deutschland rund 85.000 Mitarbeiter.^[10] Der Verband forschender Arzneimittelhersteller vertritt die Interessen von 43 Pharmaunternehmen und Biotechnologie-Firmen.^[11] Der VfA vertritt vor allem die Interessen großer Pharmaunternehmen, im Unterschied zum [BPI](#), der eher mittelständische Unternehmen vertritt. Nachdem sich der VfA 1993 vom [Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie](#) ab, wurde der Verband durch die Imagekampagne "Forschung ist die beste Medizin" bekannt, die mit einem Jahresbudget von 10 Millionen Euro gestartet und über mehrere Jahre fortgeführt wurde.^[12] Von 1997 bis 2011 war [Cornelia Yzer](#), ehemalige Staatssekretärin im Kabinett von Helmut Kohl, Geschäftsführerin des Pharmaverbandes. Seit 2011 ist [Birgit Fischer](#) Hauptgeschäftsführerin, von 2002-2005 Ministerin Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW.

Zitate

"Ich weiß, dass deutsche Abgeordnete personell miserabel ausgestattet sind: Ein Einzelner kann ohne fachliche Hilfestellung von außen kein Gesetz einbringen - er hat meistens keinen Zugriff auf Expertisen eigener Mitarbeiter." Cornelia Yzer über ihren [Seitenwechsel](#) zur Pharmedia ^[13]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Faktenblatt Arzneimittelmarkt](#), Pressestelle GKV-SV vom 24.05.2013, abgerufen am 25.01.2017
- ↑ [Eine gute Zeit für die Berliner Wirtschaft](#), Tagesspiegel vom 02.09.2016, abgerufen am 25.01.2017
- ↑ [Die Wechselhafte](#), ZEIT Online vom 13.10.2011, abgerufen am 25.01.2017
- ↑ [Pressemitteilung vom 07.07.2015](#), vfa.de, abgerufen am 05.08.2019
- ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
- ↑ [Ein Drittel aller neuen Pillen ist überflüssig](#), Spiegel Online vom 27.09.2012, abgerufen am 25.01.2017
- ↑ [Umstrittene Pharmedizin muss gehen](#) Spiegel Online vom 10.02.2011, abgerufen am 25.01.2017
- ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) abgerufen am 24.01.2017
- ↑ [Europäisches Transparenzregister](#), abgerufen am 25.01.2017
- ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#), abgerufen am 25.01.2017
- ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#), abgerufen am 25.01.2017
- ↑ ["Forschung ist die beste Medizin": Informationskampagne auch mit Marburger Forscher](#), Informationsdienst Wissenschaft vom 09.06.2004, abgerufen am 25.01.2017
- ↑ [Eine fast anonyme Macht](#), taz vom 15.05.2004, abgerufen am 25.01.2017

Verband der Chemischen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

Der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** ist ein Interessenverband von 1.600 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne. Innerhalb des Verbandes vereinigen sich mehr als 90 Prozent der deutschen Chemieunternehmen.^{[1][2]}

Verband der chemischen Industrie e.V.
(VCI)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der Chemieindustrie
Gründungsdatum 1877
Hauptsitz Frankfurt a.M.
Lobbybüro Neustädtische Kirchstraße 8, 10117 Berlin
Lobbybüro EU Rue Marie de Bourgogne 58 1000 Bruxelles
Webadresse www.vci.de

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	61
1.1	Lobbytätigkeit	61
1.2	Parteispenden	61
1.3	Befürwortung eines Lobbyregisters	62
2	Fallbeispiele und Kritik	62
2.1	2026: Verbot einiger PFAS	62
2.2	2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände	63
2.3	2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung	64
2.4	2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz	65
2.5	2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern	65
2.6	1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung	65
3	Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	67
3.1	Der Vorstand	67
3.2	Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP	67
4	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	68
5	Einzelnachweise	68

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbytätigkeit

Der VCI nutzt das Netz seiner Mitglieder, um über lokale Unternehmen dezentral auf die Bundestagsabgeordneten in den jeweiligen Wahlkreisen Einfluss zu nehmen.

Auf der anderen Seite bedeutet Verbandsarbeit auch, die Interessen der Mitglieder zu bündeln und in Berlin möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Diese Koordinierung ist eine Herausforderung für die Verbände generell, auch für den VCI. Denn zumindest die großen Mitgliedsunternehmen, wie [BASF](#) oder [Bayer](#), haben eigene Lobbybüros in Berlin, über die sie ihre speziellen Unternehmensinteressen vertreten.

Der VCI organisiert etwa acht Mal im Jahr Politische Ausschüsse und Chemiekreise mit Lobbyist/innen der Mitgliedsunternehmen, um Informationen auszutauschen und die Arbeit zu koordinieren. Zu den Treffen werden je nach Bedarf auch Vertreter/innen von Bundesregierung und Gewerkschaften, etwa der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), eingeladen. Zusätzlich veranstaltet der VCI einmal im Jahr einen [Parlamentarischen Abend](#).

Ein weiteres wichtiges Einflussinstrument des VCI ist die strategische Netzwerkbildung und Personalpolitik, die besonders unter dem langjährigen VCI-Geschäftsführer [Hermann-Wolfgang Lehning](#) gepflegt wurde. Lehning war Präsident des [Wirtschaftspolitischen Clubs Deutschland](#) (2003–2007), in dem sich Repräsentant/innen aus Politik und Wirtschaft regelmäßig austauschen, sowie Mitgründer des Lobbyzirkels [Adlerkreis](#). Ziel der strategischen Personalpolitik ist es, aufstrebende Leute mit politischen Ambitionen anzuheuern, bevor sie in die Politik wechseln

Parteispenden

Der VCI gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Verband insgesamt 8.001.036,09 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden verteilen sich von 2010 bis 2019 wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	26.000	53.000	14.000	20.000	0	113.000
2011	110.000	47.000	60.000	72.000	20.000	309.000
2012	44.000	109.000	34.000	24.500	12.500	224.000
2013	167.000	164.000	85.000	74.500	14.000	504.500
2014	98.000	87.500	55.000	37.000	18.000	295.500
2015	40.000	61.000	35.000	40.000	13.000	189.000
2016	73.000	61.000	49.500	42.000	22.500	248.000
2017	250.000	75.000	141.000 0	139.000 0	29.000	634.000
2018	40.000	90.000	35.000	25.000	16.000	206.000
2019	108.200	75.000	55.000	37.000	20.000	295.200
2020	25.000	62.000	22.500	13.000	13.000	135.500
2021	131.500	83.000	76.000	62.000	42.000	394.500
2022	67.000	52.000	51.000	58.000	28.000	256.000
2023	40.000	62.000	25.000	41.000	30.000	198.000
Summe	1.219.700	1.081.500	738.000	685.000	278.000	4.002.200
e	0	0	0	0	0	0

Hinzu kamen Spenden des bayerischen Regionalverbands [Verband der Bayerischen Chemischen Industrie](#) sowie des Chemie-Arbeitgeberverbands [Verein der Bayerischen Chemischen Industrie](#) an die CSU in Höhe von bisher 2.177.607,4 Euro.

Die Spenden für die folgenden Jahre sind über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Befürwortung eines Lobbyregisters

Im April 2018 erklärten der VCI und Transparency International auf der Bundespressekonferenz, sich gemeinsam für ein Lobbyregister einzusetzen.^[3]

Fallbeispiele und Kritik

2026: Verbot einiger PFAS

Die Europäische Chemikalien Agentur ECHA hat dem EU-Parlament empfohlen, die Einleitung von 24 PFAS in Gewässer zu untersagen. Das Parlament hat sich im März 2026 dieser Empfehlung angeschlossen^[4] Der VDMA verlautbarte dazu, die PFAS-Regulierung ginge an der Realträt vorbei und gefährde den Mittelstand.^[5]

2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände

Die umstrittenen PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen), auch Ewigkeitschemikalien genannt, sind wichtig für große Chemiefirmen, aber auch für Hersteller von Pfannen, Outdoor-Kleidung oder Medizingeräten. Die Chemikalien sind während des Gebrauchs nicht besorgniserregend, aber der Produktionsprozess und die Entsorgung sind problematisch. Die Stoffgruppe umfasst 10.000 Stoffe, von denen ca. 1.000 in Deutschland im Einsatz sind. ^[6]

Wenn die Chemikalien einmal in der Umwelt sind, bleiben sie dort, weil sie auf natürlichem Weg nicht abgebaut werden können. Über das Trinkwasser und die Nahrung gelangen sie in den menschlichen Körper. Bei einigen PFAS wurde nachgewiesen, dass sie Krebs sowie Leberschäden und Hormonstörungen verursachen und das Immunsystem schädigen können. Im Landkreis Altötting in Bayern beispielsweise durften Blutspenden von Anwohnern nicht mehr für Blutkonserven genutzt werden, da ein Stoff aus der PFAS-Gruppe in hoher Konzentration im Blutplasma nachgewiesen wurde. ^{[7][8]}

Am 7. Februar 2023 legte die Europäische Chemikalien Agentur ECHA nach Vorarbeit von fünf EU-Ländern - Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen und Schweden - einen ersten Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot vor. ^[9] Daraufhin gingen mehrere tausend Schreiben der Lobbyverbände mit rund 70.000 Seiten bei der ECHA ein. Besonders umkämpft sind die sogenannten Fluorpolymere. Das sind Kunststoffe, die Antihaft-Eigenschaften haben und wenig Reibung erzeugen. Die Vertreter der Industrie bezeichnen diese Stoffgruppe als sogenannte "Polymers of Low Concern", also wenig besorgniserregend, das heißt nicht gesundheitsgefährdend. Dabei bezieht man sich auf ein Protokoll einer Expertengruppe der OECD von 1993. Die OECD erklärt auf Anfrage der Tagesschau, sie habe "keine Bewertung von Fluorpolymeren durchgeführt". Auf der Website der Organisation heißt es zudem: "Es besteht keine Einigkeit darüber, dass Fluorpolymere wenig besorgniserregend sind." ^[10]

Industrievertreter plädieren häufig dafür, PFAS nach einem "risikobasierten" Ansatz zu regulieren. Dabei wird jede Substanz einzeln geprüft und nur dann verboten, wenn bewiesen ist, dass sie schädliche Wirkungen zeigt. Diese Vorgehensweise hat bislang dazu geführt, dass oftmals die regulierten PFAS durch andere, sehr ähnliche, aber noch unregulierte PFAS ersetzt wurden. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) erklärt im August 2023, man dürfe "die Entwicklung von Technologien nicht durch Überregulierung verhindern, zumal der Einsatz in geschlossenen Systemen in der Produktion erfolgt".

Im Kanzleramt fand im September 2023 ein "Chemie-Spitzengespräch" statt. In der Presseerklärung des Kanzleramtes hieß es: "Pauschale, undifferenzierte Verbote ganzer Stoffklassen sind nach Ansicht der Bundesregierung nicht vom bestehenden europäischen Rechtsrahmen gedeckt und sind nach dem aktuellen Vorschlag der deutschen und weiterer Fachbehörden auch nicht vorgesehen. Ein Totalverbot von PFAS ist insofern nicht geplant und würde von der Bundesregierung auch nicht unterstützt." ^[11] Im Januar 2025 teilte das Wirtschaftsministerium mit, dass es die Fluorpolymere von der Beschränkung ausnehmen will. Auch das Ministerium verweist auf das falsche Argument, dass sie "als polymers of low concern betrachtet werden", also als nicht besorgniserregende Stoffe. ^[10]

Diese Vorgänge kritisierte LobbyControl: Immer wieder hat die Industrie bei geplanten Beschränkungen ihrer Stoffe mit falschen Behauptungen und gekauften Studien gearbeitet. Drohungen ihres Niedergangs haben sich weder nach der EU-Chemikalien-Verordnung, noch der Regulierung von Asbest, BPA und vielen weiteren Chemikalien bewahrheitet. Die Politik muss endlich mit Abstand an die Argumente von Industrielobbys herangehen, die im Sinne ihres kurzfristigen Interesses argumentieren und Schäden für Mensch und Umwelt nicht tragen müssen.

[Solvay](#), Anbieter "Moderner Werkstoffe und Spezialchemikalien", angesiedelt in Wimpfen (Kreis Heilbronn) leitet seit Jahren mit behördlicher Genehmigung Trifluoracetat (TFA) in den Neckar. Darüber berichtete die ARD-Sendung "plusminus" am 09.07.2025 ^[12] Das Portal [gwf Wasser und Abwasser](#) zeichnet den Weg der behördlichen Genehmigungen nach. ^[13] Das Umweltbundesamt weist bereits im November 2021 auf die Belastung der Gewässer durch TFA hin. ^[14]

Eine ausführliche Analyse des Lobbying der chemischen Industrie findet sich hier ^[15]

2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung

Die EU REACH-Verordnung ist der zentrale Regelungsrahmen für die Chemieindustrie in der Europäischen Union. 2020 kündigte die Europäische Kommission im Rahmen des European Green Deal eine grundlegende Überarbeitung der REACH-Verordnung an. Seitdem hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) auf mehreren politischen Ebenen Einfluss genommen. Ziel war es, geplante Verschärfungen im Chemikalienrecht zu verzögern oder abzumildern.

Die Lobbyarbeit des Verbandes umfasste Stellungnahmen, Studien, direkte Treffen mit Entscheidungsträger:innen, Medienarbeit und die Koordination mit anderen Interessengruppen. Im Oktober 2022 verschob die EU-Kommission den Vorschlag für die REACH-Novelle auf Ende 2023. Vertreter des VCI zeigten sich zufrieden mit dieser Entscheidung.

Bereits im Jahr 2021 beteiligte sich der VCI an den Vorbereitungen zur REACH-Novelle. Im Mai 2021 reichte der Verband eine Stellungnahme zum Fahrplan der EU-Kommission ein. Konkret ging es dabei um die Frage, ob gefährliche Stoffe pauschal verboten werden sollten. Der VCI wandte sich gegen diesen gefahrenbasierten Regulierungsansatz, und forderte stattdessen, das Prinzip der stoffbezogenen Risikobewertung beizubehalten. ^{[16][17]} Diese berücksichtigt neben der Gefährlichkeit eines Stoffes auch die tatsächliche Exposition – also ob und in welchem Maß Mensch oder Umwelt dem Stoff ausgesetzt sind. Die erforderliche Einzelfallbetrachtung erhöht den Verwaltungsaufwand und erschwert die Kontrolle. Im Frühjahr 2022 nahm der VCI an der öffentlichen Konsultation zur REACH-Reform teil und bekräftigte seine Haltung. ^[18] Dort ging der Vizepräsident des VCI Brudermüller (zu selben Zeit BASF-Chef) in die Offensive und nannte es „fahrlässig“, der Chemieindustrie angesichts der gestiegenen Rohstoffpreise neue Belastungen zuzumuten. ^[19]

Neben öffentlichen Stellungnahmen suchte der Verband auch persönlichen Kontakt zu Mitgliedern der EU-Kommission. So organisierte der VCI im Februar 2022 eine Konferenz zum Green Deal in der Chemieindustrie und bemühte sich vergeblich um die Teilnahme von Generaldirektorin Fink-Hooijers. ^[20] Fink-Hooijer ist die Leiterin der Umweltabteilung in der Europäischen Kommission. Außerdem traf sich der Politikausschuss des VCI im Juni desselben Jahres mit Vertreter:innen der Generaldirektion Binnenmarkt (DG GROW), um über REACH und andere Regulierungsvorhaben zu sprechen. ^[21]

Auf EU-Parlamentsebene griff die EVP-Fraktion die VCI-Kritik zur REACH-Novelle auf und forderte eine Regulierungspause. ^{[22][23]} Im selben Jahr flossen mehr als 150.000 Euro an Spenden an CDU und CSU. Die beiden Parteien stellten mit 29 Abgeordneten:innen die größte Landesgruppe der EVP-Fraktion im Europaparlament.

Der VCI versuchte auch die Bundesregierung zu beeinflussen, weil diese im Rat der EU über die REACH-Novelle mitentscheidet. So warnte der Verband zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V (BDI) öffentlich davor, REACH während der Energiekrise zu überarbeiten, und forderten eine Verschiebung der geplanten Vorschläge. ^[24] Auch im Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium und

dem Bundesumweltministerium vertrat der VCI diese Position. Beide Ministerien erhielten im November 2024 Stellungnahmen zur REACH-Novelle vom VCI, in denen dieser unter anderem vor einer Abkehr vom risikobasierten Bewertungsansatz warnte.^[25] Die Argumentation wurde in Teilen von Bundeskanzler Olaf Scholz aufgegriffen, der bei einem Werksbesuch vor Produktionsverlagerungen durch überzogene Chemikalienregulierung warnte.^[26]

Der VCI arbeitete dabei mit anderen Akteur:innen zusammen. Bei einem Chemiegipfel im Kanzleramt im September 2023 traten VCI, IG BCE und der Arbeitgeberverband BAVC gemeinsam für eine risikobasierte Regulierung ein.^[27] Unternehmen wie BASF und Bayer äußerten sich ebenfalls öffentlich kritisch zu den geplanten Verschärfungen. BASF etwa sprach sich gegen pauschale Verbote von Ewigkeits-Chemikalien aus und forderte ausgewogene Maßnahmen.^[28]

2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz

Der VCI hatte sich gegen ein weitreichendes europäische Lieferkettengesetzes eingesetzt. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Der VCI hatte den Kommissionsentwurf als "weltfremd" bezeichnet und gefordert die Reichweite des geplanten Gesetzesentwurfs zu begrenzen und insbesondere die zivilrechtliche Haftung aus dem Gesetz zu streichen.^[29] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“:^[30] Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „*wirkungslos*“.^[31] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „*dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben*“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „*Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.*“

2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern

Der Geschäftsführer des VCI, Utz Tillmann nahm an der sog. "Fünften Internationalen Klima- und Energiekonferenz" (30.11-1.12.2012 in München) der Organisation [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (Eike) teil.^{[32][33]} Tillmann hielt eine Rede über „die Auswirkungen des deutschen Energiekonzeptes auf die Chemieindustrie“.^[34] Eike ist eine deutsche Lobbygruppe gegen Klimapolitik.^[35]

1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung

Ende der 1990er Jahre legte die EU-Kommission den Grundstein für eine umfassende Reform des Chemikalienrechts. Ziel war es, mit der sogenannten REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals) Risiken durch Chemikalien systematisch zu erfassen und den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu verbessern. Das Vorhaben sah unter anderem vor, Hersteller:innen und Importeur:innen zur Registrierung und Bewertung von mehreren zehntausend Altstoffen zu verpflichten. Auch der verpflichtende Ersatz besonders gefährlicher Stoffe durch ungefährlichere Alternativen war Bestandteil der frühen Entwürfe.^[36]

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) gehörte zu den vehementesten Gegnern der ursprünglichen Vorschläge. Er warnte vor hohen Kosten und Arbeitsplatzverlusten. Eine vom VCI mitgetragene Studie der Beratungsfirma Arthur D. Little prognostizierte bis zu 2,3 Millionen gefährdete Arbeitsplätze allein in Deutschland.^[37] Der damalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement übernahm diese Argumentation und sprach öffentlich von einer drohenden „Deindustrialisierung Europas“.^[38] Später betonte er, dass die Bundesregierung zusammen mit dem VCI und der Chemiegewerkschaft IG BCE „durch beharrliche Interventionen“ erreicht habe, dass der Entwurf „ganz wesentlich verbessert“ wurde.^[39]

Der VCI nutzte verschiedene Wege, um Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren zu nehmen. In Brüssel organisierte der Verband Gespräche, Veranstaltungen und Hintergrundgespräche mit Abgeordneten. Gleichzeitig intensivierte der VCI die fachliche Begleitung einzelner Parlamentarier:innen. Eine Schlüsselrolle spielte der CDU-Europaabgeordnete Hartmut Nassauer. Er war im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlament. Dabei soll er wesentliche Argumente des VCI fast wörtlich in seine Änderungsanträge übernommen haben. Bei Treffen mit anderen Parlamentarier:innen erschien Nassauer regelmäßig in Begleitung von Lobbyist:innen des VCI sowie von Bayer und Dow Chemical. Auch der Verband selbst vermerkte im Jahresbericht 2005 erfreut, Nassauer habe die eigenen Vorschläge „weitgehend übernommen“.^[40]

Auf internationaler Ebene konnte der VCI auf die Unterstützung der US-Regierung zählen. In enger Abstimmung mit der amerikanischen Chemie-Lobby übte die Bush-Regierung Druck auf die EU aus und warnte vor Nachteilen für transatlantische Wirtschaftsbeziehungen. Ein Bericht der American Chemical Society beschreibt, wie US-Diplomaten in Brüssel gegen REACH intervenierten. Diese Aktivitäten basierten maßgeblich auf Argumenten der Industrie.^[41]

Auch auf höchster politischer Ebene veränderte sich im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die Position zur REACH-Verordnung. Im Jahr 2001 forderten die Regierungschefs Gerhard Schröder (Deutschland), Tony Blair (Großbritannien) und Jacques Chirac (Frankreich) noch ausdrücklich höhere Umwelt- und Gesundheitsstandards als von der EU-Kommission vorgesehen. Zwei Jahre später folgte die Kehrtwende: In einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsident Romano Prodi warnten dieselben Staatschefs vor negativen Auswirkungen der Verordnung auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Beobachter:innen werteten diese Kursänderung als Reaktion auf den zunehmenden Druck seitens der Chemiebranche.^[42]

Im Laufe des Verfahrens setzten sich viele der von der Industrie geforderten Änderungen durch. So entfiel die Pflicht, besonders gefährliche Stoffe durch sichere Alternativen zu ersetzen, weitgehend. Stattdessen reichte ein Nachweis, dass ein Unternehmen mit dem Stoff „ausreichend sicher“ umging.^[43] Auch die Zahl der zu registrierenden Stoffe wurde reduziert. Unternehmen mussten zudem weniger Sicherheitsdaten liefern und erhielten für viele Altstoffe Übergangsfristen von bis zu elf Jahren.^[44]

Am 13. Dezember 2006 verabschiedete das Europäische Parlament die REACH-Verordnung in abgeschwächter Form. Sie trat am 1. Juni 2007 in Kraft. Damit endete die bisher größte „Lobby-Schlacht“ – vorerst.^[45] Aus Sicht vieler Beobachter:innen markiert das Verfahren ein Beispiel für den erfolgreichen Einfluss industrieller Interessen auf europäische Gesetzgebung. Der VCI selbst sah sich durch das Ergebnis bestätigt und bezeichnete REACH später als grundsätzlich gelungen – allerdings mit weiterhin hohem bürokratischem Aufwand für die Unternehmen.^[46]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Vorstand

- Präsident: Markus Steilemann, Covestro AG
- Vizepräsidenten: Christian Hartel, Wacker Chemie AG und Markus Kamieth, BASF SE
- Karsten Knobel, Henkel, AG & Co., KGaA

(Stand Februar 2025)

Quelle:^[47]

Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP

Mayer Brown LLP (ehemals Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP) ist eine internationale Wirtschaftskanzlei, die weltweit umsatzstarke Unternehmen und Finanzinstitutionen vertritt und die über enge Kontakte in Wirtschaft und Politik verfügt. In Deutschland hat die Kanzlei Büros in Düsseldorf und Frankfurt. Gegenüber Correctiv sagte ein ehemaliger Mitarbeiter über die Arbeit der Kanzlei: „Wir schlagen Brücken zwischen Unternehmen und Genehmigungsbehörden.“^[48]

Die Kanzlei fällt besonders durch ihre Verbindung zur chemischen Industrie und großen Unternehmen wie der BASF auf, die sie laut eigenen Angaben „seit 1983 in einer Vielzahl von Angelegenheiten an verschiedensten Standorten weltweit unterstützt“ hat.^[48] Kenneth Haar von der Organisation Corporate European Observatory sagte gegenüber Correctiv, Mayer Brown „werbe gezielt große Chemiekonzerne an, um strengere Gesetze in der EU zu verhindern.“^[48]

Im Februar 2015 hat sich Mayer Brown ins Lobbyregister der EU eingetragen. Von 2015 bis 2020 gab die Kanzlei an, 150.000 Euro im Jahr für Lobbyismus auszugeben, im Jahr 2021 und 2022 nur noch 60.000 Euro und im Jahr 2023 zwischen 50.000 und 100.000 Euro.^[49]

Ab 2005 war CDU-Kanzlerkandidat [Friedrich Merz](#) als Partner und von 2017 bis 2021 als Senior Counsel für die Anwaltskanzlei tätig.^[50] Dabei soll Merz den Chemiekonzern BASF mehrmals als Anwalt vertreten haben (die entsprechenden Aufträge sollen aus den Jahren 2010 und 2011 stammen).^[48]

- **Wirken PFAS Regulierungsvorschläge der Europäischen Union 2023 - 2025**

Nachdem die Europäische Chemikalien Agentur ECHA im Februar 2023 einen Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot (umweltschädliche per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, die von vielen Chemiekonzernen hergestellt oder benutzt werden) veröffentlichte, zeigte sich die Kanzlei Mayer Brown in einer Pressemitteilung sehr kritisch. Das Verbot fuße auf weitgehend unbegründeten Annahmen, Vereinfachungen und Extrapolationen der Persistenz von PFAS und deren Zersetzung.^[51]

Mayer Brown rief Unternehmen in dem Statement dazu auf, zu prüfen, ob sie von einem Verbot der Stoffe betroffen sein könnten und gegebenenfalls dagegen zu klagen. Das Team von Mayer Brown sei bereit, bei der praktischen Umsetzung und den möglichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Beschränkung von PFAS zu beraten, heißt es in der Mitteilung.^[51]

- **Klagen gegen EU-Verbote von Chemikalien**

BASF gewinnt gegen EU bei Fipronil Verbot (2018)

Im Mai 2018 vertrat Mayer Brown BASF bei einer erfolgreichen Klage gegen das Verbot des Pflanzen-Pestizids Fipronil, das die EU-Kommission 2013 zum Schutz von Bienen eingeführt hatte. Das Verbot wurde vom EU-Gerichtshof aufgehoben, da vorher keine ausreichende Risikoanalyse der Maßnahme stattgefunden habe.^[52]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [VCI-Website: Mitglieder](#), vci.de, abgerufen am 02.03.2018
2. ↑ [neuer Quelle auf test.de von heute](#)
3. ↑ [Bahnbrechender Durchbruch? Die CDU spricht sich für ein Lobbyregister aus](#), lobbycontrol.de vom 23.11.2018, abgerufen am 21.06.2019
4. ↑ [More stringent rules to reduce water pollution | 25-03-2026 | News | European Parliament](#) abgerufen am 28.03.2026
5. ↑ [PFAS-Regulierung](#) www.vdma vom 27.03.2026, abgerufen am 28.03.2026
6. ↑ [Pfas können im Körper schaden anrichten](#), srf.ch, 13.11.2024, abgerufen am 16.01.2025
7. ↑ [Kein Blutplasma von Spendern aus Altoetting](#), br.de, 05.01.2018, abgerufen am 16.01.2025
8. ↑ [Altötting Pfoa Deponie](#), sueddeutsche.de, 09.11.2022, abgerufen am 16.01.2025
9. ↑ [Five European states call for evidence on broad Pfas restriction](#) secha.europa.eu, abgerufen am 17.01.2025
10. ↑ [^{10,010,1} PFAS Chemikalien Lobby](#), tagesschau.de, 14.01.2025, abgerufen am 16.01.2025
11. ↑ [Chemie Spitzengespräch Pressemitteilung 189](#), bundeskanzler.de, 27.09.2023, abgerufen am 15.02.2025
12. ↑ [Gesundheitsgefährdende Ewigkeitschemikalie - TFA-Konzentration in Trinkwasser und Lebensmittel steigt](#) www.ardmediathek.de, abrufbar bis 09.07.2027, abgerufen am 10.07.2025
13. ↑ [tfa-einleitungen-in-den-neckar](#) gwf-wasser.de vom 08.07.2025, abgerufen am 10.07.2025
14. ↑ [chemikalieneintrag-in-gewässer-vermindern-TFA](#) umweltbundesamt.de, Publikation 11/2021, abgerufen am 04.08.2025
15. ↑ [the-disinformation-campaign](#) forever pollution.eu, abgerufen am 08.04.2026
16. ↑ [Chemicals Strategy for Sustainability – Towards a toxic-free environment](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
17. ↑ [Konsultation zum Fahrplan der Folgenabschätzung: VCI-Position zur REACH-Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
18. ↑ [Consultation on targeted revision of REACH: VCI Position on the REACH Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
19. ↑ [Schutz vor schädlichen Chemikalien: Die EU-Kommission bricht ihr Versprechen](#) LobbyControl, 25.08.2023, abgerufen am 03.06.2025
20. ↑ [RE: Speaking request Chemical industry and Green Deal 8 Feb](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025

21. [↑ Meeting minutes: VCI and DG GROW 29 June 2022](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
22. [↑ EU to drop ban of hazardous chemicals after industry pressure](#), The Guardian, 11.07.2023, abgerufen am 01.06.2025
23. [↑ EPP Group Position Paper on fighting inflation and tackling the rise of energy and living costs](#), EVP-Fraktion, abgerufen am 01.06.2025
24. [↑ Waiting for REACH – How the chemical industry’s lobbying delayed action on hazardous chemicals](#), EEB/CHEM Trust, abgerufen am 01.06.2025
25. [↑ Stellungnahme des VCI zur REACH-Revision an BMWK/BMUV](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
26. [↑ Scholz will PFAS-Ewigkeitschemikalien nicht verbieten](#), Deutschlandfunk, 23.03.2023, abgerufen am 01.06.2025
27. [↑ September-Chemiegipfel im Kanzleramt – Statement zum ECHA-Beschränkungsverfahren zu PFAS: risikobasiert statt pauschal, pro-K](#), abgerufen am 01.06.2025
28. [↑ BASF Position on PFAS](#), BASF, abgerufen am 01.06.2025
29. [↑ VCI & BAVC | Europäisches Lieferkettengesetz: Kommission schießt übers Ziel hinaus](#) etzwerk-ebd.de vom 23.03.2022, abgerufen am 08.12.2022
30. [↑ Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
31. [↑ Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
32. [↑ 5. Internationale Klima & Energiekonferenz \(IKEK\) München - Programm](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
33. [↑ 5. IKEK München - Kurzbericht](#), eike-klima-energie.eu vom 06.12.2012, abgerufen am 29.02.2016
34. [↑ Präsentation der Rede](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
35. [↑ Chemieindustrie hofiert Klimaleugner](#) taz vom 30.11.2012, abgerufen am 01.12.2012
36. [↑ Umweltbundesamt Österreich: Die REACH-Verordnung](#) abgerufen am 1.6.2025
37. [↑ Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
38. [↑ Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
39. [↑ Bundeskanzleramt: Rede von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement zur REACH-Verordnung \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
40. [↑ Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
41. [↑ Chemical & Engineering News: US Lobbying REACH Assailed \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
42. [↑ Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
43. [↑ Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
44. [↑ taz: Chemiereformchen verabschiedet](#) abgerufen am 1.6.2025
45. [↑ Irish Times: Watering down of EU chemicals law proves power of lobbyists](#) abgerufen am 1.6.2025
46. [↑ VCI: Position zum REACH-Review \(2013\)](#) abgerufen am 1.6.2025
47. [↑ Vorstand und Präsidium vci.de](#), abgerufen am 02.03.2018
48. [↑ ^{48,048,148,248,3} Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org, 28.01.2025, abgerufen am 10.04.2025
49. [↑ EU-Lobbyregistereintrag Mayer Brown Europe-Brussels LLP](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 10.04.2025
50. [↑ CV Friedrich Merz](#), merz.cdu.de, abgerufen am 10.04.2025
51. [↑ ^{51,051,1} EU Proposed Restriction on PFAS](#), mayerbrown.com, 28.02.2023, abgerufen am 10.04.2025

52. ↑ [General Court of the European Union Press Release No. 68/18](#), curia.europa.eu, 17.05.2018, abgerufen am 10.04.2025

Deutscher Bauernverband

Der **Deutsche Bauernverband** e.V. (DBV) mit Sitz in Berlin ist als Spitzenverband der deutschen Landwirtschaft einer der mächtigsten Lobbyorganisationen Deutschlands. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Aufgrund hoher EU-Agrarsubventionen kommt der Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen eine Schlüsselrolle zu. Der DBV war sowohl in Deutschland als auch bei der EU erfolgreich darin, seine Interessen über Ämterakkumulation seines Spitzenpersonals und genutzte Drehtüreffekte direkt im agrarpolitischen Entscheidungssystem (Agrarausschuss des Bundestags und Landwirtschaftsministerium) zu vertreten.^[1]

Vorschläge der EU, die Vergabe von Subventionen mit Auflagen zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen zu verknüpfen, lehnt der Bauernverband ab.^[2] Es handle sich um einen Ansatz, der wirtschaftliche Fragen wie die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarbranche weitgehend außer Acht lasse.



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Dachverband der deutschen Landwirtschaft
Gründungsdatum	1948
Hauptsitz	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Lobbybüro EU	B-1050 Brüssel, Rue de Luxembourg 47-51
Webadresse	www.bauernverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	71
1.1 Subventionen und Lobbyismus	71
1.2 Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung	72
1.3 Deutschland	73
1.4 Brüssel	75
1.5 Seitenwechsel	75
2 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik	75
3 Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband	76
4 Baywa AG	76

5 Führende Netzwerker der Agrarlobby	77
5.1 Stefan Köhler	77
5.2 Franz-Josef Holzenkamp	77
6 Fallbeispiele und Kritik	78
6.1 2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden	78
6.2 2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden	78
6.3 2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte	78
6.4 2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)	79
6.5 2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln	80
6.6 2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne	81
6.7 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	82
6.8 2018: Ablehnung der Lebensmittelampel	82
7 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	82
7.1 Präsident - Joachim Rukwied	82
7.2 Vorstand	83
7.3 Präsidium	83
7.4 Generalsekretär	83
7.5 Fachausschüsse	84
7.6 Mitgliedschaften (Auszug)	84
8 Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich	84
8.1 Industrieverband Agrar e.V. (IVA)	84
8.2 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	85
8.3 Bundesverband Deutscher Milchviehhalter	85
8.4 Solidarische Landwirtschaft	85
8.5 Freie Bauern	86
8.6 Landwirtschaft verbindet Deutschland	86
9 Weiterführende Informationen	86
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	86
11 Einzelnachweise	86

Lobbystrategien und Einfluss

Subventionen und Lobbyismus

Die Lobbyarbeit ist wegen der hohen Agrarsubventionen von großer Bedeutung für den Deutschen Bauernverband. Die deutsche Landwirtschaft wird von der EU mit jährlich knapp 7 Milliarden Euro subventioniert, was nach Schätzungen einem Anteil von bis zu 50 % des jährlichen Einkommens der deutschen Landwirte entspricht.^[3] In Deutschland stellt das Bundesfinanzministerium für den Haushalt 2023 Subventionen (Steuervergünstigungen und Finanzhilfen) von rd. 2,65 Mrd. Euro zur Verfügung.^[4] Zusätzliche vier Milliarden wendet die Bundesregierung für landwirtschaftliche Renten und Krankenkassen auf.^[5] Insgesamt erhalten die deutschen Bauern im Schnitt jährlich über 40.000 Euro Subventionen, Beihilfen, Zuschüsse und Erleichterungen.^[6]

Die Direktzahlungen der EU sind zunehmend an ökologische Leistungen gekoppelt worden, was von vielen Bauern als Überregulierung wahrgenommen und von der Agrarlobby abgelehnt wird. Zur Umsetzung ihrer Umwelt- und Klimaziele entwickelte die EU eine „Farm to Fork“-Strategie für nachhaltige Lebensmittelsysteme, die vom Bauernverband wie folgt kommentiert wird: "Die vorgelegten Vorschläge zur

Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen atmen den Geist bürokratischer Auflagen, die zentral von Brüssel auf die Mitgliedstaaten und auf die Landwirte einwirken sollen."^[7] Das Pestizidgesetz, das der Umsetzung der Strategie dienen sollte, ist am Widerstand der Europäischen Volkspartei, der CDU und CSU angehängen, gescheitert.^[8] Beim Renaturierungsgesetz wurden fast alle Anforderungen an die Landwirtschaft gestrichen.

Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace erstellte [Kurzstudie](#) vom Januar 2024 zeigt den Spielraum auf, der beim Abbau umweltschädlicher Subventionen genutzt werden muss, um Anreize für eine sozial gerechte Agrar- und Ernährungswende zu setzen und eine umwelt- und klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft gezielt zu fördern.

Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung

Die Traktordemonstrationen im Januar 2024 zeigen nach Auffassung der Süddeutschen Zeitung, dass die Bauern (neben den Lokführern) eine physische Lahmlegungsmacht und Breitenwirkung besitzen, die anderen Berufsgruppen so nicht zu Gebote stehen.^[9] Bei Kampagnen kann sich der DBV auf ein außergewöhnlich breites Bündnis nahestehender Organisationen stützen. So wandten sich im Vorfeld einer Großdemonstration von Bauern für den Erhalt der Agrardiesel-Subventionen über 30 Verbände mit einem gemeinsamen Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von Union, FDP, Grüne und SPD, deren Haushaltspolitiker sowie die Mitglieder des Landwirtschafts- und Umweltausschusses, in dem sie die Forderungen der Protestierenden unterstützten.^[10]

Diese sog. Verbände-Allianz besteht (neben dem Bauernverband) aus:

- [Deutscher Raiffeisenverband e.V.](#)
- [Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V.](#)
- Der Agrarhandel e.V.
- Bund deutscher Baumschulen e.V.
- Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.
- Industrieverband Agrar e.V.
- Zentralverband Gartenbau e.V.
- Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie e.V.
- Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft e. V.
- Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.
- Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e.V.
- Bundesverband Rind und Schwein e.V.
- Bundesverband der Deutschen Weinkellereien e.V.
- Deutsche Fruchthandelsverband e.V.
- Milchindustrieverband e.V.
- Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V.
- Deutscher Kartoffelhandelsverband e.V.
- Deutscher Verband Tiernahrung e.V.
- Deutscher Weinbauverband e.V.
- [Familienbetriebe Land und Forst e.V.](#)
- [Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.](#)
- Deutscher Jagdverband e.V.,
- Deutscher Fischerei-Verband e.V.
- Deutscher LandFrauenverband e.V.

- Interessengemeinschaft Genossenschaftliche Milchwirtschaft
- Bundesverband Lohnunternehmen e.V.
- Bundesverband bäuerlicher Hähnchenerzeuger e.V.
- Verband Deutscher Putenerzeuger e.V.
- LandBauTechnik – Bundesverband e.V.
- Bundesverband Ei e.V.
- Bund der Deutschen Landjugend e.V.
- Bundesausschuss Obst und Gemüse

Deutschland

Bundestagsausschüsse

Über seine Repräsentanz in den maßgeblichen Bundestagsausschüssen und seinen Einfluß in den Parteien, insbesondere der CDU, steuert der DBV die Ausgestaltung der Agrar-, Ernährungs- und Umweltpolitik in Deutschland. Dem Verband ist es immer wieder gelungen, staatliche Initiativen zum Schutz von Verbrauchern und Tieren sowie der Umwelt zu verhindern bzw. zu verwässern. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hatten 2017 13 der 17 Vertreter aus CDU/CSU im Bundestagsausschuss Ernährung und Landwirtschaft einen Bezug zur Branche.^[11] Entsprechend groß sei der Widerstand gegen strengeres Düngerecht, gegen Beschränkungen der Massentierhaltung, gegen strengere Luftreinholdungsvorgaben für Ställe, gegen ein Verbot von Glyphosat oder gegen verbesserte Tierschutzgesetze. In den letzten Jahren ist der Einfluss von Verbandspolitikern im Agrarausschuss etwas zurückgegangen.

Die folgenden Landwirte und/oder Vorstandsmitglieder von landwirtschaftlichen Interessenverbänden sind Mitglieder im „Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft“ (Agrarausschuss). Teils wurden in der Vergangenheit Interessenkonflikte selbst angezeigt.

- Hermann Färber, Landwirt, MdB (CDU) und Vorsitzender im Agrarausschuss sowie Mitglied im „Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit“, war bis 12.04.2022 Vorsitzender des Kreisbauernverbands Göppingen (danach weiter Ehrenvorsitzender) und bis 12.07.2022 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Landesbauernverbands Baden-Württemberg (danach weiterhin ehrenamtliches Mitglied in dessen Beirat).^[12] Nach Angaben von abgeordnetenwatch meldete Färber einen Interessenkonflikt bei dem Unionsantrag "Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen", bei dem er Berichterstatter war.^[13] In einer Fußnote der Beschlussempfehlung heiße es: "Abg. Hermann Färber erklärte, dass er mit seiner Familie einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftete. Sein Geschäftsanteil an diesem Betrieb betrage 25 Prozent. Der Betrieb verfüge über ein Waldeigentum von aktuell 4 800 Quadratmetern (qm) Wald."
- Artur Auernhammer, Landwirt, MdB (CSU) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Vorsitzender des Vorstands des Bundesverbands BioEnergie (assoziiertes Mitglied bzw. Fachverband des Deutschen Bauernverbands). Für seine Tätigkeit erhält er 500 Euro monatlich.^[14] Laut abgeordnetenwatch ging es am 18. Januar 2023 im Agrarausschuss um einen Antrag der Unionsfraktion, an dessen Entstehung

Auernhammer nach eigenen Angaben mitgewirkt hatte.^[15] Darin forderten Auernhammer und seine Fraktion "Ausnahmemöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe in roten Gebieten". Das seien Flächen, in denen das Grundwasser einen hohen Nitratgehalt aufweist und deswegen die Düngung stark eingeschränkt ist. Zu Beginn der Sitzung habe Auernhammer erklärt, sein landwirtschaftlicher Betrieb liege mit den gesamten Flächen in einem „roten Gebiet“, also auf genau jenen Flächen, für den sein Antrag Ausnahmen verlange.

- Gero Clemens Hocker, Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung der FDP-Bundestagsfraktion, MdB (FDP) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Präsident des Deutschen Fischerei-Verbands sowie Mitglied des Vorstands des Forums Grüne Vernunft (beide Organisationen sind assoziierte Mitglieder des Deutschen Bauernverbands).^[16] Der Abgeordnete und Verbandsvertreter wurde mehrfach im Landwirtschaftsministerium vorstellig, um die Interessen seiner Branche zu vertreten, worin Timo Lange von LobbyControl einen handfesten Interessenkonflikt sieht.^[17] Die Süddeutsche Zeitung berichtete 2020, dass Mitarbeiter Hockers Lobbyisten für Facebook-Talks mit dem FDP-Agrarpolitiker für einige Tausend Euro verkauft haben sollen.^{[18][19]} Das Geld sei nicht an Hocker geflossen, sondern an Feinschliff-Consulting, eine Beratungsfirma., deren Inhaber seine Abgeordnetenbüros leiteten. Hocker betonte, der Vorwurf, er nehme als Abgeordneter politischen Einfluss im Sinne seiner zahlenden Talkgäste sei „vollständig konstruiert“. Die Beratungsfirma ist darauf hin aufgelöst worden.^[20]

Parteitage

Nach eigenen Angaben ist die Präsenz auf Parteitag ein wichtiger Baustein in der politischen Arbeit des DBV, um mit politischen Entscheidungsträgern intensiv ins Gespräch zu kommen und Sichtweisen sowie Forderungen des Berufsstandes zielgerichtet zu platzieren.^[21] Die Vertreter des Bauernverbandes sind auf Parteitag der CDU, SPD, FDP und der Grünen präsent.

Lobbyausgaben/Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt der Deutsche Bauernverband an (Stand: 27.08.2025):

- im Jahr 2024 4.930.001 bis 4.940.000 € für seine Lobbytätigkeit auszugeben und
- 20,59 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[22]

Zusammengenommen geben der Deutsche Bauernverband (DBV), seine 18 Landesverbandsmitglieder sowie der [Deutsche Raiffeisenverband](#) und der Bundesverband Landwirtschaftlicher Fachbildung (vlf)^[23] jährlich etwa 7.650.016 € für Lobbyarbeit aus und beschäftigen 64,26 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalente).^[24] Hierbei sei angemerkt, dass diese Lobbyausgaben lediglich die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung betreffen und keine Lobbyaktivitäten auf Landesebene umfassen. Für die Berechnung wurde jeweils der für das entsprechende Jahr angegebene kleinere Betrag bzw. die kleinere angegebene Anzahl genommen. Zur Einordnung sei ebenfalls erwähnt, dass auch weitere Kreis- und Regionalbauernverbände auf Bundesebene lobbyieren, hier jedoch aufgrund von teils unplausiblen Angaben im Lobbyregister nicht mitberücksichtigt wurden.

Brüssel

Auf europäischer Ebene bestimmen mittlerweile insbesondere der "European Green Deal" und die daraus resultierende "Farm-to-Fork-Strategie" den rechtlichen Rahmen für die landwirtschaftliche Praxis auf den Betrieben.^[25] Diese hat durch Kommissionsvorschläge konkrete Auswirkungen auf die Umwelt- und Klimapolitik sowie auf die Thematik Pflanzenschutz. Auch Tierhaltung, Marktpolitik, ländliche Entwicklung, neue Züchtungsmethoden, ökologische Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind wichtige Politikbereiche der Lobbyarbeit in Brüssel.

Leiter der Geschäftsstelle Brüssel (Internationale Beziehungen), die Lobbyarbeit auf EU-Ebene übernimmt, ist Florian Dalstein. Der DBV beschäftigt 3 Lobbyisten auf EU-Ebene (Vollzeitäquivalent: 2,5). Davon ist eine Person beim **Europäischen Parlament** akkreditiert. Seit 2014 hat der Verband an 24 Treffen der **EU-Kommission** teilgenommen (Stand: Dezember 2021). Das EU-Transparenzregister führt Lobby-Ausgaben des DBV in Höhe von 200.000-299.999 € im Jahr 2022 auf.^[26] Bei der EU-Lobbyarbeit nutzt der DBV auch seine Mitgliedschaft in dem europäischen Agrar-Dachverband **COPA**, dessen Präsident Joachim Rukwied war.

Seitenwechsel

- Peter Schwarz, Landwirt, seit 29.06.2022 Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein, war bis 2022 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein.^[27]

Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik

Der im Januar 2024 als Reaktion auf die Bauernproteste eingeleitete „Strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU“ war ein neues Forum, mit dem eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Landwirtschaft in der EU gestaltet werden sollte.^[28] Der strategische Dialog brachte wichtige Interessenträger aus der gesamten Lebensmittelkette zusammen, darunter Landwirtinnen und Landwirte, Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen und ländliche Gemeinschaften, sowie Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Finanzinstitutionen und Hochschulen. Mitglieder waren 29 Personen als Vertreter ihrer Organisationen. Nach Angaben des DBV waren mit dem Europäischen Bauernverband COPA, dem Europäischen Genossenschaftsverband COGECA, dem Europäischen Arbeitgeberverband GEOPA-COPA und den Europäischen Junglandwirten CEJA vier direkt der Landwirtschaft zugeordnete Personen beteiligt.^[29] Hinzu seien diverse Verbände des nachgelagerten Sektors, NGO und Wissenschaftler gekommen. Vorsitzender war Prof. Strohschneider. Am 4. September 2024 erhielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den **Abschlussbericht**. In diesem sprach sich das Forum etwa dafür aus, Betriebe gezielter zu fördern und Landwirte höher zu belohnen, wenn sie umweltgerecht wirtschaften.^[30] Der DBV begrüßte zwar, dass die EU-Kommission dem Grundsatz eines tieferen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaftspolitik mehr Bedeutung beimisst.^[31] Es müsse jedoch intensiv nachgearbeitet werden. Der neue EU-Agrarkommissar Christophe Hansen griff Empfehlungen des Berichts auf.^[32] Künftig sollen stärker Landwirte unterstützt werden, die es wirklich nötig hätten und solche, die aktiv zur Ernährungssicherheit, zur wirtschaftlichen Vitalität der Betriebe und zur Erhaltung unserer Umwelt beitragen. Neue und bestehende Gesetze sollten einem Praxis-Check unterzogen werden. Feste Ziele für den Umweltschutz wird es nicht mehr geben, was als Abschied vom Green Deal interpretiert werden kann.^[33]

Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) ist der politische Spitzenverband aller Genossenschaften und genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Laut [Satzung des DRV](#) kann dessen Präsidium den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands und bis zu 2 Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes hinzuwählen. Aktuell (März 2024) ist Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied Präsidiumsmitglied des DRV, der seinerseits dem DBV als ordentliches Mitglied angehört. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen, so bei der [Verbändeallianz zur Beibehaltung der Regelungen für den Agrardiesel](#), der [Strategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft](#) und der [Aktualisierten Futtermittelvereinbarung im QM-Milch-System ab 1. Januar 2024](#).

Baywa AG

Die Baywa AG ist ein internationaler Konzern mit den Geschäftsfeldern Energie, Agrar und Bau. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Segment Agrar ist die Erfassung und der Vertrieb von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die Versorgung landwirtschaftlicher Kunden mit Betriebsmitteln. Im Jahr 2022 lag der weltweite Umsatz des Unternehmens bei rund 27,1 Mrd. Euro.^[34] Baywa ist das umsatzstärkste Agrarhandelsunternehmen Deutschlands.^[35] Größte Aktionäre der Baywa sind die Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs AG und die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG, deren Haupteigentümer die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien sowie die Raiffeisenbank International sind.^{[36][37]} Mitglied des Aufsichtsrats sind u.a.: Wilhelm-Josef Oberhofer, Mitglied des Vorstands der Raiffeisenbank Kempten Oberallgäu EG und der Bayerischen Raiffeisen-beteiligungs-AG, Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands und [Monika Hohlmeier](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP). Die Baywa ist Mitglied des Bayerischen Bauernverbands, des Landesbauernverbands Baden-Württemberg sowie des Sächsischen Landesbauernverbands und des Deutschen Raiffeisenverbands, der dem Deutschen Bauernverband angehört.^[38]

Die Baywa AG hat 2024 rund 1,6 Milliarden Euro Verlust eingefahren. Grund dafür seien Abschreibungen auf Beteiligungen wie die an der Ökoenergie-Tochtergesellschaft Baywa r.e. Das Sanierungskonzept sieht u.a. den Abbau von 1 300 Vollzeitstellen vor.^{[39][40]} "Für die Dauer der Sanierung bestehe ein bestandsgefährdendes Finanzierungsrisiko und ein damit einhergehendes bestandsgefährdendes Liquiditätsrisiko für die Fähigkeit der BayWa AG und ihrer Tochtergesellschaften zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit."^[41]

Das Bundeskartellamt hat 2020 Bußgelder in Höhe von insgesamt 154,6 Mio.Euro gegen sieben Großhändler von Pflanzenschutzmitteln und deren Verantwortliche wegen Absprachen über Preislisten, Rabatte und einige Einzelpreise beim Verkauf an Einzelhändler und Endkunden in Deutschland verhängt, wovon 69 Mio. Euro auf die Baywa entfallen.^{[42][43]} Zu den Geschädigten der Großhändler gehören auch Bauern, denen ein genossenschaftlich organisiertes Unternehmen wie die Baywa ihrem Anspruch nach nicht schaden sollte, insbesondere wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbands bei ihr im Aufsichtsrat sitzt. Laut Vorstandsvorsitzendem Marcus Pöllinger war die Baywa zwar von Anfang an eine Aktiengesellschaft, wurzelt jedoch im Genossenschaftswesen und dessen Wertekanon.^[44] Inzwischen haben Tausende von Bauern über eine Sammelklage Schadenersatzforderungen geltend gemacht.^[45] Klageführerin ist die Unilegion GmbH in München. Der Bayerische Bauernverband, in dem die Baywa Mitglied ist, hält eine Sammelklage für ein geeignetes Instrument, um deutlich unterschiedliche Kräfteverhältnisse der Parteien vor Gericht auszugleichen.

Das Aufsichtsratsmitglied Monika Hohlmeier sprach sich 2022 in einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.^[46] Pflanzenschutzmittel werden auch von Baywa vertrieben. Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt.^[47] Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf.^[48]

Führende Netzwerker der Agrarlobby

Stefan Köhler

Seit 2017 ist Köhler Präsident des Bauernverbandes Unterfranken und damit auch Mitglied der Präsidentenkonferenz des bayerischen Bauernverbandes. Er betreibt einen Einzelbetrieb mit Mutterkuhhaltung: 70 Mutterkühe + Nachzucht und seit 1994 Ackerbau, ca. 20 % werden ökologisch bewirtschaftet.^[49]

2024 wurde er ins europäische Parlament gewählt (CSU in der EVP-Fraktion). Er sitzt in folgenden Ausschüssen:

- Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)
- Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)
- Petitionen (PETI)

Mit 144.832 Euro an Nebeneinkünften pro Jahr steht Stefan Köhler an 7. Stelle der 720 Mitglieder des Europäischen Parlaments. In seinem Lebenslauf sind über 20 Aktivitäten als ehrenamtlicher Richter, Mitglied, Vorsitzender, Berichterstatter usw. aufgeführt.^[50]

Köhler bezieht nach eigenen Angaben als Bezirkspräsident mehr als 50.000 Euro jährlich vom Bayerischen Bauernverband (BBV). Der BBV wies darauf hin, dass Köhler seit August "deutlich weniger" Aufwandsentschädigungen erhalte und einige Verantwortlichkeiten abgegeben habe.^[51] Es drohen Interessenskonflikte besonders, wenn die Mitglieder des Bauernverbandes in Ausschüssen sitzen, die über Themen entscheiden, die direkt mit der Nebentätigkeit verbunden sind, warnt die Politikwissenschaftlerin Wiebke Marie Junk von der Universität Kopenhagen.^[51]

Franz-Josef Holzenkamp

Der landwirtschaftliche Unternehmer **Franz-Josef Holzenkamp** ist seit 07/2017 Präsident des **Deutschen Raiffeisenverbands** (DRV), der dem DBV als Mitglied angehört. Weiterhin ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der AGRAVIS Raiffeisen AG und der Raiffeisendruckerei GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats der DG Nexolution eG., Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e. V. und Mitglied im erweiterten Vorstand der VLI Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V.^[52] Der seit Jahren als Agrarlobbyist tätige Landwirt war außerdem bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, in dem die Weichen für die Agrarpolitik gestellt werden. Holzenkamp war als Bundestagsabgeordneter für den Bereich zuständig, für den er als Unternehmer und Lobbyist aktiv war.

Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat er bei der geplanten Änderung der Düngeverordnung Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD geleistet und dafür gesorgt, dass die Forderung nach einer „bedarfsgerechten Düngung“ aufgenommen wurde.^[11] Fast zeit- und wortgleich habe der Bauernverband in einer Anhörung kritisiert, dass der Landwirt bei einer Änderung der Verordnung nicht mehr die "bedarfsgerechte Düngung" der Pflanzen anwenden könne, sondern sich immer schärferen Grenzwerten unterordnen müsse.

Fallbeispiele und Kritik

2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden

Die CDU-Abgeordnete und Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Silvia Breher wurde Anfang August von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) zur neuen Tierschutzbeauftragten ernannt.^[53] Tierschutzverbände kritisieren die Ernennung von Breher, da sie aufgrund ihrer Rolle als Staatssekretärin im Ministerium keine kritische und unabhängige Stimme für die Tiere sein könne und der Posten zudem seine parteipolitische Unabhängigkeit verliere.^{[54][55]} Bis 2017 war Breher Geschäftsführerin des Kreislandvolkverbandes Vechta, dem Interessenverband der Landwirt:innen in ihrem Wahlkreis.^[56] Der Kreislandvolkverband Vechta arbeitet eng mit dem Landesbauernverband, dem **Deutschen Bauernverband** und dem Europäischen Bauernverband zusammen.^[57]

2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden

Günther Felßner ist Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und kooptiertes Mitglied im Parteivorstand der CSU. Vor der Regierungsbildung 2025 wollte Markus Söder Felßner zum Bundeslandwirtschaftsminister machen. Nach Protestaktionen zog Felßner jedoch seine Bereitschaft zurück. Felßner stellte immer wieder wissenschaftliche Fakten zum Arten- und Klimaschutz in Frage und wurde 2018 wegen Gewässerverunreinigung in einem Wasserschutzgebiet zu einer Geldstrafe verurteilt. Er sieht sich selbst nicht als Lobbyist, denn er hält den Bayerischen Bauernverband (BBV) für "eine Denkfabrik für Lösungen für die ganze Gesellschaft". Der BBV hat satzungsgemäß den Auftrag, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten ist damit eine klassische Lobby-Organisation.

2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte

Die **Verordnung für entwaldungsfreie Produkte** (Kurzbezeichnung: EUDR) soll einen EU-Rechtsrahmen gegen die global voranschreitende Zerstörung der Wälder schaffen und Anreize für den Übergang und Zugang zu nachhaltigen Lieferketten in allen Erzeugerländern innerhalb und außerhalb der EU ermöglichen.^[58] Laut Begründung der Verordnung hat die EU zwischen 1990 und 2008 ein Drittel der weltweit gehandelten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in Verbindung mit Entwaldung stehen, eingeführt und verbraucht. In diesem Zeitraum sei der Unionsverbrauch für 10 % der weltweiten Entwaldung im Zusammenhang mit der Erzeugung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen verantwortlich gewesen. Mit der EUDR gelten unternehmerische Sorgfaltspflichten für den Handel mit Soja, Ölpalme, Rindern, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Holz sowie daraus hergestellten Erzeugnissen.^[59] Die Verordnung ist am 29. Juni 2023 in Kraft getreten.^[60]

Am 11. Juni 2024 forderte der Deutsche Bauernverband im ersten Schritt eine Aussetzung des Anwendungsbeginns und im zweiten Schritt eine Anpassung der Verordnung.^[61] Länder wie Deutschland, die keinen Waldabbau bzw. vielmehr einen Waldaufbau belegen können und weitreichende Waldgesetze einhalten, müssten von der Umsetzung auf Produzentenebene und jeglichen zusätzlichen Nachweisverfahren ausgeschlossen werden. Die Forderung nach Verschiebung wurde auch von zahlreichen anderen Verbänden - auch wegen behaupteter inhaltlicher und technischer Mängel - vorgetragen. Im September 2024 forderten zahlreiche einflussreiche EU-Abgeordnete - darunter Manfred Weber (CSU), Partei- und Fraktionsvorsitzender der ÖVP - von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) eine Verschiebung der Verordnung um mindestens ein Jahr.^[62] Die Grünen im EU-Parlament erklärten, dass jeder Vorschlag, das Gesetz zu verzögern oder abzuschwächen, ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit der EU und ihre Fähigkeit, Stabilität und Sicherheit zu bieten, wäre.^[63] Am 15. November 2024 hat das EU-Parlament der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verschiebung der Verordnung um ein Jahr zugestimmt.^[64] Die EU-Mitgliedstaaten haben sich gegen die Forderung des Parlaments gestellt, die Anti-Entwaldungsverordnung nicht nur zu verschieben, sondern auch inhaltlich zu ändern.^[65] Rat und Parlament müssen sich nun in [Trilogverhandlungen](#) einigen.

2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)

Der unkontrollierte Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft kann negative Auswirkungen auf Böden, Gewässer, Klima und die Biodiversität haben.^[66] Die diesbezüglichen Vorgaben der EU sind in der [EU-Nitratrichtlinie](#) geregelt, mit der die Nitrat-Werte im Wasser reduziert werden sollen. Die EU-Kommission hat 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil das deutsche Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nitratrichtlinie nicht deren Vorgaben entsprach und Deutschland seiner Verpflichtung der Maßnahmenverschärfung nicht nachgekommen war.^[67] Im Juni 2018 folgte der Europäischen Gerichtshof in seinem Urteil allen Kritikpunkten der Kommission am deutschen Aktionsprogramm. Obwohl das deutsche Düngerecht darauf hin mehrfach überarbeitet worden ist, hat die EU-Kommission 2019 ein Zweitverfahren gegen Deutschland eingeleitet.^[68] Nach einer weiteren Überarbeitung der Düngeverordnung forderte die Kommission im Juni 2021 nochmals Nachbesserungen.^[69] Nachdem das Düngegesetz (DüngG) am 31. Mai 2023 vom Kabinett beschlossen worden ist, hat die EU-Kommission das Vertragsverletzungsverfahren am 1. Juni 2023 eingestellt.^[70] Zur Umsetzung der EU-Vorgaben muss nach Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums in einem ersten Schritt das Düngegesetz geändert werden, das die Rechtsgrundlage für die folgenden Verordnungen bildet: Düngeverordnung (DüV), Stoffstrombilanzverordnung (StoffBiV) - künftig Nährstoffbilanzverordnung - und die geplante Monitoringverordnung.^[71] Damit soll die Grundlage geschaffen werden, um das Verursacherprinzip bei der Bewertung von Stickstoffeinträgen zu stärken. Außerdem soll die Gesetzesänderung dazu führen, dass in Zukunft die Daten landwirtschaftlicher Betriebe über ihre Düngepraxis im Rahmen einer Monitoringverordnung nachvollzogen und bewertet werden können.

Die Änderung des DüngG ist am 6. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke angenommen worden.^[72] Der Hauptstreitpunkt bei der Änderung des Gesetzes ist die verpflichtende belegbasierte Bilanzierung der Nährstoffflüsse eines Betriebs.^[73] Der DBV sah die Einigung der Regierungsfaktionen beim Düngegesetz kritisch: „Die lange angekündigten Erleichterungen im Düngerecht für gewässerschonend wirtschaftende Betriebe in Roten Gebieten sind immer noch nicht auf den Weg

gebracht. Zudem konnte sich die Regierungskoalition nicht darauf verständigen, die EU-rechtlich nicht geforderte Stoffstrombilanz zu streichen, sondern kündigt lediglich Erleichterungen an. Dies bringt keinen erkennbaren Nutzen für den Gewässerschutz, führt aber zu Bürokratie bei den Betrieben.“^[74] Ein Insider aus dem Bundesrat sagte gegenüber der taz, der Bauernverband wolle nicht, dass man künftig erkennen könne, wer das Problem der Überdüngung verursache.^[75] Denn dann könnten solche Betriebe bestraft werden, zum Beispiel durch Bußgelder

Am 5. Juli 2024 hat der Bundesrat die Neufassung des DünG abgelehnt.^[76] Elf der 16 Bundesländer haben mit der Begründung eines Übermaßes an Bürokratie gegen das Vorhaben gestimmt.^[77] In seiner Stellungnahme vom 6. Juni 2024 hatte der DBV erklärt: „Der Bundesrat ist nunmehr gefordert, die vielfach geforderte und auch von der EU-Kommission unterstützte Verursachergerechtigkeit mit Befreiungen für Betriebe in Roten Gebieten auf den Weg zu bringen. Zudem fordert der DBV die Bundesländer auf, als Zeichen des Bürokratieabbaus in der Landwirtschaft, die Stoffstrombilanz ersatzlos zu streichen.“^[78] Am 5. Juli 2024 begrüßte DBV-Präsident Rukwied die Ablehnung des DünG durch den Bundesrat: "Es ist richtig, dieses Gesetz noch einmal zu überarbeiten. Es gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit, zumal die von der EU-Kommission geforderten Punkte im Wesentlichen unstrittig sind.“^[79] Der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) hat dagegen für eine Zustimmung geworben: Nur mithilfe des Wirkungsmonitorings sowie der Stoffstrombilanzierung könne der Eintrag von Nitrat verursachergerecht identifiziert und somit Gewässer und Böden aktiv geschützt und erhalten werden.^[80] Der BDEW ist Teil der Aktion Agrar (weitere Beteiligte: BUND, DUH, DNR, Greenpeace, Grüne Liga, GNF, NABU, Ver.di und WWF), die essentielle Nachbesserungen im Düngegesetz fordern.^[81] Die Bundesregierung hat am 2. Oktober 2024 mitgeteilt, dass sie zur Änderung des DünG die Einberufung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat verlangt.^[82]

Laut Bundeslandwirtschaftsministerium gibt es derzeit keine Basis, um im Sinne der Landwirtschaft erfolgreich mit der EU-Kommission über eine weitergehende Maßnahmendifferenzierung verhandeln zu können.^[83] Es bestehe zudem die Gefahr, dass die EU-Kommission erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung des ihr zugesagten Monitorings und wegen Nichtumsetzung der EU-Düngeprodukteverordnung eröffne.

2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln

Der Bauernverband fordert regelmäßig, die Bürokratie abzubauen - insbesondere im Hinblick auf Naturschutzaufgaben - , um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Auch sei die Existenz der Bauern durch Billigeinfuhren bedroht. Dazu EU-Kommissionssprecher Olof Gill auf eine taz-Anfrage ^[84] "Die EU ist der größte Agrar- und Lebensmittelexporteur der Welt. Die Nummer zwei, die USA, liegt mit großem Abstand hinter uns." Im Jahr 2023 exportierte die EU Agrar-Produkte im Wert von 229 Milliarden Euro nach Großbritannien, in die USA und nach China. Der Handelsüberschuss betrug 70 Milliarden Euro. ^[85] "Der Wert unserer Rindfleischexporte ist doppelt so hoch wie der der Importe. Das nützt unseren Bauern.", so Gill. Die sensiblen Sektoren der Landwirtschaft würden geschützt. So darf z.B. trotz [CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement](#) -Vertrag mit Kanada kein mit Hormonen erzeugtes Rindfleisch eingeführt werden. 2023 konnte Kanada seine Export-Quote nach Europa nur zu 3% ausschöpfen. Bauernvertreter hatten gewarnt, dass das Abkommen den Wettbewerbsdruck erhöhen würde.

2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne

Der „Green Deal“ der EU sieht im Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law ^[86]), der am 22.6.2023 dem EU-Umweltausschuss vorgelegt wurde, u.a. vor, dass bis 2030 auf 10 % der landwirtschaftlichen Fläche Natur wieder hergestellt werden muss, der Pestizid-Eintrag reduziert und 30% der Moore in der Agrarlandschaft wieder vernässt werden sollen. ^[87]

In seiner Grundsatzrede am Bauerntag ^[88], 28.6.2023, lehnt DBV-Präsident Rukwied die zentralen Naturschutzvorhaben der EU-Kommission ab. Die pauschalen Vorgaben und Verbote der Sustainable Use Regulation und des Nature Restoration Law würden in erster Linie zahlreiche Betriebe in ihrer Existenz gefährden und zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Europa führen.

Der Mediengruppe Bayern gegenüber äußert sich Rukwied folgendermaßen: „... vor allem zwei Vorschläge aus Brüssel. Da geht es einmal um das Thema Pflanzenschutzmittel-Reduktion. Kommt die EU damit durch, würden die landwirtschaftlichen Erzeugungsmengen deutlich zurückgehen und die Abhängigkeit vom Ausland zunehmen. Ganze Flächen müssten aus der Bewirtschaftung genommen werden beziehungsweise auf diesen könnten Pflanzenschutzmittel nicht mehr eingesetzt werden. Das Zweite ist eine Naturschutz-Gesetzgebung, mit der zehn Prozent unserer Flächen für den Naturschutz reserviert werden müssten. Damit würden die Landwirte weitere Erzeugung verlieren. Zudem käme dieser Vorschlag letztlich einem Eingriff in Eigentumsrechte sehr nahe.“ ^[89]

Martin Hofstetter, Agraringenieur von Greenpeace, wirft Rukwied eine bewusste Fehlinterpretation vor. Die 10% der naturnahen Flächen könnten z.B. aus selten gemähten Wiesen oder Feldgehölzen bestehen. Laut dem Entwurf müssen somit keine Flächen stillgelegt werden, da es stattdessen um die biologisch vielfältige Gestaltung dieser gehe. Zudem sei die Ernährungssicherheit nicht gefährdet, so wie es Rukwied andeutete. Deutschland sei Getreideexporteur und es gebe eine Überproduktion an Getreide und Fleisch. ^[90]

Obwohl das EU-Parlament noch Ende Februar 2024 einen Trilog-Kompromiss zum Naturschutzgesetz mit knapper Mehrheit angenommen hatte, fand dieser im März 2024 unter den EU-Umweltministern überraschend keine Mehrheit, weil Ungarn kurzfristig vom Ja- ins Nein-Lager wechselte. ^[91] Die belgische EU-Präsidentschaft setzte den Punkt daher kurzerhand von der Tagesordnung ab. Das bereits als gescheitert betrachtete Gesetz fand im Juni 2024 im EU-Umweltrat doch noch eine Mehrheit, weil die grüne österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler im Namen der Regierung mit Ja stimmte, was ihr Regierungspartner ÖVP für rechtswidrig hält. ^[92]

In einem Brief an Kanzleramtsminister Frei (CDU) im Juli 2025 haben der „Deutsche Bauernverband“, die „Familienbetriebe Land und Forst“ und der Verband „Die Waldeigentümer“ sich einer Forderung von acht CDU geführten Agrarministerien angeschlossen. Die Forderung lautet, das Renaturierungsgesetz vollständig aufzuheben. Die Land- und Forstwirtschaft werde massiv belastet und vor dem Hintergrund der „Krisen- und Kriegssituation in Europa“ sei die Versorgung der Bevölkerung nicht sichergestellt. ^[93]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:

Der Bauernverband hat weniger strenge Umweltvorschriften zur Nitratverschmutzung gefordert, die zum Schutz des Grundwassers erlassen wurden. Die Organisation behauptet, laxere Regeln seien notwendig, um die notwendigen Vorräte zu sichern, obwohl es keine Anzeichen für eine Verknappung gibt. Die deutschen Großbauern wehren sich seit Jahren gegen die EU-Vorschriften zur Nitratverschmutzung. Die EVP im Europäischen Parlament hat den Vorschlag unterstützt. ^[94]

2018: Ablehnung der Lebensmittelampel

Laut Pressemeldung vom 18. Juni 2018 lehnt der DBV die Forderung der Verbraucherminister der Länder nach einer Lebensmittelampel ab. ^[95] Diese hatten von der Bundesregierung eine bessere Kennzeichnung von Zucker, Fett und Salz auf Lebensmittelverpackungen gefordert. ^[96]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Lt. EU Transparenzregister ist der DBV als landwirtschaftlicher Spitzenverband ein Verband der Verbände. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Als ordentliche Mitglieder gehören dem DBV die 18 Landesbauernverbände, der [Deutsche Raiffeisenverband](#) (DRV) und der Bundesverband Landwirtschaftliche Fachbildung an. ^[97] [Assoziierte Mitglieder](#) sind 44 Verbände und Organisationen, die thematisch vom Gartenbau über die Tierzucht bis zum Waldbesitz die große Vielfalt rund um die Landwirtschaft vertreten, und über diese Einbindung an der Arbeit des DBV mitwirken.

Der Organisationsplan des DBV ist [hier](#) abrufbar.

Präsident - Joachim Rukwied

Präsident [Joachim Rukwied](#), selbständiger Landwirt und Weinbauer, saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt. ^[98] Er ist (Stand: November 2023):

- Vorsitzender des Verbands Baden-Württembergischer Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands des Verbands Süddeutscher Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands der Süddeutschen Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG
- Präsident des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg e. V.
- Mitglied des Präsidiums des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.
- Mitglied des Vorstands der Zentralen Koordination Handel-Landwirtschaft e.V.
- Vorstandsvorsitzender des Forums Moderne Landwirtschaft e.V., dem auch Glyphosat-Hersteller angehören
- Vertretungsberechtigte Person des Hauptstadtbüros Bioenergie (ein Gesellschafter ist der DBV)
- Mitglied des Aufsichtsrats: Südzucker AG, Baywa AG, LAND-DATA GmbH, Messe Berlin GmbH, Buchstelle Landesbauernverband Baden-Württemberg GmbH

- Mitglied des Verwaltungsrats: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Landwirtschaftliche Rentenbank, LBV-Unternehmensberatungsdienste GmbH
- Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks (SWR)

Quellen: ^[99]^[100]

Der Bauernverbandsvorsitzende Rukwied unterläuft immer wieder abgestimmten Vorschläge. So forderte er auf dem Dt. Bauerntag in Cottbus am 26./27.Juni 2024 die Rücknahme von Düngemittelgesetz, Tierschutzgesetz u.a. Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte stehe in Frage und die Ernährungssicherheit für Deutschland sei gefährdet. Das Tierschutzgesetz würde dem „letzten Schweinehalter das Licht ausknipsen (...) Die Vorschläge zum Pflanzenschutz würden den Ackerbau ad absurdum führen. In Berlin hat man noch nicht erkannt, wie wichtig Landwirtschaft ist, wie wichtig Ernährungssicherung ist“ ^[101]

Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten sowie bis zu fünf Vizepräsident:innen. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Nach Recherchen der Neuen Osnabrücker Zeitung waren/sind vier Vorstandsmitglieder als Politiker aktiv. ^[102] Joachim Rukwied saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt. Für die CSU ist [Günther Felßner](#) Kreisrat im Nürnberger Land, Susanne Schulze Bockeloh gehört der CDU-Ratsfraktion Münster an, Detlef Kurreck sitzt für die Wählergemeinschaft Bastorf im Gemeinderat Bastorf.

Präsidium

Das Präsidium des DBV setzt sich aus dem Vorstand, den Landesbauernpräsidenten, den beiden Bundesvorsitzenden der Deutschen Landjugend, der Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes sowie dem Generalsekretär zusammen. Assoziierte Mitglieder werden zu den Sitzungen beratend hinzugezogen. Die etwa 20 Präsidiumsmitglieder des DBV oder ihre Unternehmen erhielten im Haushaltsjahr 2022/23 insgesamt mehr als 2,6 Millionen Euro EU-Subventionen. Das zeigt eine Recherche in der Datenbank [Agrarzahlungen](#) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Die taz ^[103] hat die Zahlungen folgendermaßen aufgeschlüsselt:

Spitzenbezieher war im Jahr bis Ende Oktober 2023 mit ungefähr 1 Million Euro die Universal-Agrar GmbH, bei der der Präsident des Thüringer Bauernverbands, Klaus Wagner, als Geschäftsführer und Gesellschafter fungiert. Auf Platz zwei liegt mit rund 470.000 Euro die AGW Agrarwirtschaftsgesellschaft Worin von Henrik Wendorff, dem Chef des Bauernverbands Brandenburg. DBV-Präsident Joachim Rukwied bekam knapp 100.000 Euro EU-Subventionen. Im Schnitt 145.000 Euro erhielt jedes der 18 Präsidiumsmitglieder, denen die taz Betriebe in der Datenbank zuordnen konnte. Das ist bedeutend mehr als die 22.000 Euro, die der durchschnittliche Empfänger in Deutschland bekam. Bei Rukwied z.B. kommen 97% der Zahlungen aus den Direktzahlungen pro Hektar. AbL-Bundesgeschäftsführerin Xenia Brand kritisierte, der Bauernverband verhindere, dass die Flächenprämien zugunsten von Zahlungen für konkrete ökologische Leistungen der Bauern umgeschichtet werden. „Da wichtige Akteure in der Spitze des Deutschen Bauernverbandes stark von der bisherigen Flächen-prämie profitieren, verwundert es nicht, dass sie so vehement die Qualifizierung dieser Gelder blockieren.“ (zitiert nach ^[103])

Generalsekretär

Generalsekretär ist Bernhard Krüsken (Stand: Januar 2024). ^[104]

Fachausschüsse

Die Fachausschüsse leisten die fachliche Vorarbeit für das Präsidium und haben eine beratende Funktion. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Fachausschüsse sind [hier](#) abrufbar.

Mitgliedschaften (Auszug)

- [COPA-COGECA](#)
- Aktionsbündnis Forum Natur GbR
- Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch
- Bundesverband Bioenergie
- Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft
- [Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#), ein Netzwerk aus allen Bereichen der Landwirtschaft incl. Agrochemie, dessen Vorstandsvorsitzender DBV-Präsident Rukwied ist
- German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA)
- Global Forum for Food and Agriculture Berlin
- [Information Medien Agrar \(i.m.a.\)](#)
- ifo Institut
- [Lebensmittelverband Deutschland](#)
- QM-Milch
- Union der deutschen Kartoffelwirtschaft
- Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen
- Verband der Deutschen Milchwirtschaft
- [World Farmer's Organisation](#)
- [Zentrale Organisation Handel-Landwirtschaft](#), eine Dialogplattform für Verbände und Organisationen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie dem Lebensmitteleinzelhandel

Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich

Industrieverband Agrar e.V. (IVA)

Der [Industrieverband Agrar e.V.](#) ist 1988 aus dem Zusammenschluss des Industrieverbands Pflanzenschutz mit drei Fachverbänden der Düngemittelindustrie entstanden. Er vertritt nach eigener Aussage die Interessen der Hersteller von „Betriebsmitteln für einen nachhaltigen Pflanzenbau in Deutschland“. Dabei geht es um Pflanzenschutz, Düngung, Biostimulanzien, Pflanzenzüchtung und Schädlingsbekämpfung.

Präsident: Michael Wagner, BASF SE, Limburgerhof

Hauptgeschäftsführer: Frank Gemmer

Die 47 Mitgliedsunternehmen (Stand 08/2025) finden sich hier ^[105]

Der Industrieverband Agrar ist Mitglied im Verband der chemischen Industrie (VCI).

Auf der Jahrespressekonferenz 2025 berichtet IVA-Präsident Wagner “von schrumpfenden Umsätzen im Pflanzenschutzmittel-Sektor (minus 9,1 Prozent) und stagnierenden Absätzen der Düngemittel-Produzenten. „ ^[106]

Nach Angaben des Umweltbundesamtes sind in Deutschland sogar mehr Pestizidwirkstoffe erlaubt als in den Nachbarländern und die Zahl der sogenannten Notfallzulassungen, 64 im Jahr 2024, sei besonders hoch.^[107] Der Bauernverband und der IVA klagen stattdessen über die Schwierigkeiten, Pestizide auf den Markt zu bringen, und dass zu wenig Wirkstoffe zugelassen seien. Bundesagrarminister Alois Rainer (CSU) arbeitet daran, dass die „Zulassungssituation von Pflanzenschutzmitteln verbessert“ und für schnellere Verfahren durch „Verschlankung der behördlichen Zusammenarbeit“ gesorgt wird.^[108]

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Die [Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.](#) (AbL) ist 1980 mit dem Ziel gegründet worden, die Interessen der kleineren und mittleren Betriebe wahrzunehmen. In der Stellungnahme zur EU-Wahl 2024 heißt es: „Wir brauchen europaweit viele und vielfältige Höfe und Bäuerinnen und Bauern mit ihrem Wissen und Können: für eine krisenfeste regionale Ernährung, für lebendige ländliche Räume, für Umwelt-, Klima- und Tierschutz.“^[109] Im AbL-Verlag erscheint das Jahrbuch [Der kritische Agrarbericht](#). Die ABL kooperiert mit dem Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft](#) Am 06.01.2024 hat die AbL einen agrarpolitischen 6-Punkte Plan als "kurzfristige Reaktion auf die bäuerlichen Proteste" aufgestellt. [Datei:Agrarpolitischer 6-Punkteplan AbL.pdf](#)

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

Der [Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.](#) (BDM) ist 1998 von Milcherzeugern gegründet worden, die sich durch den Deutschen Bauernverband nicht vertreten sahen.^[110] Er will eine von Interessenkonflikten unabhängige Verbandsarbeit leisten – unabhängig von den Interessen anderer landwirtschaftlicher Sparten und unabhängig von parteipolitischen Interessen.^[111] Der BDM steht für eine gesellschaftsverträgliche, nachhaltige und vielfältige Milchwirtschaft zum Nutzen aller.^[112] Nach eigenen Angaben sind im BDM rund ein Drittel der deutschen Milcherzeuger organisiert, die etwa 40 Prozent der in Deutschland erzeugten Milch produzieren.^[113] Der BDM ist Gründungsmitglied des [European Milk Board](#) (EMB).

Solidarische Landwirtschaft

Das 2011 gegründete Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft e.V.](#) (Solawi) bezeichnet sich als einen Zusammenschluss von Menschen mit landwirtschaftlichem Hintergrund und Verbraucher:innen, die sich für die Verbreitung von Solidarischer Landwirtschaft einsetzen.^[114] Es engagiere sich für die Erhaltung und Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, in der Erzeuger:innen und Verbraucher:innen verbindlich zusammenarbeiten und Landwirtschaft als eine gesellschaftliche Verantwortung sehen. In der Solidarischen Landwirtschaft tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebes, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten, sie werden Ernte-Teilende.^[115] Partner sind: Ackersyndikat, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Kulturland e.G., Netzwerk gerechter Welthandel, Soziale Landwirtschaft (DASol) und Soziale Arbeit (DGSA), Regionalbewegung, Software für solidarische Landwirtschaft, World Wide Opportunities on Organic Farms - Deutschland. Eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft im Netzwerk bilden die [Solawi Genossenschaften](#).

Freie Bauern

Die 2020 gegründete Initiative [Freie Bauern Deutschland GmbH](#) ist eine Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland auf der Grundlage einer zweckgebundenen GmbH. Gesellschafter sind lt. Eintrag beim Registergericht Halle/Saale: der Geschäftsführer Alfons-Josef Wolff (52 %), der [Bauernbund Brandenburg e.V.](#) (40 %) und Reinhard Jung (8 %). Die Initiative hat es im Februar 2024 abgelehnt, einen Aufruf gegen Demos mit Galgensymbolen und gegen Unterwanderung durch Rechtsradikale zu unterschreiben.^[116] Sie darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[117]

Landwirtschaft verbindet Deutschland

Der Landesverein "Landwirtschaft verbindet Bayern e.V." gründete sich im Juni 2021 in Zusammenhang mit Bauerndemonstrationen gegen eine Verbotspolitik und ist nachfolgend als [Landwirtschaft verbindet Deutschland](#) und auch „LSV-Deutschland“ bekannt.^[118] Der Verein bezeichnet sich als Bewegung von deutschen Landwirten und Landwirtinnen, deren Existenz und Betriebe durch die Politik gefährdet sind.^[119] LSV-Deutschland darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[120]

Weiterführende Informationen

- [Organisationsplan des Deutschen Bauernverbands](#)
- [Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2023](#)
- [Interview mit DBV-Präsident Rukwied zu den Folgen des Ukraine-Krieges: Auch Futter ernährt indirekt Menschen, taz vom 5.4.2022](#)
- [Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes \(DBV\) April 2019, Auftraggeber: NABU Bearbeitung: Institut Arbeit und Wirtschaft](#)
- [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen - Recherche der Süddeutschen Zeitung, September 2017](#)
- [Man kennt sich, man schätzt sich, man schützt sich, Auszug aus dem Kritischen Agrarbericht 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Stefan Ewert: Lobbyismus im Agrarsektor, in: Handbuch Lobbyismus, Hrsg. Andreas Polk, Karsten Mause, Wiesbaden 2023, S. 779
2. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
3. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024

4. ↑ [So finanziert der Bund seine Landwirt:innen](#), statista.com, abgerufen am 08.01.2024
5. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
6. ↑ [Bauernproteste: Geht es den Landwirten wirklich so schlecht?](#), wdr.de vom 09.01.2024, abgerufen am 15.01.2024
7. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
8. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
9. ↑ [Die erpressbare Republik](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 13.01.2024
10. ↑ [Pressemitteilung des Deutschen Raiffeisenverbands vom 12.01.2024](#), raiffeisen.de, abgerufen am 15.01.2024
11. ↑ ^{11,011,1} [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#), sueddeutsche.de vom 15.09.2017, abgerufen am 14.06.2019
12. ↑ [Hermann Färber](#), bundestag.de, abgerufen am 13.01.2024
13. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
14. ↑ [Artur Auernhammer](#), bundestag.de, abgerufen am 15.01.2024
15. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
16. ↑ [Gero Hocker](#), bundestag.de, abgerufen am 17.01.2024
17. ↑ [Die brisante Doppelrolle des FDP-Manns Gero Hocker](#), spiegel.de vom 27.01.2024, abgerufen am 29.01.2024
18. ↑ [Gefährliche Saat](#), sueddeutsche.de vom 11.08.2020, abgerufen am 18.01.2024
19. ↑ [Hocker: Kein Geld für Lobbyisten](#), wochenblatt-dlv.de vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
20. ↑ [FDP-Beratungsfirma löst sich nach Vorwürfen auf](#), topagrar.com vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
21. ↑ [DBV bei Parteitagen](#), geschaeftsbericht.bauernverband.de, abgerufen am 14.01.2024
22. ↑ [Registereintrag "Deutscher Bauernverband e.V." - Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) lobbyregister.de, abgerufen am 27.08.2025
23. ↑ [Deutscher Bauernverband e.V. - Mitglieder](#) bauernverband.de, abgerufen am 27.08.2025
24. ↑ [Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) Die Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Angaben im Lobbyregister (Stand: August 2025).
25. ↑ [EU und Internationales](#), bauernverband.de, abgerufen am 13.01.2024
26. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
27. ↑ [Beruflicher Werdegang](#), schleswig-holstein.de, abgerufen am 15.01.2024
28. ↑ [Wichtigste Initiativen: Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft](#), ec.europa, abgerufen am 07.03.2025
29. ↑ [Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft](#), bauernverband.de, abgerufen am 07.03.2025
30. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
31. ↑ [Bauernverband zum Abschluss des strategischen Dialogs mit der Landwirtschaft in der EU](#), bauernverband.de vom 04.09.2024, abgerufen am 07.03.2025
32. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
33. ↑ [In der Landwirtschaft verabschiedet sich die EU vom Grünen Deal](#), sueddeutsche.de vom 19.02.2025, abgerufen am 08.03.2025
34. ↑ [Umsatz der Baywa](#), statista.com, abgerufen am 08.03.2024

35. ↑ [Konzernfinanzbericht 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.03.2024
36. ↑ [Unternehmensprofil Baywa](#), finanzen.net, abgerufen am 07.03.2024
37. ↑ [Unternehmen](#). Ili.at, abgerufen am 07.03.2024
38. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de.bundestag.de, abgerufen am 07.03.2024
39. ↑ [taz vom 04.07.2025, Seite 8]
40. ↑ [baywa-ag...groesste-krise-der-unternehmensgeschichte](#) www.wallstreet-online vom 13.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
41. ↑ [baywa-meldet-milliardenverlust.warnt-sanierungsrisiko](#)www.agrarheute.com vom 10.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
42. ↑ [Bußgelder gegen Großhändler von Pflanzenschutzmitteln wegen wettbewerbswidriger Abstimmung von Preislisten, Rabatten und Einzelpreisen](#), bundeskartellamt.de vom 13.01.2020, abgerufen am 07.03.2024
43. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
44. ↑ [„Wir können viel zum Positiven verändern“ - Nachhaltigkeitsbericht 2022](#), baywa.com, abgerufen am 07.03.2024
45. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
46. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
47. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024
48. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
49. ↑ [stefan-koehler](#) www.cducusu.eu, abgerufen am 21.12.2024
50. ↑ [STEFAN_KOEHLER](#)www.europarl.europa.eu, abgerufen am 21.12.2024
51. ↑ ^{51,051,1} [eu-parlament-nebeneinkuenfte-abgeordnete](#)www.zdf.de vom 12.12.2024, abgerufen am 21.12.2024
52. ↑ [Vita](#), raiffeisen.de, abgerufen am 12.01.2024
53. ↑ [BMLEH - Pressemitteilungen - Bundesminister Alois Rainer schlägt Silvia Breher als neue Tierschutzbeauftragte vor](#) bmleh.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
54. ↑ [CDU-Politikerin Breher soll neue Tierschutzbeauftragte werden](#) tagesschau.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
55. ↑ [Neue Tierschutzbeauftragte - Kritik wegen mutmaßlich mangelnder Unabhängigkeit](#) deutschlandfunk.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
56. ↑ [Landvolk-Geschäftsführerin Breher soll auf Holzenkamp folgen](#) agrarheute.com, vom 06.02.2017, abgerufen am 15.08.2025
57. ↑ [Kreislandvolkverband Vechta](#) klv-vechta.de, abgerufen am 15.08.2025
58. ↑ [Pressemitteilung vom 24.10.2024](#), abgerufen am 21.11.2024
59. ↑ [EU-weit einheitliche Regelungen für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bmel.de vom 02.09.2024, abgerufen am 22.11.2024
60. ↑ [FAQ zum Zeitplan](#), ble.de, abgerufen am 21.11.2024
61. ↑ [EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bauernverband.de, abgerufen am 21.11.2024
62. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
63. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
64. ↑ [Ministerin Gorißen: Richtige Entscheidung des Europäischen Parlaments zur weiteren Verschiebung der Entwaldungsverordnung](#), land.nrw, abgerufen am 21.11.2024

65. ↑ [EUDR: Rat stellt sich gegen Änderungswünsche des Parlaments](#), table.media vom 21.11.2024, abgerufen am 21.11.2024
66. ↑ [Düngemittel](#), umweltbundesamt.de vom 01.06.2022, abgerufen a, 24.11.2024
67. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
68. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
69. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
70. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
71. ↑ [Änderungen im Düngerecht](#), bmel.de vom 12.11.2024, abgerufen am 24.11.2024
72. ↑ [Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft 05.06.2024](#), abgerufen am 25.11.2024
73. ↑ [Die Endlosschleife ums Düngegesetz - Umweltkatastrophe mit Ansage](#), blogs.nabu.de vom 25.09.2024, abgerufen am 25.11.2024
74. ↑ [DBV kritisiert Einigung beim Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 17.05.2024, abgerufen am 25.11.2024
75. ↑ [Union für Mist im Düngegesetz](#), taz.de vom 04.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
76. ↑ [Bundesrat lehnt Düngegesetz ab - weiterhin pauschale Einschränkungen statt Verursacherprinzip](#), info.bml vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
77. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
78. ↑ [Bundestag lässt Chance zum Bürokratieabbau ungenutzt](#), bauernverband.de vom 06.06.2024, abgerufen am 25.11.2024
79. ↑ [Deutscher Bauernverband zu Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
80. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
81. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
82. ↑ [Düngegesetz soll in den Vermittlungsausschuss](#), bundestag.de vom 08.10.2024, abgerufen am 25.11.2024
83. ↑ [Fragen und Antworten zum Düngerecht](#), bmel.de, abgerufen am 24.11.2024
84. ↑ [Europäische-Landwirtschaft](#) taz vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
85. ↑ [eu-agri-food-exports-keep-growing...agriculture.ec.europa.eu](#) vom 25.06.2024, abgerufen am 29.07.2024
86. ↑ [European Commission, Factsheet, 22.06.2022](#), abgerufen am 30.06.2023
87. ↑ [EU-Parlament, Briefing, EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, 2022](#) abgerufen am 30.06.2023
88. ↑ [Presseportal DBV vom 28.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
89. ↑ [Bauernpräsident: „EU-Pläne gefährden Ernährungssicherheit“](#), abgerufen am 30.06.2023
90. ↑ [taz.de, Bauern gegen EU-Naturschutzpläne vom 29.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
91. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz](#), agrarheute.com vom 26.03.2024, abgerufen am 02.04.2024
92. ↑ [Kanzler hält an Koalition fest](#), sueddeutsche.de vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
93. ↑ [Gesunde-Boeden-Gewaesser-Waeldertaz.de](#) vom 14.07.2025, abgerufen am 17.07.2025

94. ↑ [Main actor: Bauernverband, German big farmers lobby](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.02.2023
95. ↑ [Ernährungskompetenz fördern statt Ampeln fordern](#), bauernverband.de vom 18.06.2018, abgerufen am 11.01.2024
96. ↑ [Verbraucherminister wollen Fett, Zucker und Salz kennzeichnen, aber nicht mit einer Ampel](#), topagrar.com vom 19.06.2018, abgerufen am 25.07.2018
97. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
98. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt](#), noz.de vom 19.02.2024, abgerufen am 09.03.2024
99. ↑ [Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht](#), suedzuckergroup.com, abgerufen am 14.11.2023
100. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de, abgerufen am 14.11.2023
101. ↑ [rukwied-zum-bauerntagzdf.de](#) vom 27.06.2024, abgerufen am 27.06.2024
102. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt](#), noz.de vom 19.02.2024, abgerufen am 25.03.2024
103. ↑ ^{103,0103,1} [EU-Agrarsubventionen](#) taz.de vom 07.06.2024, abgerufen am 07.06.2024
104. ↑ [Geschäftsstelle](#), bauernverband.de, abgerufen am 08.01.2024
105. ↑ [mitgliedsunternehmen](#)www.iva.de, abgerufen am 04.08.2025
106. ↑ [jahrespressekonferenz 2025](#)www.iva.de, abgerufen am 04.08.2025
107. ↑ [Umweltbundesamt-zu-Kritik-der-Agrarlobby](#)taz.de vom 23.07.2025, abgerufen am 04.08.2025
108. ↑ [zulassung-pflanzenschutzmittel](#)www.bmlh.de, Pressemitteilung vom 19.07.2025, abgerufen am 04.08.2025
109. ↑ [EU Wahl](#), abl-ev.de, abgerufen am 02.07.2024
110. ↑ [Bundesverband](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
111. ↑ [BDM - Leitlinien](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
112. ↑ [BDM - Leitlinien](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
113. ↑ [Bundesverband](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
114. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.](#), solidarische-landwirtschaft.de, abgerufen am 02.07.2024
115. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.](#), solidarische-landwirtschaft.de, abgerufen am 02.07.2024
116. ↑ [Streit über Erklärung zu Bauernproteste](#), taz.de vom 20.02.2024, abgerufen am 10.10.2024
117. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage](#), taz.de vom 09.10.2024, abgerufen am 10.10.2024
118. ↑ [Vorstand](#), lsvdeutschland.de, abgerufen am 02.07.2024
119. ↑ [Startseite](#), lsvdeutschland.de, abgerufen am 02.07.2024
120. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage](#), taz.de vom 09.10.2024, abgerufen am 10.10.2024

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie

Gründungsdatum 19. Oktober 1949

Hauptsitz

Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

BDI/BDA The German Business

Representation, Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel

Webadresse bdi.eu

Webadresse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	92
1.1 Allgemeines	92
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie	92
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften	93
1.4 Public Private Partnership (PPP)	93
2 Fallstudien und Kritik	93
2.1 2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	93
2.2 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	95
2.3 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	95
2.4 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	97
2.5 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	97
2.6 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	97
2.7 2011: BDI erhält Steuergelder	97
2.8 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	97
2.9 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	98
2.10 Lobbyisten in Ministerien	98
2.11 Bundesbeamte beim BDI	99
2.12 Seitenwechsel	99
3 Organisationsstruktur und Personal	100
3.1 Das Präsidium	100
3.2 Der Vorstand	100
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	100
3.4 Mitgliedsverbände	101

3.5 Landesvertretungen	101
4 Geschichte	101
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	102
6 Einzelnachweise	102

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in:^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher Einrichtungen, wie z.B. das [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmerversprache (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungspflicht ins Lobbyregister aus.^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden [Organisationen](#):

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern](#) (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Pro Mobilität](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership](#) (PPP)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[9]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[10]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[11][12][13]} Der BDI sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus.

Der BDI wollte das REKG von Anfang an verhindern. In einem Fachgespräch mit dem BMWK und Vertretern der Rüstungsindustrie im April 2022 verkündete BDI-Lobbyistin Kerstin Petretto, vor dem Hintergrund der Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik sollte „zumindest die Aussetzung des Gesetzesvorhabens in Erwägung gezogen werden“.^[14]

Im November 2022 bezog der BDI gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[15] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDI, BDLI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

In den Konsultationen zum REKG wiederholte Vertreter Matthias Wachter die BDI-Forderungen nach Entschädigungsansprüchen und befürwortete eine beschleunigte Bearbeitung von Genehmigungsanträgen.^[16]

Neben dem BDI lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[17]

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht^[18], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert.^[19] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“^[20]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“.^[21]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“^[22]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt.^[23]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.^[24]

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[25] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[25]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt.^[26] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021).^[27] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[28] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken.^[29]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „dringend überarbeitungswürdig“.^[30] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[31]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen.^[26]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[32] Noch im Juli 2020 hatte der Seitenwechsler und BDI-Geschäftsführer Joachim Lang das deutsche Gesetz als „nationalen Sonderweg“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[28]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „no action necessary“.^[28] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes BusinessEurope bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie BusinessEurope gezielt Lobbyarbeit beim Ausschuss für Regulierungskontrolle (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Kommissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[33]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:

In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.^[34]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[35]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu TTIP zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[36], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Samstagsausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im **Bundeswirtschaftsministerium**, **Stefan Kapferer**, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[37]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[38] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[39]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[40]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[41]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[42]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[43]
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011 ^[44]
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013 ^{[45][46]}

Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 - 31.03.2008 ^[47]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[48][46]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[49] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten" ^[48]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[50]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".
Bearbeitete Themen	

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[51], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[52]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.^[53]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das **Präsidium** besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des **Instituts der deutschen Wirtschaft** und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA), der Präsident des **Deutschen Industrie- und Handelskammertag** (DIHK), der Direktor des **Instituts der deutschen Wirtschaft** sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der **Vorstand** besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion	Name
Hauptgeschäftsführerin	Tanja Gönne Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg (CDU)

Stellv.

Hauptgeschäftsführer
Holger Löscher

Quelle: ^[54] (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:^[55]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände « gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der » Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.^[56] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[57] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[58]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
2. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
3. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
4. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
5. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
6. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
7. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
8. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
9. ↑ [Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 10.04.2026
10. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
11. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
12. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
13. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
14. ↑ [Fachgespräch am 06.04.2022](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
15. ↑ [Stellungnahme von BDI, BDSV, BDLI](#), bdi.eu, abgerufen am 10.04.2026
16. ↑ [Konsultation zum REKG am 29.11.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
17. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
18. ↑ [Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
19. ↑ [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
20. ↑ [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
21. ↑ [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
22. ↑ [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
23. ↑ [Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren](#)
24. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022

25. ↑ ^{25,025,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
26. ↑ ^{26,026,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
27. ↑ [Drucksache 19/28193 S. 52](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ ^{28,028,128,2} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
30. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
31. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
32. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
33. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
34. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
35. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
36. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
37. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
38. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
39. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
40. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
41. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
42. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
44. ↑ [Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010](#)
45. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
46. ↑ ^{46,046,1} [Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012

47. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
48. ↑ ^{48,048,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
49. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
50. ↑ [\[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen](#). Letzter Zugriff: 25.04.2012
51. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
52. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
53. ↑ [Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
54. ↑ [Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
55. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
56. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
57. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
58. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") ist ein [Netzwerkverein](#), der regelmäßig Sitzungen und sogenannte "Expertengespräche" in Räumen des Bundestags zu Themen der laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen absehbar sind, veranstaltet. Dabei bringt die Organisation große Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertreter:innen der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarischen Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.^[1]

Eine zentrale Rolle spielen dabei die 16 Beiräte, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet sind. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Dabei handelt es sich überwiegend um CDU/CSU Politiker:innen.

Zu den prominentesten CDU-Mitgliedern der Organisation zählen Bundeskanzler [Friedrich Merz](#), Staatsminister [Michael Meister](#) sowie [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein
tsfor
m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu
keits Parlamentariern und Parlamentarischen
berei Staatssekretären zur Einflussnahme auf
ch Gesetzesvorhaben

Grün 1959

dung

sdat

um

Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

tsitz

Lobb

ybür

o

Lobb

ybür

o EU

Web www.strukturgesellschaft.de

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind unter anderem Hartfrid Wolf, ehem. Abteilungsleiter für Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und Michael Theurer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank mit Zuständigkeit für die Bankenaufsicht und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

**Gesellschaft zum Studium
strukturpolitischer Fragen**

adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Die Beiräte	105
2 Mangelnde Transparenz	106
3 Organisationsstruktur und Personal	107
3.1 Vorstand	107
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	108
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	108
3.4 Mitglieder	109
4 Weiterführende Informationen	110
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	110
6 Einzelnachweise	110

Die Beiräte

Bei der Beeinflussung von Parlamentarier:innen und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen somit über großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politiker:innen (Parlamentarier:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen), Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professor:innen stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber:innen gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2]

Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber:innen an und lädt weitere Teilnehmer:innen sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst-Dieter Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyist:innen auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Dies sei angeblich zu aufwendig.^[4]

Die Strukturgesellschaft verfügt über 16 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitales	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien, Internet und Telekommunikation	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Ordnungspolitik (neu seit 09/2023)

Mangelnde Transparenz

Auf der [Webseite der Strukturgesellschaft](#) gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit^[5] • Mitglied des Bundestags • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, ehem. Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf , SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff , FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ehem. Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung) • KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7] • FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg • ehem. Mitglied des Bundestags
Vorstandsmitglied	Rainer Holznagel	<ul style="list-style-type: none"> • Bund der Steuerzahler, Präsident • Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen

- des [Horst-Dieter](#) • Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
Vorstandsmitgli [Westerhoff](#) • CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter
ed

(Stand: Juni 2025) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Michael Meister, MdB, CDU, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bildungsministerium, (**Beirat für Ordnungspolitik**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)
- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion \(MIT\)](#) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht\)](#)
- Friedhelm Boginski, FDP (**Beirat für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**)

(Stand: April 2025)

Mitglieder

Zu den 205 [hier](#) abrufbaren Mitgliedern (Stand: 01.01.2024) ^[9] gehören:

- **Verbände**, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag \(DIHK\)](#)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse \(BVTE\)](#)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Verband der privaten Krankenversicherungen](#)
 - [Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft \(ehemals Zukunft Gas\)](#)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - [Deutsche Post](#)
 - [Deutsche Telekom](#)
 - [Google](#)
 - [Shein](#)
- **Politiker:innen**, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Daniel Föst](#), FDP
 - [Anja Karliczek](#), CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- **Einzelmitglieder**, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - [Georg Fahrenschon](#), ehemaliger Staatsminister
 - [Melanie Fügner](#), Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - [Anja Käfer-Rohrbach](#), [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(GDV\)](#)

- [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
- Kai Warnecke, Haus & Grund
- Martin G. Eckert, thyssenkrupp Industrial Solutions AG
- Stefan Hefter, [KPMG AG](#)

(Stand: Mai 2025)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger: Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019
- [Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen \(Strukturgesellschaft\), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019, [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Dr. Michael Meister](#), [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.06.2025
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft-de](#), abgerufen am 06.06.2025
9. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.06.2025

Deutsches Aktieninstitut

Das **Deutsche Aktieninstitut** (DAI) ist der Interessenverband der Unternehmen und Institutionen, die am deutschen Kapitalmarkt aktiv sind (Aktiengesellschaften, Banken und Finanzdienstleister, Börsen sowie Anwaltskanzleien und Beratungsunternehmen). Seine rund

Deutsches Aktieninstitut

Rechtsfo eingetragener Verein
rm

Tätigkeit Denkfabrik und Lobbyorganisation
sbereich börsennotierter Aktiengesellschaften

200 Mitglieder repräsentieren rund 90 Prozent der Marktkapitalisierung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften.^[1] Im Interesse seiner Mitglieder nimmt er insbesondere auf die Umsetzung von Gesetzen und anderen regulatorischen Vorhaben mit Kapitalmarktbezug in Deutschland und Europa Einfluss.^[2] Das DAI ist in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins organisiert, der laut § 4 der **Satzung** den Charakter eines Berufsverbands hat.

Zu den Präsidiumsmitgliedern gehörte zeitweise auch Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, die in Deutschland - gemeinsam mit der BaFin - für die Bankenaufsicht zuständig ist.^{[3][4]} Auch seine Vorgänger waren Mitglieder des Präsidiums.

Deutsches Aktieninstitut	
Gründun	1953
gsdatum	
Hauptsit	Senckenberganlage 28, 60325
z	Frankfurt/Main
Lobbybü	
ro	
Lobbybü	Rue Marie des Bourgogne 58, 1000
ro EU	Bruxelles
Webadre	www.dai.de
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	111
1.1 Aktivitäten	111
1.2 Lobbyisten und Lobbyausgaben	112
1.3 Arbeitskreis "Roundtable European Affairs"	113
1.4 Arbeitskreis "Corporate Finance/Treasury"	113
1.5 Projektgruppe Investitionsschutz	113
1.6 Wichtige Studien	113
1.7 Deutsch-Französisches Forum für Führungskräfte und Investoren	113
2 Fallstudien und Kritik	114
2.1 Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	114
3 Organisationsstruktur und Personal	114
3.1 Geschäftsführung	114
3.2 Präsidium und Vorstand	115
3.3 Mitglieder	115
3.4 Wissenschaftlicher Beirat	115
4 Weitergehende Informationen	115
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	115
6 Einzelnachweise	116

Lobbystrategien und Einfluss

Aktivitäten

Das im Jahr 1953 als "Arbeitskreis zur Förderung der Aktie" gegründete Deutsche Aktieninstitut (DAI) unterstützt Unternehmen bei der Bewertung regulatorischer Entwicklungen im Kapitalmarktbereich und vertritt ihre Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern.^[5] Der Kapitalmarkt ist der Finanzmarkt für mittel- und langfristige Kapitalbeschaffung, zu dem u.a. der Aktienmarkt gehört. Das Institut spricht sich im Interesse der Mitglieder gegen ein überregulierendes und überreguliertes Europa aus.^[6] Es unterhält Kontakte zu den Akteuren in Politik, Ministerien, Aufsichtsbehörden sowie zu Medien und der Öffentlichkeit. In Brüssel, wo die wichtigen Rahmenbedingungen für die Kapitalmärkte geschaffen werden, ist das Institut aktiv im Austausch mit dem EU-Parlament, der EU-Kommission, dem Rat der EU und den EU-

Aufsichtsbehörden.^[7] Es bringt die richtigen Menschen aus Mitgliedsunternehmen, Aufsichtsbehörden und Politik zusammen, um aktuelle Fragen rund um den Kapitalmarkt zu diskutieren.^[8] Zu den vielen Themengebieten, mit denen sich das Institut beschäftigt, gehören die Bankenregulierung, die Finanzmarktaufsicht und die Finanztransaktionssteuer. Das DAI interessiert sich für folgende Projekte /Initiativen der EU: Projekt Kapitalmarktunion, Nachhaltigkeit und Sustainable Finance, Nachhaltigkeitsberichtserstattung, EU Lieferkettengesetz, Sustainable Corporate Governance, Investitionsschutz in Europa, European Market Infrastructure Regulation (EMIR) sowie Level 2- Maßnahmen im Bereich der EU-Finanzmärkterichtlinie und Verordnung (MiFID/MiFIR) sowie der Marktmissbrauchsverordnung, Marktmissbrauchs-Richtlinie (MAR/MAD), Bankenregulierung (Basel III), EU-Prospekteverordnung, EU-Listing Act.^[9]

Die Konferenzen und Jahrestagungen des DAI bringen Expertinnen und Experten aus Unternehmen, Politik und Ministerien zusammen. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Am 26.09.2023 gibt es beispielsweise eine Konferenz „EU Listing Act und Zukunftsfinanzierungsgesetz auf der Zielgeraden“ beim Verband unabhängiger Vermögensverwalter Deutschland, an der auch Alfred Sant, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (Malta, Partit Laburista) und Daniela Pferr, Referatsleiterin im Bundesministerium der Justiz teilnimmt. Nach eigenen Angaben gibt das Institut mit seinen [Positionspapieren](#) und [Studien](#) Politik und Gesellschaft Impulse für die Lösung kommender Herausforderungen. In ihnen werden Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben auf nationaler und EU-Ebene präsentiert. Als Grundlage für die Erarbeitung von Positionspapieren und Stellungnahmen dient der Austausch in den [Arbeitskreisen](#) des DAI.

Auf der Vorstands- und Mitgliederversammlung vom 9. Mai 2023 verwies Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des DAI, auf wichtige Positionspapiere zum Zukunftsfinanzierungsgesetz, zum EU Listing Act und zur EU-Taxonomie, die in den letzten Monaten in den Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.^[10] Zur Bankenregulierung wird berichtet, dass bei der Umsetzung von Basel IV voraussichtlich viele Anregungen des DAI berücksichtigt werden.^[11]

Lobbyisten und Lobbyausgaben

Wichtige Personen sind

- **Birgit Homburger**, Leiterin Hauptstadtbüro, ehem. Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, ist seit 03 /2016 Leiterin des Hauptstadtbüros
- Jan Bremer, Leiter EU-Verbindungsbüro

Im deutschen Lobbyregister gibt DAI an (Stand: 03.07.2023),

- im Jahr 2022 280.001 bis 290.000Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[12]

Auch im europäischen Transparenzregister ist DAI eingetragen. Dort hat DAI für das Jahr 2022 zwischen 300.000 und 399.999 Euro Lobbyausgaben und 12 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 4,7) angegeben.^[13]

Arbeitskreis "Roundtable European Affairs"

Um einen kurzen Draht der DAX-Gesellschaften zu den europäischen Institutionen zu etablieren, bietet das DAI Brüsseler Konzernrepräsentanzen seiner Mitgliedsunternehmen den Roundtable European Affairs als Gesprächsforum in Brüssel an.^[14] Neben der Diskussion aktueller Regulierungsvorhaben im europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht werde mit dem Roundtable der Dialog zwischen seinen Mitgliedern und Vertretern der EU-Institutionen vertieft und so Brücken zwischen Wirtschaft und Politik geschlagen. Mit Unterstützung der Roundtable-Teilnehmer könne kurzfristig und flexibel auf aktuelle Entwicklungen in Parlament, Rat und Kommission reagiert werden.

Arbeitskreis "Corporate Finance/Treasury"

Thema ist die politische Dimension des Finanz- und Finanzrisikomanagements und die Pflege der Kontakte zu Politik und Aufsicht.^[15] Aktuelle Themen sind:

- Effekte der Banken- und Kapitalmarktregulierung auf nichtfinanzielle Unternehmen
- Derivateregulierung EMIR
- MIFID II/MIFIR
- Basel III
- EU-Zahlungsdiensterichtlinie
- Reform und Regulierung von Finanzmarktbenchmarks
- Regulierung von Geldmarktfonds

Projektgruppe Investitionsschutz

Nach der vom Europäischen Gerichtshof angeordneten [Aufhebung der Investitionsschutzabkommen zwischen den EU-Mitgliedstaaten](#) arbeitet die Projektgruppe an politischen Vorschlägen für alternative Schutzmechanismen.^[16]

Wichtige Studien

- 2013: Das DAI kam in einer mit der Beratungsgesellschaft Oliver Wyman erstellten [Studie](#) zu dem Ergebnis, dass sich die Belastungen einer eingeführten Finanztransaktionssteuer außerhalb der Finanzbranche auf 5 - 7,3 Mrd. € belaufen dürften.^[17]

Deutsch-Französisches Forum für Führungskräfte und Investoren

Das Deutsch-Französische Corporate Executives and Institutional Investors' Forum ist vom DAI und der Association française des entreprises privées (AFEP) gegründet worden.^[18] Es richtet sich an börsennotierte und kapitalmarktorientierte Unternehmen und zielt darauf ab, die deutsch-französische Zusammenarbeit in Kapitalmarktfragen zum Nutzen der europäischen Wirtschaft zu intensivieren.

Fallstudien und Kritik

Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[19] Die Finanzlobby stemmte sich gegen dieses Vorhaben.^[20]

Das Deutsche Aktien Institut trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. So wurde zum Beispiel vom DAI eine schwere Belastung der Industrie proklamiert^[21] und man warnte vor angeblichen Folgen für die gesamte Wirtschaft inklusive der Altersvorsorge und dem Privatvermögen der Bürger:innen.^[22] Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen (unter Anderen: [Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Bayer](#), [Siemens](#), [Deutsche Bank](#)) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde.^[23] Am 22.05.2014 erschien eine Pressemitteilung, in welcher der Präsident des deutschen Aktieninstituts fordert, auch die verbliebenen Pläne für eine Finanztransaktionssteuer „müssen endlich beendet werden“.^[24] In ihrem Halbjahresbericht 2021 bekräftigte das DAI diese Einstellung erneut und forderte: "Die Finanztransaktionssteuer muss endlich beerdigt werden".^[25]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert*innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[26][27][28][29][30]}

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Der Geschäftsführung gehören an

- Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin^[31]
 - Mitglied des Aufsichtsrats bei Covestro, MTU Aero Engines, Siemens Energy und TÜV Süd
 - Mitglied des Börsenrates der Frankfurter Wertpapierbörse
 - Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums beim [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
 - Stellv. Vorsitzende des Verwaltungsrats des ifo Instituts
 - Frühere Tätigkeiten: Vorstand der Bayerischen Börse AG und Geschäftsführerin der öffentlich-rechtlichen Börse München.
- Franz-Josef Leven, Stellv. Geschäftsführer

Präsidium und Vorstand

Das Präsidium des DAI ist gesetzlicher Vertreter des Vereins im Sinne von § 26 BGB. Es wird vom Vorstand gewählt und führt die Geschäfte des Vereins, soweit hierfür nicht der Vorstand zuständig ist. Der Vorstand wird von den Mitgliedern gewählt. Die Präsidiums- und Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Ab 2009 war der jeweilige Präsident der Deutschen Bundesbank im Präsidium vertreten. Dort saß von 05/2023 bis 11/2023 auch Joachim Nagel, ihr derzeitiger Präsident. Nagels Vorgänger Jens Weidmann war in seiner Zeit als Bundesbank-Präsident seit 04/2013 ex officio Mitglied des Präsidiums des DAI. ^{[32][33]} In der [Satzung](#) findet sich keine Regelung, nach der der Bundesbankpräsident qua Amt Mitglied des Präsidiums ist. Später wurde Weidmann Aufsichtsratsmitglied des DAI-Mitglieds [Commerzbank](#).

Zu den Mitgliedern des Präsidiums gehören (Stand: 11/2023)

- Melanie Kreis (Präsidentin) , DHL Group
- Thomas Book, Deutsche Börse AG
- Frank Engels, Union Asset Management Holding AG
- James von Moltke, [Deutsche Bank](#)

Zu den Mitgliedern des Vorstands gehören (Stand: 09/2023):

- Mark Spieker, [E.ON](#)
- Dirk Schmitz, [BlackRock](#)
- Ulrich Störk, [PricewaterhouseCoopers](#)

Mitglieder

Am 30. Juni 2023 hatte das DAI 200 Mitgliedsunternehmen sowie 19 persönliche Mitgliedschaften. ^[34] Bei den Mitgliedern handelt es sich um Aktiengesellschaften unterschiedlicher Branchen, Banken und Finanzdienstleister, Investoren, Börsen sowie Anwaltskanzleien, Beratungsunternehmen und andere bedeutende Kapitalmarktakteure. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Weitergehende Informationen

- [EU Transparenzregister](#)
- [Lobbyregister](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Kapital.Markt.Kompetenz,dai.de](#), abgerufen am 20.09.2023
2. ↑ [Über uns](#), dai.de, abgerufen am 18.10.2023
3. ↑ [Bankenaufsicht](#), bundesbank.de, abgerufen am 21.10.2023
4. ↑ [Der Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht stellt sich zukunftsgerichtet neu auf](#), bundesbank.de vom 03.04.2023, abgerufen am 22.10.2023
5. ↑ [Imagebroschüre, S. 3](#), Webseite Deutsches Aktieninstitut, abgerufen am 26.11.2017
6. ↑ [Imagebroschüre, S. 13](#), Webseite Deutsches Aktieninstitut, abgerufen am 26.11.2017
7. ↑ [Imagebroschüre, S. 20, 24](#), Webseite Deutsches Aktieninstitut, abgerufen am 26.11.2017
8. ↑ [Imagebroschüre, S. 30](#), Webseite Deutsches Aktieninstitut, abgerufen am 26.11.2017
9. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.09.2023
10. ↑ [Kurvenlage Halbjahresbericht des Deutschen Aktieninstituts 1. Hlabjahr 2023, S. 24](#), dai.de, abgerufen am 21.10.2023
11. ↑ [Kurvenlage Halbjahresbericht des Deutschen Aktieninstituts 1. Hlabjahr 2023, S. 48](#), dai.de, abgerufen am 21.10.2023
12. ↑ [Eintrag Lobbyregister](#), abgerufen am 21.09.2023
13. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.09.2023
14. ↑ [Kurvenlage Halbjahresbericht des Deutschen Aktieninstituts 1. Halbjahr 2023, S.81](#), dai.de, abgerufen am 20.09.2023
15. ↑ [Arbeitskreise](#), abgerufen am 25.09.2023
16. ↑ [Arbeitskreise](#), dai.de, abgerufen am 22.09.2023
17. ↑ [Börsensteuer verliert an Zuspruch](#) FAZ.net vom 09.09.2013, abgerufen am 12.09.2013
18. ↑ [Zusammenarbeit für ein stärkeres Europa](#), dai.de vom 19.10.2023, abgerufen am 22.10.2023
19. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
20. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
21. ↑ [Finanztransaktionssteuer unter Feuer: Großoffensive von Banken, Großindustrie, Wissenschaft und Bundesbank](#), awblog.at vom 20.06.2013, abgerufen am 05.11.2023
22. ↑ [Kurvenlage 1. Halbjahr 2021](#), dai.de, abgerufen am 05.11.2023
23. ↑ [Manolis Kalaitzake \(2017\): Death by a Thousand Cuts? Financial Political Power and the Case of the European Financial Transaction Tax](#), New Political Economy, S. 12 ff., researchgate.net, abgerufen am 05.11.2023
24. ↑ [Pressemitteilung](#), dai.de, abgerufen am 05.11.2023
25. ↑ https://www.dai.de/fileadmin/user_upload/DAI_21022_Kurvenlage_01_2021_210830_DS_150.pdf, S. 51.
26. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
27. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
28. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
29. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
30. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
31. ↑ [Media-Kit](#), dai.de, abgerufen am 23.09.2023
32. ↑ [Pressemitteilung vom 17.04.2013](#), abgerufen am 20.09.2023
33. ↑ [Profil](#), austria.forum.org, abgerufen am 23.09.2023

34. ↑ [Kurvenlage Halbjahresbericht des Deutschen Aktieninstituts 1. Halbjahr 2023, S.88, dai.de](#), abgerufen am 20.09.2023

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht sform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.wirtschaftsrat.de

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	118
2 Aktivitäten	118
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	119
4 Geschichte	120
5 Fallstudien und Kritik	120
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	120
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	121
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	122
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	123
6 Finanzen	123
7 Zitate	123

8 Organisationsstruktur und Personal	124
9 Mitglieder	131
10 Die Landesverbände	132
11 Netzwerke	133
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	133
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	133
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	133
13 Einzelnachweise	133

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden **Themen**: Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatakog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch,

mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#)^{[31][32]} als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession“), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremsen der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremsen klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...]“.^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte [Karolin Seitz](#), Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen." ^[30]

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Thomas Saueressig	<ul style="list-style-type: none"> • SAP SE, Mitglied des Vorstands
Vizepräsidentin	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> • Würth-Gruppe, Mitglied des Stiftungsaufsichtsrats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> • ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentarischer Mittelstand, Vorsitzender • Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Mitglied	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung der Bundesrepublik Deutschland (CDU)
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[54]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Dr. Michael Strugl, Christian W.E. Haub, Bonita Grupp, Joachim Gemmel	

(Stand: April 2026) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 51 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Google Germany GmbH, Vice President EMEA North
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	ENGIE, Director for European Affairs
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: April 2026) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 20 Bundesfachkommissionen, 3 Europäische Fachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, CEO
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Tillmann von Schroeter	Vaillant Deutschland, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, CEO
Gesundheitswirtschaft	Joachim Gemmel	Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Tobias Jerschke	Kuehne & Nagel AG & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	Bizerba SE & Co. KG, Vorsitzender des Aufsichtsrates
Digitale Transformation	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christian Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Plattformökonomie	Albrecht von Sonntag	idealo internet GmbH, Beirat
Steuern	Ulrich Ackermann	KPMG AG, Vorstand Tax
Umwelt- und Klimapolitik	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter

(Stand: April 2026) ^[57]^[58]

Die Europäischen Fachkommissionen

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Finance	Norbert Winkeljohann	Bayer AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats
Digital Age	Lars Reger	NXP Semiconductors Germany GmbH, CTO
Energy	Michael Strugl	VERBUND AG, Vorstandsvorsitzender

(Stand: April 2026)^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Energie für Mobilität	Gero Schulze	Bernard Krone Beteiligungs GmbH, Geschäftsführer
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Digitale Infrastruktur	Valentina Daiber	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Vorstand Recht und Corporate Affairs
Krankenhaus	Michael Dieckmann	AMEOS Gruppe, CDO
Medienwirtschaftspolitik	Markus Breitenecker	ProSiebenSat1 Media SE, COO
Pflege	Thomas Eisenreich	Home Instead GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Raumfahrt	Max Gulde	constellr GmbH, CEO
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Yannik Bury	MdB CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Mitglied des Haushaltsausschusses
Staatsmodernisierung	Marc Reinhardt	Capgemini Deutschland GmbH, Executive Vice President, Public Sector Global Industry Leader
Start-ups meet finance	Stefan Drüssler	UnternehmerTUM GmbH, COO

(Stand: April 2026)^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Christian Lindner (FDP), in dessen Zeit als Bundesfinanzminister. Ein neues Mitglied ist Stefan Kooths, Vorstandsvorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die der AFD nahe steht, und Leugnern des menschengemachten Klimawandels sowie Gegnern der ökologischen Energiewende ein Forum bietet.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P.	<ul style="list-style-type: none"> • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Mont Pelerin Society, Mitglied
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • "Munich Center for the Economics of Aging" (MEA), einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Leiter^[59] • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats^[60] • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Tanja Börzel	Freie Universität, Leiterin des Otto Suhr Institute for Political Science
Alexander Eisenkopf	<ul style="list-style-type: none"> • Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Inhaber des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie • Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[61] • rechtslibertären Blog „Achse des Guten“, Autor^[62]
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Ernst & Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats^[63]
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
	<ul style="list-style-type: none"> • Technische Universität Nürnberg, Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab • Hemholtz-Gemeinschaft, Senatorin für den Forschungsbereich "Energie"^[64] • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Vorstands^[65] • "The Pioneer", Herausgeberin^[66] • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Veronika Grimm	<ul style="list-style-type: none"> • Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV), Mitglied • Siemens Energy, Mitglied des Aufsichtsrats • H2 Potential, Mitglied des Projektbeirats, in dem auch Christian Tollmien von Siemens Energy sitzt • Nationaler Wasserstoffrat, Mitglied • E.ON Stiftungsbeirat, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Trägerin des mit 10 Tsd. Euro dotierten Arthur Burkhardt-Preises 2023^[67] • Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (diese hat keine Verbindung zur Hayek-Gesellschaft), Teilnehmerin an der Podiumsdiskussion „Ist die Energie- und Klimakrise nur mit Planwirtschaft zu lösen? Sind wir auf dem Weg in die Klimaknechtschaft?“^[68] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, designierte Preisträgerin der Hayek-Medaille^[69] • Beraterin von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Holger Hanselka	Fraunhofer Gesellschaft, Präsident
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Verband Der Mittelstand BVMW, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Institut für Glücksspiel und Gesellschaft, gefördert vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAl), Mitglied des Direktoriums • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied

Friedrich Heilmann	ZEW Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
Oliver Holtemöller	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW), Stellv. Präsident
Kai Konrad	Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Direktor
Stefan Kooths [70]	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft, Direktor • BSP Business and Law School Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre [71] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Vorsitzender des Vorstands • Javier Milei Institut: Mitgründer • Mises Institute, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied • Internationaler Wirtschaftssenat, Mitglied des Präsidiums • Liberales Institut Zürich, Mitglied im Akademischen Beirat • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie
Jan Pieter Krahn [72]	<ul style="list-style-type: none"> • Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE, Gründungsdirektor em. • Goethe-Universität Frankfurt, Professor em. für Kreditwirtschaft und Finanzierung • Centre for Economic and Policy Research (CEPR), Research Fellow [73]
Jürgen Kühling	Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht
Stefan Kolev [74]	<ul style="list-style-type: none"> • Westsächsische Hochschule Zwickau, Professor für Wirtschaftspolitik • Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung, Wissenschaftlicher Leiter • Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forums Marktwirtschaft • Mont Pelerin Society, Mitglied • Walter Eucken Institut, Mitglied • Bulgarische Hayek Stiftung, Mitglied • Hayek Institute Romania, Mitglied im Akademischen Beirat • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche

Mitglieder	Akademische Position
Sarah Necker	Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft, Leiterin
Jörg Rochol	ESMT Berlin, Präsident
Jens Strücker	Universität Bayreuth, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digitales Energiemanagement
Volker Tolkmitt	Hochschule Mittweida, Rektor

(Stand: März 2026) ^[75]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[76] Bundesvorsitzender ist seit 2025 Ferdinand Herfeldt.^[77] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[78] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung](#) AG).^[79] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[80] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[81]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Huawei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[82]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- [Christoph Werner](#) (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[83] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023

10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.

41. ↑ [Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen](#), München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 01.04.2026
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 01.04.2026
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ ^{58,058,158,2} [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 07.04.2026
59. ↑ [Geschichte](#), mpisoc.de, abgerufen am 16.03.2026
60. ↑ [Jahresbericht 2023 Amundi Aktien Rohstoffe](#), abgerufen am 02.01.2024
61. ↑ [Curriculum Vitae](#), zeppeelin-university.com, abgerufen am 12.04.2026
62. ↑ [Autorenseite](#), achgut.com, abgerufen am 12.04.2026
63. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), ey.com, abgerufen am 18.03.2025
64. ↑ [Prof. Dr. Veronika Grimm](#), helmholtz.de, abgerufen am 20.03.2026
65. ↑ [Organe der Gesellschaft](#), dpag.org, abgerufen am 20.03.2026
66. ↑ [Ökonomin Veronika Grimm wird Herausgeberin bei „The Pioneer“](#), deutschlandfunk.de vom 27.01.2026, abgerufen am 20.3.2026
67. ↑ [Wirtschaftsweiser Veronika Grimm](#), deutsches-stiftungszentrum.de, abgerufen am 20.03.2026
68. ↑ [Symposium in Wien: 80 Jahre zur Knechtschaft](#), hayek-stiftung.de vom 24.04. 2024, abgerufen am 20.03.2026
69. ↑ [Hayek Tage 2026](#), hayek.de, abgerufen am 19.03.2026

70. ↑ [Curriculum Vitae](#), kooths.de, abgerufen am 17.03.2026
71. ↑ [Stefan Kooths](#), businessschool.de, abgerufen am 21.03.2026
72. ↑ [Jan Pieter Krahen - Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE](#), abgerufen am 01.04.2026
73. ↑ [Jan Pieter Krahen - CEPR](#), abgerufen am 01.04.2026
74. ↑ [Stefan Kolev](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 17.03.2026
75. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.03.2026
76. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
77. ↑ [Ergebnisse der Vorstandwahl des Jungen Wirtschaftsrats 2025](#) wirtschaftsrat.de vom 25.10.2025, abgerufen am 01.04.2026
78. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
79. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
80. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
81. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
82. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
83. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Wirtschaftsforum der SPD

Das im Februar 2015 gegründete **Wirtschaftsforum der SPD** e.V. bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer Berufsverband“, ^[1] in welchem Unternehmensmitglieder und sozialdemokratische Verantwortungsträger:innen aus Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, den Ländern und Europa in den Austausch treten können. Mit Blick darauf verwies der ehemalige Bundeswirtschafts- und Außenminister, [Sigmar Gabriel](#), auf die „lange unternehmerische Tradition“ der SPD. Der damalige Präsident und Gründer des Wirtschaftsforums sowie ehemaliger Vorstandsvorsitzender der [TUI AG](#), [Michael Frenzel](#), sagte laut einem Bericht vom *SPIEGEL*, dass der gemeinsame Nenner zwischen den im Forum organisierten Wirtschaftsvertretern und der SPD darin liege, dass Wirtschaft immer auch dem „Gemeinwohl verpflichtet“ sei. ^[2] Mit der Gründung des Wirtschaftsforums hat sich Frenzel die Aufgabe gesetzt, die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln und zu fördern, wobei er „nachhaltigen und innovativen ökonomischen Erfolg als Ergebnis des Zusammenwirkens von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt“ betrachtet. ^[3]

Wirtschaftsforum der SPD

Rechts form eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Forum, in dem Vertreter der Wirtschaft und SPD-Politiker sich austauschen und zusammenwirken

Gründungsdatum Februar 2015

Hauptsitz Dorotheenstraße 35, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse spd-wirtschaftsforum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	137
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	137
2.1 Mitglieder	137

2.2 Präsidium	138
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	139
2.4 Politischer Beirat	139
2.5 Fachforen	139
3 Fallbeispiele und Kritik	140
3.1 Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie	140
4 Weiterführende Informationen	140
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	141
6 Einzelnachweise	141

Lobbystrategien und Einfluss

Laut § 2 Nr. 2 der [Satzung](#) stellt der Verein seinen Mitgliedern zur "Koordination der Berufs- und Standesinteressen [...] eine Vielzahl von Vortrags-, Diskussions- und Veranstaltungsformaten zu allen wirtschaftspolitischen Belangen bereit. Der Vereinszweck wird darüber hinaus durch den Austausch und die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden und sonstigen Einrichtungen sowie einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Veröffentlichung und Verbreitung erarbeiteter Positionspapiere und sonstiger Forschungs- und Arbeitsergebnisse verwirklicht."

In den [Fachforen](#) entstehen die Standpunkte, mit denen sich das Wirtschaftsforum in der Öffentlichkeit positioniert und die es in den politischen Raum hinein transportieren will. Die einzelnen Fachforen und ihre Leiter:innen sind weiter unten in diesem Artikel aufgelistet.

Finanzierung

Das Wirtschaftsforum der SPD finanziert sich größtenteils aus [Mitgliedsbeiträgen](#) der rund 400 Mitglieder. Finanzielle, operative oder strukturelle Verbindungen gibt es nicht. Der Mittelabfluss zu einer politischen Partei ist laut Satzung untersagt. ^[4] Das Wirtschaftsforum veröffentlicht jährlich einen Geschäftsbericht, in dem die Sponsoren gelistet sind. Der Sponsoringbericht aus dem Jahr 2021 findet sich [hier](#). Genaue Summen pro Sponsor sind dabei nicht angegeben.

Eintrag im Lobbyregister

Im deutschen Lobbyregister gibt das Wirtschaftsforum der SPD e.V. an, (Stand: 27.07.2022):

- im Jahr 2021 410.000 bis 420.000 € für Lobbyarbeit auszugeben
- 11-20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung
- 10 namentlich benannte Lobbyist:innen ([zum Registereintrag](#)).

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitglieder

Die Mitglieder benennt das Wirtschaftsforum der SPD auf seiner Website nicht. Mit Stand 29.07.2022 ist die entsprechende Unterseite leer. ^[5]

Im deutschen Lobbyregister geben 169 Organisationen an, Mitglied im SPD-Wirtschaftsforum zu sein.^[6]
Darunter z.Bsp.:

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Mercedes-Benz](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Uniper](#)
- [Google](#)
- [Amazon](#)
- [RWE](#)
- [EUTOP](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)
- [Philip Morris](#)

Präsidium

[Ines Zenke](#) (Präsidentin) ^{[7][8]}

- Wirtschaftskanzlei [Becker Büttner Held](#) (BBH-Gruppe), Rechtsanwältin und geschäftsführende Mitinhaberin
- [Bundesverband der Wirtschaftskanzleien](#), Mitglied im Vorstand
- Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) der Bundesregierung, ehem. ordentliches Mitglied (2016)
- zuletzt 2021 regelmäßige Sachverständigentätigkeit im Bundestag zu *carbon leakage*

[Heiko Kretschmer](#) (Schatzmeister) ^[9]

- Kommunikationsberatung [Johanssen + Kretschmer](#), Gründer und Managing Partner
- [Deutsche Gesellschaft für Politikberatung](#), Ethikbeauftragter und Schatzmeister

[Susanne Knorre](#) (Vizepräsidentin) ^[10]

- [RÜTGERS Germany GmbH](#), [STEAG GmbH](#), [NordLB](#), [Salzgitter AG](#), [Deutsche Bahn](#), Aufsichtsrätin
- Professorin für Unternehmenskommunikation an der Hochschule Osnabrück
- Unternehmensberaterin (Management, Kommunikation, Strategie- und Organisationsentwicklung)
- ehem. niedersächsische Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (2000-2003)

[Matthias Machnig](#) (Vizepräsident) ^[11]

- Unternehmensberater, bei [InnoEnergy](#) und [Macquarie](#) ([Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#))
- ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bis 04/2018); bis 2013 war Machnig Wirtschaftsminister in Thüringen und davor als Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen tätig

Philipp Schlüter (Vizepräsident) ^[12]

- **TRIMET Aluminium SE**, Vorstandsvorsitzender
- **Wirtschaftsvereinigung Metalle**, Mitglied des Präsidiums und des Vorstands
- **Aluminium Deutschland EV.**, Mitglied des Präsidiums
- Europäische Wirtschaftsvereinigung **European Aluminium**, Vice-Chairman des Executive Committee

Michael Wiener (Vizepräsident) ^[13]

- **Duales System Holding GmbH & Co. KG (DSD)**, Mitglied der Geschäftsführung und Vorsitzender
- Unternehmensgruppe **Der Grüne Punkt**, CEO
- **kunststoffland NRW e.V.**, Vorstand
- Arbeitsgemeinschaft **Verpackung + Umwelt e.V. (AGVU)**, Vorstand

Neben dem geschäftsführenden Präsidium, gehören auch die Mitglieder des erweiterten Präsidiums zum Präsidium des Wirtschaftsforums der SPD e.V., darunter: **Oliver Burkhard**, **Sabina Jeschke**, **Heinz Kreuter** und **Hiltrud Dorothea Werner**. Die Ehrenpräsidentenschaft obliegt dem Mitgründer und ehem. Präsidenten des Wirtschaftsforums, **Michael Frenzel**.

Stand: 07/2022, Quelle: ^[14]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Politischer Beirat

Die Mitglieder des Politischen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Fachforen

Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft & Integration: Leiterin ist **Barbara Loth**, Rechtsanwältin ^[15]

Digitales: Leiter ist **Boris von Chlebowski**, Mitglied der **Accenture**-Geschäftsführung ^{[16][17]}

Energie & Klima: Leiterin ist **Ines Zenke** (s.o.) und Leiter ist **Christian Heine**, Sprecher der Geschäftsführung der Hamburger Energiewerke GmbH ^[18]

Europa & Außenwirtschaft: Leiterin ist Corinna Schulze, Direktorin für EU Government Relations/Digital Government, SAP ^[19]

Finanzen und Kapitalmarkt: Leiter sind **Peter Gassmann**, Managing Director und Sprecher der Geschäftsführung von Strategy& (**PwC**) und **Peter Güllmann**, Vorstandssprecher bei BIB (Bank im Bistum Essen eG) ^[20]

Gesundheitswirtschaft: Leiter ist **Christian Clarus**, Director Government Affairs bei B. Braun Melsungen AG ^[21]

Handel & Konsumgüter: Leiter ist [Stefan Giffeler](#), Geschäftsführer und Leiter der Hauptstadtrepräsentanz der [Schwarz Gruppe](#) ^[22]

Kommunales: Leiter ist [Alexander Götz](#), stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Leiter der Abteilung Energiewirtschaft beim [Verband kommunaler Unternehmen](#) (VKU) ^[23]

Kultur & Kreativwirtschaft: Leiter ist [Heiko Kretschmer](#) (s.o.) ^[24]

Mobilität & Infrastruktur: Leiter ist [Thomas Schwarz](#), Leiter für Government Affairs bei [Audi AG](#), wo er u. a. von 2010 bis 2013 den [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) in der Koordinierungsstelle Elektromobilität unterstützte ^[25]

Ressourcen & Nachhaltigkeit: Leiterin ist [Margit Conrad](#), bis 2014 Staatsministerin des Landes Rheinland-Pfalz, ehemalige rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ^[26] und Leiter ist [Ralph Müller Beck](#), Leiter des kommunalen Vertriebsmanagements Nord und des Bereichs Public Affairs bei [REMONDIS GmbH & Co. KG](#) ^[27]

Stadtentwicklung, Bau & Immobilien: Leiter ist [Andreas Breitner](#), Vorstand und Verbandsdirektor vom [Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen](#) ^[28]

Tourismus: Leiter ist [Dirk Inger](#), Hauptgeschäftsführer des [Deutschen ReiseVerband](#) (DRV) und zuvor Leiter der Unterabteilung Klima- und Umweltpolitik und Elektromobilität im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ^[29]

Stand: 07/2022

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie

Der frühere Schatzmeister des Wirtschaftsforums, [Harald Christ](#), organisierte Dinner-Treffen mit SPD-Politikern und Wirtschaftsvertretern. Der damalige Chef der [SPD](#) in NRW, [Michael Groschek](#), traf sich in diesem Rahmen etwa im Februar 2018 mit Vertretern mehrerer großer Energieunternehmen. Christ sagte, es ginge darum, „Wirtschaftsleute als Mitglieder“ zu gewinnen. In einem Artikel vom *stern* wird zudem kritisiert, dass dank der Mitgliedsbeiträge von Unternehmen auch eine Zugangsmöglichkeit zu SPD-Politikern innen eröffnet wird und das Wirtschaftsforum hinsichtlich der Sponsorengelder keine vollständige Transparenz bietet. ^[30]

In einem ausführlichen [Artikel](#) von *LobbyControl* geht es um wirtschaftsnahe Organisationen (wie das Wirtschaftsforum der SPD), die sich im Vorfeld von Parteien gegründet haben und einen direkten Lobby-Zugang zu Parteien ermöglichen.

Weiterführende Informationen

- [Wirtschaftsnahe Vorfeldorganisationen: Direkter Lobby-Zugang zu Parteien | LobbyControl](#)
- Video über die [Aufaktveranstaltung des SPD-Wirtschaftsforums](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
2. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum mit Sigmar Gabriel: Genosse begrüßt Bosse](#) www.spiegel.de, vom 14.04.2015, abgerufen am 27.07.2022
3. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
4. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
5. ↑ [Mitglieder](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 29.07.2022
6. ↑ [Lobbyregister: Mitgliedschaften im Wirtschaftsforum der SPD](#) www.lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.07.2022
7. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
8. ↑ [Expert*innen - BBH Gruppe](#) www.die-bbh-gruppe.de, abgerufen am 22.07.2022
9. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
10. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
11. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
12. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
13. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
14. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
15. ↑ [Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft und Integration - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
16. ↑ [Digitales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
17. ↑ [Boris von Chlebowski | Accenture](#) www.accenture.com, abgerufen am 27.07.2022
18. ↑ [Energie und Klima - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
19. ↑ [Europa und Außenwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
20. ↑ [Finanzen und Kapitalmarkt - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
21. ↑ [Gesundheitswirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
22. ↑ [Handel und Konsumgüter - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
23. ↑ [Kommunales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
24. ↑ [Kultur- und Kreativwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
25. ↑ [Mobilität und Infrastruktur - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
26. ↑ [Margit Conrad – Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE](#) www.arbeit-umwelt.de, abgerufen am 27.07.2022

27. ↑ [Ressourcen und Nachhaltigkeit - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
28. ↑ [Stadtentwicklung, Bau und Immobilien - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
29. ↑ [Tourismus - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
30. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum will Sponsoringsummen nicht im Detail offenlegen](#) www.stern.de, vom 09.04.2019, abgerufen am 27.07.2022

AmCham Germany

Weiterleitung nach:

- [American Chamber of Commerce in Germany](#)

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. [Sigmar Gabriel](#), ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt [Friedrich Merz](#) diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich

Gründungsdatum 1952

Hauptsitz Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse atlantik-bruecke.org

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	143
1.1 Netzwerk der Mitglieder	143
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	143
2 Fallstudien und Kritik	144
3 Organisationsstruktur und Personal	144
3.1 Geschäftsführender Vorstand	144
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	144

3.3 International Advisory Council	147
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	147
4 Kurzdarstellung und Geschichte	147
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	147
6 Einzelnachweise	148

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation **American Council on Germany** (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der **Münchener Sicherheitskonferenz** oder der **American Chamber of Commerce in Germany** gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa **U.S. European Command** wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten **Liste von Mitgliedern** waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der **Linkspartei** um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten **Stefan Liebich**. Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur

Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident [Jens Weidmann](#)^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, [Mathias Döpfner](#)^[10], Bundesinnenminister [Thomas de Maizière](#)^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist [Eckart von Klaeden](#)^[12], die CDU-Politikerin [Julia Klöckner](#)^[13] und der Grünen-Politiker [Cem Özdemir](#)^{[14][15][16]} Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP)^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Fu

nkt Name

ion

Verbindungen

- ehem. Vizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender
- [Trilaterale Kommission und European Council on Foreign Relations](#), Mitglied
- [Deutsche Bank](#), Aufsichtsrat
- *International Crisis Group*, Kuratoriumsmitglied
- [Deloitte](#), Beiratsmitglied

Vor

sitz [Sigmar Gabriel](#)

en

der

Ste
llv.
Vor
sitz [Michael Hüther](#)
en
der

Ste
llv.
Vor
sitz [Norbert Röttgen](#)
en
der

Sc
hat
zm
eis [Ute Wolf](#)
teri
n
Ge
sch
äft [Julia Friedlander](#)
sfü
hre
rin

Weitere Vorstandsmitglieder u.a. Angelika Gifford, Meta, Tina Hassel, ARD-Hauptstadtstudio, Metin Hakverdi, MdB (SPD), Wolfgang Ischinger, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Eveline Metzen, Google, James von Moltke, Deutsche Bank, Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Julie Linn Teigland, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, atlantik-bruecke gremien [\[1\]](#)

- *Eurasia Group*, Politikberater
- Autor für die Holtzbrinck-Medien *Handelsblatt*, *Der Tagesspiegel*, *Die Zeit*

- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Köln, Direktor

- [CDU](#), Mitglied des Bundestages
- ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)

- Finanzvorstand, Evonik Industries, Essen

**Vorstand der Stiftung
Atlantik-Brücke**

Vorsitzender	Andreas Dombret	Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands
Stellv. Vorsitzender	Christian Lange	SPD-Politiker, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
Stellv. Vorsitzende	Christine C. Graeff	Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group

**Kuratorium der Stiftung
Atlantik-Brücke**

Vorsitzender	Jürgen Großmann	Alleingesellschafter der Georgsmarienhütte Holding
Stellv. Vorsitzender	Arend Oetker	<ul style="list-style-type: none"> Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH
	Roland Berger	<ul style="list-style-type: none"> Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Honorary Chairman der Roland Berger GmbH
	Jürgen H. Conzelmann	Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO
	Jürgen R. Großmann	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums
	Axel Hörger	Lombard International Assurance S.A., Luxemburg, Vorsitzender des Vorstands
	Hans-Ulrich Klose	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) Atlantische Initiative, Mitglied des Beirats
	Thomas Rodermann	Quintet Private Bank (Muttergesellschaft von Merck Finck), Vorstandsmitglied
	Lutz Raettig	Morgan Stanley , Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Peter Wittig	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC Schaeffler AG, Senior Advisor Global Affairs

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

(Stand: August 2022) Quelle: ^[18]

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- **Roland Berger**, Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des **Atlantic Council** of the United States, Washington, DC
- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA
- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- **Arend Oetker**, Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz
- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, **Bayer AG**, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle:
[\[19\]](#)

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- **Michael Vassiliadis**, Vice-Chairman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung
- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Lüer Wojtek

(Stand: April 2020) Quelle:^{[\[20\]](#)}

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet.^{[\[21\]](#)} Als Schwesterorganisation wurde der **American Council on Germany** (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm".^{[\[22\]](#)}

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ [Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf www.archive.org, abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ [Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010](#), Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020
6. ↑ [Gysi stellt sich vor Liebich](#), Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020
7. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
10. ↑ [Mächtige Allianz](#), manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
13. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ [Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ [Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ [American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation](#), acgusa.org, abgerufen am 23.04.2020
17. ↑ [Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ [Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke](#) Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 30.08.2022
19. ↑ [Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council](#) abgerufen am 24.04.2020
20. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
21. ↑ [Jahresbericht 2012](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
22. ↑ [American-German Young Leaders Conference](#), Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

European Chemical Industry Council

Der **European Chemical Industry Council** (Cefic) vertritt die politischen Interessen der chemischen Industrie auf der europäischen Ebene. Unter seinen

European Chemical Industry Council (Cefic)

670 Mitgliedern finden sich große Konzerne wie [Bayer](#) und [BP](#) sowie nationale Wirtschaftsverbände wie der deutsche [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#). 2025 gab CEFIC laut EU-Transparenzregister 10 Mio. € für Lobbyarbeit aus.^[1] Damit ist er einer der finanzstärksten Lobbyverbände in Brüssel.

European Chemical Industry Council (Cefic)



Rechtsform

Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit für die europäische Chemieindustrie

Gründungsdatum 1972

Hauptsitz Avenue E. van Nieuwenhuysse, 4 box 1, B-1160 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.cefic.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	150
2 Fallbeispiele	150
2.1 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	150
2.2 Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission	151
2.3 Better Regulation 2015	152
2.4 Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren	152
2.5 Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	154
2.6 Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen	154
2.7 EU-Chemikalienverordnung REACH	155
2.8 Lobbyarbeit für Glyphosat	156
3 Organisationsstruktur und Führungspersonal	156
3.1 Mitglieder	156
3.2 Führungspersonal	156
4 Verbindungen	157
4.1 Knowledge4Innovation	157
4.2 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	157
4.3 Alliance for a Competitive European Industry	157
5 Geschichte	157
6 Zitate	157
7 Einzelnachweise	157

Lobbystrategien und Einfluss

CEFIC betreibt Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gegenüber der Europäischen Kommission, dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat.^[2] Die Lobbyaktivitäten werden wie folgt beschrieben: "Das Herzstück von Cefic ist Public Affairs (PA), ein voll integriertes Team aus Experten für Interessenvertretung und Kommunikation. Wir befassen uns mit den wichtigsten Branchenthemen, unterstützen die Cefic-Sektorgruppen und sorgen dafür, dass die Chemieindustrie mit einer Stimme spricht. Unsere Arbeit umfasst EU-Monitoring, PA-Kampagnen, hochrangige Veranstaltungen, digitale Präsenz, hauseigene Videoproduktion, Medienbeobachtung und -kommunikation und vieles mehr".^[3]

Laut dem EU-Transparenzregister (Stand: April 2026) sind bei CEFIC 46,7 Personen (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.^[4] 2025 verfügte CEFIC über ein Budget von 47,3 Mio. €, von dem 10 Mio. € für Lobbyarbeit ausgegeben wurden.^[5]

CEFIC betreibt seine Lobbyarbeit in enger Abstimmung mit dem [American Chemistry Council](#); viele seiner Mitglieder sind in beiden Organisationen, so etwa die deutschen Chemieriesen [Bayer](#) und [BASF](#).^[6] Bayer und BASF wiederum haben nochmal ihre eigenen Dependancen vor Ort.

Außerdem ist CEFIC Mitglied des [International Council of Chemical Associations](#) (ICCA), des Weltverbands der Chemieindustrie. Er hat mit weiteren Chemieverbänden ([American Chemistry Council](#) (ACC), Japan's Chemical Industry Association) die [CEFIC Long-range Research Initiative](#) (LRI) gegründet, um die Auswirkungen von Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt zu untersuchen und den zuständigen EU-Instanzen zur Verfügung zu stellen.^[7] KritikerInnen, wie etwa Corporate Europe Observatory, geben zu Bedenken, dass diese Institution versucht, der Arbeit von unabhängigen Behörden mit eigenen – auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnittenen – Testmethoden zuvorzukommen. Bruno Hubesch, der Leiter des LRI-Programmes, formulierte es einmal so: „LRI is not science for science - it's science for policy impact.“
[deutsch: Das LRI ist nicht Wissenschaft für die Wissenschaft – es ist Wissenschaft für politischen Einfluss.“^[8]

Fallbeispiele

Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom ERT, vom Dachverband Europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände [Business Europe](#) und CEFIC. Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.

- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industri lobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a “Clean, Just *and Competitive* Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission

2017 stieß die Europäische Kommission die Plastik-Strategie an, mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen in der EU wiederverwendbar oder recyclebar sein sollen. Nachdem die Europäische Kommission im Januar 2017 die Roadmap „Strategy on Plastics in a Circular Economy“ (zu deutsch: Strategie zu Plastik in einer Kreislaufwirtschaft“) veröffentlicht hatte, setzten sich die Interessengruppen der Plastikindustrie, darunter auch CEFIC, bis zur Veröffentlichung der finalen Strategie 12 Monate später intensiv für eine Gestaltung der Plastik-Vorgaben in ihrem Sinne ein. Im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2018, trafen sich Vertreter der beiden involvierten Generaldirektionen Umwelt und Wachstum 44 Mal mit Interessensgruppen zur Plastik-Strategie. 89% davon (39 Treffen) fanden mit Industrievertretern statt. CEFIC hatte als eine der finanzstärksten Lobbygruppen im Jahr 2017 alleine 5 Treffen mit der Kommission – nur zur Plastikstrategie.^[9] CEFIC arbeitet dabei auch eng mit PlasticsEurope zusammen, sie haben ihre Büros im gleichen Gebäude^[10]. PlasticsEurope traf sich insgesamt 13 Mal mit der Kommission. Die Kommission ging mit der Strategie proaktiv auf Lobbygruppen der Plastik-Industrie zu – mit dem Ziel, freiwillige Selbstverpflichtungen der Konzerne einholen zu können, eines der Kernelemente der Strategie.^[11],^[12] Sie konnte aber bisher keine ausreichenden Ergebnisse erzielen. Die Industrie blieb mit ihren Zugeständnissen häufig weit hinter den Vorstellungen der Kommission zurück^[13]. In der freiwilligen Verpflichtung, die PlasticsEurope veröffentlichte, ist nur noch von 60% recyclebarem oder verwertbarem Plastik bis 2030 die Rede, die vollständige Umstellung siedelt PlasticsEurope dabei im Jahre 2040 an. Mit

„Verwertung“ ist hier allerdings Energieverwertung, also Verbrennung, gemeint. KritikerInnen bewerten dieses Verfahren als Gefahr für Umwelt und Gesundheit. ^[14] Sie bedauern auch, dass in der freiwilligen Verpflichtung keinerlei verbindliche Handlungspläne und Zusagen zu finden sind. Das zweite Ziel der Kommission war es, dass bis 2025 10 Millionen Tonnen an recyceltem Plastik in neuen Produkten wiederverwendet werden. Auch dazu forderte sie die Industrie zu Vorschlägen auf, die bislang nur unzureichend Anwendung finden.

Im Mai 2018 verabschiedete die EU ein Verbot von Einweg-Plastik, was allerdings noch auf nationaler Ebene legislativ umgesetzt werden muss. Zuvor geleakte Dokumente zu dem Gesetzesvorhaben kommentierte **Business Europe**, eine Lobbyorganisation, die wie CEFIC sehr einflussreich ist, wie folgt: “We are concerned about some very far-reaching proposals ... Rather than a ban, it is better to focus on the current voluntary pledging campaign to make plastics more circular” [deutsche Übersetzung: Wir sind besorgt über einige sehr weitreichende Vorschläge. Besser als ein Verbot ist es, sich auf die aktuell laufende Kampagne zur freiwilligen Selbstverpflichtung zu konzentrieren, um Plastik wiederverwertbar zu machen].

Better Regulation 2015

Ebenso wie **BusinessEurope** unterstützt CEFIC die Better Regulation-Agenda. ^[15] Derzeit tritt CEFIC für eine Erweiterung der – zu deutsch – besseren Rechtssetzung ein.

Was aber verbirgt sich hinter der „besseren Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue **ExpertInnengremien** geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. Schon die Grundannahme ist fragwürdig: Demnach werden staatliche Regulierungen – das umfasst beispielsweise auch Gesetzgebung zum Umwelt- und Verbraucherschutz – als „Last“ verstanden. Dabei werden oft sie im Interesse des Allgemeinwohls erlassen. In der Theorie können über diese sogenannte REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen. ^[16] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten, ^[17] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie beispielsweise auch CEFIC zu Gute.

Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren

Hormonaktive Substanzen (oder endokrine Disruptoren) stecken in tausenden Alltagsprodukten – von Plastik bis zu Kosmetika. Sie haben die Eigenschaft, das hormonelle System von Organismen zu beeinflussen, weshalb sie höchstwahrscheinlich ernstzunehmende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Die EU-Gesetzgebung hat auf diese Stoffe reagiert.

Mit der Überarbeitung des europäischen Pestizid- und Biozidrechts von 2009-2012 wurde gesetzlich verankert, dass Wirkstoffe mit endokrin wirksamen Eigenschaften, die schädliche Auswirkungen auf den Menschen bzw. schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt haben können, von der zukünftigen Verwendung auszuschließen bzw. nur noch bei spezifischen Ausnahmefällen einzusetzen sind. Allerdings fehlte bis dato ein von allen Seiten anerkanntes Verfahren zur Bestimmung von endokrin wirksamen Substanzen. ^[18]

Die konkrete Regulierung dazu musste noch durch die Kommission ausformuliert werden. Die Kommission war zwar bis zum 14. Dezember 2013 dazu verpflichtet, diese zu erlassen – aber massive Lobbykampagnen zogen diesen Prozess in die Länge. Außerordentlich viel Einsatz gegen diese Regulierungen zeigten vor allem die Lobbyverbände CEFIC und ECPA sowie die Unternehmen Bayer und BASF. 2015 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass die Kommission zu lange untätig war und dadurch EU-Gesetz missachtet hatte. Daraufhin kündigte die Kommission endlich an, die Kriterien, nach denen endokrine Substanzen festzulegen sind, zu veröffentlichen.

Am 4. Juli 2017 einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten dann auf eine Liste an Kriterien, die auf einem Vorschlag der Generaldirektion für Gesundheit und Ernährungssicherheit (DG SANTE) basierte. Drei Forschungsgesellschaften zur Endokrinologie hatten den Vorschlag zuvor scharf kritisiert und bemängelt, dass er die öffentliche Gesundheit nicht wirksam schützen könne. KritikerInnen schätzten die neuen Kriterien zur Bestimmung von endokrinen Substanzen als zu weich ein und beanstandeten, dass Substanzen, die eigens endokrin entwickelt worden sind – wie zum Beispiel einige Pestizide – nicht darunter fallen. Warum hat der Prozess aber so lange gedauert und wie konnte es zu diesem umstrittenen Vorschlag kommen?

Eigentlich hatte zu Beginn die Generaldirektion Umwelt den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten. Sie hatte bereits anerkannte ExpertInnen des Gebiets zu Rate gezogen, unter anderem Professor Andreas Kortenkamp ^[19]. Bevor dieser Vorschlag allerdings veröffentlicht werden konnte, erreichten LobbyistInnen, dass er (vor Veröffentlichung!) einer Folgenabschätzung unterzogen werden musste – was den Prozess sehr in die Länge zog. Daraufhin schaltete sich die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit ein und fragte ein Gutachten der European Food Safety Authority, kurz EFSA, an. 8 der 18 Mitglieder der Arbeitsgruppe der EFSA hatten, wie sich später herausstellte, einen Interessenskonflikt, einer hatte Verbindungen zu CEFIC. ^[20] Zeitgleich veröffentlichte die WHO einen Bericht, indem sie eindringlich vor endokrinen Disruptoren warnte. Die Juncker-Kommission übertrug die Entwicklung der Kriterien offiziell auf die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit. Später kamen E-Mails ans Licht, aus denen hervorging, dass auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe schon von vornherein festgestanden hatten. Die Industrielobby startete eine Kampagne, indem sie eine wissenschaftliche Kontroverse konstruierte. WissenschaftlerInnen, die Verbindungen in die Industrielobby hatten, stellten die Erkenntnisse unabhängiger WissenschaftlerInnen in Frage. ^[21] Eine Gruppe der vernetzten ForscherInnen traf sich sogar mit einem EU-Kommissar – wie sich später herausstellte, wurde der Besuch von dem European Risk Forum, einer Denkfabrik, die von der Tabaklobby initiiert wurde und unter anderem auch von CEFIC mitfinanziert wird, bezahlt. Unter den WissenschaftlerInnen, die als Gegenöffentlichkeit zu den unabhängigen WissenschaftlerInnen in Sachen endokrine Disruptoren auftraten, befanden sich drei, die bereits zu Glyphosat ein von Monsanto bezahltes, positives Gutachten erstellt hatten: Helmut Greim, Colin Berry und Alan Boobis. ^[22]

Während der TTIP-Verhandlungen erhöhte sich der Druck gegen die Regulierung endokriner Disruptoren erneut. Die [AmCham EU](#) forderte explizit von der Kommission, keine Kriterien zur Regulierung zu beschließen. ^[23] Bei den Gesprächen stilisierte die Industrielobby die Regulierungen zu den endokrinen Diskruptionen sogar zu „potenziellen Handelshemmnissen“ - was besonders vor dem Hintergrund von Investitions-Schiedsgerichten, wie sie in TTIP angedacht waren, folgenreich ist.

Der Vorschlag, den die Kommission 2016 präsentierte, wurde von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite scharf kritisiert. ^[24] Einen Monat nach Veröffentlichung des Vorschlags erhielt der damalige Kommissar für Gesundheit Andriukaitis einen Besuch von den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Kanadas, Brasiliens, Urugays und Argentinien - spezifisch zum Thema endokrine Disruptoren. Kurze Zeit später, im Dezember 2016 strebte die Kommission eine Veränderung der Ausnahmeregelung in der Pestizidverordnung an. Die Kriterien für die Ausnahmeregelungen wurden weiter gesteckt. Dies führte zu heftigen Diskussionen und auch zu Konflikten zwischen Parlament und Kommission. Denn die Veränderungen der Ausnahmeregelungen gingen so weit, dass das Parlament der Kommission vorwarf, das Gesetz im Wesensgehalt verändern zu wollen, statt es nur durchzusetzen. Das darf die Kommission als Exekutivorgan allerdings nicht. Daraufhin entfernte die Kommission dieses Schlupfloch aus ihrem Vorschlag - führte aber ein anderes ein, nämlich die Ausnahmeregelung für extra endokrin designte Substanzen - wie zum Beispiel Pestizide, die Ungeziefer durch hormonelle Veränderungen bekämpfen. Umweltschutz Organisationen wie CIEL oder ClientEarth kritisierten diese Regelung heftig.

Das europäische Parlament blockierte den Vorschlag der Europäischen Kommission zu den Kriterien für endokrine Disruptoren am 04.10.2017 mit 389 zu 235 Stimmen, mit 70 Enthaltungen ^[25]. Die Kommission ist nun dazu aufgefordert, zeitnah einen neuen Vorschlag vorzulegen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

CEFIC konnte die Verhandlungen über das [Freihandelsabkommen TTIP](#) nachhaltig beeinflussen und stimmte sich dazu eng mit seinem US-amerikanischen Gegenstück, dem [American Chemistry Council \(ACC\)](#) ab. Das langfristige Ziel ist eine Angleichung von Regulierungen und Standards in den USA und Europa. ^{[26][27]} Eine Senkung der in der EU durch die Chemie-Richtlinie REACH eingeführten Standards scheint möglich, sollte nach Inkrafttreten des TTIP-Vertrags die [regulatorische Kooperation](#) nach den Vorstellungen von CEFIC eingeführt werden. Diese Sichtweise wird gestützt durch ein durchgesickertes Dokument (engl. Leak) der TTIP-Verhandlungsrunde vom Dezember 2013, das von ClientEarth und CIEL ausgewertet wurde. Danach würden die Vorschläge des European Chemical Industry Council und des [American Chemistry Council](#) den Schutz der Verbraucher und der Umwelt vor giftigen Chemikalien verschlechtern. Der Fortschritt bei der Regulierung von solchen Chemikalien käme zum Stillstand, wirtschaftlichen Interessen würde Vorrang vor gesundheitlichen und Umweltaspekten eingeräumt. Die Regulierung würde weniger transparent und weniger demokratisch ausgestaltet. So soll die Koordinierung und Harmonisierung von Regulierungen einem parlamentsfernen "Cooperation Committee" übertragen werden, das aus Vertretern von EU- und US-Regulierungsbehörden für die Chemische Industrie bestehen soll. ^[28]

Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen

Gleich zu Beginn der Verhandlungen ermöglichte die EU-Kommission dem CEFIC, eigene Vorschläge einzureichen und räumte ihm einen besonderen Zugang zu den Verhandlungen ein, konkret in Form eines engen Kontakts zur Generaldirektion Handel (im Folgenden GD Handel abgekürzt). ^[29] Während der ersten zwei Jahre der TTIP-Verhandlungen hatte der CEFIC 16 zum Teil intensive Lobby-Kontakte mit Vertretern der

EU-Kommission; der ACC bekam auf weitere drei Treffen.^[30] Dabei halfen Vertreter der GD Handel sogar, die richtigen Ansprechpartner in der EU-Diplomatie für einzelne Lobby-Ziele zu finden (etwa in der *High Level Working Group on Jobs and Growth*).^[31] Auch in einer zweiten Phase 2013/4 stimmten sich Verantwortliche der GD Handel eng mit dem CEFIC ab, um die Texte für die Verhandlungsrunden auszuwählen.^[32]

Im November 2014 begann die Amtszeit der neuen, von **Jean-Claude Juncker** geführten EU-Kommission. Es gab weiterhin regelmäßige Treffen mit CEFIC. Von fünf dieser Treffen gibt es nicht einmal Protokolle, so dass die Gesprächsinhalte verborgen bleiben.^[33] In dieser Phase verfolgte der CEFIC das Ziel, die REACH-Verordnung weiter abzuschwächen^[34] und die regulatorische Kooperation einzuführen^[35]. Geschäftsführer Mandery stellte im Mai 2015 öffentlich fest, dass die Vorschläge von CEFIC weitgehend übernommen worden sind.^[36] Diese Einschätzung wird intern von Vertretern der EU-Kommission geteilt.^[37]

EU-Chemikalienverordnung REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte".^[38] Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der europäischen Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[39] Ein Hebel in der Argumentation seitens der chemischen Industrie war die sogenannte Folgenabschätzung, die oft auf Vorhersagen beruht - und eben nicht auf einer breiten Datenbasis. Hierbei werden Gesetzesinitiativen, bevor sie in den gewählten Parlamenten besprochen werden, nach den Auswirkungen auf den Handel beurteilt. Wer den möglichen Nutzen eines Gesetzes für den Schutz der Umwelt und der Gesundheit relativieren will, kann die finanziellen Belastungen übertrieben darstellen. Diese Strategie wurde im Fall der EU-Chemikalienverordnung angewendet. Ursprünglich zielte REACH darauf ab, die rund 100.000 in Europa hergestellten und verwendeten Chemikalien auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit hin zu testen und gefährliche Substanzen durch weniger gefährliche zu ersetzen. Die Gesetzesinitiative stieß bei der europäischen Chemieindustrie auf vehementen Widerstand. Als wirksamste Waffe im Kampf gegen die geplante Regulierung erwiesen sich mehrere Szenarien, die eine „Deindustrialisierung Europas“ an die Wand malten. Dazu wurde unter anderem in großflächigen Zeitungsanzeigen die Angst vor Arbeitsplatzverlusten geschürt.^[40] Die verantwortlichen EU-Politiker ließen sich von der Vorhersage millionenfacher Arbeitsplatzverluste so sehr verunsichern, dass sie den Geltungsbereich der Chemikalienverordnung stark einschränkten und die Pflicht zur Substitution gefährlicher Stoffe aufhoben.^{[41][42][43]}

CEFIC spielte in dieser jahrelangen Lobbykampagne eine zentrale Rolle. Es lassen sich mehrere Phasen ihrer Tätigkeit unterscheiden: zunächst versuchte der Verband, die chemische Industrie als Partner bei Problemlösungen erscheinen zu lassen; dann wurde der Ton in der Auseinandersetzung verschärft und der Verband trat als strikter Gegner von REACH auf. In dieser Zeit wurden einige Studien lanciert, die der oben skizzierten Strategie entsprachen.^[44]

Lobbyarbeit für Glyphosat

Überraschenderweise vertritt CEFIC sein Mitglied [Bayer](#) nicht direkt im Falle Glyphosat. Bayer ist Mitglied in mehreren Lobbyverbänden, auch in CEFIC. Für die Problematik rund um die umstrittene Chemikalie wurde eigens eine Glyphosat-Task Force ins Leben gerufen – unter Leitung der Anwaltskanzlei [Hume Brophy](#). Diese Gruppe organisiert Kampagnen für die Neuzulassung von Glyphosat in Herbiziden, obwohl die Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation diese Substanz als möglicherweise krebserregend für Menschen eingestuft hat. ^[45] Monsanto's hauseigene Lobbyisten wurden als erste Lobbyisten für den Zugang zum EU-Parlament gesperrt. ^[46]

Organisationsstruktur und Führungspersonal

Mitglieder

Der Verband hat über 600 Mitglieder und Partner (Stand: 04/2026). ^[47] Diese werden in die folgenden Gruppen unterteilt:

- Corporate Members (ACOM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa und einem weltweiten Chemieumsatz von über 1 Mrd. Euro. Zu den Corporate Members gehören u. a. die deutschen Unternehmen [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#) und [Merck](#).
- Federation Members (AFEM) sind europäische Verbände der Chemieindustrie. Zu ihnen gehört u. a. der [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI).
- Business Members (ABM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa, die nicht nur chemische Erzeugnisse herstellen, mit einem weltweiten Chemieumsatz von unter 1 Mrd. Euro.
- Associated Companies sind außereuropäische Chemieunternehmen
- Partner Companies sind europäische Unternehmen, die eng mit der europäischen chemischen Industrie zusammenarbeiten.

Führungspersonal

Die Mitglieder des **Executive Committees** sind [hier](#) abrufbar. Präsident ist Markus Kamieth, CEO von BASF

Generaldirektor

- Marco Mensink

Für die Beziehungen zur EU zuständige Person

- Lisbeth Timmersmann

(Stand: April 2026)

Verbindungen

Knowledge4Innovation

CEIFIC ist Mitglied von [Knowledge4Innovation](#), einer branchenübergreifenden europäischen Lobbyorganisation.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

CEIFIC gehörte zu den Mitgliedern der EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM 2009 - 2012^[48], einer Konsultationsplattform für Interessengruppen der EFSA, und der EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access.^[49]

Alliance for a Competitive European Industry

CEIFIC gehört zu den führenden europäischen Wirtschaftsverbänden, die sich mit [BusinessEurope](#) zur [Alliance for a Competitive European Industry](#) zusammengeschlossen haben.

Geschichte

Die Abkürzung CEIFIC ist auf die ursprünglich französische Bezeichnung *Conseil Européen des Fédérations de l'Industrie Chimique* zurückzuführen.

Zitate

"Unsere Vorschläge, die von der EU-Kommission übernommen worden sind, können die regulatorische Kooperation deutlich beschleunigen, hohe Standards beibehalten und dabei effiziente Regeln erreichen. (im Original: Our proposals which have largely been taken over by the European Commission can boost regulatory cooperation, maintaining high standards while achieving regulatory efficiencies.)"^[50]

Der ehemalige CEIFIC-Geschäftsführer Hubert Mandery im Mai 2015 über den Einfluss seines Verbandes auf die TTIP-Verhandlungen.

Einzelnachweise

- ↑ [European Chemical Industry Council](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 03.04.2026
- ↑ [Job Offer Public Affairs Manager](#), cefic.org, abgerufen am 04.04.2026
- ↑ [Job Offer Public Affairs Manager](#), cefic.org, abgerufen am 04.04.2026
- ↑ [European Chemical Industry Council](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 03.04.2026
- ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 04.04.2026
- ↑ [Member Companies](#), Webseite des American Chemistry Councils, aufgerufen am 10.08.2018
- ↑ [LRI The Long-range Research Initiative](#), Webseite cefic-Iri, abgerufen am 22.11.2018
- ↑ [<http://cefic-iri.org/wp-content/uploads/2014/03/CW54-LRI-copy.pdf> Chemical Watch 2013, cefic-Iri.org, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [The Industry Sectors](#) cefic.org, abgerufen am 22.11.18

11. ↑ [1] [asktheeu.org](#), abgerufen am 22.11.18
12. ↑ [2] [European Commission](#) am 16.01.2018, abgerufen am 22.11.18
13. ↑ [Voluntary Commitment](#) [Plastics Europe](#), abgerufen am, 30.11.18
14. ↑ [Plastic Promises](#) [Corporate Europe Observatory](#), 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
15. ↑ [3], [cefic.org](#), abgerufen am 21.11.18
16. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), [LobbyControl](#) vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
17. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), [Europäische Kommission](#), abgerufen am 02.10.2018
18. ↑ [Hintergrundinformation EDCs](#), [PAN Germany](#) Januar 2016, abgerufen am 23.11.18
19. ↑ [State of art assessment of endocrine disrupters](#) [European Commission](#), Januar 2012, abgerufen am 23.11.18
20. ↑ [Conflict of interests at EFSA – season 10](#) [stephanehorel.fr](#), abgerufen am 23.11.18
21. ↑ [Studie: A Toxic Affair – How the chemical lobby blocked action on hormone disrupting chemicals](#) [Corporate Europe Observatory](#), abgerufen am 23.11.18
22. ↑ [4] [corporateeurope.org](#) am 27.09.17, abgerufen am 23.11.18
23. ↑ [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie!](#) [lobbycontrol.de](#) am 1.Juni 2015, abgerufen am 23.11.18
24. ↑ [Proporsal](#) [European Commission](#), abgerufen am 23.11.18
25. ↑ [Identifying endocrine disruptors - meps block plans exempting some pesticides](#) [European Parliament](#) am 04.10.2017, abgerufen am 23.11.18
26. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): hier Protokoll eines Treffen zwischen Maria Asenius (DG Handel) und der CEFIC Geschäftsführung am 4. Dezember 2014
27. ↑ siehe in dem Zusammenhang auch: Bode, Thilo: TTIP. Die Freihandelslüge. München 2015, S. 143 -153.
28. ↑ , [ACC-CEFIC joint proposal enhancing US-EU chemical regulatory cooperation under TTIP](#) [ciel.org](#), Webseite abgerufen am 04.12.2018
29. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier insbesondere Brief an Giorgio Squinzi (Präsident CEFIC) vom 25. Juli 2012, gesendet von Tajani and De Gucht.
30. ↑ [Datensätze als Grundlage einer Auswertung](#), (XLS), [Corporate Europe Observatory](#), zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
31. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier Email-Verkehr zwischen Mitarbeitern der GD Handel
32. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2014-1259, hier: Batch2 Doc 27, Betreff: Report: Meeting with CEFIC – discussion of draft CEFIC/ACC proposals for TTIP. Importance: High, 11 December 2013
33. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#), hier: Korrespondenz/Treffen mit Cefic oder ACC zu TTIP seit Sept 2014, insbesondere Liste von Treffen
34. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): Treffen von "Head of Trade Cabinet" Maria Asenius mit dem Cefic Executive Committee - 4. Dezember 2014, 12.15-13.00
35. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13 "Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015"

36. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015](#), Cefic Webseite, archiviert am 29.12.2015, zuletzt aufgerufen am 6.9.2015
37. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13. Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09/09/2015
38. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
39. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg.). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
40. ↑ [Chemielobby macht Druck auf Bundesregierung](#), lobbycontrol.de am 30.11.2006, abgerufen am 21.11.18
41. ↑ [Lobbyismus in der EU Immer erst die Industrie fragen, Bericht von Lobbycontrol vom über die Studie eines Forscherteams der britischen Universität Bath](#), Webseite Lobbycontrol, 23. März 2010, zuletzt abgerufen am 31. August 2016
42. ↑ [Research Article: "Working the System"—British American Tobacco's Influence on the European Union Treaty and Its Implications for Policy: An Analysis of Internal Tobacco Industry Documents](#), Webseite "journals.plos.org", hier besonders "Box 2", 12. Januar 2012, zuletzt aufgerufen am 05.12.18
43. ↑ [Studie TOXIC LOBBY - How the chemicals industry is trying to kill REACH](#) (pdf), Greenpeace International, Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
44. ↑ [Bulldozing REACH - the industry offensive to crush EU chemicals regulation](#) Corporate Europe Observatory, März 2005, archiviert am 8.1.2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
45. ↑ [A match made in hell](#) Corporate Europe Observatory am 27.04.17, abgerufen am 23.11.18
46. ↑ [Monsanto banned from European Parliament](#) the Guardian am 28.09.17, abgerufen am 23.11.18
47. ↑ [Membership](#), cefic.org, abgerufen am 07.04.2026
48. ↑ [http:// EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM](http://EFSA-STAKEHOLDER-CONSULTATIVE-PLATFORM)
49. ↑ [Members of EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access](#)
50. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 May 2015](#), Cefic-Internetseite, zuletzt aufgerufen am 4.12.2018

European Crop Protection Association

Die **European Crop Protection Association** (ECPA) ist der europäische Verband der agrochemischen Industrie mit den Themenfeldern Pflanzenschutz, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie. Sie tritt für weniger strenge Pflanzenschutzmittelaufgaben ein und betreibt aggressiven Lobbyismus, um seine Interessen durchzusetzen. Die ECPA vertritt multinationale Pestizidherstellern wie [Syngenta](#), [Monsanto](#), [Bayer CropScience](#) oder [Dow AgroSciences](#).

Im Januar 2021 ist die European Crop Protection Association in **CropLife Europe** umbenannt worden.^[1]

European Crop Protection Association (ECPA)



Rechtsform

Tätigkeitsbereich Förderung der agrochemischen Industrie in Europa

Gründungsdatum

Hauptsitz Avenue E. Van Nieuwenhuyse B-

**European Crop Protection Association
(ECPA)**

1160 Brussels Belgium

Lobbybüro

Lobbybüro Avenue E. Van Nieuwenhuysse, B-
EU 1160 Brüssel

Webaddress www.ecpa.eu
e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	160
2 Fallstudien und Kritik	161
2.1 2016: Gewinner des „Democracy for Sale Award“	161
2.2 2012: Kampagne gegen ein Teilverbot von Bienenkiller-Pestiziden	161
2.3 Seit 2012: Lobbying bei TTIP	161
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	162
3.1 Team	162
3.2 Mitglieder	163
3.3 Verbindungen	163
4 Finanzen	163
5 Kurzdarstellung und Geschichte	163
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	163
7 Einzelnachweise	164

Lobbystrategien und Einfluss

Der Verband verfügt über eine erhebliche Präsenz bei den EU-Organen und ist Mitglied einer großen Anzahl von beratenden Ausschüssen im Agrar-, Gesundheits-, Handels-, Wachstums- und Umweltbereich. Weiterhin gehört er 3 Sachverständigengruppen der EU-Kommission an und der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ([Intergroups](#)) des Europäischen Parlamentes zu „Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Biodiversität“. ^[2]

Die ECPA ist personell gut vernetzt, denn einige der MitarbeiterInnen traten bereits durch die Drehtür zwischen Politik und Wirtschaft: Ehemalige Angestellte der EU-Institutionen sind nun Pestizidlobbyisten.

Die Pestizid-Lobby sponsert das Brüsseler Politik-Magazin [Politico](#), die damit werben, das meist gelesenste Medium der EU-Entscheidungssträger zu sein. In den Artikeln des Lobbyverbandes wird das europäische Vorsorgeprinzip diskreditiert und Pestizide als Garanten für die Sicherstellung der Welternährung dargestellt. ^[3]

Eine weitere Strategie der Pestizid-Lobby besteht darin, auf agrarfreundliche EU-Mitgliedsstaaten Einfluss auszuüben, sodass diese ihrerseits die europäische Gesetzgebung nach den Interessen der Industrie ausgestalten. So fokussierte sich ECPA in der Vergangenheit insbesondere auf Großbritannien. ^[4]

Fallstudien und Kritik

2016: Gewinner des „Democracy for Sale Award“

Nichtregierungsorganisationen, darunter LobbyControl, haben im November 2016 die European Crop Protection Association (ECPA) und **Crop Life America** (CLA) mit dem Negativpreis „Democracy for Sale Award“ ausgezeichnet. Begründung: Die Pestizid-Lobby nutzt die Verhandlungen zum **EU-US Handelsabkommen TTIP**, um Regeln bei hormonell wirksamen Chemikalien, Pestizid-Rückständen in Lebensmitteln und bienenschädlichen Insektiziden zu verwässern.^[5]

2012: Kampagne gegen ein Teilverbot von Bienenkiller-Pestiziden

Anfang 2012 hatten mehrere unabhängige Studien die Gefahr der Insektengifte der Neonicotinoiden für Bienen belegt. Neonicotinoide schädigen das zentrale Nervensystem der Tiere und haben oft tödliche Folgen für ganze Bienenvölker.^[6]

Mehrere EU-Regierungen hatten daraufhin entsprechende Schutzmaßnahmen gefordert. Die **EU-Kommission** beauftragte die **European Food Safety Authority** (EFSA), zu diesem Thema Stellung zu nehmen.^[7] Die EFSA empfahl ein Teilverbot für Neonicotinoide.

Darauf reagierte die Pestizid-Industrie mit einer Kampagne unter Federführung der Hersteller **Bayer** und **Syngenta** sowie der ECPA, in der die Aussagekraft der unabhängigen Studien in Frage gestellt und unrealistisch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft beschworen wurden. Die Kampagne wurde mit angeblich unabhängigen Studien wirtschaftsnaher Institute unterfüttert. Die ECPA behauptete in einer Stellungnahme, die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen könnten zu Ertragseinbußen von bis zu 10% bei Raps und Getreide, von 30 % bei Zuckerrüben und 50 % bei Mais führen.^[8]

Im Mai 2013 hat die EU-Kommission nach Angaben von Greenpeace die 3 schlimmsten bienenschädlichen Neonicotinoide in allen 27 Mitgliedstaaten teilweise verboten – allerdings nur vorübergehend.

Seit 2012: Lobbying bei TTIP

Die für die Verhandlungen zuständige Generaldirektion Handel der **EU-Kommission** forderte die ECPA möglichst gemeinsam mit ihrem US-Partnerverband **CropLife America** in einer E-Mail vom 26.10.2012 dazu auf, die positiven Auswirkungen des TTIP darzulegen: *"I would thus encourage you to share with us your innovative ideas as to the possible improvements that could be made in the context of a trade agreement"*.

^[9] Wenige Wochen später reichte EPCA gemeinsam mit **CropLife America** die erbetene Stellungnahme ein.

^[10] Inhaltlich wird dabei der Fokus unter anderem auf die Harmonisierung von Bestimmungen zu Pestizid-Rückständen in Nahrungsmitteln gelegt sowie der Wunsch nach einer regulatorischen Kooperation zum Ausdruck gebracht. Die Verwirklichung beider Vorschläge hätte einen Verlust der höheren europäischen Standards zur Folge. Das Niveau der erlaubten Pestizid-Rückstände in Nahrungsmitteln beträgt in den USA in einigen Fällen sogar das Hundertfache der erlaubten Höhe in der EU.^[11] Zwischen Januar 2012 und Februar 2014 nahm ECPA an fünf und CropLife America an zwei Treffen der EU-Verhandlungsführer zu TTIP teil.^[12]

Regulatorische Kooperation

Im März 2014 formulierten ECPA und CropLife America erneut einen „Vorschlag zur transatlantischen regulatorischen Kooperation“. Die Nichtregierungsorganisation **CIEL** (Center for International Environmental Law) kommt 2015 in einem Bericht zu dem Schluss, dass durch die Forderungen der Pestizidverbände,

„Handelsverhandlungen manipuliert werden, um die EU dazu zu nötigen, die progressiven Gesetzgebungen zu Umweltgesundheit und Lebensmittelsicherheit mit wenig Rücksicht auf ökologische oder gesundheitliche Folgen aufzuweichen“. Regulatorische Kooperation wird von Seiten der Industrie als Euphemismus für eine Adaption des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ - in diesem Fall für die Rechtsgültigkeit des geringsten Standards - verwendet. CIEL unterstreicht auch, dass durch die juristische Institutionalisierung einer regulatorischen Kooperation das europäische Vorsorgeprinzip außer Kraft gesetzt werden soll. Dieses Prinzip, welches den europäischen Chemie- und Pestizidpolitiken zu Grunde liegt, zielt darauf ab Verbote und Regulierungen schon dann erlassen zu können, wenn auch nur ein Verdacht besteht, dass ein Produkt für Sicherheit, Gesundheit oder Umwelt ein Risiko darstellen könnte.^[13] ECPA allerdings sucht das Vorsorgeprinzip durch einen „**wissenschaftlichen und risikobasierten Ansatz**“ zu ersetzen.^[14] Darunter ist sowohl ein Ansatz zu verstehen, welcher auf Risikoabschätzungen und Kosten-Nutzen-Analysen beruht, als auch jenes Wissenschaftsprinzip, welches seither die amerikanische Gesetzgebung prägt. Demnach müssen mögliche Belastungen und Schäden, die Produkte auslösen könnten, zweifelsfrei wissenschaftlich nachgewiesen sein, um eine Regulierung durch politische Organe zu rechtfertigen.

Aktuell sind 82 der erlaubten Pestizide in Amerika in der EU verboten, während 33 der 36 Pestizid-Rückstandshöchstwerte für Nahrungsmittel in den USA schwächere Standards aufweisen als in der EU.^[15]

Die Einführung des Wissenschaftsprinzipes und somit eine Angleichung an amerikanische Gesetzgebungsstrukturen via regulatorischer Kooperation würde den Pestizidherstellern einen neuen, bis dato streng regulierten, Absatzmarkt erschließen lassen.

Auch wenn der leitende Verhandlungsführer der Generaldirektion Handel der EU der Öffentlichkeit im November 2014 versicherte, dass keine Gesetze zur Lebensmittelsicherheit durch TTIP verändert werden würden, geht es der Pestizid-Lobby nicht um eine Änderung der aktuellen Gesetzgebung, sondern vielmehr um die Umgestaltung des Prozesses, wie Gesetze in Zukunft gemacht und Regulationen erlassen werden.^[16]

Endokrine Disruptoren (ED)

Endokrine Disruptoren sind Chemikalien, welche durch ihre Wirkungsweise das Hormonsystem verändern und dadurch bei Menschen die Fortpflanzung gefährden, Krebserkrankungen befördern und bei Tieren ganze Populationen bedrohen können. Auf Grund der intrinsischen Gefahr, die ihnen anhaftet, sind sie dem Vorsorgeprinzip folgend aktuell in der EU streng reguliert. Die Vorschläge von ECPA und CLA zur regulatorischen Kooperation, drohen allerdings „Bemühungen zur Regulierung von endokrinen (hormonellen) Disruptoren zu schwächen, zu verlangsamen oder zu stoppen“.^[17] Der Europäische Verbraucherverband BEUC stellte sogar fest, dass die EU-Institutionen den TTIP-Verhandlungspartnern sowie den Pestizid-Lobbyisten bereits mit einem vorseilenden Gehorsam begegneten: Aus Angst einer Gefährdung des Abkommens wurden Initiativen für ambitioniertere ED-Regulierungen nur halbherzig angegangen.^[18]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.:

- Alexandra Brand (Chair of the Board), ehemals Regional Direktor bei Syngenta
- Oliver de Matos (Director General & Consultant to CropLife Europe), ehemals Secretary General European Centre for Ecotoxicology and Toxicology of Chemicals

- Kevin Heylen (Senior Regulatory Affairs Manager)
- Laurent Oger (Director Regulatory Affairs)
- Priscila Quaini Jacobitz (Government Affairs Manager)

Mitglieder

Zu den Mitgliedern gehören alle europäischen Großunternehmen und alle nationalen Verbände, die im Bereich der Agrochemie tätig sind.

Zu den [Unternehmensmitgliedern](#) gehören: [BASF](#), [Bayer CropScience](#), [Dow AgroSciences](#), [DuPont](#), [ADAMA](#), [Monsanto Europe](#) und [Syngenta](#)

Die assoziierten und mittelständischen Unternehmensmitglieder sind auf der [Website](#) von ECPA abrufbar.

Auch der deutsche [Industrieverband Agrar](#) e.V. ist in dem Netzwerk vertreten.

Verbindungen

Die ECPA ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [CropLife International](#)
- [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC)
- [European Initiative for Sustainable Development in Agriculture](#) (EISA)
- [Expertengruppe der EU-Kommission](#): "Advisory Group on the Food Chain, Animal Health and Plant Health" ^[19]
- [European Partnership for Alternative Approaches to Animal Testing](#) (EPPA)
- [Knowledge4Innovation](#)

Finanzen

Laut EU-Transparenzregister liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2015 zwischen 100.000 und 200.000 Euro, im Geschäftsjahr 2021 lagen die Kosten zwischen 800.000€- 899.999€. Allerdings stellt diese Summe nur einen Teil des Gesamtbudgets dar. Das verbleibende Budget wird unter anderem auf das Erstellen von Analysen, auf beratende Tätigkeiten und auf die Organisation von Veranstaltungen verwendet. ^[20]

Kurzdarstellung und Geschichte

Ihr Tätigkeitsschwerpunkt besteht darin, die europäische Gesetzgebung und Verwaltungspraxis über Kontakte zur EU-Kommission und zu EU-Parlamentariern im Interesse ihrer Mitglieder auszugestalten. Laut Eintrag im Transparenz-Register der EU beschäftigt die ECPA 12 Lobbyisten, von denen 4 für den Zugang zu Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind. ^[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [European Crop Protection grows to become CropLife Europe](#), croplifeeurope.eu vom 06.01.2021, abgerufen am 27.09.2022
2. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 27.09.2016
3. ↑ [Politico](#), abgerufen am 27.09.2016
4. ↑ [Bid to block ban on controversial pesticides](#), The Ferret, März 2016, abgerufen am 27.09.2016
5. ↑ [Ausgezeichnet: Pestizid-Lobby ist „dreistester TTIP-Lobby-Akteur“](#) Webseite LobbyControl, abgerufen am 13.12.2016
6. ↑ [Kampagne "Pestizide töten Bienen Die Bienen brauchen unsere Hilfe](#), Webseite Greenpeace, abgerufen am 18.08.2014
7. ↑ [Recherche von CORPORATE EUROPE OBSERVATORY "Pesticides against pollinators"](#), 11. April 2013, Corporate Europe Observatory, Webseite CEO, abgerufen am 18.08.2014
8. ↑ [Schreiben an Kommissar Dalli vom 13. Juni 2012](#), Webseite CEO
9. ↑ [E-mail von Geraldine Emberger an Friedhelm Schmider](#), veröffentlicht auf der Webseite von CEO, Webseite abgerufen am 19. 8. 2014
10. ↑ [Schreiben von CropLife und ECP vom 13. November 2012](#), veröffentlicht auf der Webseite von CORPORATE EUROPE OBSERVATORY, Webseite abgerufen am 19. 8. 2014
11. ↑ [Report: transatlantic trade agreement could increase toxic pesticide use](#), Guardian, Elizabeth Grossman, Januar 2015, abgerufen am 27.09.2016
12. ↑ [\[corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/data-ttip-lobbying-dg_trade.xls\]](#), CEO: Dataset for infographics on TTIP lobbying for period Jan 2012 to Feb 2014, abgerufen am 27.09.2016
13. ↑ [CIEL: Lowest Common Denominator: How the proposed EU-US trade deal threatens to lower standards of protection from toxic pesticides, 2015](#), abgerufen am 27.09.2016
14. ↑ [Das Europäische Netzwerk für ländliche Entwicklung \(ENRD\)](#), abgerufen am 27.09.2016
15. ↑ [David Pimentel, Environmental and economic costs of the application of pesticides primarily in the United States, 2005, Environment, Development and Sustainability 7, Seite 229-252](#)
16. ↑ [Euractiv, Commission official: The EU is not going to change its food legislation because of TTIP](#), 20.11.2014, abgerufen am 27.09.2016
17. ↑ [CIEL: Lowest Common Denominator: How the proposed EU-US trade deal threatens to lower standards of protection from toxic pesticides, 2015](#), abgerufen am 27.09.2016
18. ↑ [BEUC, The Incompatible Chemistry Between the EU and the US: BEUC Position on Chemicals in TTIP, January 2016](#), abgerufen am 27.09.2016
19. ↑ [\[http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=860 Name: Advisory Group on the Food Chain and Animal and Plant Health \(E00860\)\] Register der Expertengruppen der EU-Kommission](#), abgerufen am 20.01.2015
20. ↑ [\[http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=0649790813-47&locale=de&indexation=true , EU-Transparenzregister\]](#), abgerufen am 01.09.2016
21. ↑ [Profil im Transparenz-Register](#), Webseite abgerufen am 01.09.2016

DIGITALEUROPE

DIGITALEUROPE (DE) ist der wichtigste Lobbyverband der globalen IT-Branche auf EU-Ebene. Neben 65 der größten Unternehmen der Elektro-, Software- und Telekommunikationsbranche einschließlich den Branchengößen [Google](#), [Apple](#), [Amazon](#) und [Microsoft](#) vertritt DE auch 40 nationale Handelsverbände wie den deutschen Digitalverband [BITKOM](#).^[1]

Erklärtes Ziel von DIGITALEUROPE ist es, „[in der EU] ein Geschäfts- und Regulierungsumfeld zu schaffen, das digitale Industriezweige unterstützt, um Innovation und damit verbundene ökonomische Vorteile wie die Schaffung von Jobs zu fördern“.^[2] Thematisch fokussiert sich DE vor allem auf Lobbyarbeit zu EU-Gesetzgebungen in den Bereichen Handel, Regulierung und Digitale Wirtschaft.^[3] Brisante Fallbeispiele für die intensive Lobbyarbeit von DE sind dabei die Gesetzesinitiativen zur Schaffung eines einheitlichen EU-Datenbinnenmarkts und den damit verknüpften EU-Datenschutzgesetzgebungen DS-GVO und ePrivacy wie auch die Handelsabkommen [TTIP](#), [TISA](#) und [JEFTA](#).

DIGITALEUROPE



Rechtsform internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht
Tätigkeitsbereich Elektronik, Software und Telekommunikation
Gründung 1999 als EICTA, 2009 Umbenennung
sdatum in DIGITALEUROPE
Hauptsitz 14 rue de la Science, 1040 Brüssel
Lobbybüro
o
Lobbybüro
o EU
Webadresse digitaleurope.org
se

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	165
1.1 Digital Advisory Council (DAC)	166
2 Fallstudien und Kritik	166
2.1 EU-Datenschutzgrundverordnung	166
2.2 EU-ePrivacy-Verordnung	167
2.3 EU-Freihandelsabkommen	170
2.3.1 TTIP	170
2.3.2 TISA	170
2.3.3 Bedeutender Lobbyakteur in der EU-Handelspolitik	171
3 Organisationsstruktur und Personal	171
3.1 Verbindungen	171
4 Finanzen	172
5 Einzelnachweise	172

Lobbystrategien und Einfluss

DIGITALEUROPE gilt als eine der aktivsten Lobbyverbände auf EU-Ebene. Er beschäftigt 13 LobbyistInnen, die für das Europaparlament akkreditiert sind. Allein seit der Einführung der neuen Transparenzregeln der [EU-Kommission](#) seit Ende 2014 absolvierte DE 127 gemeldete Treffen mit Vertretern der EU-Kommission, die meisten davon mit Günther Oettinger (2017-2017 Kommissar für Digitale Gesellschaft und Wirtschaft) und

Andrus Ansip (Vizepräsident Kommission, Kommissar digitaler Binnenmarkt) oder deren Mitarbeiter.^[4] Damit zählt DE zu den Top 5 der aktivsten Lobbyverbände in Brüssel. Allein 18 der Treffen fanden auf Kommissar-Ebene statt, darunter 8 Treffen mit dem Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für den Digitalen Binnenmarkt **Andrus Ansip** und 7 Treffen mit dem EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft **Günther Oettinger** (bis Ende 2016). Auch mit Oettingers Nachfolgerin **Mariya Gabriel** haben sich Vertreter von DE im Jahr 2017 schon getroffen.^[5]

Neben klassischer Lobbyarbeit wie Gesetzesvorschlägen und Expertenstellungnahmen versucht DIGITALEUROPE sich dabei unter anderem über eigens installierte Beratergremien als notwendige Expertenlaufstelle für digitale Themen zu positionieren.

Digital Advisory Council (DAC)

DIGITALEUROPE unterstützt die **EU-Kommission** in ihrem Vorhaben, einen europäischen Binnenmarkt für Daten zu schaffen. Die Digitalmärkte aller 27 Mitgliedsstaaten sollen demzufolge mit dem Ziel eines schnelleren Datenaustauschs und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zusammengeführt werden.^[6] Als Teil dieser Unterstützungsbemühungen rief DE, 2 Monate nachdem die **EU-Kommission** im Jahr 2015 ihren Plan für einen digitalen Binnenmarkt präsentiert hatte, den Digital Advisory Council (DAC) ins Leben. Dieser setzt sich aus insgesamt 30 Vorstandsvorsitzenden führender globaler und europäischer IT-Unternehmen, welche zum großen Teil auch Mitglieder bei DE sind, zusammen.^[7] VertreterInnen der Zivilgesellschaft wie Datenschutzorganisationen sucht man im DAC jedoch vergeblich. An der ersten Sitzung dieses Gremiums im Februar 2016 beispielsweise nahmen neben den CEOs von **Google**, **Microsoft**, **SAP** und **Nokia** auch Digitalkommissar Oettinger sowie die EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz, **Vera Jourová**, teil.^[8] Eines der Hauptziele des DAC ist es „hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen jenes Feedback über die großen Entwicklungen in der Digitalbranche zu geben, das diese in technischen Diskussionen über einzelne Gesetzesvorschlägen nicht bekommen“.^[9] Die regen Bemühungen dahingehend können daran erkannt werden, dass seit Ende 2014 33 Treffen zum Thema EU-Datenbinnenmarkt und weitere 37 Treffen zum Thema Digitale Wirtschaft zwischen DE und Vertretern der Europäischen Kommission stattfanden.^[4]

Fallstudien und Kritik

EU-Datenschutzgrundverordnung

Im Zuge der Verhandlungen zur neuen EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) kam es zu massiven Lobbybemühungen seitens DIGITALEUROPE und anderen Lobbygruppen. Diese Verordnung sieht unter anderem ein sogenanntes „Recht auf Vergessen“ vor, das Firmen dazu verpflichtet, auf Anfrage ihrer Kunden jegliche personenbezogenen Daten unwiederbringlich zu löschen. DE befürchtete dadurch Einschränkungen und wirtschaftliche Einbußen für Unternehmen ihres Verbandes, welche zu einem guten Teil mit Geschäftsmodellen operieren, die direkt oder indirekt auf der kommerziellen Weiternutzung von Daten ihrer Kunden beruhen. Die Lobbybemühungen von DE und anderen Verbänden wurden dabei vom zuständigen Berichterstatter des EU-Parlaments Jan Philipp Albrecht als so massiv empfunden wie er es bisher „noch nie erlebt“ hätte.^[10] Andere involvierte EU-Parlamentarier bezeichneten die Kampagnen als „Lobbying in noch nie gekanntem Ausmaß“^[10] und „einen der größten Lobbykriege aller Zeiten“.^[11] Auch die damals zuständige EU-Kommissarin **Viviane Reding** beschrieb das Lobbying als „absolut heftig und beispiellos“.^[12] Das Ziel von DE war dabei entsprechende Änderungen in den Gesetzesvorschlägen. Solche Änderungen wurden auch tatsächlich mit Erfolg erreicht, wie Untersuchungen der Open-Data Gruppe LobbyPlag zeigen, nach denen der fertige Gesetzesentwurf zahlreiche Abschnitte umfasste, die teils

wortwörtlich aus den Arbeitspapieren der Lobbyisten von DE oder ihren Mitgliedern übernommen wurden.^[13] Beispielweise entsprechen Artikel 79 2a und 2b des abschließenden Gesetzesvorschlag nahezu 1:1 dem Wording des Änderungsvorschlags von DE.^[14] Dabei setzte DE Änderungen durch, die das „Ergreifen von Maßnahmen um sich an die Gesetze zu halten“ und die „sofortige Beendigung des Rechtsverstoß“ als Milderungsgründe für die Strafhöhe bei Verstößen gegen die Datenschutzverordnung vorsehen.^[14] Diese Änderung ist insofern bedenklich, als dass diese zwei Maßnahmen in den meisten Fällen automatisch nach dem Aufdecken eines Verstoßes gegen das Gesetz eintreten, was dazu führt, dass Höchststrafen seltener ausgesprochen werden können. Im Falle der DS-GVO kam auch die allgemeine Ressourcenungleichheit zwischen Unternehmensvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Tragen, wobei MEPs teilweise überhäuft wurden mit Material von Unternehmen, die Menge an Stellungnahmen von anderen Stakeholdern wie Daten- und Verbraucherschutzorganisationen sich jedoch in Grenzen hielt.^[10] Außerdem berichtete mindestens ein Abgeordneter von dem Effekt, dass die schiere Menge an Papieren, die gelesen werden musste, zum Verlust des Überblicks darüber führte, welche Formulierungen welchen Interessensgruppen zuzuordnen waren.^[15] Daran kann man erkennen wie Ungleichgewichte beim Zugang zu Entscheidungsträgern und in der finanziellen Ausstattung zu effektiven Änderung von Gesetzen im Sinne der Industrie führen können. Unter dem Deckmantel der unbestreitbaren Legitimität der Stakeholder in der Thematik wird somit versucht, Gesetzestexte zu verwässern und die freie politische Willensbildung durch Entscheidungsträger erschwert.

EU-ePrivacy-Verordnung

Die ePrivacy-Verordnung ist eine Spezifizierung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung DS-GVO. Hierbei geht es vor allem um datenschutzfreundlichere Software. Sie soll die geltende E-Privacy-Richtlinie (2002/58/EG)^[16] und die ergänzende Cookie-Richtlinie (2009/136/EG)^[17] ablösen – und gemeinsam mit der DSGVO die europäische Datensicherheit dem neuen Stand der Technik und sich neu entwickelnden Plattformen angleichen. Während Telekommunikations-Unternehmen bereits den aktuellen ePrivacy-Regulierungen unterliegen, gilt dies nicht für neuere Kommunikationsplattformen – wie Facebook, Google, Whatsapp oder Skype. Aber auch Presseverleger und die Werbeindustrie selbst sind an der Abschwächung der ePrivacy-Verordnung interessiert.^[18]

Denn: In der ePrivacy-Verordnung geht es vor allem darum, die Daten in der Online-Kommunikation zu schützen. Unternehmen, die die Daten ihrer NutzerInnen dazu verwenden, um zielgerichtete Werbung zu verkaufen, befürchten daher eine Beeinträchtigung ihres Geschäftsmodells. DatenschützerInnen und NetzaktivistInnen dagegen sehen durch die Tätigkeiten der Unternehmen das Recht auf Privatheit und den Schutz der eigenen Daten gefährdet.

Ähnlich wie bei den Verhandlungen zur DS-GVO startete DIGITALEUROPE gemeinsam mit anderen Verbänden auch anlässlich der Verhandlungen zur ePrivacy-Verordnung 2017 eine Lobbykampagne. Bis zur Veröffentlichung des Vorschlags zur ePrivacy-Verordnung durch die Europäische Kommission gab es neben dem Konsultationsprozess mehrere Lobbytreffen von EU-Offiziellen mit großen Kommunikationsfirmen, dazu gehörte neben der Deutschen Telekom, Facebook und Google auch DE.^[19]

In einem ersten Statement im Juli 2016 forderte DE gemeinsam mit 11 anderen Branchenverbänden veröffentlichte die Kommission dazu auf, das Vorhaben einer ePrivacy-Verordnung gänzlich fallen zu lassen. Mit dem Argument, alle ePrivacy-Verordnungen würden sich mit der Datenschutzgrundverordnung überschneiden, plädierten sie im Gegenteil für eine Abschaffung derselben.^[20]

Im Dezember 2016 erschien auf politico eine geleakter Entwurf des Vorschlags der EU-Kommission. ^[21] Während Netzaktivisten im Allgemeinen positiv reagierten, waren die Lobbyorganisationen entrüstet.

Am 19. Dezember 2016 traf sich eine informelle Koalition der Lobbyverbände mit dem Kommissar Ansip, darunter auch DIGITALEUROPE. Zwar war das offizielle Gesprächsthema die Datenschutzgrundverordnung, KritikerInnen gehen allerdings davon aus, dass die Lobbyverbände so kurz nach den veröffentlichten Leaks eher die ePrivacy-Verordnung thematisierten.

Am 22. Dezember 2016 veröffentlichte DIGITALEUROPE ein Statement, indem sie den Entwurf kritisierten: Er „risks undermining the balance of the digital ecosystem, is disproportionate and is likely to be ineffective.“ (deutsch: riskiert es, die Balance des digitalen Ökosystems zu untergraben, ist unverhältnismäßig und wahrscheinlich uneffektiv) ^[22] Das Statement umfasste 11 Kernkritikpunkte, unter anderem auch zur Vorgabe, Datenschutz in der Werkseinstellung zu verankern (privacy by default) und zu den Cookie-Richtlinien. Es wurde von 11 großen Lobbyverbänden unterschrieben, unter anderem [AmCham EU](#), [EACA](#) und [IAB Europe](#).

Im Januar 2017 veröffentlichte die EU-Kommission den finalen Vorschlag – mit einigen Punkten, die seit dem geleakten Entwurf geändert wurden ^[23]. KritikerInnen bemängelten vor allem die fehlende Verankerung der Datensicherheit in der Werkseinstellung (privacy by default) und die fehlende Möglichkeit von Sammelklagen. Dieser Entwurf war Grundlage für einen Entwurf des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments. (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres), der am 20. Juni 2017 vorlag.

Im Europäischen Rat ist die Lage – dank fehlenden Transparenzvorgaben – sehr undurchsichtig. Am 10. Juli wurde ein eigenes Treffen mit Industrievertretern anberaumt, um über Überschneidungen der ePrivacy-Verordnung mit der DSGVO und der Cookie-Richtlinie zu diskutieren, Der Rat teilte mit, dass dazu keine Mitschriften vorliegen. ^[24] Im Juni 2017 fand in Valetta die Digital Assembly 2017 statt. Organisiert hatten diese Konferenz zum Digital Single Market die Kommission und die Maltesische Ratspräsidentschaft. Bei der Veranstaltung, bei der ePrivacy zu den Kernthemen gehörte, sprachen nationale und europäische Offizielle und mit den Themen befasste Abgeordnete – unter anderem Berichterstatter Michal Boni. Während zivilgesellschaftliche Akteure nur sehr gering vertreten waren, war die Privatwirtschaft breit aufgestellt: DE alleine schickte sechs Vertreter, Google sieben, Microsoft vier, Vodafone fünf und Apple drei. Im Sommer 2017 teilten nationale Delegationen ihre Positionen zum Vorschlag mit. Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Polen und Lettland Vorschläge machten Vorschläge, die strengeren Datenschutz implizierten. Im August veröffentlichte die deutsche Regierung ihre sehr industriefreundliche Position. Am 08. September legte der Europäische Rat den Mitgliedsstaaten einen Entwurf vor. ^[25] Die Verhandlungen unter den Mitgliedsstaaten zu einer einheitlichen Stellungnahme sind noch nicht abgeschlossen.

Am 29.09.17 verfasste die Industry Coalition for Data Protection, dessen Mitglied DIGITALEUROPE ist, ein Statement an die Abgeordneten, das eindringlich davor warnt, für den Vorschlag zu stimmen. Darin monierten sie, dass die Verordnung es angeblich verfehle, „wichtige [regulatorische] Flexibilität zu gewährleisten, damit Innovation bei digitalen Dienstleistungen und Produkten sich weiterentwickeln kann“. ^[26]

Am 05.10.17 veröffentlichte der Europäische Datenschutzbeauftragte ein Statement zu der ePrivacy-Verordnung. ^[27]

Ab Oktober 2017 begann DE damit, Videos auf Social Media Plattformen wie Youtube oder Twitter zu verbreiten, um Abgeordnete aufzufordern, gegen die ePrivacy-Verordnung zu stimmen, weil sie innovationshemmend sei. ^[28] Im Allgemeinen ähnelte die ePrivacy-Kampagne von DE und anderen

Verbänden jener zur DS-GVO. Jan-Philipp Albrecht, Schattenberichtersteller zu ePrivacy, berichtete unter anderem von extrem unangemessenen Lobbying, welches Politikern vorwarf, das Ende von Apps und sogar des ganzen Internets und die Abschaffung von Medien herbeizuführen.^[29] Neu an dieser Art von Kampagne war vor allem die Verbreitung von falschen Behauptungen, die die Verordnung in schlechtes Licht rücken sollte.^[30]

Am 19. Oktober 2017 erfolgte die Abstimmung im Ausschuss des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE-Ausschuss). Mit 31 zu 24 Stimmen wurde der Bericht der Berichterstellerin Marju Lauristin zu ePrivacy angenommen. Der Vorstoß wurde von KritikerInnen positiv bewertet, er beinhaltet u.a. auch privacy-by-default-Einstellungen. Nach dem Votum im Ausschuss erfolgte am 26.10.2017 die Abstimmung im Plenum. Diese fiel zugunsten des Vorschlags des LIBE -Ausschusses aus. Dieser kann das Europäische Parlament nun in den sogenannten Trilog-Verhandlungen, den Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, EU-Kommission und dem Rat der europäischen Union, vertreten. Um diese zu starten, fehlt allerdings noch eine finale Position des Ministerrates.

Eigentlich sollten diese Verhandlungen spätestens 2019 beginnen, nachdem gegen Ende 2018 eine gemeinsame Position des Ministerrates feststehen sollte. Der Prozess um die Trilog-Verhandlungen verzögerte sich allerdings massiv, weil zum einen die EU-Mitgliedsstaaten das Thema nicht priorisierten, zum anderen, weil die seit Juli 2018 amtierende österreichische Ratspräsidentschaft eine Einigung über eine gemeinsame Position der Mitgliedsstaaten nicht vor den Europawahlen 2019 forciert. Dazu kommt, dass Österreich bereits Vorschläge vorlegte, die das Gesetz an entscheidenden Stellen aufweichen sollte.^[31] Ob Lobbying gegenüber den Mitgliedsstaaten und der Ratspräsidentschaft stattgefunden hat, ist aufgrund mangelnder Transparenzbestimmungen auf EU-Ebene nicht direkt einsehbar. Im Dezember 2018 stellte sich allerdings nach einer Anfrage im österreichischen Parlament an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Norber Hofer heraus, dass es zahlreiche Lobby-Treffen zwischen Mitarbeitern der österreichischen Ständigen Vertretung in Brüssel und Lobbyorganisationen der Digitalbranche, unter anderem auch DIGITALEUROPE, gegeben hatte. Zusätzlich gab es auch Treffen in Wien im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Insgesamt gab es 19 Treffen mit Lobbyisten von Firmen und Verbänden und nur ein Treffen mit der Datenschutz-NGO [European Digital Rights Initiative](#) (EDRi).^[32] Nach Auswertungen von netzpolitik.org haben besonders die großen US-Branchenvertreter leichten Zugang – weil sie sich durch mehrere Organisationen und Branchenverbände vertreten lassen. Netzpolitik.org führt beispielhaft Microsoft an, das in sieben Organisationen vertreten ist, die sich alle mit Vertretern der österreichischen Regierung trafen.^[33]

Am 31.05.18 veröffentlichten zahlreiche Lobbyverbände, darunter [BusinessEurope](#) und DIGITALEUROPE einen gemeinsamen Brief an die Mitgliedsstaaten, indem sie diese nochmals dazu aufforderten, die Gespräche über ePrivacy-Regulierungen nicht „zu übereilt“ (freie Übersetzung) fortzusetzen und die Trilog-Verhandlungen nicht zu starten, bis ein robusterer Ansatz vorliege^[34]. Am 28.11.18 erfolgte ein weiterer Appell an die Mitgliedsstaaten zahlreicher Lobbyverbände, einschließlich DIGITALEUROPE, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu ePrivacy-Regulierungen nicht übereilt zu führen.^[35]

EU-Freihandelsabkommen

DIGITALEUROPE ist schon seit längerem ein genereller Verfechter von vertiefter [regulatorischer Kooperation](#) zwischen den USA und der EU in Handelsfragen.^[36] Wie aus entsprechenden Positionspapieren zu entnehmen ist, fordert DE dabei die Aufnahme eines eigenständigen Kapitels zum Abbau von Regulierungen in der Informations- und Kommunikationsindustrie in EU-Freihandelsabkommen.^[37] So ein Kapitel findet sich beispielsweise im EU-USA-Abkommen (TTIP) als auch im EU-Japan-Abkommen (JEFTA) wieder.^[38] Das Ziel dabei ist die Schaffung gemeinsamer Standards und der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse in der Digitalbranche.

TTIP

Im Rahmen der TTIP-Verhandlungen setzte sich DIGITALEUROPE für die Inklusion eines eigenen Kapitels zur Digitalbranche in dem Abkommen ein.^[39] DEs Vorschläge zur Umsetzung dieser Zielvorgaben decken sich hierbei zum großen Teil mit den dementsprechenden Bestimmungen im Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP).^[40] Die Übernahme dieser Vorlagen ist insofern problematisch, da TPP zwar Bestimmungen zu Datenschutz und Informationsfreiheit enthält, aber die Ausgestaltung der Regeln vielfach Unternehmensinteressen in die Hände spielt.^[41] Beispielsweise erlauben die im TPP festgeschriebenen Urheberrechtsregeln ein Verbot des Umgehens von sogenannten Digitale-Rechte-Management (DRM) Technologien. Dieses Verbot basiert auf einer Klausel im US-Recht nach der es illegal ist, technische Hürden die urheberrechtlich geschützte Inhalte vor Weiterverbreitung schützen, zu umgehen, auch wenn dies nur zu Zwecken der Entwicklung von Open-Source-Software genutzt wird.^[41] Wie schon bei der DS-GVO kam auch beim TTIP wieder die allgemeine Unausgewogenheit beim Zugang zu Entscheidungsträgern zwischen Unternehmensvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Tragen wie Auswertungen der Nichtregierungsorganisation Coporate Europe Observatory zeigen.^[42] DE engagierte sich auch im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit für den erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen. Dabei war DE auch Teil der Twitter-Kampagne „Alliance4TTIP“ wo auch der europäische Dachverband der Arbeitgeber - [Businessseurope](#) - sowie weitere große Industrieverbände Mitglied waren.^[43]

TISA

Beim Dienstleistungsabkommen TISA versucht DIGITALEUROPE Einfluss auf die Bestimmungen zum Handel und grenzüberschreitenden Speichern von Daten zu nehmen. DE setzt sich bei vor allem gegen nationale Lokalisierungsbestimmungen und für den freien Fluss von Daten ein.^[44] Diese Lokalisierungsbestimmungen sind DE ein Dorn im Auge, da diese Dienstleister verpflichten, Daten und Informationen ihrer Kunden lokal zu speichern und damit unkontrollierten grenzüberschreitenden Datenfluss einschränken. DE führt dabei eine entsprechende Studie an, die belegen soll, dass Lokalisierung zu höheren Kosten für Firmen im Digitalsektor und damit zu Ineffizienzen bzw. entsprechenden Wachstumseinbußen führt.^[45] Außerdem fordert DE die Abschaffung von Zöllen auf digitale Produkte als auch den Rückbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen in der Kommunikations- und Informationsindustrie.^[40] Ähnlich wie bei TTIP decken sich

DEs Vorschläge zur Umsetzung dieser Zielvorgaben hierbei zum großen Teil mit den dementsprechenden Bestimmungen im TPP. DE lobbyiert dabei recht unverblümt bei der EU-Kommission für die direkte Übernahme der entsprechenden TPP-Bestimmungen ins TISA-Abkommen wie aus Email-Verläufen zwischen DE und dem Kabinett der zuständigen Handelskommissarin Malmström hervorgeht.^[46] Im Allgemeinen empfindet DE – gemeinsam mit anderen globalen Industrieverbänden – digitalen Protektionismus als „eine der größten Bedrohungen für den Handel im 21. Jahrhundert“.^[47]

Bedeutender Lobbyakteur in der EU-Handelspolitik

Allgemein sucht DIGITALEUROPE bei Handelsfragen sehr intensiv den Kontakt zu Handelskommissarin Malmström und ihrem Kabinett. Allein 13 Treffen von Vertretern von DE mit Kabinettsmitgliedern von Malmström fanden zwischen 2014-2017 statt. DE ist damit auf Kabinetts-Ebene der aktivste Lobbyverband zu Handelsfragen.^[48] Wie mithilfe eines IFG-Antrags von Lobbycontrol veröffentlichte interne Email-Korrespondenz belegt, kann sich DE dabei sicher sein, noch am selben Tag nach Anfrage für ein baldiges Treffen mit Kabinettsmitgliedern die Bestätigung für einen Termin innerhalb von fünf Tagen zu erhalten.^[49] Das gibt Einblick, wie exklusiv der Zugang von DE zu Entscheidungsträgern auf höchster EU-Ebene ist.

Organisationsstruktur und Personal

Die Mitglieder von DIGITALEUROPE umfassen 65 der größten und bekanntesten Unternehmen der Elektro-, Software- und Telekommunikationsbranche. Darunter fallen, um nur einige zu nennen, [Google](#), [Apple](#), [Facebook](#) und [Microsoft](#), Huawei, Airbus und Amazon.^[50] Dazu vertritt DE auch 40 nationale Handelsverbände wie den deutschen Digitalverband [BITKOM](#).^[51]

Außerdem unterhält DIGITALEUROPE fünf weitere Arbeitsgruppen, die sich mit den Themenfeldern Verbraucherpolitik, Digitalwirtschaft und Handelspolitik sowie Technologiefragen und dem Nachhaltigkeitsmanagement befassen.^[3] Diese Arbeitsgruppen erarbeiten gemeinsame Positionen und üben erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der EU aus. Insgesamt verfügt DE auf europäischer Ebene über 14 registrierte Lobbyisten, von denen 13 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind.^[52]

Präsident von DIGITALEUROPE ist Markus Borchert, gleichzeitig CEO von Nokia Shanghai und Präsident von Nokia Greater China, sowie ehemaliger leitender Vize-Präsident der europäischen Niederlassung von Nokia. Gemeinsam mit Vize-Präsident Julian David trägt Borchert im Aufsichtsrat von DE die organisatorische Verantwortung für den IT-Verband.^[53] Generaldirektorin von DE ist seit März 2017 Cecilia Bonefeld-Dahl.^[54] Sie löste John Higgins ab, der jahrelang das öffentliche Gesicht des digitalen Sektors in Europa darstellte und regelmäßig als prominenter Redner auf Konferenzen und Zusammenkünften von Vertretern der IT-Branche auftrat.^[55]

Verbindungen

DIGITALEUROPE ist Mitglied bei folgenden Dachverbänden und Initiativen:

- [The Business and Industry Advisory Committee \(BIAC\)](#)^[56]
- [European Services Forum \(ESF\)](#)^[57]
- [Joint Initiative on Standardisation](#)^[58]

- [European Internet Forum \(EIF\)](#)^[59]

Außerdem unterhält DIGITALEUROPE Verbindungen zu den folgenden Dachverbänden:^[60]

- [European Automobile Manufacturers Association \(ACEA\)](#)
- [Alliance on Internet of Things Innovation](#)
- [European Committee for Standardization \(CEN\)](#)
- [European Committee for Electrotechnical Standardization \(CENELEC\)](#)
- [European Innovation Partnership \(EIP\) on Raw Materials](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [European Telecommunications Standards Institute \(ETSI\)](#)

Finanzen

DIGITALEUROPE finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen seiner Mitglieder. Dem EU-Transparenzregister zufolge gab DE im Jahr 2018 rund 1,05 Mio. Euro für Lobbyaktivitäten aus und erhielt über die öffentliche Auftragsvergabe 24.280 Euro aus EU-Mitteln.^[52] Zum Vergleich: Der größte Lobbyverband in Brüssel, [BusinessEurope](#), verfügte im Jahr 2018 über ein Lobbybudget von 4 Mio. Euro während die finanziellen Mittel der [Volkswagen AG](#) für EU-Lobbying 2,7 Mio. Euro betragen.^{[61][62]}

Einzelnachweise

1. ↑ [Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
2. ↑ [About Us](#), digitaleurope.org, freie Übersetzung, abgerufen am 22.11.2018
3. ↑ ^{3,03,1} [Policies](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
4. ↑ ^{4,04,1} [Lobby meetings with EU Commission](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.03.2019
5. ↑ [Meetings of Cabinet members of Commissioner Mariya Gabriel with organisations and self-employed individuals](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
6. ↑ [Prioritäten der EU-Kommission](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
7. ↑ [Digital Advisory Council Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
8. ↑ [Facebook DIGITALEUROPE](#), facebook.com, abgerufen am 23.01.2018
9. ↑ [Our Work: Digital Advisory Council](#), digitaleurope.org, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
10. ↑ ^{10,010,110,2} [Internetkonzerne schreiben bei Datenschutzregeln mit](#), sueddeutsche.de vom 11.02.2013, abgerufen am 23.01.2018
11. ↑ [US lobbyists discovered to be rewriting EU data legislation](#), mintpressnews.com vom 18.03.2013, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
12. ↑ [EU privacy regulations subject to unprecedented lobbying](#), telegraph.co.uk vom 08.02.2012, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
13. ↑ [Lobbyplag](#), lobbyplag.eu, abgerufen am 23.01.2018
14. ↑ ^{14,014,1} [IMCO pub](#), europe-v-facebook.org, Seite 5, abgerufen am 23.01.2018
15. ↑ [Lobbyists' demands were 'copied into law by MEPs'](#), independent.co.uk vom 13.02.2013, abgerufen am 23.01.2018
16. ↑ [Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften](#) abgerufen am 28.11.18
17. ↑ [Amtsblatt der Europäischen Union](#) abgerufen am 28.11.18
18. ↑ [\[1\]](#), European Parliament, abgerufen am 28.11.18
19. ↑ [Big Data is watching you](#) corporateeuropeobservatory am 17.10.17, abgerufen am 28.11.18

20. ↑ [Joint Industry Statement Euroipsa](#) am 05.07.16, abgerufen am 28.11.18
21. ↑ [Eprivacy leaked draft: the ‚good‘, the ‚bad‘ and the ‚missing‘](#) International Association of Privacy Professionals am 13. 12.16, abgerufen am 28.11.18
22. ↑ [Big Data is watching you](#) corporateeuropeobservatory am 17. Oktober 2018, abgerufen am 28.11.18
23. ↑ [Regulation on Privacy and Electronic Communications](#) European Comission am 10.01.17, abgerufen am 28.11.18
24. ↑ [\[2\]](#) asktheeu.org, abgerufen am 28.11.18
25. ↑ [\[3\]](#) Council of the European Union am 08.09.17, abgerufen am 28.11.18
26. ↑ [Open Letter to members of the European Parliament](#), developersalliance.org vom 26.09.2017, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
27. ↑ [\[4\]](#) European Data Protection Supervisor am 05.10.17, abgerufen am 28.11.18
28. ↑ [The impact of the European ePrivacy regulation](#) DigitalEurope Youtube am 20.10.17, abgerufen am 28.11.18
29. ↑ [Inside the ePrivacy Regulation's furious lobbying war](#), iapp.org vom 31.10.2017, abgerufen am 23.01.2018
30. ↑ [ePrivacy-Mythen unter der Lupe: „Eine der schlimmsten Lobby-Kampagnen, die wir je erlebt haben“](#) , netzpolitik.org vom 11.12.2017, abgerufen am 23.01.2018
31. ↑ [Wie Europa den Schutz gegen Tracking im Netz aufs Abstellgleis manövriert](#) netzpolitik.org am 15.10.18, abgerufen am 28.11.18
32. ↑ [Antwort zur Parlamentarischen Anfrage an Norbert Hofer](#) parlament.gv.at am 11.12.2018, abgerufen am 18.12.18
33. ↑ [Österreich verzögert EU-Datenschutz-Reform nach zahlreichen Lobbytreffen](#) netzpolitik.org am 17.12.18, abgerufen am 18.12.18
34. ↑ [Joint industry letter on the future of the ePrivacy Regulation](#), digitaleurope.org am 31.05.18, abgerufen am 29.11.18
35. ↑ [Joint Industry letter in the ePrivacy Regulation](#) digitaleurope.org am 28.11.18, abgerufen am 29.11.18
36. ↑ [DIGITALEUROPE Position on the EU-US Regulatory Cooperation](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
37. ↑ [DIGITALEUROPE contribution to the European Parliament's Working Document on A Digital Trade Strategy for the European Union](#), digitaleruoep.org, Seite 4, abgerufen am 23.01.2018
38. ↑ [EU-Japan trade agreement not compatible with EU data protection](#), edri.org vom 10.01.2018, abgerufen am 23.01.2018
39. ↑ [DIGITALEUROPE advocates for an ICT chapter in TTIP](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
40. ↑ ^{40,040,1} [DIGITALEUROPE assessment of the Trans-Pacific Partnership \(TPP\) Provisions: Our recommendations for the Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\) and the Trade in Services Agreement \(TISA\)](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
41. ↑ ^{41,041,1} [How the TPP Will Affect You and Your Digital Rights](#), eff.org vom 08.12.2015, abgerufen am 23.01.2018
42. ↑ [European Commission preparing for EU-US trade talks: 119 meetings with industry lobbyists](#), corporateobservatory.org vom 04.09.2013, abgerufen am 23.01.2018
43. ↑ [Twitter-Account @Alliance4TTIP](#), twittter.com, abgerufen am 23.01.2018
44. ↑ [Letter to Commissioner Malmström on 13th October 2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
45. ↑ [Letter to Commissioner Malmström on 21st November 2014](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
46. ↑ [E-Mail von DIGITALEUROPE an EU-Kommissarin Malmström vom 14.01.2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018

47. ↑ [Global industries urges trade ministers to advance a digital trade agenda in TISA negotiations](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
48. ↑ [Meetings of Cabinet members of Commissioner Cecilia Malmström with organisations and self-employed individuals](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
49. ↑ [E-Mail Verlauf von DIGITALEUROPE mit Kabinett Malmström vom 15.07.2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
50. ↑ [Corporate Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
51. ↑ [National Trade Associations Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
52. ↑ ^{52,052,1} [Transparenzregister-Eintrag von DIGITALEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 15.03.2019
53. ↑ [Executive Board](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
54. ↑ [Cecilia Bonefeld-Dahl as Director General](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
55. ↑ [John Higgins Biography](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
56. ↑ [BIAC Members](#), biac.org, abgerufen am 23.01.2018
57. ↑ [ESF Members](#), esf.be, abgerufen am 23.01.2018
58. ↑ [Joint Initiative on Standardisation](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
59. ↑ [EIF Members](#), eifonline.org, abgerufen am 23.01.2018
60. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag DIGITALEUROPE](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 23.01.2018
61. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag Business Europe](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.03.2019
62. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag VW](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.03.2019

BITKOM

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und Neue Medien
(BITKOM)**

Branche	IT & Kommunikation
Hauptsitz	Albrechtstraße 10 10117, Berlin
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.bitkom.org

Inhaltsverzeichnis

1 Überblick	175
2 Themen und Beispiele	176
3 Weiterführende Informationen	177
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	177
5 Einzelnachweise	177

Überblick

Hier eine interaktive Karte zu Big-Tech-Lobbystrukturen und Verbindungen [lobbylandkarte](#)
Bitkom e.V. ist der Digitalverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche. Er hat nach eigenen Angaben rund 2200 Mitglieder, darunter neben den führenden deutschstämmigen Gesellschaften (z.B. SAP S.E. , Deutsche Telekom AG) mehr als 1000 Mittelständler und 500 Start-Ups. Zu den Mitgliedern gehören auch internationale Unternehmen wie Huawei, Google, Facebook bzw. deren deutsche Vertretungen. Auch Unternehmen, für deren Geschäftsmodelle Digitalisierung zunehmend relevant ist, sind Mitglieder.^{[1][2]} Bitkom ist Mitglied im [BDI Bundesverband der Deutschen Industrie](#) und bei DIGITALEUROPE^{[3][4]}.

Der Verband unterhält zwei Tochtergesellschaften; (1) die *Bitkom Servicegesellschaft* für kommerzielle Analysen, Beratung, Schulung und Veranstaltungen sowie (2) *Digital für alle*, eine steuerrechtlich gemeinnützige GmbH mit dem Zweck der Erhöhung von „Digitaler Teilhabe“, mithin für die Anwendenden-Kompetenz und die Steigerung der Nutzung digitaler Produkte.^[5]

Bitkom benennt im Lobbyregister mehr als 200 Personen, die mit der Lobbyarbeit betraut sind. Kein anderer Akteur gibt eine größere Zahl an. Auch mit den angegebenen 4,8 Mio Euro Ausgaben für die Lobbyarbeit gehört Bitkom zu den TOP 15 Lobbyakteuren in Berlin.^[6]

Zu den verfolgten Interessen des Unternehmensverbandes zählen z.B. die Stärkung von Verwaltungsdigitalisierung und Open Source, die überwiegend auch im Interesse weiterer Kreise der Gesellschaft sind. Zuerst setzt sich Bitkom aber für die Geschäfte und Handlungsspielräume seiner überwiegend privatwirtschaftlichen Mitglieder ein. Vertreten werden Forderungen nach Regulierungsarmut und deren aufwands-, berichts- und haftungsarmer Handhabbarkeit sowie Kostensenkungen z.B. für Strompreise (Industriekunden).^{[7][8]} Bitkom setzt sich für die Schaffung von Subventionen für Technologieentwicklung ein und dafür, dass deren Empfänger stärkeren Einfluss auf deren Verteilung erhalten (s.u.). Auch die Beschränkung von Arbeitnehmerrechten und die Aufweichung von Arbeitsschutzvorschriften (Arbeitszeitregelung) gehören zu den Lobbyismuszielen (s.u.). Im Lobbyregister gibt Bitkom an, sich für rund 90 Vorhabenbereiche zu engagieren. Themen umfassen zum einen *Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Massenmedien oder Cybersicherheit*, aber auch *Öffentlichen Finanzen, Steuern und Abgaben*. Bitkom zielt im Interesse seiner Mitglieder auch auf viele Bereiche des Gemeinwesens, für das die Digitalisierung ganz überwiegend allenfalls ein Instrument ist: Politisches Leben, Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Parteien; Rechtspolitik; Strafrecht u.v.m.^[9].

Branchenspezifische Interessenkonflikte zwischen Bitkom und der Gesellschaft bestehen darüber hinaus zum Beispiel an folgenden Stellen:

- Datenverfügbarkeit (für privatwirtschaftliche Zwecke in der digitalisierten Wirtschaft) versus Datensparsamkeit, Privatsphäre und Datensouveränität der nutzenden Personen und Organisationen. Das betrifft praktisch alle digitalen Anwendungen, die während oder nach der Nutzung Daten mit Herstellern oder Dritten austauschen, also fast alle.^[10]

- Begrenzung von Herstellerpflichten für den Einsatz von Technologie und ggfs. daraus resultierender Haftung - versus Verbraucherschutz. Das betrifft zum Beispiel den Einsatz von KI.
- Sorgfaltspflichten bei Design und Vertrieb von Produkten, insbes. KI. Auch hier sollen Sorgfaltspflichten reduziert oder auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Das betrifft z.B. Fragen der Bekämpfung organisierter Kriminalität, Exportkontrolle und staatliche Sicherheit. ^[11]

2017 erhielt BITKOM den Negativpreis BigBrotherAward vom Verein Digitalcourage in der Kategorie Wirtschaft für "sein unkritisches Promoten von Big Data, seine penetrante Lobbyarbeit gegen Datenschutz und weil er [der Bundesverband] de facto eine Tarnorganisation großer US-Konzerne" sei. ^[12]
Bitkom war in der Folge an der Enquete Kommission des Bundestages zu „Künstliche Intelligenz - Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“ beteiligt, die 2018 bis 2020 arbeitete. ^[13]

Themen und Beispiele

EU KI-Verordnung - Sorgfaltspflichten und Haftung von Herstellenden, Begrenzung von Regulierung bei Biometrie

Bitkom forderte, dass bereits entwickelte KI von der Regulierung nicht betroffen sein soll. Besonderes Augenmerk galt dem automatisierten Fahren. Die Einstufung als Hochrisiko-KI – und die damit verbundene Regulierung - könne bereits dann wegfallen, wenn Hersteller in der „Gebrauchsanweisung“ die Nutzung für Hochrisiko-Zwecke untersagen. ^[14]

Für die Klassifizierung als Hochrisiko-KI hatte Bitkom auch angeregt, dafür relevante biometrische Merkmale abschließend aufzuzählen. ^[15] Derartige Regelungen führen leicht dazu, dass die technische Entwicklung neue Merkmale (oder neue Kombinationen davon) nutzbar macht und diese so lange legal angewendet werden dürfen, bis der Gesetzgeber sie ggfs. ergänzend sanktioniert.

Industriebestimmtes Europäisches Forschungsrahmenprogramm

„Bitkom fordert eine an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientierte Ausgestaltung des EU-Forschungsrahmenprogramms „FP10“. Für die Ausgestaltung des 10. FP sind aus Sicht von Bitkom eine ausreichende finanzielle Ausstattung in Höhe von 200 Mrd. Euro, die Ausrichtung auf anwendungsorientierte Forschung, die Einbindung der Unternehmen in die Gestaltung der Forschungsausschreibungen sowie eine bürokratiearme Ausgestaltung zentral.“ ^[16]

Das vorherige 9. Rahmenprogramm hingegen beinhaltete als Zielstellung nicht nur auf marktnahe Unternehmensförderungsinteressen zu fokussieren, sondern zielte im strategischen Planungsprozess vor allem auf digitalen und grünen Wandel, auf die gesamte Innovationskette und auf wissenschaftliche Exzellenz - für globale Herausforderungen unabhängig von Rentabilitätsaspekten. ^[17]

Einschränkung von Arbeitnehmerrechten - Leistungskontrolle und Überwachung

Der § 87 Abs. 1 Nr. 6 regelt hingegen, dass Technik für Überwachung und Leistungskontrolle von Arbeitnehmenden *grundsätzlich zustimmungspflichtig* durch Arbeitnehmervertretungen ist.

Bitkom fordert, „Das Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG sollte ... reduziert und auf die tatsächliche Nutzung von Daten zur Verhaltens- oder Leistungskontrolle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschränkt werden.“^[18]

Einschränkung von Arbeitsschutzgesetzen - Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung ("Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen im Sinne von New Work")

Bitkom setzt für eine Aufweichung der Ruheregeln für Arbeitnehmer:innen ein. Es solle eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit gelten. Die Aufzeichnungspflicht der Arbeitgeber für Arbeitszeiten solle eingeschränkt werden. („Vertrauensarbeitszeit“ müsse möglich bleiben).^[19]

Weiterführende Informationen

Internet- und IT- orientierte zivilgesellschaftliche Akteure, die Widersprüche zwischen Bürgerrechten, gesellschaftlichem Interesse und Herrschafts- bzw. Kapitalverwertungsinteressen von Staat und Branche thematisieren sind zum Beispiel [Algorithmwatch](#), der [Chaos Computer Club](#), [D64](#), [Digitalcourage](#) und [netzpolitik.org](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bitkom - Über uns](#) , Verbands-Website, abgerufen am 18.9.2024
2. ↑ [Bitkom-Mitgliederliste](#), abgerufen am 18.9.2024
3. ↑ [BDI-Mitglied Bitkom](#), BDI Verbands-Website, abgerufen am 22.10.2024
4. ↑ [DIGITALEUROPE - our national trade association members](#), Verbandswebsite, abgerufen am 22.10.2024
5. ↑ [Die Bitkom Gruppe](#) , Verbands-Website, abgerufen am 15.10.2024
6. ↑ [Lobbyregister des Bundestages](#), Abschnitt Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben, abgerufen am 18.9.2024
7. ↑ S. dazu die umfassende Lister der Interessenbereiche und Regelungsvorhaben, [Bitkom Eintrag im Lobbyregister des Bundestages](#)
8. ↑ S. dazu zum Beispiel das [Bitkom Positionspapier zum Kabinettsentwurf für den Bundeshaushalt 2025](#) , Verbands-Website, abgerufen am 22.10.2024
9. ↑ [Lobbyregister des Bundestages](#), [Bitkom Eintrag](#), Abschnitt Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche, abgerufen am 18.9.2024
10. ↑ [Bitkom zur Datenstrategie der Bundesregierung](#) - Verbands-Website, abgerufen am 18.9.2024

11. ↑ Bitkom stellt zum Beispiel in den Raum, dass es den Herstellerpflichten genügen könne, in der Gebrauchsanweisung Hochrisiko Anwendungen auszuschließen, um so den damit verbundenen Regulierungen für KI zu entgehen. S. dazu ebenfalls die [Bitkom Stellungnahme zu Art. 96 KI VO, Lobbyregister des Bundestages](#) , abgerufen am 22.10.2024
12. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2017 BITKOM, zuletzt abgerufen am 22.10.2024
13. ↑ [Bundestags-Website](#), abgerufen am 22.10.2024
14. ↑ [Bitkom Stellungnahme - Stakeholderdialog zu Leitlinien der EU-Kommission \(Art. 96 KI VO\)](#) , hier zum Beispiel zur Verzögerung der Anwendung von KI Einstufung bei KI nutzenden Fahrerassistenzsystemen s.4
15. ↑ ebendort
16. ↑ [Lobbyregister des Bundestages, Bitkom Eintrag](#), Konkretes Regelungsvorhaben 27
17. ↑ Thematisch fokussierte das vorherige [Programm Horizont Europa](#) hingegen auf fünf Kernmissionen unabhängig von kommerzieller globaler „Wettbewerbsfähigkeit“ privatwirtschaftlicher Akteure, nämlich: Anpassung an den Klimawandel, Krebs; Gesunde Ozeane und Gewässer, Klimaneutrale intelligente Städte, sowie Bodengesundheit und Ernährung.
18. ↑ [Lobbyregister des Bundestages, Bitkom Eintrag](#), Interessen- und Vorhabenbereich 22, abgerufen am 18.9.2024
19. ↑ [Lobbyregister des Bundestages, Bitkom Eintrag](#), konkretes Regelungsvorhaben 21, abgerufen am 18.09.2024

EuropaBio

EuropaBio ist der europäische Dachverband für Biotechnologie-Gentechnik-Konzerne und gehört dort zu den 3 einflussreichsten Verbänden.^[1]

EuropaBio	
	
Rechtsfo	Vereinigung ohne
rm	Gewinnerzielungsabsicht (VoG) nach belgischem Recht
Tätigkeit	Interessenvertretung für die Gentech-
sbereich	Industrie
Gründun	1996
gsdatum	
Hauptsit	Avenue de l'Armée 6, 1040 Brüssel
z	
Lobbybü	
ro	
Lobbybü	<text>
ro EU	
Webadre	www.europabio.org
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	179
2 Fallbeispiele und Kritik	179
2.1 2014: EuropaBio will Europa mit Gentech-Gewächsen überziehen	179
2.2 2013: TTIP: Biotechnologie-Verbände fordern eine stärkere Stellung der EFSA	179
2.3 2013: Beschwerde von CEO über zu gering angegebenes Lobby-Budget	180
2.4 2011: Kampagne: Prominente Unterstützer für genmanipulierten Nahrungsmitteln - eine PR-Panne ...	180
2.5 2010: Astroturfing durch Farmers Biotech Network	180
3 Struktur	181
4 Mitglieder	181
5 Kurzdarstellung	182
6 Weiterführende Informationen	182
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	182
8 Einzelnachweise	182

Lobbystrategien und Einfluss

Fallbeispiele und Kritik

2014: EuropaBio will Europa mit Gentech-Gewächsen überziehen

Spiegel-Online liegt ein internes Papier von EuropaBio, namens "A new strategy on GM issues", vor. Es zeigt den unverhohlenen Willen der Branche, Europa mit Gentech-Gewächsen zu überziehen. EuropaBio selbst bezeichnet das Dokument als "Brainstorming"-Grundlage.

Hauptziele sind lt. Papier die schnellere Zulassung von Gentechnik-Produkten und die Aufweichung der Verunreinigungsregeln für Saatgut und Futtermittel. Akribisch haben die Lobbyisten in dem Papier aufgelistet, wie sie zB. die Unterstützung der deutschen Regierung bekommen: Für die Deutschen müsse es "Spielraum" geben, Produkte mit dem Label "Ohne Gentechnik" zu kennzeichnen. Noch ein Ziel der Branche wird definiert: Nationale Anbauverbote soll es nur geben, wenn die EU-Mitgliedstaaten "nicht gegen eine technische Lösung bei Lebensmitteln votieren". Übersetzt heißt das: eine Verunreinigung von Lebensmitteln, ohne dass es draufsteht. Die **EU-Kommission**, heißt es im Papier, solle deutlich machen, dass sie "unter rechtllichem Druck" stehe. Eben das habe der zuständige EU-Kommissar **Tonio Borg** in vielen Ratssitzungen betont.

Quelle: ^[2]

2013: **TTIP**: Biotechnologie-Verbände fordern eine stärkere Stellung der EFSA

Die Verbände **EuropaBio** und **Biotechnology Industry Organization** (BIO) haben zu dem geplanten Freihandelsabkommen **TTIP** die gemeinsame Stellungnahme **Response to Consultation by EuropaBio and Bio** abgegeben. Darin fordern sie ein vereinfachtes Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Produkte, das sich stärker an dem in den USA praktizierten System orientiert. Zu den konkreten Empfehlungen gehört auch eine Stärkung der EFSA. So wird z. B. unter "Political risk assessment" vorgeschlagen:

"Maintain EFSA's autonomy: new requirements to be added by EC only if EFSA deems necessary" (zusätzliche Anforderungen nur, wenn sie von der EFSA für notwendig gehalten werden).

2013: Beschwerde von CEO über zu gering angegebenes Lobby-Budget

Die NGO *Corporate Europe Observatory* (CEO) beschwerte sich über die Angaben von EuropaBio im freiwilligen europäischen Lobbyregister. Diese seien unrealistisch und viel zu niedrig angesetzt. 2010 soll ein Budget von 50.000 Euro ausgereicht haben, obwohl die jährlichen Einnahmen bei 1,3 Mio. Euro liegen. EuropaBio registrierte lediglich zwei Lobbyisten, wobei 17 Festangestellte in dem Büro in der Avenue de l'Armée arbeiten. Nach Schätzungen von CEO betragen die Kosten für die Unterhaltung eines Lobbyisten bereits 100.000 Euro pro Jahr.^[3] Nach der Beschwerde von CEO unterzog das Register-Sekretariat den Eintrag von EuropaBio einem "Routinecheck", worauf der BioTech Verband seinen Eintrag aktualisierte: Insgesamt wurde die Zahl der registrierten Lobbyisten auf acht erhöht und das Budget für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2012 mit 200-250.000 Euro deutlich höher angegeben. CEO ist weiterhin der Meinung, dass die Ausgaben weiterhin zu niedrig angegeben sind.

2011: Kampagne: Prominente Unterstützer für genmanipulierten Nahrungsmitteln - eine PR-Panne

2011 berichtete die Zeitung "Guardian" von aufgetauchten Dokumenten, die behaupten, es gebe Interesse von prominenten Persönlichkeiten, Werbung für genmanipulierte Nahrungsmittel zu machen. Es solle Interesse von Bob Geldorf (Musiker), Lord Patten (Vorstandsmitglied der BBC, Kanzler der Universität Oxford), David Byrne (ehem. irischer EU-Kommissar), David Byrne (Rechtsberater der Regierung) und eventuell vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan geben. Die Dokumente stammen von einer für EuropaBio arbeitenden PR Agentur. Viele der genannten Personen bestritten auf Nachfrage jeglichen Kontakt zu EuropaBio.^[4] Ein Sprecher von Kofi Annan sagte, Annan sei kein Botschafter für EuropaBio und habe keine Absicht, die Nutzung von genmanipulierten Nutzpflanzen zu bewerben. EuropaBio nahm dazu Stellung und machte deutlich, dass die entsprechenden Dokumente nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Man habe lediglich Personen identifiziert, die für eine mögliche Kampagne in Frage kämen. Dazu wolle man mit der Unterstützung von NGOs werben, die pro Genmanipulation argumentieren, zu denen auch die "Bill & Melinda Gates Foundation" gehört.^[5]

[Hier](#) finden sie das vom Guardian veröffentlichte Originaldokument, mit dem für die Kampagne geworben werden sollte.

2010: Astroturfing durch Farmers Biotech Network

2010 führte die bis dato unbekannte Gruppe "Farmers Biotech Network" vor dem EU-Parlament eine Verkostung gentechnisch veränderter Lebensmittel durch. Die Gruppierung bestand aus Landwirten, die für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen warben. Nachdem die Medien von den Landwirten als Initiatoren der Aktion berichteten, deckte *Corporate Europe Observatory* (CEO) auf^[6], dass EuropaBio die Aktion finanziert hat. Es handelte sich nicht um eine Aktion, die aus dem Eigeninteresse der Landwirte motiviert war, sondern den Mitglieder des Europäischen Parlaments indirekt die Forderungen von EuropaBio näher zu bringen. Beauftragt hatte EuropaBio ein Tochterunternehmen einer der weltweit größten PR-Agenturen **Edelman**: Grassroots Enterprise. Die Agentur macht ihr Geschäft mit der Organisation von Unterstützung "aus der Bevölkerung" auf Auftrag; mit sogenanntem **Astroturfing**. Der Charakter der sogenannten "Graswurzel-Bewegung" geht dabei verloren, da sich jeder finanzstarke Akteur seine Bevölkerungsunterstützung erkaufen kann.

Die Problematik wird deutlich: für Unternehmen mit dem entsprechenden finanziellen Hintergrund kann eine maßgeschneiderte "Graswurzel-Bewegung" professionell organisiert werden. Diese vertritt dann, wenn der Hintergrund unerkannt bleibt, glaubwürdig die Interessen der Finanziere und übt Druck auf den Gesetzgeber aus.

Struktur

Der Vorstand besteht aus Repräsentanten der Mitgliedsunternehmen. Inhaltlich sind die Hauptbereiche Gesundheit (Rote Biotechnik), Industrie (Weiße Biotechnik) und Agrar (Grüne Biotechnik), denen Arbeitsgruppen unter Führung von EuropaBio zugeordnet sind. Daneben sind die nationalen biotechnischen Verbände eingebunden.^[7]

Vorsitzender des Vorstands	Tjerk de Ruiters		Vertreter von Cordion
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Carsten Sieden	Vorsitzender des EuropaBio Industrial Biotechnology Council	BASF
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Peter Heinrich	Vorsitzender der EuropaBio SME Plattform	Vertreter von Bio Deutschland
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Matthew Moran	Vorsitzender des EuropaBio National Associations Council	Vorsitzender der Irish Biotech Association und Vertreter von BioPharmaChem Ireland
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Neil Mulcock	Vorsitzender des EuropaBio Healthcare Biotechnology Council	Vizepräsident von Government Affairs and Policy EMEA und Vertreter von Gilead

(Stand: April 2020) Quelle: ^[8]

Mitglieder

EuropaBio vertritt 81 Unternehmen, assoziierte Mitglieder und "BIO Regionen" sowie 15 nationale Biotechnologie-Verbände.

Unternehmen (Auswahl)

BASF	Bayer	Clariant Produkte GmbH	Dow AgroSciences
Lilly	Evonik	GlaxoSmithKline	Merck Serono
Novartis	Pfizer	Syngenta	
und weitere...			
assoziierte Mitglieder und "BIO Regionen" (Auswahl)			
BIO.NRW	Cambridge Biomedical Consultants LTD	Deerfield Management Company LP	Voisin Consulting
und			

Unternehmen (Auswahl)

weitere...

nationale Biotechnologie-Verbände (Auswahl)

Österreich [Austrian Biotech Industry \(ABI\)](#)

Deutschland [BIO Deutschland](#)

Deutschland [Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie \(DIB\)](#)

Großbritanni
en [BioIndustry Association \(BIA\)](#)

und

weitere...

(Stand: Juni 2020) Quelle: ^[9]

Kurzdarstellung

EuropaBio zählt 55 Industrieunternehmen (u. a. [Bayer AG](#), [BASF](#), [Evonik](#)) zu seinen Mitgliedern und organisiert auch die jeweiligen nationalen Verbände unter einem Dach.^[10] Der Verband stellt die Vorteile von Biotechnologie in verschiedenen Informationsmaterialien dar. EuropaBio drängt auf eine schnellere Zulassung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, mit dem Argument, Gen-Saatgut sei sicher, könne die ganze Welt ernähren und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen.^[11] Außerdem setzt sich EuropaBio für den Abbau von Regulierung und mehr öffentliche Gelder für die Biotechnologie-Forschung ein.^[12] EuropaBio finanziert sich über die Beiträge der Mitglieder. Ideell unterstützt unter anderem die [Bill & Melinda Gates Foundation](#) das Vorhaben von EuropaBio.^[5]

Weiterführende Informationen

- [Transparenz-Register: Eintrag EuropaBio](#)
- [Annual Report 2018-2019](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Study Identifies Most Effective Associations In Brussels](#), The HolmesReport, 05.08.2013, abgerufen am 30.08.2013
2. ↑ [Strategiepapier der Gentechniklobby: Schlachtplan für Europa](#) Spiegel-Online vom 10.06.2014, abgerufen am 25.06.2014

3. ↑ [Transforming needed for Transparency: Looking towards the lobby register review](#), CEO Homepage, 26.02.2013, abgerufen am 04. September 2013
4. ↑ [EuropaBio: Gentechnik-Verband blamiert sich mit Pannen-PR](#), Spiegel online, 21.10.2011, abgerufen am 04. September 2013
5. ↑ ^{5,05,1} [Biotech group bids to recruit high-profile GM 'ambassadors'](#), The Guardian, 20.08.2011, abgerufen am 30.08.2013
6. ↑ [GM food tasting: Farmers or EuropaBio?](#), Homepage CEO, 13.07.2010, abgerufen am 04. September 2013
7. ↑ [Who We Are](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
8. ↑ [Governance & Councils](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
9. ↑ [Members](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
10. ↑ [EuropaBio Homepage](#), abgerufen am 04.09.2013
11. ↑ [Pocket Guide to GM Crops](#), Informationsbroschüre EuropaBio, abgerufen am 09. September 2013
12. ↑ LobbyControl und CEO: [LobbyPlanet Brüssel. Das EU-Viertel](#). 2. akt. u. überarb. Aufl., 2012

BusinessEurope

BusinessEurope ist der Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände mit Sitz in Brüssel. 2021 hatte er 40 Mitgliedsverbände aus 35 europäischen Ländern. Deutsche Mitglieder sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). In der EU zählt der Verband zu den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen mit besten Kontakten zur EU-Kommission, dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedstaaten. Für das Geschäftsjahr 2021 gab BusinessEurope an, sich 402 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben ^[1], womit der Verband nach Angaben von [lobbyfacts.eu](#) den ersten Platz unter den gelisteten Organisationen belegte. Der große Einfluss, den BusinessEurope in den [Arbeitsgruppen des Europäischen Rats](#), hat, ist von Corporate Europe eingehend untersucht worden. ^[2] Von besonderer Bedeutung ist danach die Mitwirkung in der [Working Party on Competitiveness and Growth](#).

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele. Die Denkfabrik Influence Map kommt in einer Bewertung der Lobbyaktivitäten zur EU-Klimapolitik zu folgendem Ergebnis: BusinessEurope hat die Klimapolitik-Bestrebungen der EU seit 2015 überwiegend abgelehnt und scheint - trotz einer zunehmend positiven Kommunikation des „energy mix“ 2020-21 - weiterhin gegen verschiedene Aspekte der anspruchsvolleren Klimapolitik zu lobbyieren, die als „EU Green Deal“ und „Fit for 55 package“ vorgeschlagen wird. ^[3] Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten besteht in der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

BusinessEurope
Rechtsform internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der europäischen Wirtschaft
Gründungsdatum März 1958, 2007 umbenannt in BusinessEurope, the confederation of European business
Hauptsitz Av. de Cortenberg 168, 1000 Brüssel
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse businesseurope.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	184
---------------------	-----

2 Lobbystrategien und Einfluss	184
2.1 Lobbyisten	185
2.2 EU-Expertengruppen	185
2.3 Seitenwechsel	185
2.4 European Business Summit	185
2.5 BusinessEurope Day	186
3 Fallstudien und Kritik	187
3.1 2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	187
3.2 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz	188
3.3 2013-2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA	189
3.4 2012-2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	190
3.5 2010-2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik	191
3.6 2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister	191
3.7 2009-2018: Better Regulation	192
4 Organisationsstruktur und Personal	193
4.1 Verbindungen	193
5 Finanzen	193
6 Geschichte	194
7 Weiterführende Informationen	194
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	194
9 Einzelnachweise	194

Aktivitäten

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 35 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.^[4] Dies soll vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte zu Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere zur EU-Kommission.^[5] Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel^[6]

Ein 2018 geleaktes internes Dokument von BusinessEurope zeigt, mit welchen fragwürdigen Methoden der Verband gegen eine Verschärfung der Klimaziele der EU vorgehen wollte.^[7] Option 1: Positives Verhalten, so lange das Vorhaben keinerlei Auswirkungen auf die Industrie hat. Option 2: Man könne sich gegen den Vorschlag stellen, „unter Gebrauch der üblichen Argumente eines globalen Spielfelds, wir können nicht für andere kompensieren etc.“ Option 3: „challenge the process“: Die Industrie könnte den Prozess infrage stellen, etwa indem sie anzweifelt, dass die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden. Oder sie könnte fragen, ob die Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.

Lobbyisten

Im [Transparenzregister EU](#) hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) akkreditiert sind.^[8] (Stand: Juli 2023)

EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 39 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist der Dachverband in der "Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production" und der "Consumer Policy Advisory Group" vertreten.^[8]

Seitenwechsel

- [Marten Westrup](#) arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der [EU-Kommission](#) und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- [Eoin O'Malley](#) arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers)^[9]

European Business Summit

[European Business Summit](#) (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die [Federation of Enterprises in Belgium](#) (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirmherrschaft des belgischen Königs.^[10] Zu

den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermans (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen (u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, [European Chemical Industry Council](#)). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen – Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten ^[11]. Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen – so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos ^[12].

BusinessEurope Day

Der **BusinessEurope Day** findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, die Wirtschaft betreffende Politikfelder zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU, 2016 die Leistungsfähigkeit Europas, 2018 die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Am 5. März 2020 fand der BusinessEurope Day zum fünften Mal statt mit dem Themenschwerpunkt "Prosperity, People, Planet". Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
- Valdis Dombrovskis, Geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Handel
- Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft
- Kadrid Simson, EU-Kommissarin für Energie
- Dita Charanzova, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments ^[13]

Fallstudien und Kritik

2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom [ERT](#), von Business Europe und [CEFIC, dem Verband der europäischen Chemieindustrie](#). Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. [\[9\]](#) Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a „Clean, Just *and Competitive* Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte BusinessEurope vielschichtige Lobbyarbeit gegen weitreichende gesetzliche Maßnahmen betrieben. Wie der Bericht „Fein Raus“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und der European Coalition for Corporate Justice zeigt, war BusinessEurope von Beginn an ein prominenter Gegner des Lieferkettengesetzes.^[14]

Ihre ablehnende Haltung machten sie in Schreiben an für das Gesetz zentrale europäische Institutionen und Personen, aber auch in direkten Treffen mit Politiker:innen deutlich. In einem Treffen mit der zuständigen Generaldirektion für Justiz forderte der Verband z.B. dass die Anforderungen an eine Erfüllung der Sorgfaltspflicht *„auf die Mittel beschränkt sein und sich nicht auf die Resultate erstrecken sollten“*^[14] Das bedeutete, die Unternehmen sollten lediglich auf einen Prozess der Sorgfaltsprüfung verpflichtet werden, unabhängig davon ob dadurch schädliche Folgen verhindert würden. Dieses Vorhaben wurde von Menschenrechtsorganisationen klar zurückgewiesen.^[14] Knapp vor der Abstimmung des Berichtsentwurfs im Europäischen Parlament schrieb der Verband an den zuständigen Rechtsausschuss, dass die geplanten Maßnahmen *„haltlosen Vorwürfen und missbräuchlichen Klagen Tür und Tor öffnen“* würden.^[15]

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft 2021 schrieb der BusinessEurope wiederum an den französischen Präsidenten **Macron**. Der Verband forderte Macron auf, die Führungsrolle Frankreichs im Rat der europäischen Union zu nutzen, um unternehmerfreundliche Politik zu machen. Im Kontext des geplanten Lieferkettengesetzes, bedeutete dies weniger strenge Regularien festzulegen.^[16]

Ein Jahr später, kurz vor der Veröffentlichung des Gesetzesaufschlags der Europäischen Kommission zu einem Lieferkettengesetz (Ende Februar 2022) hatte sich der Verband in einem direkten Brief an Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** gewandt. In diesem Schreiben forderte er einen Ansatz, der weniger weitreichend als die zuvor vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen ginge. So warnte der Verband, dass zu strenge Regularien überbordende Aufgaben an Unternehmen stellen würden und somit den Wirtschaftsstandort Europa gefährden würden.^[17]

Laut dem Bericht „Fein Raus“ habe es weitere Schreiben dieser Art, oft kurz vor kritischen Entscheidungen gegeben, z.B. an den zuständigen Kommissar Reynders oder die Vizepräsidentin der EU-Kommission Jourová. Der Verband setzte also an zentralen Schlüsselstellen des Gesetzes an, um gezielte Botschaften zu senden. Die dabei verwendeten Narrative stellten das Gesetz stets in ein wirtschaftsfeindliches und nicht zielführendes Licht.^[14]

Wie ein weiterer Bericht von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem BUND mit dem Titel „Inside Job“^[18] zeigt, hatte auch der Dänische Industrieverband auf BusinessEurope gesetzt um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Insbesondere als Bestrebungen die damals noch zuständige Generaldirektion Justiz zu beeinflussen, zu scheitern drohten, bemühte man sich *„Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten,‘ vorzugsweise über BusinessEurope, da dies ‚ein stärkeres Signal aussenden würde‘“*.³ Das Gremium zu „besseren Rechtssetzung“, meint dabei das **Regulatory Scrutiny Board (RSB)**, welches daraufhin zwei

Gesetzesvorschläge der Kommission blockiert hatte und somit für eine Verzögerung und „Verwässerung“^[18] des Gesetzes gesorgt hätte. Das RSB gilt als industrienah und steht den inhaltlichen Forderungen von Business Europe nahe: Seit Gründung des Ausschusses 2015 hatte sich der Vorstand des RSB 23 mal mit Interessensvertretern zur Beratung getroffen, „90 Prozent der Treffen entfielen [...] auf *Wirtschaftsinteressen und diese unterstützende Denkfabriken, darunter drei Treffen mit BusinessEurope*“.^[18]

2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte^[19]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission [José Manuel Barroso](#) große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können.^[20] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch [regulatorische Kooperation](#) ein zentrales Thema bleiben müssen.^[21]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und ACEA^[22]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017 waren Vertreter aus dem Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU^[23]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen^[24]. In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die [regulatorische Kooperation](#) es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt.^[25]

2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der von CEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem [European Services Forum](#)) von allen Lobbyorganisationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema [TTIP](#). In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil.^[26]

Ende 2013 wurde ein Papier der [EU-Kommission](#) zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die [US-Handelskammer](#), die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt" (Übersetzung des Verfassers).^[27]

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist.^[28]

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der [US-Handelskammer](#) aus den Jahren 2012^[29] und 2014^[30] mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016^[31] erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobbys TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von BusinessEurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten.^[32]

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit [AmCham EU](#), [European Services Forum](#) und [Trans-Atlantic Business Council](#), der sogenannten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es brauche "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanziellen Fortschritt" in den Verhandlungen.^[33]

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt.^[34] Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen

Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.^[35] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.^[36] Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren^[37]

2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die **Worst EU Lobbying Awards** nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO₂-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industriobbylisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.^[38] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken.^[39], wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war^[40] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimaunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.^[41] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern.^[42] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“^[43]

2016: BusinessEurope’s Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen **Europäischen Transparenzregisters** von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung in Kraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen konnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermans, damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor^[44]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die no registration, no meeting – Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermans vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope's Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen ^[45]. Beyrer positioniert sich klar gegen die no registration, no meeting Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen. ^[46].

2009–2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“. ^[47] So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150. ^[48]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert. ^[49] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte. ^{[50][51]}

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium ^[52]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen. ^[53] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten, ^[54] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 40 Mitgliedsverbände aus 35 Ländern an. Mitgliedsverbände aus Deutschland sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#). Präsident von BusinessEurope ist [Fredrik Persson](#), welcher zuvor Präsident des [Confederation of Swedish Enterprise](#) war, das ebenfalls Mitglied von BusinessEurope ist. Generaldirektor ist [Markus J. Beyrer](#), ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).^[8] (Stand: Juli 2023). Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei knapp 50.^[55]

BusinessEurope hat 7 politische Ausschüsse mit insgesamt 60 Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben der EU auf die Wirtschaft zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahmen der Arbeitsgruppen werden als „position papers“ veröffentlicht. Die Mitarbeiter von BusinessEurope sollen dafür sorgen, dass die Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Auf der Webseite des Verbands sind die folgenden Publikationen abrufbar: Reports and studies, Position papers, Public letters, Facts and figures, Speeches, Press releases.

Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren 69 Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [European Policy Centre](#) (EPC)
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [Alliance for a Competitive European Industry](#), die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt^[56]
- [Alliance for CSR](#), einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich [Corporate Social Responsibility](#) beschäftigt^[57]
- [European Services Forum](#) (ESF), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- [Kangaroo Group](#)

Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut [EU-Transparenzregister](#) liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2021 zwischen 4 und rund 4,49 Millionen Euro.^[8]

Geschichte

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde.^[58]

Weiterführende Informationen

- BusinessEurope Eintrag auf lobbyfacts.eu

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ BusinessEurope auf lobbyfacts.eu lobbyfacts.eu, abgerufen am 11.07.2023
- ↑ Business lobbies dominate secret channel to influence Council, corporateeurooe.org vom 13.07.2021, abgerufen am 16.11.2021
- ↑ BusinessEurope, influence.map, ,abgerufen am 15.11.2021
- ↑ Mission and Priorities, business europe.com, abgerufen am 02.09.2016
- ↑ Commission Meetings, integritywatch.eu, abgerufen am 15.11.2021
- ↑ Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
- ↑ So wollen Lobbyisten strengere Klimaziele verhindern, sueddeutsche.de vom 19.09.2018, abgerufen am 15.11.2021
- ↑ ^{8,08,18,28,3} BUSINESSEUROPE, ec.europa.eu, abgerufen am 14.11.2021
- ↑ The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby, abgerufen am 19.09.2016
- ↑ European Business Summit abgerufen am 13.11.18
- ↑ European Business Summit: Consolidating Corporate Power, Coporate Eurobe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
- ↑ European Business Summit Events abgerufen am 14.11.18
- ↑ Speakers, businesseuropeday.eu, abgerufen am 17.11.2021
- ↑ ^{14,014,114,214,3} Fein Raus corporatejustice.org vom Juni 2022, abgerufen am 06.12.2022
- ↑ Schreiben von BusinessEurope an das Legal Affairs Comittee vom 21.01.2021, abrufbar [hier](#)
- ↑ Brief von BusinessEurope an Macron vom 24.01.2021 abrufbar [hier](#)
- ↑ Schreiben von BusinessEurope an von der Leyen vom 01.02.2022, abrufbar [hier](#)
- ↑ ^{18,018,118,2} Inside Job corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 03.11.2022
- ↑ JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen, Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018

20. ↑ [EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyrer to José Manuel Barroso](#), BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
21. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
22. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
23. ↑ [BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
24. ↑ [Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
25. ↑ [JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze](#), LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
26. ↑ [Who lobbies most on TTIP?](#), Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateurope, abgerufen am 12.08.2014
27. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
28. ↑ [European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement \(TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations\)](#), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
29. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letterto Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012](#), abgerufen am 20.09.2016
30. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\), 2014](#), abgerufen am 20.09.2016
31. ↑ [European Commission, TTIP – EU proposal](#), abgerufen am 20.09.2016
32. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
33. ↑ [Joint Statment: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP](#), abgerufen am 08.08.2016
34. ↑ [Handelsgespräche aufgenommen](#), Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
35. ↑ [<https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/> A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
36. ↑ [<https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952> U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
37. ↑ [Proposals for EU-US-regulatory cooperation](#), foeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
38. ↑ [BusinessEurope: Worst Climate Lobbying](#), worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
39. ↑ [Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz](#), Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
40. ↑ [Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change](#), Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
41. ↑ [Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups](#), Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018
42. ↑ [BusinessEurope memo on EU climate ambition](#), BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
43. ↑ [Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren](#), Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
44. ↑ [\[1\]](#), Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
45. ↑ [Briefwechsel Timmermanns Beyrer](#), asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18

46. ↑ [Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business](#), Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
47. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
48. ↑ [Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur](#), deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
49. ↑ [Better Regulation](#), BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
50. ↑ [Better Regulation Watchdog](#) Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
51. ↑ [How the European Union is doing the job of big businesses](#), Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
52. ↑ [Mitglieder der REFIT-Plattform – Gruppe der Interessenträger](#), Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
53. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
54. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
55. ↑ [History](#), businessseurope.eu, abgerufen am 11.07.2023
56. ↑ [Alliance for a Competitive European Industry](#), businessseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
57. ↑ [Alliance for CSR](#), businessseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
58. ↑ [BusinessEurope](#), PowerBase, abgerufen am 31.05.2012

European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations

Die **European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA)** ist der europäische Dachverband der pharmazeutischen Industrie, dessen Mitglieder 37 nationale Verbände und 38 führende Pharmaunternehmen sowie 17 kleine bis mittlere Unternehmen sind. Hinzu kommen der Fachverband **Vaccines Europe** (VE) sowie 35 'Partners in Research'. Zu den deutschen Mitgliedern gehört der [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (VfA).^[1]

Die EFPIA ist die wichtigste Lobbyorganisation der europäischen Pharmabranche mit den höchsten Lobbyausgaben, den meisten Kontakten zur EU und mehreren eingeschalteten Lobby-Agenturen.^[2] Sie ist außerdem Partner von EU-Forschungsprogrammen wie der [Innovation Medicines Initiative](#) (IMI), Europas größter [Public Private Partnership](#).

European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA)

Rechtsform	Non-profit Association
Tätigkeitsbereich	Europäischer Dachverband der pharmazeutischen Industrie
Gründungsdatum	1978
Hauptsitz	8 Rue Mil Neuf Cents, Luxemburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Trône 108, B-1050 Brüssel
Webadresse	efpia.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	197
2 Fallbeispiele und Kritik	197
2.1 Innovative Medicines Initiative (IMI): Problematische Partnerschaft mit der EU-Kommission	197
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	198
3.1 Vorstand	198
3.2 Verbindungen	198

4 Weiterführende Informationen	198
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	198
6 Einzelnachweise	198

Lobbystrategien und Einfluss

Die Pharmaindustrie ist eine der mächtigsten Lobbygruppen in Brüssel mit besten Verbindungen zu EU-Institutionen und hohen Lobbyausgaben. Nach Recherchen von Corporate Europe Observatory (CEO) geben die 10 europäischen Pharmaunternehmen mit den höchsten Lobbyausgaben zusammen zwischen 14,75 und 16,5 Mio. Euro jährlich für Lobbytätigkeiten aus. Insgesamt lobbyierten in Brüssel etwa 175 Personen für die Pharmaindustrie. ^[3]

Laut [EU-Transparenzregister](#) schätzt die EFPIA ihre Ausgaben für Lobbyarbeit im Jahr 2021 auf 5,5 bis 5,9 Mio. Euro. Die Zahl der Lobbyist:innen wird mit 30 (Vollzeitäquivalent: 11,2) angegeben. Seit 2014 haben sich Vertreter der EFPIA 95 Mal mit EU-Kommissaren, Kabinettsmitgliedern oder Generaldirektoren getroffen (Stand: 04.05.2022, Liste abrufbar über das [EU-Transparenzregister](#)). Laut EU-Transparenzregister leistete der Verband eine Vielzahl von Beiträgen zu EU-„Fahrplänen“, ist 7 in Expertengruppen vertreten und Stakeholder und Observer diverser EU-Institutionen/Organisationen.

Neben Nathalie Moll (Generaldirektorin) haben acht weitere Personen Zugang zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments.

Einem Bericht von CEO zufolge, betreibt die Pharmaindustrie zunehmend auch über Beratungsagenturen Lobbyarbeit in Brüssel. Das Budget der EFPIA hierfür belaufe sich auf jährlich bis zu 660.000 Euro. Lobbyagenturen, die von der EFPIA bezahlt werden sind: Acumen, Hague, Corporate Affairs, Incisive Health, Interel, Porter Novelli, RPR Group, Rud Pedersen PA und ZN. ^[4]

Fallbeispiele und Kritik

Innovative Medicines Initiative (IMI): Problematische Partnerschaft mit der EU-Kommission

Die [Innovate Medicines Initiative](#) (IMI) ist eine Public-Private Partnership zwischen der EU-Kommission und der EFPIA. Nach eigenen Angaben besteht das Ziel der Initiative darin, Innovationen bei der pharmazeutischen Forschung in der EU voranzutreiben und die Gesundheit zu verbessern. Für IMI 2 (Zeitraum: 2014-2020) betrug das Budget 3,276 Mrd. Euro, wovon die EU (über die EU-Kommission) und die Industrie (über die EFPIA) jeweils die Hälfte beisteuerten. ^[5] Beschäftigte von Mitgliedsunternehmen der EFPIA arbeiten an den Projekten mit. Dem Verwaltungsrat ([Governing Board](#)) gehören jeweils fünf Vertreter der EU-Kommission und der Pharmaindustrie an. Verwaltungsratsvorsitzender ist Olivier Lareau, Präsident der [Servier Group](#).

Laut einer [Studie von Global Health Advocates und Corporate Europe Observatory](#) vom April 2020 verkörpert die IMI ein Modell, in dem die öffentliche Hand einen Großteil der Kosten übernimmt und es der Wirtschaft überlässt, die Forschungsagenda im Sinne der eigenen ökonomischen Interessen festzulegen und die Gewinne einzufahren.^[6] Die EU-Politik sollte sich stattdessen am Nutzen für die Bürger und die Gesellschaft orientieren einschließlich eines fairen Zugangs zur Gesundheitsversorgung in der EU und weltweit. In der Studie werden Kriterien genannt, die sicherstellen sollen, dass die IMI und ihre Nachfolgerin [Innovative Health Initiative](#) im öffentlichen Interesse handeln. Nur unter dieser Bedingung sollten die Initiativen weiterhin aus EU-Steuermitteln gefördert werden.

Nach dem gleichen Muster ist das [Bio-based Industries Joint Undertaking \(BBI\)](#) geschaffen worden, einer Public-Private Partnership zwischen der EU-Kommission und dem Bio-based Industries Consortium.^[7]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Vorstand

Im [\(Board\)](#) werden die strategischen Prioritäten von EFPIA, die Hauptziele und die Genehmigung politischer Positionen festgelegt. Ihm gehören der Präsident, der Erste und Zweite Vizepräsident sowie die CEOS oder die für das Pharmageschäft verantwortlichen Personen der Mitgliedsunternehmen an.

Präsident des Vorstandes ist Hubertus von Baumbach, CEO von [Boehringer Ingelheim](#).

Verbindungen

Laut [EU-Transparenzregister](#) ist EFPIA Mitglied in den folgenden Verbänden, Netzwerken oder anderen Einrichtungen: BIAC, British Chamber of Commerce, DIA, EACD, EAPM, ECPA, EPAA, EPC, FAIB, FEAM, [Friends of Europe](#), [Kangaroo Group](#), Patients Access Partnership, TOPRA und THE EUROPEAN HOUSE.

Weiterführende Informationen

- [Policy prescriptions the firepower of the EU pharmaceutical lobby and implications for public health | Corporate Europe Observatory \(CEO\) | September 2015](#)
- [EU risks global public health in its protection of big pharma monopolies | Corporate Europe Observatory \(CEO\) | März 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Membership: EFPIA corporate members efpia.eu](#), abgerufen am 04.05.2022
2. ↑ [Policy prescriptions the firepower of the EU pharmaceutical lobby and implications for public health, published by Corporate Europe Observatory \(CEO\), September 2015](#), Webseite CEO, abgerufen am 16. 01. 2016

3. ↑ [Internal documents show Pharma Lobby promoting commercial interests during corona pandemic](#), corporateeurope.org vom 21.09.2020, abgerufen am 18.04.2021
4. ↑ [Big Pharma´s lobbying firepower in Brussels: at least €36 million a year \(and likely far more\)](#) corporateeurope.org, vom 31.05.2021, abgerufen am 04.05.2022
5. ↑ [The IMI funding model](#), imi.europa.eu, abgerufen am 17.04.2021
6. ↑ [New report: More private than public: the ways big Parma dominates the Innovative Medicines Initiative, 25.05.2020](#), abgerufen am 11.04.2021
7. ↑ [Research & Destroy The factories of the industrial bioeconomy threaten the climate and biodiversity](#), corporateeurope.org vom 22.05. 2020, abgerufen am 18.04.2021

Bundesinstitut für Risikobewertung

Das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) erarbeitet Gutachten zur Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie zur Sicherheit von Chemikalien und Produkten. Es nimmt weiterhin die Aufgaben des [Deutschen Zentrums zum Schutz von Versuchstieren](#) (Bf3R) wahr.

In die Kritik geraten ist das BfR wegen teils gravierender Interessenkonflikte von Mitgliedern der beratenden BfR-Expertenkommissionen. Als problematisch galten die engen Kontakte einiger Kommissionsmitglieder zum [ILSI](#), einer Lobbyorganisation der Lebensmittelindustrie und die Mitgliedschaft von MitarbeiterInnen von Pestizidherstellern in der BfR-Kommission "Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände" (jetzige Bezeichnung: "Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte"), wo diese weiterhin präsent sind.

Bewertungen des Instituts sind von Wissenschaftlern als mit Mängeln behaftet und wissenschaftlich inakzeptabel bezeichnet worden. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung, die im September 2017 veröffentlicht wurden, hat das Institut bei der Bewertung von Glyphosat Einschätzungen der Industrie nahezu wortwörtlich übernommen, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)



Hauptsitz	Berlin
Gründung	2002
Tätigkeitsbereich	Bewertung von Risiken für den Menschen
Mitarbeiter	1.112, davon 516 Wissenschaftler
Etat	130 Mio. € (2022)
Webadresse	www.bfr.bund.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aufgaben	200
2 Risikokommunikation	200
3 Seitenwechsel	200
4 Fallstudien und Kritik	200
4.1 2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"	200
4.2 2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden	201
4.3 2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung	201
4.4 2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung	202
4.5 2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren	202
4.6 2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie	203
4.7 2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?	203
5 Organisationsstruktur und Personal	204
5.1 Präsidium	204

5.2 Wissenschaftlicher Beirat des BfR	204
5.3 BfR-Kommissionen ^[19]	204
6 Finanzen	206
7 Weiterführende Informationen	206
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	206
9 Einzelnachweise	206

Aufgaben

Zentrale Aufgabe des BfR ist die wissenschaftliche Risikobewertung von Lebens- und Futtermitteln sowie von Stoffen und Produkten als Grundlage für den gesundheitlichen Verbraucherschutz der Bundesregierung. Das Institut hat keine Überwachungsfunktion. Es ist aber in eine Reihe von Anmelde- und Zulassungsverfahren eingebunden. Das BfR ist eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Risikokommunikation

Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis wird in einer [Broschüre](#) erläutert. Hierzu gehört ein Stakeholderspezifischer Dialog sowie anlassbezogene Gespräche mit Verbänden, Stiftungen, Vereinen bzw. Interessengemeinschaften.

Seitenwechsel

- Im Mai 2021 verließ Frank Henkler-Stephanie das BfR und wechselte zum [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#), wo er als "Senior Director Tobacco Harm" tätig ist.^[1] Beim BfR war er unter anderem für die Risikobewertung von E-Zigaretten und verwandten Produkten zuständig und wirkte bei der Zulassung neuartiger Produkte sowie bei Normungsprozessen und Jugendschutzgesetzen mit.

Fallstudien und Kritik

2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"

Nach dem globalen Tabakkontroll-Abkommen, das auch Deutschland unterschrieben hat, sollen Kontakte zwischen der Branche und der Politik, inklusive ihrer Behörden, auf das absolut Notwendige beschränkt werden.^[2] Laut der Studie [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland](#) gab es im Berichtszeitraum nicht notwendige Interaktionen zwischen der Tabakindustrie oder ihr nahestehenden Gruppen und Mitarbeiter:innen des BfR, die wie folgt beschrieben werden:

„Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) lädt Tabakindustrie zu 22. BfR-Forum Verbraucherschutz im April 2022 ein - Thema: „Chancen und Risiken der E-Zigarette“: Nach einer Anfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) zu dieser Hybrid-Veranstaltung erklärte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), dass es drei Lobbygruppen der Tabak- und E-Zigarettenindustrie (Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse, BVTE; Bündnis für Tabakfreien Genuss, BfTG; und Verband des E-Zigarettenhandels, VdeH) zur Teilnahme eingeladen habe. Schließlich meldeten sich Personen von 29 Unternehmen oder Verbänden der Tabakindustrie, der E-Zigarettenindustrie oder verwandter Branchen an und durften teilnehmen, darunter Mitarbeitende aller großen Tabakkonzerne in Deutschland,

Branchenverbände und verschiedene Lobbyorganisationen. Ein Vertreter einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, des Bündnisses für Tabakfreien Genuss (BfTG), Dustin Dahlmann, war Podiumsteilnehmer der abschließenden Diskussionsrunde. Frank Henkler-Stephani, ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesinstituts für Risikobewertung, der 2021 zur Tabak- und E-Zigaretten-Lobbygruppe Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE) wechselte, beteiligte sich aktiv als Teil des Publikums an der Diskussion. In seinem Schreiben an uns erwähnte das Institut, dass Industrieverbände wiederholt schriftlich um eine Möglichkeit zum Austausch gebeten hätten. Es erklärte, dass es die Bestimmungen von Artikel 5.3 im Vorfeld erörtert habe und dass es nicht beabsichtige, dieses Veranstaltungsformat in Zukunft zu ändern und es „der gesamten interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen“ solle. Es ist überzeugt, dass die Veranstaltung gezeigt hat, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) trotz der Teilnahme von Industriegruppen „unabhängig von Interessen der Herstellerverbände seinem gesetzlichen Auftrag nachkommt“. Auf seiner Webseite schreibt das Institut: „Um seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, tauscht sich das BfR mit allen relevanten Stakeholdern (NGO, Verbraucherverbänden, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien) aus.“ In einem weiteren Schreiben an das Deutsche Krebsforschungszentrum erklärt das Institut, dass es in den Jahren 2021 und 2022 keine weiteren Treffen mit der Tabakindustrie gegeben habe, erklärt aber, dass es im August 2020 ein Treffen mit dem Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE), dem Bündnis für Tabakfreien Genuss (BfTG) und dem Verband des E-Zigarettenhandels (VdeH) zum Thema E-Zigaretten und orale Nikotinprodukte durchgeführt habe. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Im Rahmen seiner Präventionsstrategie hat das BfR auch Kontakt zu Industrieverbänden. [...] Über diese Kontakte berichtet das BfR auch in einer online verfügbaren Broschüre über ‚Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis‘. [...] Die Tabakverbände sind hier noch nicht aufgelistet, da es hier keine regelmäßigen Gespräche gibt.“

Darüber hinaus nahm Elke Pieper, eine Mitarbeiterin des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), in den Jahren 2020 und 2022 als Vertreterin des BfR an Podiumsdiskussionen teil, die vom Online-Magazin [egarage.de](#) organisiert und vom Bündnis für tabakfreien Genuss, einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, gesponsert wurden. Weitere Podiumsteilnehmende bei diesen Veranstaltungen waren Mitglieder des Bundestages“

2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden

Nach einer am 12. Mai 2021 veröffentlichten Entscheidung des OLG Düsseldorf durfte das von der Initiative [FragDenStaat](#) angeforderte Gutachten des Bundesinstituts für Risikobewertung zu Glyphosat im Internet veröffentlicht werden.^[3] Die Veröffentlichung des Gutachtens stelle keine Urheberrechtsverletzung dar.

2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde [EFSA](#) bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[4] Die [EFSA](#) begründet - wie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber [Monsanto](#) und [Cheminova](#) gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europaparlamentarier hatten die [EFSA](#) daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der [EFSA](#) und der Chemiekonzerne.

2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung

Das BfR hat im Januar 2015 einen Bericht über das Herbizid Glyphosat angefertigt, welcher an die [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) übermittelt wurde. Laut einem Schreiben der [EU-Kommission](#) an die Nichtregierungsorganisation *Testbiotech* unterliegt der Bericht vollständig der Geheimhaltung und darf nicht veröffentlicht werden. Gleichzeitig hatten [Monsanto](#) und andere Hersteller von Glyphosat Zugang zu einem aktuellen Entwurf des Berichtes.^[5] Auf der Grundlage des Berichts hat die EFSA empfohlen, Glyphosat weiter zuzulassen – obwohl die Weltgesundheitsorganisation WHO ihn als „wahrscheinlich krebserregend“ bezeichnet.^[6] Am 27. November 2015 haben knapp 100 Wissenschaftler in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR erhoben.^[7] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[8]

Recherchen der Süddeutschen Zeitung (SZ) zeigen, dass das BfR bei seiner Risikoanalyse von Glyphosat Einschätzungen der Industrie übernommen hat, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.^[9] Die Behauptung des BfR, es habe im Rahmen der EU-Wirkstoffprüfung von Glyphosat mehr als 1000 Studien, Dokumente und Veröffentlichungen umfassend geprüft und ausgewertet, treffe nicht zu. Vielmehr gebe es Hinweise, dass die Behörde schlicht die Standpunkte der Hersteller nahezu wortwörtlich übernommen habe. Dies zeige der Vergleich von Textpassagen aus dem von der Industrie eingereichten Dossier mit dem BfR-Bewertungsbericht zu Glyphosat. Wenn kritische Studien von der Industrie als unbrauchbar bezeichnet würden, dann wäre eigentlich zu erwarten, dass die Behörden diese Einschätzung besonders gründlich prüften. Dies sei jedoch nicht geschehen. Vielmehr seien Bewertungen der Industrie nahezu wortwörtlich wiedergegeben worden; eigene Bewertungen, die von der Behörde selbst stammten, suche man vergeblich. Laut SZ hat das BfR auf diese Weise in den letzten 15 Jahren fast alle unabhängigen Studien zu Krebsrisiken "bewertet".^[10] Das BfR habe sich zu den konkreten Vorwürfen nicht geäußert, sondern lediglich erklärt, es habe alle relevanten und verfügbaren Studien sorgfältig und detailliert in eigener Verantwortung geprüft und bewertet. Am 5.10.2017 hat das BfR in einer Presseerklärung die Plagiatsvorwürfe zurückgewiesen.^[11]

2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren

Das [Europäische Parlament](#) hatte 2009 eine starke Regulierung von chemischen Stoffen auf den Weg gebracht, die auf den Menschen wie Hormone wirken, sogenannten Endokrine Disruptoren. Darunter fallen z. B. eine Anzahl von Pestiziden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Industrieverbände laufen dagegen Sturm und warnen vor Ernteverlusten beim Verbot dieser Pestizide. Das BfR argumentiert ganz ähnlich wie die Industrie und äußert in einem Positionspapier von 2011 "große Bedenken" wegen der "bedeutenden wirtschaftlichen Folgen".^[12] Laut einem Spiegel-Bericht aus dem Jahr 2015 beauftragt die [EU-Kommission](#) auch die [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA), eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten.^[13] Die EFSA setzt dazu eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein. 8 Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie, 3 haben bereits zu Gunsten der Industrie Stellung bezogen und nur 4 haben überhaupt wissenschaftlich zum Thema endokrine Disruptoren gearbeitet. Ergebnis der EFSA-Stellungnahme war, dass die Substanzen wie "die meisten anderen Chemikalien" behandelt werden können. Laut dem zitierten Spiegel-Bericht erschien kurz vor Fertigstellung der Efsa-Einschätzung ein Bericht der

Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Umweltschutzprogramms der Vereinten Nationen (Unep) zum selben Thema. Das Ergebnis lautete kurz zusammengefasst: Endokrine Disruptoren stellen "eine globale Bedrohung" dar und müssten reguliert werden". Im Jahr 2015 stellte der Europäische Gerichtshof in einem Urteil fest, dass die Europäische Kommission mit ihrer Untätigkeit das EU-Recht missachtet habe.^[14] Darauf kündigte diese 2016 die lang ersehnten wissenschaftlichen Kriterien an, wie hormonaktive Substanzen zu erkennen seien.

2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie

Das Insektizid Chlorpyrifos, das gegen Ameisen eingesetzt wird, ist in den USA seit 2001 für den Haus- und Gartenbedarf verboten. Der Grund: Chlorpyrifos sei gesundheitsgefährdend. Bei uns ist es zugelassen, frei verkäuflich und eines der meist verkauften Insektizide.

Zuständig für die Begutachtung des umstrittenen Ameisenmittels ist das BfR. Das BfR verweist auf Studien, die angeblich die Ungefährlichkeit des Ameisengiftes nachweisen. Report MÜNCHEN fand heraus, dass solche Studien von der Pflanzenschutz-Industrie meist selbst in Auftrag gegeben und in der Regel auch bezahlt werden. Es sind sogenannte "Graue Studien". Diese sind nicht veröffentlicht worden und können von unabhängigen Forschern oft gar nicht überprüft werden. Report MÜNCHEN stellt fest, dass einige der ExpertInnen der zuständigen **Kommission für Pflanzenschutzmittel** direkt aus der Pestizid-Industrie kommen – 2 sind von Bayer, einer von BASF und einer arbeitet für Syngenta. Im Laufe der Report MÜNCHEN - Recherchen hat das BfR bekannt gegeben, dass es jetzt eine erneute Überprüfung der Ameisenmittel mit Chlorpyrifos fordert.^[15]

2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?

Die **BfR-Kommission für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel** hat sich intensiv damit befasst, ob DNA-Bestandteile von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in tierisches Gewebe übergehen können.

Da die Einschätzung dieser Frage unmittelbare Auswirkungen auf die Kennzeichnungspflicht von mit Gentechnik hergestellten tierischen Produkten hat, ist diese Thema für den Verbraucher von besonderer Relevanz. Bereits 2004 befassten sich 3 Experten der Kommission mit diesem Thema und kamen zu dem Ergebnis das "kein Übergang von gentechnisch veränderten Komponenten" nachweisbar ist. Anders lautende Studien, so stellten die Autoren damals fest, lägen nicht vor. Diese Stellungnahme war eine direkte Reaktion auf einen Bericht von Greenpeace aus dem selben Jahr, der sich auf eine Studie der Uni München bezog, welche DNA-Abschnitte aus genetisch veränderten Futterpflanzen in tierischen Gewebe festgestellt hatte.

Trotz zahlreicher in den Folgejahren veröffentlichter Studien, die eine Kontamination von tierischem Gewebe mit DNA-Abschnitten aus gentechnisch veränderten Futterpflanzen nachwiesen, blieben die BfR-Experten bei ihrer Einschätzung. Eine Publikation italienischer Wissenschaftler (Tudisco et al., 2010) nahm die BfR-Kommission schließlich zum Anlass sich erneut mit dieser Thematik zu befassen. Nach "kritischer Prüfung" kam die Kommission zu der Einschätzung, "dass sich aus der Studie keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich eines Transfers rekombinanter DNA aus gentechnisch veränderten Pflanzen auf höhere Tiere und dessen

potentielle Auswirkungen ableiten lassen." Lediglich mit einem Satz räumen die Experten des BfR in ihrer 5-seitigen Stellungnahme ein, dass sich die Sachlage gegenüber dem Kenntnisstand von 2004 tatsächlich verändert hat.^[16]

Was das für die Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen bedeutet, kann derzeit schwer abgeschätzt werden. Trotzdem gelangte die Expertenkommission zur der Auffassung, dass keine weiteren Untersuchungen nötig seien.

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Präsident Andreas Hensel
Vizepräsidentin Tanja
 Schwerdtle

(Stand: November 2023) Quelle: ^[17]

Wissenschaftlicher Beirat des BfR

Der Wissenschaftliche Beirat des BfR setzt sich aus 17 WissenschaftlerInnen verschiedener Universitäten und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zusammen. Er hat vorrangig die Aufgabe, das BfR bei seiner Schwerpunktsetzung in der Forschung zu beraten. Zudem berät er das BfR bei der Besetzung der BfR-Kommissionen.^[18]

BfR-Kommissionen^[19]

Die Mitglieder der BfR-Kommissionen sollen als externe, unabhängige Sachverständige die Arbeit des BfR unterstützen.

BfR-Kommission	Mitglieder
Bedarfsgegenstände	
Bewertung von Vergiftungen	
Deutsches Zentrum zum Schutz von Versuchstieren (Bf3R)	Mitglieder sind u.a. ^[20] : Barbara Birks, BASF; Julia Scheel, Röhm AG (Anbieter der Methacryl-Chemie); Bernward Gasthoff, Geschäftsführer der Bio Clustermanagement NRW GmbH, ehem. Bayer-Manager, 2006-2009 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie im Verband der Chemischen Industrie (VCI) ^[21]
Biologische Gefahren	

BfR-Kommission	Mitglieder
und Hygiene	
Ernährungsrisiken, neuartige Lebensmittel und Allergien	
Evidenzbasierte Methoden in der Risikobewertung	
Futtermittel und Tierernährung	
Genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel	Mitglieder sind u.a. ^[22] : Hermann-Josef Baaken, Sprecher der Geschäftsführung des Verbands Tiernahrung e.V., CDU-Kommunalpolitiker, ehem. Lobbyist bei Bayer CropScience ^[23] ; Johannes Meyer, HMO Global Regulatory Affairs Associate Partner beim Biotechnologieunternehmen Chr. Hansen GmbH; Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin der BioMath GmbH.
Kontaminanten in der Lebensmittelkette	
Kosmetische Mittel	
Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte	Von den Mitgliedern sind zwei bei der BASF und je eine Person bei Bayer SAS , Thor GmbH, Syngenta Crop Protection AG und Stockmeier Chemie beschäftigt ^[24]
Risikoforschung und Risikowahrnehmung	
Tätowiermittel	

BfR-Kommission	Mitglieder
el	
Wein- und Fruchtsaftanalysen	

Das BfR ist der nationale Partner der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit \(EFSA\)](#).

Finanzen

Das Budget des BfR beträgt 130 Mio. € (Stand 2022)^[25]

Weiterführende Informationen

- [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland 2023](#)
- [Helmut Butscher-Schaden, Peter Clausing und Claire Robinson: Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft](#), Hrsg. GLOBAL 2000 Friends of the Earth Austria, März 2017
- Die aktualisierte Studie von "TestBiotech" zum Einfluss der Industrie auf das BfR lautet: [Andreas Bauer-Pankus & Christoph Then: Der lange Arm der Industrie: Einflussnahme auf Forschung und Behörden in Deutschland im Bereich Gentechnik und Lebensmittelsicherheit](#), Hrsg. Test Biotech, Veröffentlichungsjahr: 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Index Einflussnahme Tabakindustrie Deutschland 2023](#), dkfz.de, abgerufen am 21.11.2023
2. ↑ [Wie 90 Tabak-Lobbyisten Behörden und Politiker beeinflussen](#), sueddeutsche.de vom 14.11.2023, abgerufen am 25.11.2023
3. ↑ [Kein „Zensurrecht“ bei Veröffentlichungen des Glyphosat-Gutachtens](#), lto.de vom 12.05.2021, abgerufen am 12.05.2021
4. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017
5. ↑ [EU-Kommission stuft Bericht über Glyphosat als geheim ein ... Testbiotech](#) vom 18.08.2015, abgerufen am 24.08.2015
6. ↑ [Wahrscheinlich \(nicht\) krebserregend](#) Taz vom 12.11.2015, abgerufen am 13.11.2015
7. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com, abgerufen am 03. 12. 2015

8. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), Süddeutsche.de vom 30. November 2015 , abgerufen am 03. 12. 2015
9. ↑ [Neue Zweifel am Urteil](#), sueddeutsche. de vom 17.09.2017, abgerufen am 19.09.2017
10. ↑ [Wenn Monsanto die Risiken einfach selbst bewertet](#), sueddeutsche.de vom 22.09.2017, abgerufen am 23.09.2017
11. ↑ [Haltlose Vorwürfe gegen wissenschaftliche Bewertungsbehörden](#), bfr.bund.de vom 05.10.2017
12. ↑ [BfR-Positionspapier \(engl.\): REGULATORY DEFINITION OF AN ENDOCRINE DISRUPTER IN RELATION TO POTENTIAL THREAT TO HUMAN HEALTH](#) BfR vom 16. Mai 2011, abgerufen am 28.05.2015
13. ↑ [EU-Chemikalienregulierung: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#) Spiegel-Online vom 20.05.2015, abgerufen am 28.05.2015
14. ↑ [Lobby Planet Brüssel](#), Deutsche Ausgabe: September 2017, S. 143
15. ↑ [Wie unabhängig sind Experten des Bundesinstituts für Risikobewertung?](#) report MÜNCHEN vom 07.08.2012, abgerufen am 12.06.2013
16. ↑ [Webseite BfR - Gentransfer aus Futterpflanzen auf höhere Tiere](#), abgerufen am 24.05.2012
17. ↑ [Webseite BfR - Präsidium](#), abgerufen am 20.11.2023
18. ↑ [Webseite BfR - Wissenschaftlicher Beirat](#), abgerufen am 23.11.2023
19. ↑ [Webseite BfR - Kommissionen](#), abgerufen am 03.06.2017
20. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 5.11.2023
21. ↑ [Expertise](#), bgb-beratung.de, abgerufen am 25.11.2023
22. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 22.11.2023
23. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 21.11.2023
24. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 20.11.2023
25. ↑ [Webseite BfR - Zahlen und Fakten](#), abgerufen am 21.11.2023

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

Die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit** (**EFSA** , engl. European Food Safety Authority) ist eine **Agentur der EU**. Zu ihren Aufgaben gehören Lebens- und Futtermittelsicherheit, Ernährung, Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit. Sie ist zum Beispiel zuständig für Pestizidrückstände in Lebensmitteln, Zusatzstoffe, Gen-Pflanzen und Verpackungen.

Annette Toft, Brüsseler Cheflobbyistin des "Danish Agriculture & Food Council", einem Mitgliedsunternehmen des Verbands **COPA-COGECA** sowie Vorsitzende der **COPA-COGECA**-Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln, ist Mitglied des Verwaltungsrats von EFSA.^{[1][2]} 2017 hatten außerdem fast die Hälfte der WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien parallel Posten bzw. Verbindungen zu Lobbyverbänden der Lebensmittelindustrie bzw. den Lebensmittelkonzernen selbst. Es bestehen deswegen Zweifel, ob die EFSA nur für das Allgemeinwohl handelt. Ihr wird - belegbar - vorgeworfen, dass sie die Interessen der Industrie, insbesondere die der Gentechnik-Industrie, zu stark berücksichtigt.

**Europäische Behörde für
Lebensmittelsicherheit**



Hauptsitz	Parma
Gründung	28. Januar 2002
Tätigkeitsbereich	Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit
Mitarbeiter	450 MitarbeiterInnen
Etat	73 Mio. Euro
Webadresse	efsa.europa.eu

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	209
1.1 Fast die Hälfte der EFSA-WissenschaftlerInnen hat Industrieverbindungen	209
1.2 Die Lebensmittelindustrie im Verwaltungsrat und an anderen Stellen	209
1.3 Chronologie des Falls Diana Banati	210
1.4 Verflechtungen mit dem International Life Sciences Institute (ILSI)	210
2 Richtlinien der EFSA zu lobbyrelevanten Themen	211
2.1 Regeln zu Interessenkonflikten	211
2.2 Regeln zur Einbeziehung von Interessengruppen ("Stakeholders")	212
3 Fallstudien und Kritik	212
3.1 2017/2019: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien	212
3.2 2015: EFSA weiter für die Zulassung von Glyphosat	212
3.3 2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren	213
3.4 2014: EU-Parlament will eine 2-jährige Abkühlphase	213
3.5 2013: Die Nominierung von Beate Kettlitz	213
3.6 2012: Kritik vom EU-Parlament und Rechnungshof	213
3.7 2012: Verschiedene Standards bei der EFSA bei wissenschaftlichen Publikationen	214
3.8 2012: Die Nominierung von Mella Frewen	214
3.9 2012: EFSA erlaubt Anbau von Gen-Soja	214
3.10 2012: Gentechnik-Befürworter dominieren Expertengremium weiterhin	215
3.11 2010: Zulassung der Gentechnik-Kartoffelsorte Amflora	215
3.12 2008: Seitenwechsel von Suzy Renckens	215
3.13 2007: Bisphenol A - Grenzwerte	216
4 Organisationsstruktur und Personal	216
4.1 Verwaltungsrat der EFSA ("Management Board")	216
4.2 Geschäftsführender Direktor	216
4.3 Wissenschaftliche Gremien / Wissenschaftlicher Ausschuss	218
5 Partner und Netzwerke	219
5.1 Stakeholder-Forum	219
5.2 Stakeholder-Büro	219
5.3 Spezielle Plattformen	219
6 Finanzen	220
7 Kurzdarstellung und Geschichte	220
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	220
9 Einzelnachweise	220

Einflussnahme und Lobbystrategien

Fast die Hälfte der EFSA-WissenschaftlerInnen hat Industrieverbindungen

Die lobbykritische Organisation CEO hatte im Oktober 2013 die Studie "Unhappy meal. The European Food Safety Authority's independence problem" zu den Wissenschaftlichen Gremien der EFSA veröffentlicht.^[3] Danach hatten 123 von 209 (59%) WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien mindestens eine Verbindung zur Industrie - zu genau den Industriezweigen, die von der EFSA reguliert werden sollen. Sie dominierten damit 9 der 11 Wissenschaftlichen Gremien. Den Negativrekord hielt das Gremium "Diätetische Produkte, Ernährung und Allergien" (NDA), in dem 17 der 20 Wissenschaftler insgesamt 108 Verbindungen zur Industrie, zu Lobbygruppen oder zu von der Wirtschaft finanzierten Organisationen hatten.

Im Juni 2017 hat CEO in einer neuen Studie die Industrieverbindungen aktualisiert.^{[4][5]} Danach hat sich die Situation nur leicht verbessert: Der Anteil von Experten mit einem Interessenkonflikt ist von 59 % im Jahr 2013 auf 46 % im Jahr 2017 zurückgegangen. Die Industrie dominierte 4 der 11 Wissenschaftlichen Gremien. Den Negativrekord hält 2017 das Gremium „Lebensmittelzusatzstoffe und Lebensmitteln zugesetzte Nährstoffquellen“ (ANS), in dem 12 von 21 der Wissenschaftler Verbindungen zur Industrie, zu Lobbygruppen oder zu von der Wirtschaft finanzierten Organisationen haben.^[6]

Die Lebensmittelindustrie im Verwaltungsrat und an anderen Stellen

Annette Toft ist Brüsseler Cheflobbyistin des "Danish Agriculture & Food Council", einem Mitgliedsunternehmen des Dachverbands COPA COGECA, und Vorsitzende der COPA COGECA - Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln.^{[7][8]} Weiterhin ist sie Mitglied der folgenden EU-Plattformen: "Platform on health, nutrition, and physical activity" und "Platform on food waste"^[9]

Die lobbykritische Organisation CEO hat 2011 in einer Studie^[10] aufgezeigt, dass mehrere damalige Verwaltungsratsmitglieder der EFSA gleichzeitig in Gremien und Aufsichtsräten der Lebensmittelindustrie arbeiteten.

Die EFSA leugnete diese Verbindungen nicht, sah aber in ihnen auch keinerlei Probleme. Dass Mitglieder des Verwaltungsrates der EFSA, der höchsten europäischen Lebensmittelbehörde, auch von der Lebensmittelindustrie bezahlt werden und dadurch Interessenkonflikte auftreten können, war für die **Europäische Kommission** anscheinend nicht vorstellbar. Dabei haben Verwaltungsratsmitglieder erheblichen Einfluss in der EFSA und auf deren Aufgaben. Neben der strategischen Ausrichtung und dem Beschluss des Haushaltes, besetzt der Verwaltungsrat auch die wissenschaftlichen Gremien, die für die Gutachten der EFSA verantwortlich sind. Dort platzierte industrienaher Wissenschaftler können maßgeblichen Einfluss auf spätere Entscheidungen ausüben. Eigentlich ist es die Aufgabe des Verwaltungsrats, dafür zu sorgen, dass die Behörde unabhängig bleibt.

Als Reaktion auf diese auch vom EU-Parlament geäußerte Kritik hat die EFSA Maßnahmen beschlossen, die die Unabhängigkeit der Behörde wahren und Interessenkonflikte verhindern sollen. Diese finden sich in den Unabhängigkeitsrichtlinien von 2011^[11], die im Juni 2017 überarbeitet wurden.^[12] CEO bewertet auch die neuen Regeln als unzulänglich.^[13]

Im März 2016 wurde bekannt, dass ausgerechnet Barbara Gallani, eine Lobbyistin der englischen Lebensmittelindustrie, die Kommunikationsabteilung der Behörde leiten soll.^[14]

Chronologie des Falls Diana Banati

Exemplarisch war 2012 der Fall [Diana Banati](#). Banati war Mitglied des Verwaltungsrats der EFSA als 2010 aufgedeckt wurde, dass sie zeitgleich im Vorstand des Industrielobbyverbandes [International Life Sciences Institute](#) (ILSI) sitzt. Daraufhin trat sie von diesem Posten zurück. Dennoch wurde sie kurz darauf zur Vorsitzenden des EFSA-Verwaltungsrates gewählt. Schlusspunkt dieses Skandals war nun, dass Banati im Mai 2012 wieder einen Posten bei dem [ILSI](#) angenommen hat. Daraufhin musste sie nun komplett aus dem EFSA-Verwaltungsrat ausscheiden.

- [Diána Bánáti](#) wurde im Juni 2006 als Mitglied des EFSA-Verwaltungsrats ernannt und 2010 für eine zweite vierjährige Amtszeit wiederberufen.
- Im September 2010 kam heraus, dass Frau Bánáti gleichzeitig Mitglied des Vorstandes beim [International Life Sciences Institute](#) (ILSI) war, was sie jedoch in ihrer Selbstauskunft bei der EFSA im März 2010 verschwiegen hatte.^[15]
- Erst auf Drängen von José Bové, MdEP der französischen Grünen, trat sie nach Bekanntwerden dieser Personalie im Oktober 2010 vom ILSI-Vorstand zurück, durfte aber ihren Job bei der EFSA ohne Konsequenzen behalten.^[15]
- Im Oktober 2010 wurde sie dann zur Vorsitzenden des EFSA-Verwaltungsrats gewählt.
- Für den Zeitraum von Oktober 2010 bis Mai 2012 hat Diána Bánáti keine Angaben über eine Verbindung zu ILSI Europe gemacht.
- Die EFSA wurde am 08.05.2012 von Bánáti informiert, dass sie wieder eine berufliche Position beim ILSI übernehmen werde. Auf Wunsch der EFSA ist Diána Bánáti als Mitglied und Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats zurückgetreten, da diese Position nicht vereinbar sei mit ihren Funktionen bei der EFSA.
- Bánáti wurde zum neuen "Executive and Scientific Director" von ILSI Europe ernannt.^[16]

Quelle: ^[17]

Verflechtungen mit dem [International Life Sciences Institute](#) (ILSI)

Bis 2012 gab es enge Verflechtungen zwischen EFSA und ILSI. Neben [Diana Banati](#) und [Milan Kovác](#) aus dem Verwaltungsrat der EFSA sind weitere Verbindungen von Experten der EFSA mit dem ILSI bekannt.

- [Harry Kuiper](#) war von 2003-2012^[18] der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen" (GMO), das die Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen prüft. Zugleich hatte er enge Beziehungen zum ILSI. Er war Mitglied einer sogenannten Task Force von ILSI, die von einem Mitarbeiter der US-Firma [Monsanto](#) geleitet wurde. Andere Mitglieder der Gruppe waren Vertreter der Konzerne [Bayer](#), [Dow AgroSciences](#), [Dupont](#) und [Syngenta](#). Sie alle produzieren gentechnisch veränderte Pflanzen.^[19]
- [Gijs Kleter](#) war Mitglied des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen" (GMO). Er arbeitete viele Jahren mit dem International Life Science Institute (ILSI) zusammen.^[20]
- [Alfonso Lampen](#), Leiter der Abteilung Lebensmittelsicherheit des [BfR](#), war Mitglied der EFSA-Expertengruppe „Scientific assessment support working groups“ (SAS) und pflegte enge Beziehungen zum ILSI: Er gehörte u.a. der Expertengruppe „From Thresholds to Action Levels“ an und leitet die Beratergruppe „Advisory Group on 3-MCPD Esters in Food Products“. Lampen hat in seiner Interessenerklärung bei der EFSA seine Kontakte zum ILSI nicht angegeben.^[21]

- Für das ILSI aktiv waren auch die deutschen Experten **Roland Franz** und **Karl Heinz Engel**, die gleichzeitig für das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) in Berlin tätig waren. Beide hatten gegenüber der EFSA ihre Aktivitäten bei ILSI nicht angegeben.^[20]

Die personellen Verflechtungen zwischen EFSA und ISLI sind nach dem Inkrafttreten der Unabhängigkeitsrichtlinie größtenteils aufgelöst worden. Ab 2012 schieden ISLI-Repräsentanten aus EFSA-Gremien aus und Mitglieder von EFSA-Gremien stellten ihre Aktivitäten bei ISLI ein. Die ILSI-Tochtergesellschaft **Health and Environmental Sciences Institute** (HESI) benennt jedoch auf ihrer Webseite die EFSA weiterhin als Partnerorganisation (Stand: Dezember 2017).^[22]

Richtlinien der EFSA zu lobbyrelevanten Themen

Regeln zu Interessenkonflikten

Die EFSA hat auf Kritik an Interessenskonflikten reagiert und Ende 2011 Richtlinien der Behörde zu Unabhängigkeit und wissenschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen verabschiedet.^[23] Alle WissenschaftlerInnen der Wissenschaftlichen Gremien und ihrer Arbeitsgruppen müssen eine Verpflichtung zu unabhängigem Handeln – sowie jährlich eine Erklärung zu etwaigen Interessenkonflikten abgeben. Die Interessenerklärungen werden von der EFSA veröffentlicht. EFSA-Mitarbeiter, die die EFSA verlassen, müssen die Behörde innerhalb von 2 Jahren nach ihrem Ausscheiden über nachfolgende Beschäftigungsverhältnisse unterrichten, damit die EFSA prüfen kann, ob diese möglicherweise zu einem Interessenkonflikt führen könnten.^[23] Die lobbykritische Organisation CEO hat die Unabhängigkeitsrichtlinien 2013 mit dem Ergebnis geprüft, dass die Vorgaben lückenhaft sind und die Behörde bei der Überprüfung ihrer eigenen Mitarbeiter versagt.^[24] So sehe die EFSA nur dann einen Interessenkonflikt, wenn der fragliche Experte zum exakt selben Thema des wissenschaftlichen Gremiums auch in der Industrie arbeite. Auch würden die abgegebenen Interessenerklärungen nicht weiter überprüft.

Die im Juni 2017 überarbeiteten Unabhängigkeitsrichtlinien enthalten u.a.^{[25][26]}:

- eine neue Definition eines Interessenkonflikts
- ein Regelpaket zur Cooling-off-Periode („Abkühlungsphase“) für externe Sachverständige
- eine Verpflichtung für Experten, den Anteil ihres jährlichen Einkommens von jeder Organisation, Einrichtung oder Firma anzugeben, deren Tätigkeiten in den Arbeitsbereich der EFSA fallen
- Veröffentlichung der Liste der institutionellen Partner („institutional fellows“) der EFSA

Die aktuellen Richtlinien bleiben in Kraft, bis neue Durchführungsbestimmungen für die überarbeiteten Richtlinien verabschiedet werden. Die Durchführungsbestimmungen lagen Ende 2017 noch nicht vor.^[27]

Laut Einschätzung von CEO enthält die Neuregelung einige Verbesserung zur Transparenz und verschärft die Bestimmungen zur Beratung und der Rolle des Managements^[28] Die Verbesserungen seien jedoch vermutlich begrenzt, weil einige Schlupflöcher der alten Regelung nicht geschlossen wurden. Der Anwendungsbereich für die Beurteilung der Interessenkonflikte von Experten der EFSA-Gremien scheine so unbestimmt zu bleiben, dass er nicht geeignet sei, finanzielle Interessenkonflikte zu verhindern. Die unbestimmten Formulierungen sollten deshalb in den Durchführungsbestimmungen näher erläutert werden.

Regeln zur Einbeziehung von Interessengruppen ("Stakeholders")

Der Verwaltungsrat („Management Board“) der EFSA hat im Juni 2016 Kriterien für die Registrierung von Interessenvertretern („Stakeholders“) und die Errichtung eines „Stakeholder Forum“ und eines „Stakeholder Bureau“ bekanntgegeben.^{[29][30]} Die EFSA unterteilt ihre Interessengruppen in sieben Hauptgruppen: Verbraucherverbände, Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbände, Unternehmen und Lebensmittelindustrie, Vertreiber und Horeca, Berufs- und Fachverbände, Wissenschaftler, Landwirte und Primärerzeuger.^[31] Neben den beiden ständigen Gremien Stakeholder-Forum und Stakeholder-Büro wird es eine Reihe spezieller Plattformen geben, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht. Hierzu gehören: Mandat-Arbeitsgruppen, Wissenschaftliche Kolloquien, Diskussionsgruppen, Roundtables, Kommunikationslabor, Infor-Sessions.

Fallstudien und Kritik

2017/2019: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützte die Bundesregierung die EFSA bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[32] Die EFSA begründete - wie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber [Monsanto](#) und [Cheminova](#) gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europaparlamentarier haben die EFSA daraufhin vor dem Gericht der Europäischen Union mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der EFSA und der Chemiekonzerne.

Das Gericht der Europäischen Union hat am 7. März 2019 entschieden, dass die EFSA Studien veröffentlichen muss, die das Krebsrisiko von Glyphosat untersuchen.^[33] Diese hatte sich mit dem Argument geweigert, die Studien enthielten Geschäftsgeheimnisse der Glyphosat-Hersteller. Nach Auffassung des Gerichts sind Informationen über Umweltemissionen wichtiger als Geschäftsinteressen. Gegen die Entscheidung kann ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof eingelegt werden.

2015: EFSA weiter für die Zulassung von Glyphosat

Die EFSA hat empfohlen, den weltweit meistverkauften Pestizidwirkstoff Glyphosat weiter zuzulassen - obwohl die [Weltgesundheitsorganisation](#) (WHO) ihn als „wahrscheinlich krebserregend“ bezeichnet.^[34] Am 27.11.2015 haben knapp 100 WissenschaftlerInnen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar [Vytenis Andriukaitis](#) schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) erhoben.^[35] Die Analyse des BfR sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien

"durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[36] Im März 2016 stimmte der Umweltausschuss des **EU-Parlaments** gegen die voreilige Verlängerung der Zulassung.^[37] Im Laufe des Entscheidungsprozesses kam keine qualifizierte Mehrheit im **Ministerrat der EU** zu Stande, so dass die Genehmigung erloschen würde. In solchen Fällen kann die **EU-Kommission** die letzte Entscheidung fällen. Ende Juni 2016 kündigte der zuständige EU-Kommissar **Vytenis Andriukaitis** an, dass es eine Verlängerung der Glyphosat-Genehmigung um bis zu 18 Monate geben werde.^[38]

2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren

Das **EU-Parlament** hatte 2009 eine starke Regulierung von chemischen Stoffen auf den Weg gebracht, die auf den Menschen wie Hormone wirken, sogenannten Endokrine Disruptoren. Darunter fallen z. B. eine Anzahl von Pestiziden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Industrieverbände laufen dagegen Sturm und warnen vor Ernteverlusten beim Verbot dieser Pestizide. Das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) argumentiert ganz ähnlich wie die Industrie und äußert in einem Positionspapier von 2011 "große Bedenken" wegen der "bedeutenden wirtschaftlichen Folgen".^[39] Daneben beauftragt die **EU-Kommission** die EFSA eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten. Die EFSA setzt dazu eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein. 8 Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie, 3 haben bereits zu Gunsten der Industrie Stellung bezogen und nur 4 haben überhaupt wissenschaftlich zum Thema endokrine Disruptoren gearbeitet. Ergebnis der EFSA-Stellungnahme ist, dass die Substanzen wie "die meisten anderen Chemikalien" behandelt werden können.^[40]

2014: EU-Parlament will eine 2-jährige Abkühlphase

Das **EU-Parlament** fordert von der EFSA in einer EntschlieÙung vom 03.04.2014 die Einführung einer 2-jährigen Abkühlphase bevor WissenschaftlerInnen mit Verbindungen zur Agrar-und Lebensmittelindustrie für die EU-Agentur arbeiten dürfen.^[41]

2013: Die Nominierung von Beate Kettlitz

Für die Neubesetzung des Verwaltungsrates im Juni 2014 wurde **Beate Kettlitz** nominiert. Kettlitz ist Cheflobbyistin bei **FoodDrinkEurope** (FDE), des größten EU-Dachverbands der Lebensmittelindustrie. Sie ist seit 2005 Direktorin des Bereiches 'Food Policy, Science and R&D' und ausserdem zuständig für die Betreuung der Lobby Plattform **Food For Life**- einer **European Technology Platform** (ETP), die unter der Schirmherrschaft von FoodDrinkEurope steht.^[42] Beate Kettlitz steht nun nicht mehr auf der finalen Liste der KandidatInnen für den Verwaltungsrat.^[43]

2012: Kritik vom EU-Parlament und Rechnungshof

Das **EU-Parlament** (EP) verweigerte im Mai 2012 kurzzeitig die Entlastung des Haushalts 2010 der EFSA. Begründet wurde das zum einen mit überzogenen Ausgaben für den 15-köpfigen EFSA-Verwaltungsrat. Das EP verlangte "drastische Einschnitte ". Zum anderen wurden die Interessenkonflikte innerhalb der EFSA kritisiert.^[44] Auch der Europäische Rechnungshof beanstandete die Arbeit der EFSA indem er der Agentur einen unangemessenen Umgang mit Interessenkonflikten vorwarf.^[45]

2012: Verschiedene Standards bei der EFSA bei wissenschaftlichen Publikationen

Die gentechnik-kritische Organisation **Testbiotech** zeigt in einer Analyse, dass die EFSA unterschiedliche Standards bei der Bewertung wissenschaftlicher Publikationen anlegt. Demnach variieren die Kriterien von Fall zu Fall und die Bewertung von Studien wird anscheinend von vorgefassten Meinungen beeinflusst. Anlaß ist die französische Studie mit Ergebnissen von Langzeitversuchen mit gentechnisch verändertem Mais (NK603) und dem Herbizid *Roundup*. Hier zeigten sich bei Ratten deutliche Hinweise auf gesundheitliche Schäden (Séralini et al., 2012).

Die EFSA wies diese Ergebnisse mit dem Argument zurück, bei der Durchführung der Studie seien wissenschaftliche Standards wie die der OECD nicht eingehalten worden.

Die jetzt vorgelegte Analyse zeigt aber, dass die EFSA in der Vergangenheit bereits mehrfach Studien akzeptiert hat, die keineswegs die wissenschaftlichen Standards erfüllen, welche die Behörde nun als Maßstab an die Veröffentlichung aus Frankreich anlegt. Allerdings waren dies durchwegs Studien, in denen keine gesundheitlichen Risiken festgestellt wurden. Der Verdacht liegt nahe, dass sich die EU Behörde die ihr jeweils passenden Befunde selektiv herauspickt.

Laut Testbiotech zeigt die Studie aus Frankreich im Vergleich mit bisherigen Studien sogar ein deutlich höheres wissenschaftliches Niveau, auch wenn sie methodische Schwächen aufweist.^[46]

2012: Die Nominierung von Mella Frewen

Mella Frewen wurde im Frühjahr 2012 durch die **EU-Kommission** als neues Mitglied des Verwaltungsrates der EFSA vorgeschlagen. Der Vorschlag für ihre Nominierung war auf heftige öffentliche Kritik gestoßen, da bei Frewen Interessenkonflikte aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit befürchtet wurden. Frewen ist seit 2007 Generaldirektorin und damit Cheflobbyistin des Lebensmittelindustrieverband **FoodDrinkEurope** (FDE). Unter anderem betrieb Frewen 2009 intensive Lobbyarbeit, damit in der EU die Kontamination von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Pflanzen auch dann toleriert wird, wenn diese in der EU gar nicht zugelassen sind. Von 2002 bis 2007 war Frewen für **Monsanto**, Hersteller gentechnisch veränderter Organismen, als Cheflobbyistin für Europa und Afrika beschäftigt.

Im Juni 2012 wurde aus Verhandlungskreisen in Brüssel bekannt, dass der Ministerrat Mella Frewen nicht für den Verwaltungsrat der EFSA nominieren wird.^[47], ^[48]

2012: EFSA erlaubt Anbau von Gen-Soja

Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA erlaubt dem amerikanischen Agrarkonzern **Monsanto** erstmals den Anbau von Gen-Soja in Europa. Monsanto ist Marktführer unter den Gentechnikherstellern. Er würde gern Saatgut seines "Roundup Ready"-Soja für den Anbau in Europa verkaufen, das bislang nur für den Import zugelassen ist. Die Sorte kommt in der Regel in Verbindung mit einem Spritzmittel zum Einsatz, das den giftigen Wirkstoff Glyphosat enthält.^[49]

2012: Gentechnik-Befürworter dominieren Expertengremium weiterhin

Die Neubesetzung 2012 des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" bringt keinen Richtungswechsel: Nach wie vor dominieren die Befürworter der Agrogentechnik. Nach Einschätzung der NGO "Testbiotech" haben 11 der 20 Mitglieder Verbindungen zur Industrie oder sind als Befürworter der Agrogentechnik einzuschätzen:

- Ein Mitglied des Gremiums ist **Gijs Kleter**, der viele Jahre mit dem [International Life Science Institute \(ILSI\)](#) zusammenarbeitete.
- **Huw Jones**, ein weiterer Vertreter in dem Gremium, ist an der Entwicklung von gentechnisch verändertem Weizen beteiligt und kooperierte mit Konzernen wie [Bayer](#) und [Dow AgroSciences](#).
- **Patrick du Jardin** gehört der [Public Research and Regulation Initiative \(PRRI\)](#) an, die als Lobbygruppe versucht, Einfluss auf Prüfstandards und die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln zu nehmen. Er hat dies aber in seiner offiziellen Interessenserklärung bei der EFSA nicht angegeben.
- Aus Deutschland sitzen die Experten **Achim Gathmann** und **Christoph Tebbe** im Gremium der EFSA. Sie sind für eine eher unkritische Haltung gegenüber den Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen bekannt. ^[20]

2010: Zulassung der Gentechnik-Kartoffelsorte Amflora

Die NGO "Corporate Europe Observatory" (CEO) hat im November 2011 eine Studie veröffentlicht, die die Lobbyarbeit von [BASF](#) für die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora und die Verflechtungen der EFSA beleuchtet.

Im März 2010 hatte die [EU-Kommission](#) Amflora nach massiver Lobbyarbeit von BASF zugelassen. Vorausgegangen war 2009 eine umstrittene Stellungnahme der EFSA zur Nutzung von Antibiotika-Resistenzgenen in gentechnisch veränderten Organismen (GMO). Mehr als die Hälfte der unterzeichnenden Mitglieder des zuständigen Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" hatten laut der Studie Interessenkonflikte nach der Definition der OECD. Sie reichen von der Annahme von Fördergeldern der Gentechnik-Industrie über die Mitgliedschaft oder Mitarbeit in Pro-Gentechnik-Verbänden bis zum Schreiben oder Besprechen von Industrie-gesponserten Publikationen. Außerdem haben in dem Gremium Experten zur Nutzung von Antibiotika in der Humanmedizin gefehlt. Die Studie geht außerdem auf die Vorgeschichte der EFSA-Stellungnahme und die Rolle des niederländischen Wissenschaftlers **Harry Kuiper** ein. Er war in dem Zeitraum Vorsitzender des Wissenschaftlichen Gremiums der EFSA "Genetisch veränderte Organismen (GMO)" und hat enge Verbindungen zur Biotechnik-Industrie. Nach Recherchen von CEO bestätigt die Stellungnahme von 2009 eine Stellungnahme des GMO-Gremiums von 2004, die ihrerseits fast vollständig aus einem „review paper“ übernommen wurde, das von dem industrienahen EU-geförderten Forschungsprojekt ENTRANSFOOD gesponsert wurde. ^[50]

2008: Seitenwechsel von Suzy Renckens

Suzy Renckens war bis 2008 Abteilungsleiterin des Bereichs Gentechnik der EFSA. Sie wechselte kurz nach Beendigung dieser Tätigkeit zum Gentechnik-Unternehmen [Syngenta](#) - als Lobbyistin. Das Unternehmen stellt gentechnisch veränderte Pflanzen her und vermarktet sie. ^[51]

2007: Bisphenol A - Grenzwerte

Die EFSA beschloss Anfang 2007 die gesetzlichen Grenzwerte für Bisphenol A zu erhöhen, das heißt zu lockern.^[52] Bisphenol A ist ein chemischer Stoff, der für die Herstellung von Epoxidharzen und Polycarbonaten verwendet wird und z.B. in Trinkflaschen für Säuglinge und Kleinkinder vorkommt. Über 153 öffentlich finanzierte Studien kamen zu dem Ergebnis, dass Bisphenol A eine hormonähnliche Wirkung besitzt und insbesondere bei Kindern schädliche Folgen haben kann. Grundlage für die Entscheidung der EFSA war allerdings eine amerikanische Studie von **Research Triangle Institut** (RTI). Auffällig war, dass diese Studie den meisten anderen Studien zu Bisphenol A widersprach und dieses als ungefährlich einstufte. Die Süddeutsche Zeitung fand heraus, dass diese Studie durch das **American Plastics Council** finanziert wurde, einem Verband der Plastikindustrie.^[53] Diesem Verband gehört unter anderem **Bayer**, **Dow Chemicals** und **GE Plastics** an, die zu den größten BPA-Produzenten auf der Welt gehören. Dieser Beschluss zeigt, wie groß der Lobbyeinfluss von großen Wirtschaftsunternehmen und Verbänden auf die Politik ist und wie sich die EFSA dadurch beeinflussen lässt.

Phillip Mimkes von Beirat der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.: „*Seit Jahrzehnten ist die hormonelle Wirkung von Bisphenol A bekannt – trotzdem verharmlost der größte deutsche Hersteller, der Leverkusener Bayer-Konzern, beharrlich die Risiken und verhindert durch politische Einflussnahme ein Verbot risikoreicher Anwendungen.*“^[54]

Organisationsstruktur und Personal

Verwaltungsrat der EFSA ("Management Board")

Die EFSA wird von einem Verwaltungsrat (Management Board") geleitet. Zu seinen Hauptaufgaben gehört u. a. die Ernennung der Geschäftsführenden DirektorIn, der Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien und des Wissenschaftlichen Ausschusses.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzende ist Jaana Husu-Kallio, Staatssekretärin im finnischen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Verwaltungsratsmitglied ist auch Annette Toft, Brüsseler Cheflobbyistin des Verbands "Danish Agriculture & Food Council", der Mitglied des Dachverbands **COPA-COGECA** ist, und Vorsitzende der **COPA-COGECA**-Arbeitsgruppe zu Lebensmitteln.^{[55][56]} Weiterhin ist sie Mitglied der folgenden EU-Plattformen: "Platform on health, nutrition, and physical activity" und "Platform on food waste"^[57]

Geschäftsführender Direktor

Der Geschäftsführende Direktor ist der gesetzliche Vertreter der EFSA und für alle operativen Angelegenheiten und Personalfragen sowie die Erstellung des Jahresarbeitsprogramms zuständig.^[58] Seit Juni 2014 ist **Bernhard Url** Geschäftsführender Direktor.

Dem Geschäftsführenden Direktor unterstehen 4 Abteilungen :

K
ü
r
z Abteilung

e
l

Risikobewertung und wissenschaftliche Unterstützung (Risk Assessment and Scientific Assistance) übernimmt die strategische Leitung der wissenschaftlichen Aktivitäten der EFSA

Seit 11/2015 leitet **Hans Verhagen** die Abteilung RASA. Verhagen arbeitete bereits in Projekten der Industrieorganisation **ILSI Europe** und war auch schon an mehreren Publikationen von ILSI beteiligt. ^[59]

Wissenschaftliche Bewertung regulierter Produkte (Scientific Evaluation of Regulated Products) unterstützt die Arbeit der EFSA bei der Bewertung von Stoffen, Erzeugnissen und Angaben, die zur Verwendung in der Lebensmittelkette bestimmt sind

Kommunikation und Außenbeziehungen (Communications and External Relations) ist zuständig für die Risikokommunikation, wissenschaftliche Zusammenarbeit und Außenbeziehungen mit Partnern und Interessengruppen der EFSA

Barbara Gallani ist seit Mai 2016 Leiterin der Abteilung Kommunikation und Außenbeziehungen. Sie arbeitete bis dahin für die britische Lobbyorganisation der Nahrungsmittelwirtschaft **Food and Drink Federation** (FDF) als Direktorin für Regulierung, Wissenschaft und Nachhaltigkeit. ^[60]

Ressourcen und Support (Resources and Support) administrative und unterstützende Dienstleistungen

Quelle: ^[61]

Wissenschaftliche Gremien / Wissenschaftlicher Ausschuss

Sie sollen bestehen aus unabhängigen Sachverständigen von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und nationalen Behörden für Lebensmittelsicherheit, die umfassende Kenntnisse im Bereich Risikobewertung besitzen. Hier findet die fachliche Arbeit der EFSA statt.

Kürzel	Name deutsch	Name englisch	Anzahl der Mitglieder
AHA	Tiergesundheit und Tierschutz	Panel on Animal Health and Welfare	21
ANSES	Lebensmittelzusatzstoffe und Lebensmitteln zugesetzte Nährstoffquellen	Panel on Food Additives and Nutrient Sources added to Food	21
OHZA	Biologische Gefahren, einschließlich Risiken im Zusammenhang mit BSE/TSE	Panel on Biological Hazards	21
CEFA	CE Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Enzyme, Aromastoffe und Verarbeitungshilfsstoffe	Panel on Food Contact Materials, Enzymes, Flavourings and Processing Aids	19
CONTAM	Kontaminanten in der Lebensmittelkette	Panel on Contaminants in the Food Chain	20
EDAP	Zusatzstoffe, Erzeugnisse und Stoffe in der Tierernährung	Panel on Additives and Products or Substances used in Animal Feed	19
GM	Genetisch veränderte Organismen	Panel on Genetically Modified Organisms	20
NDAA	Diätetische Produkte, Ernährung und Allergien	Panel on Dietetic Products, Nutrition and Allergies	20
PLH	Pflanzengesundheit	Panel on Plant Health	21
PP		Pesticides Unit and the Panel on Plant Protection	

R Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände	Products and their Residues	21
Wissenschaftlicher Ausschuss , hat die Aufgabe, die Arbeit der SC Gremien zu bereichsübergreifenden Themen und wissenschaftlichen ER Angelegenheiten, die mehrere oder alle Gremien betreffen, zu unterstützen	Scientific Committee & Emerging Risks	8

Quelle: ^[62]

Partner und Netzwerke

Die Partner und Netzwerke sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören Institutionen und Einrichtungen der EU, EU-Agenturen, Beratungs- und Forschungseinrichtungen, zuständige Einrichtungen in den Mitgliedstaaten und Internationale Organisationen.

Weitere Partner sind die Interessengruppen („Stakeholders“), deren Einbeziehung unter Lobbygesichtspunkten eine besondere Bedeutung zukommt. Die Interessengruppen werden in die folgenden sieben Hauptgruppen unterteilt: Verbraucherverbände, Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbände, Unternehmen und Lebensmittelindustrie, Vertreiber und Horeca, Berufs- und Fachverbände, Wissenschaftler, Landwirte und Primärerzeuger. Für registrierte Interessengruppen wird es möglich sein, sich mit der EFSA über eine Kombination von ständigen und Ad-hoc-Plattformen auszutauschen.^[63] Als ständige Gremien wird es das Stakeholder-Forum und das Stakeholder-Büro geben. Daneben werden eine Reihe spezieller Plattformen geschaffen, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht. Das entsprechende Konzept war Ende 2017 noch nicht vollständig umgesetzt.

Stakeholder-Forum

Die Mitglieder werden jährlich Beiträge zur Arbeit und den künftigen Schwerpunkten der EFSA leisten. Den Vorsitz hat der Geschäftsführende Direktor („Executive Director“). Das Stakeholder-Forum hat im Juni 2017 seine Arbeit aufgenommen.^[64]

Stakeholder-Büro

Das Stakeholder-Büro berät die EFSA im Hinblick auf die Einbeziehung von Interessengruppen sowie den Dialog über Anliegen der Zivilgesellschaft in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Lebensmittelproduktion sowie andere Fragen im Zuständigkeitsbereich der Behörde.

Spezielle Plattformen

Neben den beiden ständigen Gremien gibt es eine Reihe spezieller Plattformen, über die sich die EFSA mit Interessengruppen zu technischen Fragen austauscht.^[65] Hierzu gehören u.a. :

- Mandat-Arbeitsgruppen (Dialog in einem frühen Stadium der Erarbeitung von Selbstmandaten und Leitlinien, Stand: Piloterprobung)
- Wissenschaftliche Kolloquien (gibt es seit 2004)

- Diskussionsgruppen (fungieren als „Lernsysteme“). Im September 2017 hat die EFSA Interessengruppen aufgerufen, Kandidaten für ihre neue Stakeholder-Diskussionsgruppe zum Thema Bienen zu nominieren.^[66] Von den 12 Mitgliedern sollen 3 Verbraucherverbände und NGOs, 3 die Lebensmittelindustrie und Vertreter, 3 Bauern, Primärerzeuger und Praktiker und 3 den universitären Bereich repräsentieren.^[67]
- Roundtables (erörtern Themen, die von Umwelt-NGOs und Interessenverbänden sowie Interessengruppen der Industrie vorgebracht werden)
- Kommunikationslabors (Einholen von Feedback und Input von Praktikern, Stand: Piloterprobung)
- Info-Sessions (Informationsveranstaltungen der EFSA)

Ein weiteres Beispiel ist ein Beratungsgremium, das bei der Entwicklung eines Leitliniendokuments zur Bestimmung endokriner Disruptoren in Pestiziden und Bioziden unterstützend mitwirkt.^[68]

Finanzen

Die EFSA wird aus dem EU-Haushalt finanziert.^[69]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die EFSA wurde 2002 gegründet und ist offiziell eine unabhängige Behörde der Europäischen Union. Sie hat die Aufgabe, "sämtliche Risiken im Zusammenhang mit der Lebensmittelkette zu bewerten und zu veröffentlichen"^[70]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [our office in Brussels](#), agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
2. ↑ [Profil](#), efsa-europa.eu, abgerufen am 26.10.2019
3. ↑ [Unhappy meal. The European Food Safety Authority's independence problem](#) Webseite CEO, abgerufen am 29.04.2014
4. ↑ [Recruitment Errors](#), corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
5. ↑ [Nearly half the experts from the European Food Safety Authority have financial conflicts of interest](#), corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
6. ↑ [Recruitment errors](#), corporateeurope.org, abgerufen am 28.12.2017
7. ↑ [our office in Brussels](#), agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
8. ↑ [Profil](#), efsa-europa.eu, abgerufen am 26.10.2019
9. ↑ "Annual Declaration of Interests" der Mitglieder des Verwaltungsrats, unterzeichnet am 13.08.2019
10. ↑ [Serial conflicts of interest on EFSA's management board](#) Corporate Europe Observatory, 23 February 2011, abgerufen am 25.06.2012
11. ↑ [Policy on Independence and Scientific Decision-Making Processes of the European Food Safety Authority](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
12. ↑ [Unabhängige Wissenschaft](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017

13. ↑ [Recruitment Errors](#), corporateeurope.org vom 11.06.2017, abgerufen am 29.12.2017
14. ↑ [EFSA appoints a food industry lobbyist as Communications Director and refuses to disclose why it did](#), Corporate Europe Observatory, 18. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.3.2016
15. ↑ ^{15,015,1} [Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit: Schutz der Verbraucher oder der Industrie-Interessen?](#) Lobbycontrol vom 21.12.2010, abgerufen am 27.06.2012
16. ↑ [ILSI Europe - Press Release](#) vom 09.05.2012, abgerufen am 27.06.2012
17. ↑ [Webseite EFSA - Häufig gestellte Fragen über den Rücktritt von Diána Bánáti als Mitglied und Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats](#) abgerufen am 26.06.2012
18. ↑ [Previous members](#) Webseite EFSA, abgerufen am 17.01.2014
19. ↑ [Wie unabhängig war die EFSA in den letzten 10 Jahren wirklich?](#) Testbiotech e.V. vom 21. März 2012, abgerufen am 27.06.2012
20. ↑ ^{20,020,120,2} [Kein Kurswechsel bei der EFSA](#) Testbiotech e.V. vom 25.06.2012, abgerufen am 26.06.2012
21. ↑ [Schlecht beraten: Gentechnik-Lobbyisten dominieren Expertengremium - Schwere Interessenkonflikte beim Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#) Testbiotech e. V. vom Mai 2012, abgerufen am 27.06.2012
22. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 30.12.2017
23. ↑ ^{23,023,1} [Unabhängigkeit](#) Webseite EFSA, abgerufen am 29.04.2014
24. ↑ [EU-Lebensmittelbehörde wird Lobbyisten nicht los](#), spiegel.de vom 23.10.2013, abgerufen am 28.12.2017
25. ↑ [Unabhängige Wissenschaft](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
26. ↑ [EFSA'S policy on independence](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.12.2017
27. ↑ [Unabhängige Wissenschaft](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
28. ↑ [New EFSA independence policy likely rejects most Parliament demands](#), corporateeurope.org vom 22.06.2017, abgerufen am 28.12.2017
29. ↑ [Decision of the Management Board of the European Food Safety Authority on the criteria for establishing a list stakeholders and the establishment of the Stakeholder Forum and Stakeholder Bureau](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
30. ↑ [EFSA Stakeholder Engagement Approach](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
31. ↑ [Einbeziehung der Interessengruppen](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017
33. ↑ [EU-Behörde muss Glyphosat-Studien herausgeben](#), süddeutsche.de vom 07.03.2019, abgerufen am 12.03.2019
34. ↑ [Wahrscheinlich \(nicht\) krebserregend](#), Taz vom 12.11.2015, abgerufen am 13.11.2015
35. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com, abgerufen am 03.12.2015
36. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), Süddeutsche.de vom 30. November 2015, abgerufen am 03.12.2015
37. ↑ [Glyphosat-Herbizid: Umweltausschuss gegen Verlängerung der EU-Zulassung](#), Pressemitteilung auf der Seite des Europäischen Parlaments, 22. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.03.2016
38. ↑ [Umstrittenes Pflanzenschutzmittel: EU-Kommission will Glyphosat-Zulassung verlängern](#), Der Spiegel, 29. Juni 2016, zuletzt aufgerufen am 29.06.2016
39. ↑ [BfR-Positionspapier \(engl.\): REGULATORY DEFINITION OF AN ENDOCRINE DISRUPTER IN RELATION TO POTENTIAL THREAT TO HUMAN HEALTH](#) BfR vom 16. Mai 2011, abgerufen am 28.05.2015
40. ↑ [EU-Chemikalienregulierung: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#) Spiegel-Online vom 20.05.2015, abgerufen am 28.05.2015

41. ↑ [The European Parliament demands stricter regulation of conflicts of interest at EU's food safety authority](#) CEO vom 03.04.2014, abgerufen am 21.05.2014
42. ↑ [Food Drink Europe Secretariat](#) FoodDrinkEurope.eu, abgerufen am 03.12.2013
43. ↑ [Food lobbyists look set to join EFSA's board](#) CEO vom 07.05.2014, abgerufen am 22.05.2014
44. ↑ [EP gewährt Haushaltsentlastung für Großteil der EU-Ausgaben 2010](#) Pressedienst des EP vom 10.05.2012, abgerufen am 04.07.2012
45. ↑ [Europäischer Rechnungshof: „Interessenkonflikte wurden von den ausgewählten Agenturen nicht angemessen gehandhabt“](#) www.europa.eu, abgerufen am 16.10.2012
46. ↑ [Doppelstandards bei der EFSA](#) Testbiotech e.V. vom 30. Oktober 2012, abgerufen am 03.12.2012
47. ↑ [EU-Kommission schlägt Ex-Mitarbeiterin von Monsanto als Kandidatin für Verwaltungsrat der EFSA vor](#) Testbiotech e.V. vom 08.03.2012, abgerufen am 27.06.2012
48. ↑ [Peter Liese \(CDU\) und Richard Seeber \(ÖVP\): Nominierung EFSA-Verwaltungsrat](#) CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament vom 08.06.2012, abgerufen am 27.06.2012
49. ↑ [Monsanto drängt auf europäischen Markt](#) Sueddeutsche.de vom 23.06.2012, abgerufen am 15.07.2012
50. ↑ [Studie beleuchtet Lobbyarbeit für Gentech-Kartoffel Amflora](#) LobbyControl vom 15.11.2011, abgerufen am 27.06.2012
51. ↑ [Europäische Lebensmittelbehörde räumt Fehler ein](#) Testbiotech e.V. vom 18.04.2012, abgerufen am 01.07.2012
52. ↑ [Bisphenol A for use in food contact materials](#), PDF-Dokument vom 29.11.2006, abgerufen am 15.03.2011
53. ↑ [Wenn der Grenzwert plötzlich fällt](#) Süddeutsche Zeitung vom 27.06.2007, abgerufen am 29.04.2014
54. ↑ [USA: Verbot von Bisphenol A in Babyflaschen gefordert](#), Webseite "Coordination gegen BAYER-Gefahren" vom 06.04.2005, abgerufen am 29.04.2014
55. ↑ [our office in Brussels](#), agriculture and food.dk, abgerufen am 27.10.2019
56. ↑ [Profil](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 26.10.2019
57. ↑ ["Annual Declaration of Interests" der Mitglieder des Verwaltungsrats](#), unterzeichnet am 13.08.2019
58. ↑ [Führungsstrukturen](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 28.10.2019
59. ↑ [EFSA und ILSI: Weiter geht's](#) Informationsdienst Gentechnik, abgerufen am 14.09.2015
60. ↑ [EFSA appoints a food industry lobbyist as Communications Director and refuses to disclose why it did](#) Webseite CEO vom 18.03.2016, abgerufen am 18.03.2016
61. ↑ [Leitungsebene](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
62. ↑ [Wissenschaftlicher Ausschuss und Wissenschaftliche Gremien](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
63. ↑ [Einbeziehung der Interessengruppen](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 26.12.2017
64. ↑ [Video: Stakeholder-Forum nimmt seine Arbeit auf](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
65. ↑ [Interessengruppen - Unterstützung und Orientierungshilfe bei unserer Arbeit](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 25.12.2017
66. ↑ [Bienengesundheit: Nominierungen für Stakeholder-Gruppe gesucht](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
67. ↑ [Call to stakeholder organisations for nominating experts to the EFSA Discussion Group on EU Bee Partnership for Data Sharing](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
68. ↑ [Endokrine Disruptoren: EFSA ruft Interessengruppen zur Beteiligung an Beratungsgremium auf](#), efsa.europa.eu, abgerufen am 27.12.2017
69. ↑ [Webseite EFSA - Wer wir sind](#) abgerufen am 29.04.2014
70. ↑ [Webseite EFSA - Was wir tun](#) abgerufen am 29.04.2014

Goldman Sachs

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Goldman Sachs ist ein Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen und nimmt im internationalen Finanzsektor eine herausragende Stellung ein. Es gilt als eines der mächtigsten und am besten vernetzten Unternehmen der Branche. Goldman Sachs ist hauptsächlich als Finanzdienstleister für Großunternehmen und institutionelle Investoren tätig.

Goldman Sachs

Branche Finanzen
Hauptsitz New York, In Deutschland: MesseTurm, Friedrich-Ebert-Anlage 49, Frankfurt/Main
Lobbybüro Deutschland
Lobbybüro EU
Webadresse goldmansachs.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	224
1.1 Ausgaben für Lobbying	224
1.2 2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium	224
1.3 Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel	224
1.4 Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk	224
1.5 Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft	225
1.6 Vorgehensweise gegen striktere Regulierung des Derivatemarktes	225
1.7 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	226
2 2010: Negativ-Preis für Lobbying	226
3 Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise	226
3.1 Verkauf von Depfa und Conti	226
3.2 2010: Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit	227
3.3 2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen .	227
3.4 John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus	227
3.5 Strafen wegen Falschberatung in USA	228
3.6 2008: Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung	228
4 Geschichte	228
5 Geschäftsfelder	229
5.1 Übernahmen und Fusionen	229
5.2 Immobilien	229
6 Organisationsstruktur und Personal	229
6.1 Unternehmensleitung	229
6.2 Partner	230
6.3 International Advisory Board	230
7 Zitate über Goldman Sachs	230
8 Weitere Informationen	231

9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	231
10 Einzelnachweise	231

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Ausgaben für Lobbying

Laut EU-Transparenzregister lagen die Ausgaben für die von 2 Vollzeitäquivalenten erbrachte EU-Lobbyarbeit im Jahr 2018 zwischen 1-1,3 Mio. Euro.^[1]

2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

[Jörg Kukies](#), ehem. Co-Deutschland-Chef von Goldman Sachs, ist seit April 2018 Staatssekretär im [Bundesfinanzministerium](#) und ist dort für Fragen der Finanzmarktregulierung zuständig. Gerhard Schick, Finanzexperte der Grünen warnte: „Das Finanzministerium darf nicht zum House of Banks verkommen.“^[2]

Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel

Der frühere Deutschland-Chef von Goldman Sachs [Alexander Dibelius](#) nahm „*schon früh Kontakt zu CDU-Parteichefin Angela Merkel auf, lange vor ihrer Nominierung als Kanzlerkandidatin. Für sie arrangierte er mehrere Dinner mit Unternehmens-chefs ... Immer wieder steht er der Kanzlerin bei Fragen zur Verfügung*“, berichtet das Wirtschaftsmagazin capital.^[3]

Im Krisenjahr 2008 machte [Angela Merkel](#) den Goldman-Berater [Otmar Issing](#) zum Vorsitzenden der Kommission [Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur](#).^[4]

Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Goldman Sachs gilt als Paradebeispiel für das [Seitenwechsler-Phänomen](#). Das Unternehmen hat zahlreiche ehemalige Entscheidungsträger als Berater angeworben, zugleich wechseln immer wieder Mitarbeiter in Regierungs- oder Aufsichtsposten. Der SPIEGEL beschrieb das Netzwerk als "Gemeinschaft, die zusammenhält, auch wenn der eine geht, der andere kommt. Über Jahrzehnte trifft man sich irgendwann irgendwo immer wieder. Man verdient gutes Geld, hat beste Karrierechancen [...]" und gab einen Überblick über das System.^[5]

- EUROPA

- **José Manuel Barroso**: Nach zehn Jahren als EU-Kommissionspräsident schied Barroso zum 31. Oktober 2014 aus der EU-Kommission aus. Im Juli 2016 kündigte er seinen Wechsel zu Goldman Sachs International in London an.^[6] Das Ethik-Komitee der EU-Kommission gab grünes Licht für den Seitenwechsel, nachdem Barroso zugesagt hatte, keine Lobbyarbeit für Goldman Sachs zu betreiben.^[7] Im Oktober 2017 gab es dann doch ein Lobbytreffen zwischen Barroso und EU-Kommissar Jyrki Katainen.
- **Mario Draghi**, von 2011 bis 2019 Präsident der **Europäischen Zentralbank**, war von 2002-2005 stellvertretender Vorsitzender und Managing Director von Goldman Sachs International.
- **Mario Monti**, Regierungschef Italiens von 2011 bis 2013, EU-Kommissar von 1995-2004, wird als Berater von Goldman Sachs („Board of International Advisors“) in dessen Jahresbericht 2010 geführt^[8]
- **Romano Prodi**, ehem. italienischer Ministerpräsident und EU-Kommissionspräsident, war von 03/1990-05/1993 bei Goldman. Wenn Prodi kein öffentliches Amt bekleidet, arbeitet er als Berater für Goldman Sachs.^[9]
- **Otmar Issing**, seit 2007 „International Advisor“ von Goldman Sachs, ist ehem. Direktoriumsmitglied der EZB und ehem. Chefvolkswirt der **Deutschen Bundesbank**.
- **Peter Sutherland**, bis 1989 EU-Kommissar (u. a. für Wettbewerb) und bis 1995 GATT-Generaldirektor, ist seit 1995 Vorstandsmitglied von Goldman Sachs International.^[10]
- USA
- **Gary Cohn**, Präsident & Chief Operating Officer bei Goldman Sachs, war von 2017-03/2018 Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats^[11]
- **Stephen Mnuchin** war für Goldman Sachs tätig und wurde unter Präsident Donald Trump Finanzminister der USA.
- **Philip D. Murphy**, ehemalige Goldman Sachs Senior Director, wurde 2009 zum Botschafter der USA in Deutschland ernannt.
- **Henry Paulson**, US-Finanzminister unter **George W. Bush**. In Paulsons Amtszeit fielen einige wichtigsten Banken-Rettungsmaßnahmen der USA, ehemaliger Aufsichtsratschef (CEO) von Goldman Sachs.
- **Robert Rubin**, US-Finanzminister unter **Bill Clinton**, langjähriges Aufsichtsratsmitglied von Goldman Sachs.
- **Robert Zoellick** ist seit 2013 Vorsitzender des International Advisory Board von Goldman Sachs. Zuvor war er Präsident der Weltbank, United States Trade Representative (2001-2005), Deputy Secretary of State (2005-2006). Zoellick war in den 1990ern erst Goldman Sachs-Berater, später leitender Angestellter.^{[12][13]}

Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft

- **European Parliamentary Financial Services Forum**, Mitglied
- **Group of Thirty**, Mitarbeiter und Berater von Goldman Sachs sind Mitglieder

Vorgehensweise gegen striktere Regulierung des Derivatemarktes

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Derivateverband ISDA setzte sich Goldman Sachs aggressiv und mit Erfolg gegen geplante Regulierungen des risikoreichen Derivatemarktes ein. Regulierungen waren notwendig geworden, da Derivate bereits in der Finanzkrise 2008 weltweite wirtschaftliche Instabilität und Arbeitsplatzverluste verursachten sowie 2008 Mitverursacher der Lebensmittelkrise und der Eurokrise 2010 waren.

Als erfolgreichste Investmentbank im ISDA warnte Goldman Sachs davor, dass striktere Regulierungen die Bank dazu bringen würden, sich aus Europa zurückzuziehen.^[14] Weiterhin setzte der ISDA die EU massiv unter Druck, um die Bildung einer Expertengruppe für Derivate zu bilden. Diese bestand dann fast ausschließlich aus Mitgliedern des ISDA - darunter auch Goldman Sachs.^[15] Die Bank platzierte sich außerdem in nahezu allen Beratergruppen der Kommission, die sich mit der Finanzmarktregulierung nach der Weltwirtschaftskrise befassten.^[16]

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[17] Die Finanzlobby stemmte sich gegen dieses Vorhaben.^[18]

Auch Goldman Sachs trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. So mahnte die Investmentbank in einem Papier an ausgewählte Politiker:innen, dass sich eine Finanztransaktionssteuer negativ auf die Geschäfte der Zentralbanken und an die Bereitstellung der Liquidität auswirken würde.^[19] Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Deutsches Aktieninstitut](#), [Bayer](#), [Siemens](#), u. A.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[20]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[21][22][23][24][25]}

2010: Negativ-Preis für Lobbying

Goldman Sachs wurde am 2. Dezember 2010 mit dem Negativ-Preis **Worst EU Lobby Award** von einem Zusammenschluss lobbykritischer Organisationen ausgezeichnet.^[26]

Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise

Goldman Sachs-Chef [Lloyd C. Blankfein](#) soll in einer internen E-Mail an Mitarbeiter laut Kölner Stadt-Anzeiger geäußert haben, in der [Welt-Finanzkrise](#) „haben wir mehr verdient, als wir verloren haben“. ^[27]

Verkauf von Depfa und Conti

Nach Informationen von Werner Rügemer hat Goldman Sachs folgende Geschäfte vermittelt und über Provisionen davon profitiert:

- Verkauf der [Depfa](#) an die [Hypo Real Estate](#) - woraus mit zeitlicher Verzögerung der (angebliche) Beinahe-Zusammenbruch des deutschen Bankensystem erfolgt sein soll

- Der Reifen-Hersteller **Schäffler** übernimmt den Konkurrenten **Conti** (Provision: 15 Mio.Euro) - Schäffler geht an dem Deal beinahe bankrott.^[3]

2010: Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit

Im Oktober 2010 musste sich Goldman Sachs gegen Anschuldigungen der **Landesbank Baden-Württemberg** wehren, die sich durch die **Verbriefung Davis Square VI**.^[28] geschädigt sah. Goldman Sachs hatte diese Papiere strukturiert, verkauft und verwaltet. Sie waren mit einem **Triple-A-Rating** bewertet worden.^[29] und von der Landesbank-Tochter **LBBW Luxemburg** im März 2006 erworben worden. Die Landesbank forderte von Goldman Sachs 37 Millionen US-Dollar für erlittene Verluste. *"Goldman wusste auf höchster Organisationsebene, dass die Darstellung, die Papiere wären mit Triple-A bewertet und hochklassig, offensichtlich falsch waren. Goldman hat Betrug begangen, und, oder, handelte fahrlässig, indem es die Papiere an die LBBW Luxemburg vermarktete und verkaufte."*

Darüberhinaus verklagte die LBBW den Investment-Ratgeber **TCW Group**. Bei deren Besitzer **Societe Generale** hatte Goldman Sachs, so der Vorwurf, sich mit Kreditausfallwetten gegen den Ausfall von Davis Square VI und anderen CDOs eingedeckt. TCW und Goldman Sachs wiesen diese Vorwürfe umgehend zurück ^{[30][31]}

Die Fall Landesbank Baden-Württemberg vs. Goldman Sachs hat das Aktenzeichen 10-7549 und wird am U. S. District Court, Southern District of New York (Manhattan) verhandelt.^[30]

2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen

Am 16.04.2010 reichte die US-Bankenaufsicht **SEC** eine Beschwerde gegen Goldman Sachs wegen Betrugs ein. Die Bank soll verschwiegen haben, dass ein Hedge-Fonds an der Konstruktion eines "modernen Finanzprodukts" namens Abacus 2007-AC1 beteiligt war, der zudem auf den Wertverfall des Derivats wettete. Die Abacus-Papiere, die ein komplexes Derivat aus US-Hypotheken waren, stellten sich als mutmaßliche Schrott-Produkte heraus.^[32] Als eine der leidtragenden Banken galt die Düsseldorfer **IKB**. Mitte Juli 2010 kamen die SEC und Goldman Sachs zu einem Vergleich: Die Ermittlungen wurden gegen die Zahlung von 550 Millionen Dollar eingestellt, einen Teil davon erhielt die Düsseldorfer **IKB**.^[33]

John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus

Das Abacus-Papier wurde von einem Hedge-Fonds zusammengestellt, den einer der bestverdienenden Männer der Wall-Street leitete: **John Paulson**. Die Zeit schrieb über das Geschäftsgebahren von **Paulson & Co.** :

„Der Logik der SEC-Anklage folgend hat Paulson das ganze Paket so zusammengeschnürt, dass es von Anfang besonders viele faule Hypotheken enthielt. Schließlich wettete er auf einen Wertverlust. Das ist ungefähr so, als würde bei der Nationalmannschaft der Trainer der gegnerischen Mannschaft die Aufstellung festlegen. Paulson hat Goldman Sachs 15 Millionen Dollar dafür gezahlt, dass sein Hedgefonds dieses Produkt konstruieren durfte.“

„Paulsons Wetten gegen Abacus funktionierte so: Paulson kaufte eine Art Ausfallversicherung für Kredite, die für den Kauf von Häusern aufgenommen waren. Platze ein Kredit, kassierte Paulson die Prämie, ohne etwas mit dem eigentlichen Kredit zu tun zu haben. Ähnlich jemandem, der eine Brandschutzversicherung für das Haus seines Nachbarn aufnimmt – brennt es, kassiert er.“^[34]

Strafen wegen Falschberatung in USA

Goldman Sachs soll auf Druck der New Yorker Staatsanwaltschaft seit 2003 mindestens 22,5 Millionen Dollar an Strafzahlungen geleistet haben, weil sie Kunden beim Verkauf von Finanzprodukten wie "Auktionsanleihen" falsch beraten haben soll.^[35]

2008: Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung

In den USA gab es vermehrte Skepsis, warum die US-Regierung den Goldman-Konkurrenten **Lehman Brothers** kollabieren ließ, während die **American International Group** (AIG) mit einer in der Geschichte des Kapitalismus einmaligen Summe gerettet wurde. Goldman Sachs war einer der größten Gläubiger des Versicherungskonzerns.

Von den \$182.5 Milliarden an Steuergeldern zur Rettung der **AIG**^[36], flossen \$12.9 Milliarden direkt an Goldman Sachs, bei denen AIG Verbindlichkeiten hatte. Insgesamt gingen \$90 Milliarden der AIG-Rettungsgelder direkt an andere Banken, darunter neben Goldman auch die französische **Societe Generale** mit \$11.9 Milliarden, die **Deutsche Bank** mit \$11.8 Milliarden und die britische **Barclays** PLC mit \$8.5 Mrd.. Die us-amerikanische **Merrill Lynch** erhielt \$6.8 Mrd.^[37]

Informationen der New York Times zufolge war der US-Finanzminister und ehemalige Goldman Sachs Aufsichtsratsvorsitzende **Hank Paulson** während des Höhepunktes der **Welt-Finanzkrise** "in sehr häufigem Kontakt" mit **Lloyd C. Blankfein**, Goldmans damaligem Aufsichtsratsvorsitzenden. In der Woche als der Versicherer AIG durch Regierungsgelder gerettet wurde, sprach Paulson laut seiner Kalender-Einträge zwei Dutzend Male mit Blankfein, weitaus öfter als mit anderen Wall Street Managern.^[38]

Am 18. Oktober 2008 erhielt Goldman Sachs \$10 Milliarden Rettungsgelder von der US-Regierung^{[39][40][41]} und gehörte somit zu den sechs großen US-Banken, die staatliche Stützungen aus dem **TARP**-Programm erhielten, das eine **Kreditklemme** verhindern sollte.

Goldman zahlte die \$10 Milliarden TARP-Gelder im Juni 2009 zurück.^[42] Rechnet man allein die AIG-Gelder dagegen, hätte Goldman netto \$2,9 Milliarden an Staatsgeldern eingestrichen.

Geschichte

Im Jahr 1975 erließ die US-amerikanische Börsenaufsicht **Securities and Exchange Commission** (SEC) die Regel, dass Investment-Banken einen Fremdfinanzierungsgrad (leverage ratio) von nicht weniger als 1 zu 15 aufweisen dürfe. D.h. mit 100 \$ Eigenkapital durfte man 1.500 \$ Fremdkapital aufnehmen. Im Jahr 2004 autorisierte die SEC unter dem Vorsitz von **Christopher Cox** fünf Investmentbanken, ihre eigenen

Eigenkapitalregeln zu entwickeln. Voran gegangen war intensives Lobbying von Goldman Sachs. Besagte fünf Banken waren [Goldman Sachs](#), [Morgan Stanley](#), [Lehman Brothers](#), [Bear Stearns](#) und [Merrill Lynch](#). Durch die Lockerung der Regulierung konnten die fünf ihre Eigenkapitalquote z.T. auf 1 zu 40 senken. ^[43] Das geringe Eigenkapital im Verhältnis zu aufgenommenen Krediten beschleunigte den Weg in die [Welt-Finanzkrise](#), da die Institute kaum Möglichkeiten hatten, jene Verluste auszugleichen, die aus geplatzten Risiko-Wetten wie [CDO](#) und [CDS](#) resultierten. ^{[44][45]}

[Lee A. Pickard](#), 1975 Direktor der SEC-Abteilung für Markt-Regulierung während die 1-zu-15-Regel erlassen wurde, sagte zu dem Umschwung von 2004, „*Die SEC Änderung von 2004 ist der Hauptgrund für alle aufgetretenen Verluste.*“ ^[46]

Im Jahr 2008 hatte Goldman Sachs sich in eine Bank-Holding umgewandelt und sich der Kontrolle der [Federal Reserve Bank](#) (die US-amerikanische Notenbank) unterworfen. Ihr Anlagevermögen wurde damals auf 150 Mrd. US-Dollar geschätzt. ^[47]

Geschäftsfelder

Übernahmen und Fusionen

Goldman Sachs ist als eine weltweit führende Investmentbank an vorderster Stelle mit der Einfädelung von Übernahmen und Fusionen befasst. Das Unternehmen soll u.a. folgende Deals begleitet haben:

- [Daimler-Benz](#) übernimmt [Chrysler](#)
- [Vodafone](#) übernimmt [Mannesmann](#)
- [Bayer](#) übernimmt [Monsanto](#)

Quellen: ^{[3][48]}

Immobilien

Über die Tochtergesellschaften [Whithall](#) und [Highstreet](#) kaufte Goldman Sachs in Nordrhein-Westfalen 950.000 Wohnungen der [Landesentwicklungsgesellschaft](#) (LEG). In Berlin erwarb die Bank 75.000 Wohnungen der Wohnungsgesellschaft [GSW](#). ^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Unternehmensleitung

Chairman und Chief Executive Officer der Goldman Sachs, Inc., ist [David D. Solomon](#)

Im Januar 2019 ist die Goldman Sachs AG in die Goldman Sachs Bank Europe SE übergegangen. ^[49] Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs Deutschland und Österreich ist Wolfgang Fink (Stand: April 2020).

Quelle: ^[50]

Partner

2015 gab es weltweit 467 Goldman-Partner.^[51] Deutsche Partner sind^[52]

- **Alexander Dibelius** (bis 2014 Deutschland-Chef)
- **Jörg Kukies** (2014-03/2018 Deutschland-Chef, danach Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen)
- Wolfgang Fink (seit 04/2018 Deutschland-Chef)
- Tobias Koester (wird 01/2019 Partner)

International Advisory Board

Mitglieder sind ^[53] (Stand: März 2015)

- **Robert B. Zoellick** (Vorsitzender), ehemaliger Präsident der Weltbank^[54]
- Claudio Aguirre
- José Luis Arnaut, portugiesischer Politiker und Gründungspartner der Anwaltssozietät CMS-Rui Pena, Arnaut & Associados^[55]
- Christof Brand
- Efthymios Christodoulou
- Juan Claro González
- Charles de Croisset
- Charles Curran, A.C.
- **Guillermo de la Dehesa**, Third vice-chairman und non-executive director der Banco Santander, Chairman of the Trustees des **Centre of Economic Policy Research** (CEPR), Mitglied der **Euro 50 Group**^[56]
- **Vladimir Dlouhy**, Präsident der tschechischen Handelskammer und Stellv. Vorsitzender **Trilaterale Kommission** ^[57]
- Walter W. Driver, Jr.
- Orit Freedman Weissman
- Lord Griffiths of Fforestfach, Mitglied des britischen Oberhauses und Mitglied des Verwaltungsrats von Times Newspapers Holding, Ltd., ehemaliger Berater von Margaret Thatcher^[58]
- Victor Halberstadt, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Leiden Universität/Niederlande, ehemaliger Vorsitzender des International Advisory Board von DaimlerChrysler und Berater des Generalsekretärs der OECD^[59]
- **Otmar Issing**, Präsident des **Center for Financial Studies** (CFS), ehemaliges Mitglied des Zentralbankrats **Europäische Zentralbank** (EZB)^[60]
- Roberto Junguito
- Mario Laborín Gómez
- Ian Macfarlane, A.C.
- Axel May
- Tito T. Mboweni

Zitate über Goldman Sachs

Der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau schrieb 2010 in der Financial Times:

„Goldman ist zunächst sehr groß und mächtig. Wo auch immer größere Geldsummen von einem Ort zum anderen geschoben werden, ist die amerikanische Investmentbank dabei. Als Griechenland sein Defizit mittels schwer zu durchschauender Währungs-Swap-Kontrakte reduzierte, spielte Goldman Sachs die Rolle des Animateurs. Die Bank ist omnipräsent. Sie verfügt über dermaßen viel legales Insiderwissen, dass sie als Investor einen natürlichen Vorteil hat, ohne irgendein Gesetz brechen zu müssen.“^[61]

Weitere Informationen

- [Goldman Sachs bei Sourcewatch \(englisch\)](#) - erstklassige Informationen!
- [Goldman Sachs bei opensecrets.org](#) - In den Datenbanken des Center for Responsive Politics werden die Informationen aus dem US-Lobbyregister ausgewertet.
- [Goldman Sachs - Übersicht der New York Times \(englisch\)](#)
- [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs, 7/10 /2013 Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister Goldman Sachs](#), abgerufen am 31.03.2020
2. ↑ [Scholz überrascht mit Personalauswahl](#), tagesschau.de, abgerufen am 20.03.2018
3. ↑ ^{3,03,13,23,3} [Alexander und Angela](#), Werner Rügemer in jungewelt.de vom 26. April 2010, abgerufen am 21. Juli 2010
4. ↑ [Kanzlerin beruft Issings Expertengruppe](#) Spiegel.de vom 28. Oktober 2008, abgerufen am 14. Mai 2010
5. ↑ [Goldman Sachs' Verflechtung mit der Politik: Alles zum Wohl des Geldes](#), Der Spiegel, 13. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 14.07.2016
6. ↑ [Goldman Sachs hires former EU chief José Manuel Barroso](#) ft.com vom 08.07.16, abgerufen am 09.07.2016
7. ↑ [Ex-Kommissionspräsident Barroso erdappt bei Lobbyarbeit für Goldman Sachs](#), lobbycontrol.de vom 20.02.2018, abgerufen am 21.03.2018
8. ↑ [Italien: Monti ist im Nebenjob Berater bei Goldman Sachs](#) deutsche-mittelstands-nachrichten.de vom 14.11.11, abgerufen am 16.11.2011
9. ↑ [Goldman Sachs' Revolving Door](#), CBSnews.com vom 7. April 2010, abgerufen am 18. Juli 2010
10. ↑ [Executive Profile Peter Dennis Sutherand](#), Website businessweek, abgerufen am 31. März 2013
11. ↑ [Die Situation ist ernst](#), faz.net vom 07.03.2018, abgerufen am 21.03.2018
12. ↑ [„Zoellick Wins German Support to Be World Bank Head“](#), Bloomberg.com vom 29. Mai 2007, abgerufen am 27. April 2010
13. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015

14. ↑ [Goldman warns Europe on regulation](#), Financial Times.com vom 29. September 2010, abgerufen am 26. Oktober 2010
15. ↑ [Homepage der Europäischen Kommission](#), abgerufen am 26. Oktober 2010
16. ↑ [The People versus Goldman Sachs](#) , Corporate Europe Observatory vom 1. Juni 2010, abgerufen am 26. Oktober 2010
17. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
18. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
19. ↑ [Financial Transaction Tax: How severe?](#), Goldman Sachs Equity Research vom 01.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
20. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
21. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
22. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
23. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
24. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
25. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
26. ↑ [Homepage der Worst EU Lobbying Awards 2010](#), abgerufen am 26. Oktober 2010
27. ↑ [Vorwürfe gegen US-Bank erhärtet](#), Kölner Stadt-Anzeiger vom 24. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
28. ↑ [Davis Square VI CDO Portfolio Pre-September 2008](#), Tavakoli structured Finance, INC, abgerufen am 27. Oktober 2010
29. ↑ [Goldman sieht für Klage der LBBW "keinerlei Grundlage"](#) Börsen-Zeitung vom 6. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
30. ↑ ^{30,030,1} [Goldman Sachs Sued Over German Bank's \\$37 Million Loss on CDO](#), Bloomberg.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
31. ↑ [Sachs Sued by German Bank Over Davis Square VI, an AIG CDO Bailed Out by Taxpayers \(Updated\)](#), Jenet Tavakoli in huffingtonpost.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
32. ↑ [Goldman Sachs Group Inc.-Overview](#), Nytimes.com vom 20. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
33. ↑ [Derivat „Abacus“: Goldman Sachs droht erneut Millionenstrafe](#), Handelsblatt vom 9. September 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010.
34. ↑ [Goldman Sachs Die gewonnene Wette des John Paulson](#), Die Zeit vom 17. April 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
35. ↑ [Banken: Brandstifter als Feuerwehr](#), Website Werner-Rügemer.de, abgerufen am 21. Juli 2010
36. ↑ [AIG shares bounce as CEO hopes to repay bailout funds](#), USAtoday.de vom 20. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
37. ↑ [\\$90B Of AIG's Federal Rescue Went To Banks](#), CBSNews.com vom 16. März 2009, abgerufen am 26. April 2010
38. ↑ [Paulson's Calls to Goldman Tested Ethics](#), Gretchen Morgenson and Don Van Natta Jr. in NYTimes.de vom 8. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
39. ↑ [Goldman reports \\$1.8 billion profit](#), CNN.com vom 14. April 2009, abgerufen am 27. 2010
40. ↑ [Paulson's \\$250 Billion Bank Buy](#), Jane Sasseen and Theo Francis in BusinessWeek.com vom 14. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
41. ↑ [Blankfein's \\$70 Million Would Survive Paulson's Rules](#), Ian Katz and Rebecca Christie in Bloomberg.com vom 15. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010

42. ↑ [Goldman Sachs repays about \\$10 bln in TARP funds](#), Marketwatch.com vom 17. Juni 2009, abgerufen 27. April 2010
43. ↑ [Agency's '04 Rule Let Banks Pile Up New Debt](#), Stephen Labaton in NYTimes.com vom 8. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
44. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow, NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
45. ↑ ['Flawed' SEC Program Failed to Rein in Investment Banks](#), Ben Proress in ProPublica.org vom 1. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
46. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow in NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
47. ↑ [Goldman Sachs to be regulated by Fed](#), reuters-Meldung vom 21. September 2008, abgerufen am 26. April 2010
48. ↑ [Bayer und Monsanto: Dutzende Banken teilen sich Finanzierung der Übernahme](#), Handelsblatt, 12. Oktober 2016, zuletzt aufgerufen am 19.10.2016
49. ↑ [Über Goldman Sachs in Deutschland](#), goldmansachs.com, abgerufen am 02.03.2020
50. ↑ [Profil](#), goldmansachs.com, abgerufen am 31.03.2020
51. ↑ [Julia Laroche: These 78 Goldman Sachs Employees are the happiest people on Wall Street right now](#), Business Insider UK online vom 12. November 2014, abgerufen am 03.12.2018
52. ↑ [Goldman Sachs Warten auf den goldenen Anruf](#), Handelsblatt online vom 12. November 2014, abgerufen am 07.03.2015
53. ↑ [Annual Report 2015 Directors, Advisors and Offices March 5, 2015](#), Webseite, abgerufen am 26.05.2016
54. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
55. ↑ [Presseklärung Goldman Sachs vom 10. Januar 2014](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
56. ↑ [Economic and Financial Affairs, Speakers, Guillermo de la Dehesa](#), Webseite EU-Kommission, abgerufen am 10. 04. 2015
57. ↑ [Trilateral Commission Leadership European Group](#), Webseite abgerufen am 13. 03. 2015
58. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015
59. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015
60. ↑ [Former World Bank president rejoins Goldman Sachs](#), Reuters vom 8. Oktober 2013, Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
61. ↑ [Münchau - Das Ende von Goldman Sachs](#), ftd.de vom 20. April 2010 - gespeichert in web.archieve.org, abgerufen am 19. August 2015

Bundesverband Investment und Asset Management

Der **Bundesverband Investment und Asset Management e.V.** (BVI) vertritt die Interessen von 117 Fondsgesellschaften und Assetmanagern (Vermögensverwaltern) mit rund 4 Billionen Euro Anlagekapital gegenüber Politik, Aufsichtsbehörden und internationalen Organisationen.^[1]

Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

Rechtsform e.V. (VR 5826)
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Fondswirtschaft
Gründungsdatum 25.03.1970

Fondsgesellschaften sind Unternehmen, die Investmentfonds auflegen und verwalten. Bei der Entstehung und Anwendung neuer rechtlicher Vorgaben vermittelt und berät der BVI als zentraler Ansprechpartner zwischen der Fondswirtschaft und der Politik.^[2] Die Lobbyausgaben lagen 2022 bei ca. 2,4 Mio. Euro.

Finanzlobby



- Finanzlobby A-Z

Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

Hauptsitz Bockenheimer Anlage 15, 60332 Frankfurt/M.

Lobbybüro

Lobbybüro EU Rue Belliard 15 - 17, 1040 Brüssel

Webadress www.bvi.de
e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	234
1.1 Aktivitäten	234
1.2 Wichtige Studien	235
1.3 Lobbyisten und Lobbyausgaben	235
1.4 Personen	236
1.5 Mitgliedschaften	236
2 Organisationsstruktur und Personal	236
2.1 Geschäftsführung	236
2.2 Beschäftigte	236
2.3 Vorstand	236
2.4 Mitglieder	236
2.5 Ausschüsse	237
3 Fallbeispiele	237
3.1 2022: Provisionsverbot für Finanzprodukte	237
3.2 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer:	238
3.3 2004: Investmentmodernisierungsgesetz	238
4 Lobbyisten in Ministerien	238
5 Weiterführende Informationen	239
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	239
7 Einzelnachweise	239

Lobbystrategie und Einfluss

Aktivitäten

Der BVI hat seine Aktivitäten im [Lobbyregister](#) wie folgt beschrieben: „Wir organisieren die Willensbildung der Branche - gleich, ob die Mitglieder in Wertpapiere oder Sachwerte investieren, aktive oder passive Strategien verfolgen, auf Administration oder Portfoliomanagement spezialisiert sind, institutionelle oder private Anleger ansprechen... Wir begleiten ein Gesetz von der politischen Idee bis zu seiner

Verabschiedung und später in seiner praktischen Anwendung. An sämtlichen politischen und legislativen Stationen eines Gesetzes wirken wir auf dessen praxisgerechte Ausgestaltung hin. Mit Stellungnahmen, Namensbeiträgen, Interviews, Auftritten auf öffentlichen Fachveranstaltungen und Konferenzen flankieren wir unsere Argumentation. Wir unterstützen unsere Mitglieder bei Anwendungs- und Auslegungsfragen, entwickeln Arbeitshilfen und Muster, stellen eine umfassende Gesamtmarktstatistik bereit und fördern die Weiterbildung über hauseigene Seminare, Webinare und Informationsveranstaltungen.“ Der BVI bietet jährlich ca. 60 Veranstaltungen zu aktuellem Themen an.^[3] Das Spektrum reicht von Grundlagen-Seminaren bis zu speziellen technischen Seminaren und Workshops. Die Referenten sind Beschäftigte des BVI sowie Spezialisten aus der Branche und der Verwaltung. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Themen sind: Altersvorsorge, Provisionsberatung, Nachhaltigkeit, Finanzmarktdaten, Infrastruktur, das EU-Projekt [Open Finance](#), Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung und Cybersicherheit sowie Kryptofonds.

Das Brüsseler Büro mit seinen vier Beschäftigten sowie Mitarbeiter:innen aus Deutschland wirken an der Begleitung von Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene mit. Im [EU Transparenzregister](#) hat der BVI angegeben, sich für die folgenden Initiativen/Legislativvorschläge zu interessieren: Markets in Financial Instruments Directive (MiFID II), Markets in Financial Instruments Regulation (MiFIR), Alternative Investment Fund Managers Directive (AIFMD), Undertakings for the Collective Investment of Transferable Securities (UCITS Directive), Packaged Retail and Insurance-based Investment Products (PRIIPs Regulation) , Sustainable Finance Regulation Package (Taxonomy, Disclosures, Low-Carbon Benchmarks), Markets in Cryptoassets (MiCA), Digital Operational Resilience (DORA), Distributed Ledger Technology (DLT), Digital Finance, Open Finance (FIDA), Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), European Green Bond Standard (EuGBS), ESG Ratings, Market Data Costs, European Single Access Point (ESAP), European Long-Term Investment Funds (ELTIF), Central Securities Depositories Regulation (CSDR), Insurance Distribution Directive (IDD), Benchmarks (Regulation), Money Market Funds (Regulation), Shareholder Rights Directive (SRD II) , Financial Transaction Tax (Directive), Pan-European Personal Pension Product (Regulation), ESA review, Capital Requirements Directive (CRD V), Capital Requirements Regulation (CRR II), Anti Money Laundering (Regulation), European Market Infrastructure Regulation (EMIR), Cross-border Distribution of Funds (CBDF), Investment Firm Regulation/Directive (IFR/D), Market Abuse Regulation, Securitisations (Regulation), Prospectus (Regulation), EMIR Euro-clearing relocation. Es gab 27 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission.^[4]

Wichtige Studien

- 2022: Eine [Studie](#) der Beratungsgesellschaft [KPMG](#) im Auftrag von BVI, [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) und Deutscher Derivateverband (neue Bezeichnung: [Bundesverband für strukturierte Wertpapiere](#)) zu einem geplanten Provisionsverbot der EU-Kommission zeigt die Vorteile der Provisionsberatung^[5]

Lobbyisten und Lobbyausgaben

Im deutschen Lobbyregister gibt der BVI an (Stand: 20.09.2023)

- im Jahr 2022 2.420.001 bis 2.430.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 21 bis 30 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[6]

Auch im europäischen Transparenzregister ist der BVI eingetragen. Dort hat er für das Jahr 2022 zwischen 1.500.000 und 1.749.999 Euro Lobbyausgaben und 23 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,3) angegeben.^[7]

Personen

- Christoph Swoboda, Leiter des Brüsseler Büros
- Kai Schulze, Leiter des Berliner Büros

Mitgliedschaften

Der BIV ist Mitglied folgender Organisationen:

- The International Investment Funds Association (IIFA)
- International Token Standardization Association
- European Fund and Asset Management Association (EFAMA)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Geschäftsführer sind:

- [Thomas Richter](#), Rechtsanwalt, Investmentanalyst
 - Mitglied des Verwaltungsrats der BaFin, Mitglied im Beirat Marktbeobachtung Finanzen des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Mitglied in der [Fokusgruppe private Altersvorsorge](#)
 - Vorstand des europäischen Fondsverbands EFAMA und des Weltfondsverbands IIFA,
- Rudolf Siebel, Rechtsanwalt, Mitglied im Fachbeirat der BaFin

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigte der BVI durchschnittlich 48 Mitarbeiter^[8]

Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsident ist Dirk Degenhardt, Deko Vermögensmanagement

Mitglieder

Vollmitglieder können alle Kapitalverwaltungsgesellschaften sowie deutsche und ausländische Vermögensverwalter und Fondsanbieter mit Bezug zum deutschen Markt werden. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Gemessen am verwalteten Vermögen decken die 117 Mitglieder (Stand: 09/2023) über 95 % des deutschen Fondsmarkts ab.^[9]

Unternehmen, die nicht Vollmitglied werden können, wird eine Informationsmitgliedschaft angeboten. Diese Möglichkeit nutzen zum Beispiel Kreditinstitute, Berater, Kanzleien und IT-Dienstleister. Die Informationsmitglieder sind [hier](#) abrufbar

Ausschüsse

In den neun [Ausschüssen](#) erarbeiten die Vollmitglieder Branchenpositionen zu Fachthemen. Die Teilnehmer werden für zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Es gibt die folgenden Ausschüsse: Altersvorsorge, Digitalisierung, Immobilien, Kommunikation, Nachhaltigkeit, Recht, Risikomanagement & Performance, Steuern, Vertrieb.

Fallbeispiele

2022: Provisionsverbot für Finanzprodukte

Die EU-Kommission und die Verbraucherzentralen fordern seit Jahren ein Provisionsverbot für Finanzprodukte, um Fehlanreize in der Finanzberatung zu verhindern. Gefordert wird, dass Berater:innen ausschließlich im Auftrag und Interesse der Verbraucher:innen handeln. Nach Auffassung der Verbraucherzentralen wollen Bankenvertreter und Versicherungsvertreter Verbraucher:innen häufig nur neue Finanzprodukte verkaufen.^[10] Es gehe ihnen eher darum, Provisionen zu kassieren statt bedarfsgerecht zu beraten. Verbände von Banken und Versicherern, die die Provisionen kassieren, lobbyierten wochenlang gegen das geplante Provisionsverbot.^[11] Nach einer Studie von Professor Steffen Sebastian kostet der provisionsbasierte Verkauf die Sparer in Deutschland pro Jahr 98 Milliarden Euro.^[12] Nicht allein wegen der Provisionen, sondern auch, weil sie in schlechtere Produkte investieren, was die Verbände wiederum zurückweisen. Im Jahr 2021 kassierte allein die [Deutsche Vermögensberatung](#) (DAG) über 2,2 Mrd. Euro an Verkaufsprovisionen.^[13]

Der BVI hat gemeinsam mit der [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) sowie dem Deutschen Derivate Verband (neue Bezeichnung: [Bundesverband für strukturierte Wertpapiere](#)) eine Studie bei der Beratungsgesellschaft [KPMG](#) in Auftrag gegeben. Die Studie vom November 2022 kommt zu dem Ergebnis, dass die Provisionsberatung allen Teilen der Bevölkerung einen professionellen Vermögensaufbau und die Teilhabe am Kapitalmarkt sichert.^[14] Vor allem Verbraucher mit geringen und mittleren Anlagebeträgen würden durch die Honorarberatung von der Beratung abgeschnitten, da sie zu teuer wäre, was von den Verbraucherverbänden bestritten wird.^[15]

Nach wochenlangem Lobbyieren von Banken- und Versicherungsverbänden^[16], die sich argumentativ auf die Ergebnisse der Studie stützten, hat die EU-Kommission entgegen ursprünglicher Pläne im Mai 2023 eine Strategie vorgelegt, die nur ein teilweises Provisionsverbot vorsieht.^[17] Beim Vertrieb von Fonds und Lebensversicherungen sollen Provisionen weiterhin möglich bleiben. Auch Bundesfinanzminister Lindner hatte sich in einem Brief an die EU-Kommission gegen ein Provisionsverbot ausgesprochen.^[18] Der BVI kündigte an, sich im weiteren Verfahren gegen das Provisionsverbot im beratungsfreien Vertrieb einzusetzen, ebenso wie gegen übertriebene neue Anforderungen an die Beratung.^[19]

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer:

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[20] Die Finanzlobby stemmte sich gegen dieses Vorhaben.^[21]

Der Bundesverband Investment und Asset Management trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. Der BVI mahnte, dass besonders Unternehmen der Realwirtschaft, Investor:innen mit Sitz in Deutschland und Bürger*innen, die privat fürs Alter vorsorgen, von der Steuer betroffen wären. Sparer:innen, die ihr Geld in Riester-Fonds zur Altersvorsorge einzahlen, würden mit Steuern von bis zu 14.000 Euro belastet, so der Lobby-Verband.^[22] Allerdings zeigten Berechnungen von Wissenschaftler*innen schon damals, dass Fondsgebühren und Bankprovisionen die Anleger*innen um ein Vielfaches mehr kosteten als die vorgeschlagene Steuer.^[23]

Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Deutsches Aktieninstitut](#), [Bayer](#), [Siemens](#), u. A.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[24]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[25][26][27][28][29]}

2004: Investmentmodernisierungsgesetz

Das Investmentmodernisierungsgesetz ermöglichte den Marktzugang für Hedge Fonds in Deutschland ab dem Jahr 2004, stellte ausländische Fonds mit inländischen steuerlich gleich und schaffte die Besteuerung^[1] des Zwischengewinns ab. Vor dem Wegfall der Besteuerung auf Zwischengewinne, musst der Wertzuwachs bei Fondsanteilen, die über ein Jahr gehalten und zwischen zwei jährlichen Gewinnausschüttungen verkauft wurden, zusätzlich versteuert werden.^[30]

Stefan Seip, damaliger Hauptgeschäftsführer des BVI, bestätigte zwar die Mitarbeit der zeitweise im Bundesfinanzministerium tätigen BVI-Juristin, stritt aber eine konkrete Einflussnahme seines Verbandes auf den Gesetzestext ab.^[31] Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums verteidigte der taz gegenüber dieses Vorgehen und relativierte den Einfluss der Referenten.^[30]

Lobbyisten in Ministerien

Der BVI arbeitete zusammen mit anderen Vertretern der **Kreditwirtschaft** im Finanzministerium am Investmentförderungsgesetz, wie der Report Mainz heraus fand.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	Januar bis August 2003 ^[32]
-----------------	--

Mitarbeiter

hauseigene Juristin^[33]

Bearbeitete Themen

Mitarbeit am Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Zwischensteuer bei Investmentfonds und Einführung von Privatanlagemöglichkeiten in Hedge Fonds ([Investmentmodernisierungsgesetz](#))^[30]; Mitarbeit in der Abteilung „Nationale und Internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik“

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns](#), bvi.de, abgerufen am 23.09.2023
2. ↑ [Eintrag Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 24.09.2023
3. ↑ [Events](#), bvi.de, abgerufen am 24.09.2023
4. ↑ [BVI 2022](#), lobbyfacts.de, abgerufen am 24.09.2023
5. ↑ [Studie zeigt Vorteile der Provisionsberatung](#), bvi.de, abgerufen am 25.09.2023
6. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 24.09.2023
7. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 24.09.2023
8. ↑ [Prüfung des Jahresabschlusses](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.09.2023
9. ↑ [Unsere Mitglieder](#), bvi.de, abgerufen am 23.09.2023
10. ↑ [Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind](#), verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023
11. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, 09.12.2022](#), finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
12. ↑ [Die Bankenlobby hat gesiegt](#), sueddeutsche.de vom 02.05.2023, abgerufen am 05.06.2023
13. ↑ [Allfinanzvertriebe 2022](#), cash.online.de, abgerufen am 05.06.2023
14. ↑ [KPMG-Studie: Provisionsverbot würde breite Bevölkerungskreise von Finanzberatung ausschließen](#), die-dk.de vom 17.11.2021
15. ↑ [Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind](#), verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023

16. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten](#), 09.12.2022, finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
17. ↑ [EU-Provisionsverbot gescheitert - Verbraucher:innen haben das Nachsehen](#), vzbv.de vom 24.05.2023
18. ↑ [Finanzminister Lindner warnt EU vor Provisionsverbot](#), handelsblatt.de vom 15.01.2023, abgerufen am 05.06.2023
19. ↑ [Verbot der Provisionsberatung kommt vorest nicht](#), bvi.de, abgerufen am 26.09.2023
20. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
21. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
22. ↑ [BVI: Finanztransaktionssteuer belastet Fondssparer](#), fondsprofessionell online vom 12.01.2012, abgerufen am 16.11.2023
23. ↑ [Dr. Carsten Siegel zur Finanztransaktionssteuer](#), steuermythen.de vom 04.10.2016, abgerufen am 16.11.23
24. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
25. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
26. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
27. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
28. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
29. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
30. ↑ ^{30,030,130,2} [Die Nähe zwischen Ministerium und Lobby](#), taz.de vom 16.10.2003, letzter Zugriff 15.09.2011
31. ↑ [Bankenlobby im Hause Eichel: Wie im Finanzministerium Banker an Gesetzen mitschreiben](#), Report Mainz vom 06.10.2003, S. 4. Das Manuskript zum Beitrag kann unter report@swr.de mit Angabe des Titels und Datums angefordert werden
32. ↑ [Adamek, Sascha/ Otto, Kim \(2008\): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben](#). Köln
33. ↑ [Bankenlobby im Hause Eichel: Wie im Finanzministerium Banker an Gesetzen mitschreiben](#), Report Mainz vom 06.10.2003. Das Manuskript zum Beitrag kann unter report@swr.de mit Angabe des Titels und Datums angefordert werden

Siemens

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Siemens

SIEMENS

Rechtsfor Aktiengesellschaft (AG)
m

Tätigkeit Technologiekonzern (Industrie,
sbereich Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit)

Gründun 1847

gsdatum

Hauptsitz München, Berlin

Die Siemens AG ist die Muttergesellschaft eines in nahezu allen Ländern der Welt aktiven Technologiekonzern mit Fokus auf den Feldern Industrie, Infrastruktur, Mobilität und Gesundheit. Sie ist Mehrheitsaktionär von [Siemens Healthineers](#), einem weltweit führenden Anbieter von Medizintechnik, und hält eine Minderheitsbeteiligung an [Siemens Energy](#), einem weltweit führenden Unternehmen in der Energieübertragung und -erzeugung. Der Konzern betätigt sich in den folgenden Bereichen: Industrielles Geschäft (Digital Industries, Smart Infrastructure, Mobility und Siemens Healthineers) und Services (Siemens Financial Services, Siemens Real Estate, Global Business Services). Der Konzern erzielte 2023 einen Umsatz in Höhe von knapp 20 Mrd. Euro und beschäftigte rund 320 Tsd. Mitarbeiter.^[1]

Siemens	
Lobbybür	
o	
Lobbybür	Avenue des Arts 20, Brüssel
o EU	
Webadre	www.Siemens.de
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	241
1.1 Siemens AG	241
1.2 Weitere Siemens-Unternehmen	242
2 Fallbeispiele und Kritik	242
2.1 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	242
3 Management und Aufsichtsrat	242
3.1 Vorstand	242
3.2 Aufsichtsrat	243
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	243
5 Lobbyisten in Ministerien	243
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	244
7 Einzelnachweise	244

Lobbystrategien und Einfluss

Siemens AG

Die Aktivitäten zur Interessenvertretung beziehen sich insbesondere auf die folgenden Themen und Politikbereiche: Cyber Security und Digitalisierung, Dekarbonisierung und Klimaschutz, Energie, Forschung und Entwicklung sowie Innovation, Handelspolitik, Mobilität für Schiene und Straße, vernetzt und automatisiert.^[2] Die Gesamtverantwortung für Lobbyaktivitäten liegt beim Vorstand der Siemens AG, der die entsprechenden Aufgaben einer eigenen Abteilung „Government Affairs“ (GA) übertragen hat, die direkt an den Siemens Vorstandsvorsitzenden Roland Busch berichtet. Nach den Compliance-Grundsätzen und -verfahren müssen die Mitarbeiter stets die Gesetze und Vorschriften der Rechtssysteme einhalten, in denen sie tätig sind. Verwiesen wird auf die [Business Conduct Guidelines](#) und die Leitlinien für den [Wechsel von Mitarbeitern in und aus dem öffentlichen Dienst - sogenannter „Drehtür-Effekt“](#).

Im deutschen Lobbyregister gibt Siemens an (Stand: 13.02.2024), im Geschäftsjahr 2021/2022 1.140.001 bis 1.150.000 Euro für Lobbytätigkeiten auszugeben und 11 -20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] Cheflobbyist ist Torsten Ende.

Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben der Siemens AG in Brüssel im Geschäftsjahr 2021 /2022 zwischen 2.750.000 - 2.999.999 Euro; 2023 wurden 13 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 7,8) beschäftigt. Benedikt Kuttenkeuler ist Head of EU Government Affairs.

Weitere Siemens-Unternehmen

Weitere Siemens-Unternehmen mit eigenen Lobby-Aktivitäten sind:

- [Siemens Healthineers AG](#), ein globales Medizintechnikunternehmen, an dem der Siemens-Konzern ca. 75 % der Anteile hält
- [Siemens Mobility GmbH](#), ein eigenständig geführtes Unternehmen der Siemens AG
- [Siemens Energy Global GmbH & Co. KG](#), an der die Siemens AG mit ca. 35 % beteiligt ist.^[4] Zu den Aufsichtsratsmitgliedern gehören: Joe Käser (Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG), Christine Bortenlänger (Geschäftsführende Vorständin des [Deutsches Aktieninstitut](#)), [Sigmar Gabriel](#) (ehem. SPD-Politiker, Bundesminister a.D.), [Hildegard Müller](#) (Präsidentin des [Verbands der Deutschen Automobilindustrie](#)), Veronika Grimm (Mitglied des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Mitglied im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung). LobbyControl kritisiert Grimm für einen potentiellen Interessenkonflikt.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[6]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Siemens damit rechnen müssen, jährlich 100 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Siemens stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[7][8]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Bayer](#), etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[9]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[10][11][12][13][14]}

Management und Aufsichtsrat

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist [Roland Busch](#)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Aufsichtsratsvorsitzender ist [Jim Hagemann Snabe](#)

Mitgliedschaften (Auswahl)

Siemens ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Adlerkreis](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Association of the European Rail Supply Industry \(UNIFE\)](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.](#)
- [BusinessEurope](#)
- [BITKOM](#)
- [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#)
- [Collegium](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [European Round Table for Industry](#)
- [European Forum for Manufacturing](#)
- [European Policy Centre](#)
- [Energy Solutions](#)
- [EU40 Europe](#)
- [Friends of Europe](#)
- [Kerntechnik Deutschland](#)
- [Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Transatlantic Business Initiative](#)
- [Verband der Automobilindustrie \(VDA\)](#)
- [VDMA](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Verband der Elektro- und Digitalindustrie \(ZVEI\)](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)

Lobbyisten in Ministerien

Im Zuge des von der Rot-Grünen Bundesregierung initiierten Austauschprogramms "Seitenwechsel" waren Mitarbeiter von Siemens als "Externe" in Außenministerium und Entwicklungsministerium beschäftigt.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[15]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete	

Themen k.A.

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum Ein Jahr um 1998^[16]

Mitarbeiter Ein/e MitarbeiterIn

Bearbeitete Themen Einsatz in der (damaligen) Abteilung 3: Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika; Naher Osten

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023](#), [simens.com.de](#), abgerufen am 11.04.2024<
2. ↑ [Politisches Engagement bei Siemens](#), [siemens.com](#), abgerufen am 12.04.2024
3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 12.03.2024
4. ↑ [Siemens Energy Aktionärsstruktur](#), [finanzen.net](#), abgerufen am 13.03.2024
5. ↑ [Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy](#), [lobbycontrol.de](#) vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024
6. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), [eur-lex.europa.eu](#) vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
7. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), [taz](#) vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
8. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), [finance-magazin](#) vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
9. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
10. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
11. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
12. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
13. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), [Euractive.de](#) vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
14. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), [Le Monde diplomatique](#) vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"](#) vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
16. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater](#) vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011